

Freistaat Bayern

Haushaltsplan  
2017/2018

**Einzelplan 03 A**

für den Geschäftsbereich  
des Bayerischen Staatsministeriums  
des Innern, für Bau und Verkehr

# Inhalt

## Einzelplan 03

### Teil A: Allgemeine Innere Verwaltung

#### Vorwort

Kap. 03 01	Ministerium
Kap. 03 02	Sammelansätze für den Gesamtbereich des Teils A - Allgemeine Innere Verwaltung -
Kap. 03 03	Allgemeine Bewilligungen
Kap. 03 05	Verwaltungsgerichtshof und Landesanstalt für Bayern
Kap. 03 06	Verwaltungsgerichte
Kap. 03 07	Landesamt für Statistik
Kap. 03 08	Regierungen
Kap. 03 09	Landratsämter
Kap. 03 10	Landesamt für Datenschutzaufsicht
Kap. 03 15	Landesamt für Verfassungsschutz
Kap. 03 17	Landeskriminalamt
Kap. 03 18	Landespolizei
Kap. 03 20	Bereitschaftspolizei
Kap. 03 21	Polizeiverwaltungsamt
Kap. 03 23	Brandschutz
Kap. 03 24	Rettungsdienst und Katastrophenschutz
Kap. 03 26	Feuerwehrschulen

#### Abschluss Teil A

**Übersicht** Verpflichtungsermächtigungen

#### Anlagen

B	Kap. 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kap. 03 24)
S	Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils A

#### Stellenplan

### Teil B: Staatsbauverwaltung

#### Vorwort

Kap. 03 61	Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr
Kap. 03 62	Sammelansätze für den Gesamtbereich des Teils B - Staatsbauverwaltung -
Kap. 03 63	Allgemeine Bewilligungen
Kap. 03 64	Wohnraumförderung
Kap. 03 65	Städtebauförderung
Kap. 03 66	Verkehrswesen
Kap. 03 67	Schienepersonennahverkehr
Kap. 03 71	Landesbaudirektion Bayern
Kap. 03 73	Bauabteilungen der Regierungen
Kap. 03 75	Autobahndirektionen und Landesbaudirektion
Kap. 03 80	Staatliche Bauämter

#### Abschluss Teil B

**Übersicht** Verpflichtungsermächtigungen

#### Hauptabschluss Epl. 03

#### Anlagen

A	Um- und Ausbau der Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
S	Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils B

#### Stellenplan

# Vorwort zum Einzelplan 03 A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

## - Allgemeine Innere Verwaltung -

### A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr umfasst die Allgemeine Innere Verwaltung (Einzelplan 03 A) und die Staatsbauverwaltung (Einzelplan 03 B). Die Aufgaben des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr sind in § 3 der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) vom 28.01.2014 (GVBl. S. 31) definiert.

Zur Allgemeinen Inneren Verwaltung gehören folgende Aufgabengebiete:

1. Verfassung und Verwaltung
  - a) Staatsrechtliche Angelegenheiten
  - b) Wahlrecht, Volksgesetzgebung
  - c) Allgemeine Innere Verwaltung
  - d) Allgemeines Verwaltungsrecht einschließlich Verfahrensrecht
  - e) Wahrung der Einheitlichkeit der Verwaltung (soweit nicht StMFLH für digitale Verwaltung und IT-Angelegenheiten des Staates)
  - f) Staatsangehörigkeitsrecht
  - g) Verwaltungsgerichtsbarkeit, Landesadvokatur
2. Kommunalwesen, Kommunalaufsicht, Sparkassen
3. Öffentliche und zivile Sicherheit
  - a) Öffentliche Sicherheit und Ordnung
  - b) Polizei
  - c) Verfassungsschutz
  - d) Feuerwehr und Brandschutz
  - e) Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz, zivile Verteidigung
  - f) Kaminkehrerwesen
  - g) Waffenrecht
  - h) Cybersicherheit: Grundsatzfragen und Koordinierung
4. Straßenverkehrsrecht
5. außerschulischer Sport und Sportförderung
6. Freizügigkeit, Aufenthaltsrecht
7. Personenstands- und Namensrecht
8. Sammlungs-, Lotterie- und Glücksspielwesen
9. Öffentliches Versicherungswesen und einschlägige Versicherungsaufsicht
10. Statistik
11. Öffentliches Vereinsrecht
12. Presserecht
13. Feiertagsrecht
14. Datenschutzrecht
15. Angelegenheiten der Stiftungen, Stiftungsaufsicht, soweit nicht Aufgabenbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultur, Wissenschaft und Kunst.

Die Aufgaben der Allgemeinen Inneren Verwaltung werden von 7 Regierungen und 71 Landratsämtern, vom Verwaltungsgerichtshof und 6 Verwaltungsgerichten, von der Landesadvokatur Bayern, vom Landesamt für Statistik, vom Landesamt für Datenschutzaufsicht, der Versorgungskammer, vom Landesamt für Verfassungsschutz, den 10 Polizeipräsidien und anderen Dienststellen der Landespolizei, vom Präsidium der Bereitschaftspolizei, den 7 Bereitschaftspolizeiabteilungen und anderen Dienststellen der Bereitschaftspolizei, vom Landeskriminalamt, vom Polizeiverwaltungsamt, den Feuerweherschulen in Geretsried, Regensburg und Würzburg erledigt. Der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr unterstehen 7 Bezirke, 71 Landkreise, 25 kreisfreie Städte und 2031 kreisangehörige Gemeinden, davon 29 Große Kreisstädte.

## B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

## C. Bayer. Versorgungskammer

Die Bayer. Versorgungskammer ist eine dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnete staatliche Oberbehörde (Art. 6 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 16.06.2008 (GVBl. S. 371), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 296). Für sie sind jedoch im Staatshaushalt keine Haushaltsansätze und Stellen ausgebracht. Denn die bei der Versorgungskammer bestehenden rechtsfähigen Versorgungsanstalten des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung (Art. 1 Abs. 1 VersoG) bestreiten den Verwaltungsaufwand einschließlich der Bezüge der Beamten, Arbeitnehmer und Versorgungsempfänger aus eigenen Mitteln (Art. 9 Abs. 2 VersoG).

Die Beamten der Versorgungskammer sind Staatsbeamte, die Arbeitnehmer sind Arbeitnehmer der Versorgungsanstalten (Art. 6 Abs. 5 VersoG). Die Versorgungskammer stellt hierfür einen eigenen Stellenplan auf (Art. 6 Abs. 7 VersoG).

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Versorgungsanstalten und der Versorgungskammer unterliegen der Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof.

## D. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

	2016 <sup>1)</sup>	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Verwaltungseinnahmen u. dgl. ....	449.135,4	469.067,5	469.222,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen ...	2.686,7	19.222,5	12.596,6
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen .....	3.286,3	3.062,4	3.154,0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>455.108,4</b>	<b>491.352,4</b>	<b>484.972,6</b>
Personalausgaben .....	3.596.871,3	3.734.720,4	3.876.425,3
Sächliche Verwaltungsausgaben .....	364.119,9	442.308,9	417.529,4
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen ...	73.387,2	91.342,8	89.876,4
Baumaßnahmen .....	94.265,2	87.958,4	95.192,8
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen .....	250.125,7	174.091,4	208.233,9
Besondere Finanzierungsausgaben .....	-8.606,6	-8.581,7	-8.581,7
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>4.370.162,7</b>	<b>4.521.840,2</b>	<b>4.678.676,1</b>
Zuschuss	3.915.054,3	4.030.487,8	4.193.703,5

## E. Gliederung der Ausgaben nach Bereichen

	2016 <sup>*)</sup> Tsd. €	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
1. Innere Verwaltung .....	795.818,1	827.409,6	849.052,3
2. Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	69.458,6	71.900,8	74.714,3
3. Verfassungsschutz .....	51.970,7	52.433,5	53.768,2
4. Polizei .....	3.289.713,6	3.412.635,6	3.531.330,2
5. Rettungsdienst und Katastrophenschutz .....	26.543,6	26.753,5	32.941,6
6. Brandschutz .....	83.377,4	74.837,4	77.837,4
7. Sport (ohne Schulsport) .....	53.280,7	55.869,9	59.032,1
<b>Summe</b>	<b>4.370.162,7</b>	<b>4.521.840,2</b>	<b>4.678.676,1</b>

\*) 2016 i.d.F. des Nachtragshaushalts 2016

## F. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die Gesamtübersicht zum Stellenplan. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

# Vorwort zum Einzelplan 03 B

## - Staatsbauverwaltung -

### A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Geschäftsbereich der Staatsbauverwaltung umfasst die folgenden Aufgabengebiete:

1. Hochbauangelegenheiten sämtlicher Ressorts sowie – im Wege der Organleihe – des Bundes (einschl. NATO und Gaststreitkräfte); Begutachtung von Bauvorhaben im nichtstaatlichen Krankenhausbau, von nichtstaatlichen Bauten für Kultur und Wissenschaft sowie von Bezirksbauten; bauliche Denkmalpflege; baufachliche Angelegenheiten des staatlichen Liegenschaftsverkehrs; elektrotechnische und maschinentechnische Einrichtungen sowie Energieversorgung in staatlichen Gebäuden und Anlagen; fachliche Mitwirkung bei staatlich geförderten Baumaßnahmen.
2. Rechtsfragen des Städtebaues, Bau- und Bodenrecht, Gutachterausschüsse, Straßen- und Wegerecht, Kreuzungsrecht, städtebauliche Planung und Forschung, Grundsatzfragen der Bautechnik, Bauforschung und Baunormung; Baustoffprüfung und Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten.
3. Grundsatzfragen des Wohnungswesens, Wohnraumförderung und Förderung von städtebaulichen Vorhaben, Wohnungsbauforschung; Rechtsfragen des Wohnungswesens und der Städtebauförderung.
4. Straßen- und Brückenbau für Bundesfernstraßen und Staatsstraßen (Betriebsdienst, Planung des überörtlichen Straßennetzes, Bau und Verwaltung der staatlichen Straßen und Brücken und der Bundesfernstraßen – in Auftragsverwaltung –), Richtlinien auf dem Gebiet der Straßenbau- und Verkehrstechnik, Straßenverkehrsmanagement, Förderung von Baumaßnahmen an öffentlichen Straßen in Baulast von Landkreisen und Gemeinden durch den Freistaat Bayern, Förderung von Staatsstraßen in kommunaler Sonderbaulast, Straßen- und Brückenbau für Kreisstraßen aufgrund besonderer Vereinbarungen mit den Landkreisen, gutachtliche Mitwirkung im kommunalen Straßenbau.
5. Verkehrswesen; Verkehrspolitik und Verkehrsplanung, Fragen des Schienenverkehrs, der Schieneninfrastruktur, des Eisenbahnwesens und des öffentlichen Personennahverkehrs, Angelegenheiten des Straßenpersonen- und Straßengüterverkehrs, der Güterverkehrszentren und Logistik, Straßenverkehrszulassungswesen, sowie technische Angelegenheiten des Straßenverkehrs, der Straßen- und U-Bahnen sowie Seilbahnen-, Gefahrgutbeförderung, Luftverkehr – insbesondere die Angelegenheiten der Luftverkehrseinrichtungen, des Luftfahrtpersonals, der Luftfahrtunternehmen, der Sicherheit im Luftverkehr und Luftaufsicht und der Luftfahrtforschung –, Fragen der Binnenschifffahrt, der Häfen und des Verkehrswasserbaus, Angelegenheiten des Radverkehrs und der Nahmobilität.
6. Organisation der Staatsbauverwaltung; Sach- und Personalhaushalt; Ausbildung und Prüfung für den Einstieg in der 2., 3. und 4. Qualifikationsebene des bautechnischen und umwelttechnischen Verwaltungsdienstes; allgemeines Verdingungswesen in Bezug auf Leistungen und Bauleistungen der Staatsbaubehörden; Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung im Zusammenhang mit den Fachplanungen, Controlling.

Die Aufgaben der Staatsbauverwaltung werden unter der Leitung der Obersten Baubehörde von 7 Abteilungen (Bereich 3, Planung und Bau) der Regierungen, von zwei Autobahndirektionen und der Landesbaudirektion Bayern, sowie von 22 Staatlichen Bauämtern durchgeführt.

Von diesen Dienststellen werden betreut: Rund 11.000 Gebäude und sonstige Bauwerke des Staates oder mit staatlicher Baupflicht und 14.000 Gebäude und sonstige Bauwerke des Bundes und Dritter, rund 2.500 km Bundesautobahnen, rund 6.100 km Bundesstraßen, rund 14.400 km Staatsstraßen, rund 3.100 km Kreisstraßen.

### B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

## C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

- I. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der Einzelplanabschluss.
- II. Ausgabenschwerpunkte

Bezeichnung	Nachrichtlich	Soll	
	Soll 2016 Mio. €	2017 Mio. €	2018 Mio. €
1	2	3	4
Gesamtausgaben	3.086,8	3.457,9	3.493,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr		+ 371,1	+ 35,1
		+ 12,0 %	+ 1,0 %
Hiervon entfallen insbesondere auf:			
1. Wohngeld	110,0	110,0	110,0
2. Zuweisungen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz	30,0	100,0	100,0
3. Hochwasserhilfen	60,0	140,0	70,0
4. Wohnraum- und Städtebauförderung			
4.1 Rahmen für neue Bewilligungen			
4.1.1 Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung			
- Ausgabemittel	103,5	201,1	201,1
- Verpflichtungsermächtigungen	198,2	116,5	166,5
- Eigenmittel der Bayer. Landesbodenkreditanstalt	100,0	150,0	100,0
Summe	401,7	467,7	467,7
4.1.2 Kommunales Wohnraumförderprogramm			
- Ausgabemittel	50,0	50,0	50,0
- Verpflichtungsermächtigungen	100,0	100,0	100,0
Summe	150,0	150,0	150,0
4.1.3 Städtebauförderung (Verpflichtungsermächtigungen)	206,9	251,1	251,1
4.2 Abwicklung früherer Programme	226,9	315,0	375,4
5. Verkehrswesen	184,9	212,3	213,7
darunter			
- Schifffahrt, Hafen- und Verkehrswasserausbau	9,7	9,1	10,3
- Leistungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz	80,6	80,6	80,6
- Ausgaben für die Sicherheit des Luftverkehrs	83,4	109,9	112,4
- Planungs- und Baukosten für Schienenausbauprojekte	4,4	4,4	4,4
6. Schienenpersonennahverkehr	1.224,0	1.246,0	1.279,0
7. Straßenbau			
- Um-/ Ausbau, Bestanderhaltung von Staatsstraßen	250,0	270,0	270,0
- Planung von Bundesfern-, Staats- und Kreisstraßen	153,5	178,8	175,1
- Privatfinanzierte Straßen	8,0	8,3	4,1
- Betriebsdienst auf Staatsstraßen	104,0	109,0	110,0
Summe	515,5	566,0	559,2
8. Staatlicher Hochbau			
- Anlage S	9,0	10,3	10,0
- Kleine Baumaßnahmen	5,1	5,6	5,6
- Staatliches Sofortprogramm Hochbau	70,0	-	-
- Energetische Sanierungen staatlicher Gebäude	25,0	15,5	25,0
Summe	109,1	31,4	40,6

## **D. Personalsoll**

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die Gesamtübersicht zum Stellenplan. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.



## **Einzelplan 03 A**

**- Allgemeine Innere Verwaltung -**

# Inhalt

	Seite
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2017 und 2018 .....	11
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung .....	12
Titelumsetzungen im Doppelhaushalt 2017/2018 .....	13
<b>Kapitel 03 01</b> Ministerium .....	14
<b>Kapitel 03 02</b> Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung .....	24
<b>Kapitel 03 03</b> Allgemeine Bewilligungen .....	36
<b>Kapitel 03 05</b> Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern .....	62
<b>Kapitel 03 06</b> Verwaltungsgerichte .....	70
<b>Kapitel 03 07</b> Landesamt für Statistik .....	78
<b>Kapitel 03 08</b> Regierungen .....	102
<b>Kapitel 03 09</b> Landratsämter .....	122
<b>Kapitel 03 10</b> Landesamt für Datenschutzaufsicht .....	130
<b>Kapitel 03 15</b> Landesamt für Verfassungsschutz .....	134
<b>Kapitel 03 17</b> Landeskriminalamt .....	142
<b>Kapitel 03 18</b> Landespolizei .....	156
<b>Kapitel 03 20</b> Bereitschaftspolizei .....	178
<b>Kapitel 03 21</b> Polizeiverwaltungsamt .....	194
<b>Kapitel 03 23</b> Brandschutz .....	202
<b>Kapitel 03 24</b> Rettungsdienst und Katastrophenschutz .....	210
<b>Kapitel 03 26</b> Feuerweherschulen .....	222
<b>Abschluss</b> .....	238
<b>Übersicht</b> Verpflichtungsermächtigungen .....	239
<b>Anlage B</b> Kap. 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kap. 03 24) .....	245
<b>Anlage S</b> Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils A .....	251
<b>Stellenplan</b> .....	283

## Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2017 und 2018

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
  - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
  - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tariferhöhungen und Stellenänderungen beruhen.  
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge und Leistungsprämien sind in den jeweiligen Sammelkapiteln eigene Titel 422 45 (Beamte) und 428 45 (Arbeitnehmer) ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:  
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.  
Dabei werden
  - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
  - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (\*\*\*) ausgedruckt,
  - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
  - 5.4 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
  - 5.5 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

## **Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung**

1. Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2017/2018 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:
  - Kap. 03 03 TG 71, 72, 76, 78-81, 85 und 86 sowie Tit. 547 05 und 547 91,
  - Kap. 03 05 Tit. 111 01 und 526 01,
  - Kap. 03 06 Tit. 111 01 und 526 01,
  - Kap. 03 07 TG 92,
  - Kap. 03 08 Tit. 526 11 und 547 05,
  - Kap. 03 09 Einnahmen sowie Tit. 428 11,
  - Kap. 03 15 Tit. 534 01,
  - Kap. 03 17 Tit. 111 01, 111 05 und 514 25,
  - Kap. 03 18 Tit. 111 01, 111 05 und 514 25,
  - Kap. 03 20 Tit. 111 01 und 514 25,
  - Kap. 03 21 Tit. 111 01 und 514 25,
  - Kap. 03 23 und
  - Kap. 03 24.
  
2. Die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2017/2018 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen gelten zusätzlich für:
  - die Titel 427 75, 427 76, 428 94, 453 71, 453 75 aller Kapitel,
  - Kap. 03 07 Tit. 412 11, 459 94 und 459 99,
  - Kap. 03 08 Tit. 412 01, 428 14 und 459 51,
  - Kap. 03 20 Tit. 427 80 und 443 05.

## Titelumsetzungen im Doppelhaushalt 2017/2018

Es wurden folgende Titelumsetzungen durchgeführt:

	bisher Kapitel/Titel	neu Kapitel/Titel
Ministerium	03 01/815 99	03 01/812 99
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A -	03 02/815 06	03 02/812 06
Allgemeine Innere Verwaltung -	815 07	812 07
Allgemeine Bewilligungen	03 03/815 78	03 03/812 78
	815 79	812 79
Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern	03 05/815 99	03 05/812 99
Verwaltungsgerichte	03 06/815 99	03 06/812 99
Landesamt für Statistik	03 07/815 92	03 07/812 92
	815 99	812 99
Regierungen	03 08/815 99	03 08/812 99
Landesamt für Verfassungsschutz	03 15/815 99	03 15/812 99
Landeskriminalamt	03 17/815 99	03 17/812 99
Landespolizei	03 18/815 99	03 18/812 99
Bereitschaftspolizei	03 20/815 99	03 20/812 99
Polizeiverwaltungsamt	03 21/815 99	03 21/812 99
Feuerweherschulen	03 26/815 99	03 26/812 99

## 03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
111 01-7	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2,0	2,0	A	2,0
					B	5,1
					C	3,0
112 01-6	011	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	***	***	A	---
119 49-3	011	Vermischte Einnahmen	7,0	7,0	A	7,0
					B	1,6
					C	103,6
124 01-2	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	255,0	415,0	A	329,0
					B	291,1
					C	342,2
129 05-3	011	Energieeinspeisevergütungen	0,4	0,4	A	0,4
					B	0,5
					C	0,3
		<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>				
261 01-5	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	272,2	272,2	A	272,2
					B	304,7
					C	303,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	536,6	696,6	A	610,6
					B	603,0
					C	752,1
		<b>Ausgaben</b>				
		<b>Personalausgaben</b>				
421 01-2	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	394,7	400,4	A	383,9
					B	378,9
					C	373,1
422 01-1	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	20.344,9	20.699,0	A	19.832,7
					B	18.700,1
					C	17.701,2
422 31-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	6.745,0	6.859,2	A	5.408,0
					B	6.411,5
					C	5.434,2
<u>422 41-3</u>	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
427 01-6	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
					C	41,2
428 01-5	011	Entgelte der Arbeitnehmer	6.715,8	6.829,4	A	6.303,2
					B	6.374,3
					C	6.153,3
428 11-3	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	0,6

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 01**

Das Staatsministerium unterstützt die Regierungstätigkeit und ist oberste Verwaltungsbehörde im Geschäftsbereich. Im Vollzug des Art. 55 BV obliegen ihm insbesondere die Umsetzung der vom Ministerpräsidenten bestimmten Richtlinien der Politik in Einzelziele, Planungen oder Programme einschließlich deren Kontrolle, Richtlinien-, Steuerungs- und Aufsichtsfunktionen gegenüber dem nachgeordneten Geschäftsbereich und die Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Organen; Vollzugsaufgaben und die Bearbeitung von Einzelfällen werden den nachgeordneten Behörden zur möglichst selbständigen Bearbeitung übertragen. Sie können ausnahmsweise vom Staatsministerium wahrgenommen werden, wenn es sich um Angelegenheiten von besonderer politischer Bedeutung handelt oder wenn eine andere Zuordnung nicht zweckmäßig ist.

Das Staatsministerium besteht aus der Allgemeinen Inneren Verwaltung und der Obersten Baubehörde. Die Haushaltsmittel der Obersten Baubehörde sind im Kap. 03 61 veranschlagt.

**Zu 03 01/112 01**

Wegfallend wegen fehlenden Bedarfs.

**Zu 03 01/124 01**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 74,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen wegen Sanierung von Gewerberäumen.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 160,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen nach Abschluss der Sanierung von Gewerberäumen.

**Zu 03 01/129 05**

Veranschlagt ist die Einspeisevergütung für die Photovoltaikanlage am Dienstgebäude Odeonsplatz 3.

**Zu 03 01/261 01**

Das StMI hat nach Maßgabe spezialgesetzlicher Regelungen Anspruch auf Erstattung der Kosten, die bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Aufsicht anfallen (z. B. über die Bayer. Versorgungskammer und Versicherungskammer Bayern).

**Zu 03 01/421 01**

Amtsgehalt einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	12,6	12,6

**Zu 03 01/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen (insbesondere Polizeizulage und Erschwerniszulage) und Zuwendungen (Fahrtkostenzuschuss).

**Zu 03 01/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 01/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversicherung.

**03 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
428 21-1	011	Entgelte der Arbeitnehmer	551,3	559,6	A B C	536,4 539,8 528,7
428 41-7	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	77,0	78,0	A B C	69,2 47,4 42,6
453 01-3	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,0	50,0	A B C	44,0 82,9 65,8
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-3	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	638,3	634,8	A B C	619,5 639,1 611,2
511 22-8	011	Fachausstattung für den uniformierten Dienst	17,5	0,5	A B C	0,5 0,4 0,3
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	159,6	159,6	A B C	145,0 108,5 134,3
514 11-8	011	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Kleidergeld	26,1	25,8	A B C	28,0 30,1 25,6
517 01-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	515,0	508,3	A B C	423,3 381,2 382,3
517 05-3	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	390,0	390,0	A B C	390,0 335,5 365,9
517 31-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	50,0 78,6 49,6
517 35-7	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B	--- 13,7



## Erläuterungen

**Zu 03 01/428 21**

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

**Zu 03 01/453 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 6,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 01/511 01**

2017 gegenüber 2016:

34,0 Tsd. € mehr insbesondere für steigende Nutzerzahlen der Datenbank BAYERN.RECHT, stetig steigenden Bedarf an modernen Kommunikationsmitteln, notwendigen Neuerwerb/Ersatzbeschaffungen von Möbeln,

15,2 Tsd. € weniger wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26,

18,8 Tsd. € mehr.

**Zu 03 01/511 22**

Beschaffung von insbesondere polizeispezifischer Ausrüstung und Ausstattung (z.B. Waffen, Sonderbekleidung).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 17,0 Tsd. € insbesondere zur Ausstattung der feuerwehrtechnischen Beamten des StMI.

**Zu 03 01/514 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	110,6	110,6
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	49,0	49,0
Zusammen	<u>159,6</u>	<u>159,6</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	159,6	159,6
Personalausgaben	530,0	530,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	36,0	36,0
Zusammen	<u>725,6</u>	<u>725,6</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>am 1.2.2016</b>	<b>davon geleast/ gemietet</b>
	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2016</b>	<b>gesamt</b>	
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	9	9	9	9	8
Katastrophenschutzfahrzeug	1	1	1	1	1
Polizeiführungsfahrzeug	1	1	1	1	1
Polizeieinsatzfahrzeuge	3	3	3	3	3
Fahrzeuge der Projektgruppe DigiNet	4	-	5	5	4

Ein hier im Bestand enthaltenes Einsatzfahrzeug wird zu Lasten Kap. 03 20 Tit. 514 01 betrieben (vgl. auch Erläuterung bei Kap. 03 20 Tit. 514 01). Für das Polizeiführungsfahrzeug wird der Fahrer aus Kap. 03 20 gestellt (Betriebskosten ansonsten Kap. 03 01). Das Katastrophenschutzfahrzeug wurde zu Lasten des K-Fonds (Anlage B) geleast, der Unterhalt erfolgt aus Kap. 03 01 Tit. 514 01. Leasing und Unterhalt der Fahrzeuge der Projektgruppe DigiNet erfolgen aus Kap. 03 03 TG 85.

**Zu 03 01/514 11**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Kleidergeld für Polizeivollzugsbeamte	20,1	19,8
2. Dienst- und Schutzkleidung für Pförtner, Kraftfahrer, Haus- und Reinigungspersonal	6,0	6,0
Zusammen	<u>26,1</u>	<u>25,8</u>

**Zu 03 01/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 91,7 Tsd. € wegen Umsetzung von Tit. 517 31 (50,0 Tsd. €) und zur Anpassung an den Bedarf insbesondere wegen Inbetriebnahme des neuen staatseigenen Dienstgebäudes des StMI.

**03 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
518 01-6	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	700,0	770,0	A B C	1.288,0 1.219,2 1.054,1
518 11-4	011	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	5,0	5,0	A B C	120,0 82,7 69,4
518 18-7	011	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	52,0	52,0	A B C	48,0 44,0 43,9
518 31-0	011	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
519 01-5	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	250,0	250,0	A B C	316,4 97,1 122,8
527 01-5	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	395,0	395,0	A B C	395,0 354,0 321,3
529 01-3	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	12,3	12,3	A B C	12,3 27,1 25,1
531 11-7	011	Herausgabe von "Bayerns Polizei"	55,0	55,0	A B C	47,0 41,9 34,4
532 11-6	011	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	10,5	10,5	A B	110,7 2,5
546 49-6	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	45,0	45,0	A B C	21,0 36,1 32,6
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>						
632 01-7	011	Kostenanteil an der ständigen IMK-Geschäftsstelle	29,0	29,0	A B C	26,0 27,0 25,1
685 01-3	011	Zuschuss zum Kantinenbetrieb	48,0	48,0	A B C	48,0 48,0 48,0
686 01-2	011	Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Vereine u. dgl.	10,2	10,2	A B C	10,2 9,1 9,1
<b>Baumaßnahmen</b>						
701 01-3	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	780,0	---	A	---
710 00-3	011	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	500,0	---	A B C	1.500,0 6.720,4 5.507,4
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
811 01-0	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A C	---

## Erläuterungen

**Zu 03 01/518 01**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 588,0 Tsd. € wegen Wegfalls der Anmietung des Dienstgebäudes Ludwigstraße anlässlich der Inbetriebnahme des neuen staatseigenen Dienstgebäudes des StMI.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 70,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf insbesondere wegen Mietpreiserhöhung.

**Zu 03 01/518 11**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 115,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu Tit. 518 99.

**Zu 03 01/519 01**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 66,4 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 01/531 11**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 8,0 Tsd. € wegen erhöhten Informationsbedarfs zur neuen Dienstkleidung.

**Zu 03 01/532 11**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 100,2 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 01/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 24,0 Tsd. € zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf für Maßnahmen "Gesundheit am Arbeitsplatz" (insbesondere Besprechungsgetränke und Bildschirmarbeit).

**Zu 03 01/632 01**

Die Innenministerkonferenz hat beim Sekretariat des Ausschusses für Innere Angelegenheiten des Bundesrats eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet. Die anfallenden Personal- und Sachkosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel von den einzelnen Ländern getragen.

**Zu 03 01/686 01**

Veranschlagt sind Beiträge für Mitgliedschaften im Deutschen Verkehrssicherheitsrat e.V., der Deutschen Akademie für Verkehrswissenschaften, der Münchner Juristischen Gesellschaft und bei der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts.

**Zu 03 01/701 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €

Dienstgebäude des **Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr**Umbau und Sanierung bisher vermieteter Räume 780,0 -

2017 gegenüber 2016:

Mehr 780,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 780,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**03 01 Ministerium**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
812 01-9	011	Anschaffung von Maschinen, Geräten, Anlagen und Einrichtungsgegenständen	150,0	150,0	A	510,0
					B	44,7
					C	40,7
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
511 99-6	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	120,0	120,0	A	110,0
					B	94,8
					C	106,3
514 99-3	011	Verbrauchsmittel	76,7	76,7	A	76,7
					B	45,1
					C	53,0
518 99-9	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	130,0	130,0	A	- - -
					B	0,9
525 99-0	011	Aus- und Fortbildung	26,6	26,6	A	26,6
					B	7,1
					C	4,0
526 99-9	011	Ausgaben für Sachverständige	68,3	32,6	A	34,1
					B	16,9
					C	10,0
534 99-9	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	10,0	10,0	A	42,6
					B	9,3
					C	4,9

## Erläuterungen

**Zu 03 01/812 01**

Veranschlagt sind die Ergänzung des Neubaus und des Stammhauses des StMI mit Möbel nach Abschluss sämtlicher Umzüge sowie der Ersatz von Maschinen und Geräten (einschl. Cafeteria).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 360,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf nach Abschluss der Ausstattung der neuen Diensträume.

**Zu 03 01/99**

Eingesetzt werden IuK-Systeme zur Abwicklung von EDV-Verfahren (z.B. Registratur-Unterstützung, Haushaltsverfahren, Reisekostensystem, Personalbewirtschaftungssystem), für Büroanwendungen (MS-Office, MS-Outlook, eAkte) und für den Zugriff auf verschiedene Informationssysteme (Rechtsdatenbank BAYERN.RECHT, Landtagsinformationssystem WebEULA).

Personal im Kap. 03 01, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen	Stellen	Stellen
	2016	2017	2018
Plan-Beamte			
A 14	2,0	2,5	2,5
A 13	4,0	4,0	4,0
A 12	1,5	2,5	2,5
A 11	2,0	4,0	4,0
A 10	1,0	-	-
A 9	1,0	2,0	2,0
A 8	1,0	1,0	1,0
	Summe	12,5	16,0
Arbeitnehmer			
E 9	1,5	1,5	1,5
	insgesamt	14,0	17,5

**Zu 03 01/511 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen zusätzlich erforderlicher Wartungs-/Serviceverträge (insbesondere wegen Ausstattung Neubau und Führungsräume des StMI, neue Antivirensoftware, gestiegene Anwenderzahlen), Videokonferenzsysteme.

**Zu 03 01/514 99**

Veranschlagt sind der Bedarf an Datenträgern, Toner, Farbpatronen sowie sonstige Kosten der Datenverarbeitung.

**Zu 03 01/518 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 130,0 Tsd. € wegen Umsetzung von Tit. 518 11 (115,0 Tsd. €) und zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 01/525 99**

Schulungsunterlagen sowie Kursgebühren für das DV-Personal.

**Zu 03 01/526 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 34,2 Tsd. € für regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen der Internetauftritte der Staatsverwaltung sowie für eine Machbarkeitsstudie für ein Verfahren zur Sportförderung.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 35,7 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 01/534 99**

Aus dem Haushaltsansatz wird insbesondere die Entwicklung und Änderung von Anwendungssoftware finanziert.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 32,6 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

## 03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
812 99-2	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 236,8</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 284,2</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	568,4	704,1	A B C	310,0 282,0 293,6
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	1.000,0	1.100,0	A B C	600,0 456,1 471,7
		<b>Gesamtausgaben</b>	40.667,2	40.126,6	A B C	39.286,3 43.332,7 39.915,8
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	264,4	424,4	A B C	338,4 298,3 449,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	272,2	272,2	A B C	272,2 304,7 303,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	536,6	696,6	A B C	610,6 603,0 752,1
		Personalausgaben	34.878,7	35.475,6	A B C	32.577,4 32.535,5 30.340,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.702,9	3.709,7	A B C	4.304,7 3.665,9 3.450,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	87,2	87,2	A B C	84,2 84,1 82,2
		Baumaßnahmen	1.280,0	-	A B C	1.500,0 6.720,4 5.507,4
		Sonstige Sachinvestitionen	718,4	854,1	A B C	820,0 326,7 354,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	A B C	- - 181,2
		<b>Gesamtausgaben</b>	40.667,2	40.126,6	A B C	39.286,3 43.332,7 39.915,8
		<b>Zuschuss</b>	40.130,6	39.430,0	A B C	38.675,7 42.729,6 39.163,9

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 01/812 99**

Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung insbesondere von Servern, PCs, Notebooks, Monitoren, Laserdruckern, Netzwerkkomponenten und Software.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 258,4 Tsd. € insbesondere wegen erforderlicher Migration auf das neue Betriebssystem Windows 10 und Office 2016, zur Umsetzung der Leitlinie zur Informationssicherheit (IT Security Policy) für die bayerische Staatsverwaltung (BayITSiLL), zur Beschaffung von Programmen zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben (barrierefreie Dokumente) sowie für den Ausbau der flexiblen Telearbeit (Flexitag im Rahmen des Familienpakts Bayern).

2018 gegenüber 2017:

Mehr 135,7 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf und zur Fortführung der Projekte.

**03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>				
261 01-3	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	2,2	2,2	A	2,0
					B	2,2
					C	2,2
261 02-2	012	Erstattung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	550,0	550,0	A	550,0
					B	537,3
					C	548,4
271 01-1	012	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 02.</i>	---	---	A	---
					B	666,2
					C	142,5
271 02-0	045	Erstattungen aus dem EU-Solidaritätsfonds für die Hochwasserkatastrophe 2013 <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 08. Rückzahlungen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	---	***	A	---
					C	12.000,0
281 01-9	012	Erstattung von Prozesskosten	80,0	80,0	A	80,0
					B	64,6
					C	137,7
		<b>Gesamteinnahmen</b>	632,2	632,2	A	632,0
					B	1.270,3
					C	12.830,8
		<b>Ausgaben</b>				
		<b>Personalausgaben</b>				
422 45-7	012	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.055,4	1.055,4	A	1.056,0
					B	1.072,8
					C	1.042,6
427 41-6	012	Praktikantenvergütungen	18,0	18,0	A	24,0
					B	4,6
					C	9,0
<u>428 45-1</u>	012	Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	746,6	746,6	A	
443 15-8	841	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>	4.000,0	4.000,0	A	3.530,0
					B	4.090,4
					C	4.031,3
443 16-7	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	97,6	97,6	A	97,6
					B	59,9
					C	51,6
459 11-3	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung <i>Aus diesem Titel können auch Ausgaben für Werbemaßnahmen bestritten werden. Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 03 62 Tit. 459 11.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	10,5
					C	23,7
459 31-9	012	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
					B	16,0
					C	10,4



**Vorbemerkung zu Kapitel 03 02**

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für den gesamten Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung (Epl. 03A) veranschlagt, die nicht auf die Kapitel des Einzelplans aufgeteilt werden können oder wegen der Übersichtlichkeit nur an einer Haushaltsstelle des Einzelplans ausgewiesen werden.

**Zu 03 02/261 01**

Erstattung des Verwaltungsaufwands durch die Versicherungskammer Bayern an die Regierung von Oberbayern gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaates Bayern.

**Zu 03 02/261 02**

Erstattung des staatlichen Anteils an den Einnahmen aus der Melderegisterauskunft an Private durch die AKDB (vgl. Erläuterungen bei Kap. 03 02 Tit. 685 07).

**Zu 03 02/271 01**

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 547 02. Bei diesem Titel dürfen auch Zuschüsse der EU vereinnahmt werden.

**Zu 03 02/271 02**

Erstattung der Einsatzkosten aus dem EU-Solidaritätsfonds für die Hochwasserkatastrophe 2013.

**Zu 03 02/281 01**

Erstattung der Aufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

**Zu 03 02/422 45**

Veranschlagt ist das Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 66 ff. BayBesG).

**Zu 03 02/427 41**

Vergütungen an Praktikanten einschließlich aller Nebenleistungen (gem. Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen; FMS vom 17.06.2016, Gz. 25-P2520-1/12).

**Zu 03 02/428 45**

Veranschlagt ist das Vergabebudget für Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**Zu 03 02/443 15**

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 470,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 02/443 16**

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

**Zu 03 02/459 11**

Belohnungen auf Grund der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung der Staatsregierung vom 30.09.2008 (AIIMBI. S. 623) sowie Durchführung von Werbemaßnahmen.

**Zu 03 02/459 31**

Bei dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß Nr. 92.4 BayVwVBes an Beamte und Beamtinnen in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) nachgewiesen.

**03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
461 01-1	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 03 A <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis 422 49 (ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 41 bis 422 43, 422 45) und der Tit. 428 01 bis 428 25 (ohne der Tit. 428 12 – AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) sowie im Sammelkapitel die TG 61 bis 65 verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln. Minderausgaben bei den verstärkungsfähigen Titeln dürfen zur Verstärkung dieses Ansatzes verwendet werden.</i>	888,7	31.121,7	A	34.058,0
		<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
525 01-5	012	Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer der Allgemeinen Inneren Verwaltung <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02. Einseitig deckungsfähig in Höhe von bis zu 75,0 Tsd. € zu Lasten von Kap. 12 02 Tit. 525 02 sowie in Höhe von bis zu 30,0 Tsd. € zu Lasten von Kap. 14 02 Tit. 525 02.</i>	1.600,0	1.600,0	A B C	1.200,0 1.194,7 1.225,7
525 21-1	012	Ausgaben für das Gesundheitsmanagement	140,0	140,0	A B C	70,0 141,6 129,7
526 01-4	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	700,0	700,0	A B C	690,0 735,8 650,8
526 11-2	012	Ausgaben für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 15 Tit. 231 01.</i>	1.500,0	1.500,0	A B C	1.615,0 659,5 472,1
526 12-1	012	Kosten für Organisations- und Rechtsgutachten	21,0	21,0	A B C	133,0 10,6 20,0
526 13-0	012	Kosten für die Durchführung von Kundenbefragungen	---	---	A	---
527 21-9	012	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	350,0	350,0	A B C	285,0 347,2 327,4

**Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -****Erläuterungen****Zu 03 02/461 01**

Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis 422 49 (ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 41 bis 422 43, 422 45) und der Tit. 428 01 bis 428 25 (ohne der Tit. 428 12 - AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tarifierhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) sowie im Sammelkapitel die TG 61 bis 65 verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln. Minderausgaben bei den verstärkungsfähigen Titeln dürfen zur Verstärkung dieses Ansatzes verwendet werden.

**Zu 03 02/525 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Für die Kap. 03 01 bis 03 10 und 03 15 sind veranschlagt:		
1. Fortbildung der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A14 qualifiziert sind und vergleichbarer Arbeitnehmer sowie der Richter	320,0	320,0
2. Fortbildung der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A3 bis höchstens A13 qualifiziert sind sowie vergleichbarer Arbeitnehmer	1.040,0	1.040,0
3. Fortbildung des Fachpersonals der Gesundheits- und Veterinärverwaltung sowie der Lebensmittelüberwachung in den Landratsämtern und Regierungen, das für ein Amt bis höchstens Besoldungsgruppe A13 qualifiziert ist sowie vergleichbarer Arbeitnehmer	240,0	240,0
Zusammen	1.600,0	1.600,0

Aus Tit. 525 01 dürfen auch Personalgewinnungsmaßnahmen gezahlt werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 400,0 Tsd. € wegen erhöhten Bedarfs insbesondere durch Personalgewinnungsmaßnahmen, Ausweitung des ressortübergreifenden Einführungslehrgangs, Referendarausbildung, Intensivierung der Fortbildung der staatlichen Rechnungsprüfungsstellen, der Aufsicht über die Standesämter sowie der Lebensmittelüberwachung.

**Zu 03 02/525 21**

Sachausgaben für die Ein- und Durchführung von Maßnahmen des Gesundheitsmanagements bzw. von Maßnahmen der Gesundheitsförderung. Veranschlagt sind Ausgabemittel für den Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung. Ausgabemittel für die Polizei sind aus dem Polizeibudget zu erbringen und hier zu verbuchen. Für die Feuerweherschulen sind gesondert Ausgabemittel in Kap. 03 26 Tit. 525 21 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 70,0 Tsd. € zur Verstärkung der Gesundheitsförderung.

**Zu 03 02/526 11**

Ausgaben für Gutachten, Dolmetscher und ähnliche Sachverständigenleistungen sowie Rechtsanwaltskosten, soweit diese außerhalb von Rechtsstreitigkeiten anfallen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 115,0 Tsd. € zur Anpassung an den erwarteten Bedarf (insbesondere Asylbewerberzahlen).

**Zu 03 02/526 12**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 112,0 Tsd. € wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf.

**Zu 03 02/526 13**

In Behörden mit Publikumsverkehr werden zur Verbesserung des Servicecharakters Kundenbefragungen durchgeführt, die einen Indikator für die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung darstellen und Verbesserungsmöglichkeiten für eine dienstleistungsorientierte Aufgabenerfüllung aufzeigen. Die Kundenbefragungen werden von spezialisierten externen Unternehmen vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet.

**Zu 03 02/527 21**

Für Reisen auf Grund des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes. Hieraus können auch Ausgaben für Schulungsmaßnahmen für Mitglieder der Personal- und Schwerbehindertenvertretungen geleistet werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 65,0 Tsd. € unter Berücksichtigung der Istaussgaben in den zurückliegenden Jahren.

## 03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
529 02-0	012	Zur Verfügung des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	41,2	41,2	A	41,2
					B	35,3
					C	34,0
532 01-6	012	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	2.600,0	2.600,0	A	2.425,0
					B	2.571,2
					C	2.708,8
547 01-9	012	Kosten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Regionen	---	---	A	---
					B	32,1
					C	14,4
547 02-8	012	Ausgaben im Rahmen von EU-Projekten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 271 01.</i>	---	---	A	---
					B	649,8
					C	131,6
547 06-4	012	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	---	***	A	---
					B	12,6
547 07-3	012	Sächliche Verwaltungsausgaben für E-Government-Maßnahmen <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von bis zu 859,8 Tsd. €/Jahr zu Gunsten Kap. 06 21 Tit. 547 60. Einseitig deckungsfähig in Höhe von 47,0 Tsd. €/Jahr zu Lasten Kap. 03 24 Tit. 894 01 für die Abgeltung der Nutzung von Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung durch die Hilfsorganisationen des Rettungsdienstes. Landratsämter, kommunale Körperschaften und die in Art. 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners im Freistaat Bayern (Bayerisches EA-Gesetz - BayEAG), GVBl S. 626, genannten Kammern dürfen die Erreichbarkeitsplattform unentgeltlich nutzen. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.890,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.890,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.561,3	2.294,2	A	2.000,0
					B	1.630,7
					C	258,6
547 08-2	045	Ausgaben und Zuweisungen für Einsatzkosten einschließlich Ersatzbeschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Hochwasserkatastrophe 2013 <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Tit. 271 02. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. Ausgaben, die bereits aus anderen Haushaltsstellen geleistet wurden, sind - auch nach Abschluss des Haushaltsjahres - dort von der Ausgabe abzusetzen und zu Tit. 547 08 umzubuchen.</i>	---	***	A	---
					B	2.349,2
					C	9.650,4
<u>547 26-0</u>	235	Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Integrationsprojekte <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 812 26.</i>	467,8	467,8	A	
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
685 07-5	012	Erstattung des Aufwands für die der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) durch die MeldDV übertragenen Aufgaben	3.388,1	3.350,6	A	3.591,6
					B	3.207,6
					C	3.207,6
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-1	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Zur Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln mit Ausnahme von Kap. 03 23, 03 26 ausgebrachten Ansätze.</i>	---	---	A	---

**Erläuterungen****Zu 03 02/529 02**

Verfügungsmittel insbesondere für:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz.
- b) Repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, soweit die Mittel des Kap. 03 01 Tit. 529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen.

**Zu 03 02/532 01**

Für Hauptsachleistungen (ggf. einschließlich Rechtsschutzkosten) in Fällen, in denen Behörden der Inneren Verwaltung abschließend tätig werden, kein Fall des § 15 Abs. 1 Satz 1 der Vertretungsverordnung vorliegt und nicht besondere Mittel zur Verfügung stehen. Leistungen wegen Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den zuständigen Personaltiteln zu buchen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 175,0 Tsd. € unter Berücksichtigung der Istaussgaben in den zurückliegenden Jahren.

**Zu 03 02/547 01**

Zur Zusammenarbeit des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden mit ausländischen Dienststellen; die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen, insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit, liegt im besonderen Interesse des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, weil dadurch wichtige und bedeutsame Staatsaufgaben effektiver bearbeitet werden können.

Im Rahmen der Zusammenarbeit können auch anfallende Kosten (z. B. Reise- und Tagungskosten, Aufenthaltskosten für ausländische Gäste, Aufwendungen für Dolmetscher, Dokumentationen) geleistet werden.

Diese Kosten werden aus den Ansätzen des Deckungskreises gemäß Nr. 12.1 DBestHG geleistet.

**Zu 03 02/547 02**

Zur Abwicklung von EU-Projekten; sämtliche für diese Projekte anfallenden Ausgaben außerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben werden vollständig aus Titel 547 02 geleistet. Soweit die Einnahmen von der EU nicht ausreichen, werden die Ausgaben aus dem Budget gedeckt (Nr. 12.1 DBestHG).

**Zu 03 02/547 07**

Veranschlagt sind Sachmittel für die Einführung und den Betrieb der eAkte im Geschäftsbereich, den Behördenwegweiser, die Erreichbarkeitsplattform, die Nutzung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung, das E-Procurement-VOL und die Nutzung des Tarifrechtsportals im Rahmen der Datenbank BAYERN-RECHT.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 561,3 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 267,1 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 02/547 08**

Ausgaben und Zuweisungen für Einsatzkosten einschließlich Ersatzbeschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Hochwasserkatastrophe 2013, die aus dem EU-Solidaritätsfonds erstattet werden (s. Tit. 271 02). Bereits geleistete Zahlungen, die über den EU-Solidaritätsfonds abgewickelt werden, sind bei Tit. 547 08 nachzuweisen und ggf. umzubuchen.

**Zu 03 02/547 26**

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Integrationsprojekten.

2017 gegen über 2016:

Mehr 467,8 Tsd. € infolge von Umsetzungen von Titel 511 01 der einzelnen Kapitel des Epl. 03A (mit Ausnahme Kap. 03 26).

**Zu 03 02/685 07**

Durch die Meldedatenverordnung (MeldDV) werden der AKDB die Aufgaben der "Vermittlungsstelle des Freistaats Bayern für das Meldewesen" zugewiesen. Zur Deckung ihres Aufwands erhält die AKDB eine von der Zahl der Datenübermittlungen abhängige Pauschale (3.207,6 Tsd. €/Jahr, wodurch 30 Mio. regelmäßige Datenübermittlungen abgegolten sind); für jede Melderegisterauskunft an Private muss die AKDB eine Erstattung an den Freistaat Bayern leisten (s. Tit. 261 02). Das Nähere ist in einer Finanzierungsvereinbarung geregelt.

Der Ansatz beinhaltet Mittel für die Sicherstellung eines jederzeit möglichen Zugriffs der Sicherheitsbehörden auf den zentralen Meldedatenbestand nach den Regelungen des Bundesmeldegesetzes sowie zur Deckung des zusätzlichen Aufwands wegen wegfallender Gebühren gemäß § 34 Abs. 6 Bundesmeldegesetz.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 203,5 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 37,5 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
702 01-0	012	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A	2.000,0
					B	1.251,8
					C	1.871,5
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
812 06-2	012	Investitionen zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	---	***	A	---
812 07-1	012	Investitionen für E-Government-Maßnahmen	---	---	A	---
					B	100,4
					C	34,7
<u>812 26-8</u>	235	Erwerb von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder für Integrationsprojekte <i>Deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 02 Tit. 547 26.</i>	---	---	A	
		<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
972 01-3	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4 (außerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben), 5, 6, 7 (ohne Anlage S) und 8 zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-5.442,0	-5.442,0	A	-5.442,0
972 05-9	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	-3.226,3	-3.226,3	A	-3.226,3
981 16-5	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	81,1	81,1	A	56,6
					B	56,6
					C	19,6
989 01-4	891	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>61 - 65 Versorgung und Beihilfen</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i> <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>				
432 61-4	048	Ruhegehälter	709.776,3	741.914,3	A	649.708,2
					B	650.272,4
					C	618.110,5
432 62-3	048	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Ruhelöhne und damit zusammenhängende Hinterbliebenenbezüge gezahlt werden.</i>	154.157,8	158.711,1	A	145.571,5
					B	134.055,1
					C	133.113,4

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 02/702 01**

Abwasserkanäle sind nach dem Wasserhaushaltsgesetz so zu errichten und zu betreiben, dass sie den Regeln der Technik entsprechend dicht sind. Der Ansatz ist für die in regelmäßigen Abständen notwendigen vorbeugenden Untersuchungen auf Dichtheit und entsprechende Sanierungsmaßnahmen bestimmt.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 500,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 02/812 26**

Für den zentralen Nachweis von Investitionen, die für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Integrationsprojekten ggfls. anfallen. Die Ausgaben werden aus Tit. 547 26 gedeckt.

**Zu 03 02/972 01**

Fortführung der im Doppelhaushalt 2005/2006 zur Haushaltskonsolidierung veranschlagten globalen Minderausgabe.

**Zu 03 02/972 05**

Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich.

**Zu 03 02/981 16**

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich.

**Zu 03 02/989 01**

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

**Zu 03 02/61**

Nachgewiesen werden bei dieser Titelgruppe gemäß dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 11.09.1997 die im jeweiligen Ressortbereich anfallenden Versorgungsausgaben und Beihilfen.

Darüber hinaus werden bei den Titeln 424 61 und 434 61 die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen nach § 14a Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz ergebenden Beträge sowie die Beträge nachgewiesen, die sich aus einer aufgrund von Verweisung auf das Bundesbesoldungsgesetz verminderten Anpassung der Amts- und Versorgungsbezüge der Mitglieder der Staatsregierung ergeben und die einer Versorgungsrücklage zugeführt werden. Zusätzlich werden bei Tit. 434 61 die Beträge nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage in Höhe von 50 v. H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 sowie aufgrund von Verweisung auf das Beamtenversorgungsgesetz in Höhe von 50 v. H. der Verminderung der Versorgungsausgaben für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung zugeführt werden.

**03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
441 61-3	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	102.543,6	106.646,0	A	101.988,9
					B	94.833,2
					C	94.024,9
441 62-2	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	3.021,7	3.142,6	A	3.959,1
					B	2.793,8
					C	2.608,4
441 63-1	841	Pflegeleistungen an Beamte und Richter - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
441 64-0	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	112,8	117,4	A	117,7
					B	104,3
					C	105,0
446 61-8	048	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	179.395,1	186.570,2	A	165.931,4
					B	165.860,8
					C	155.598,8
446 62-7	048	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
					B	-1,1
<b>Summe der Titelgruppe</b>			1.149.007,3	1.197.101,6	A	1.067.276,8
					B	1.047.918,4
					C	1.017.386,4
<b>71 Ausbildung der Beamten und Angestellten der Allgemeinen Inneren Verwaltung</b>						
<i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von bis zu 21,0 Tsd. € zu Lasten Kap. 14 02 Tit. 525 73.</i>						
453 71-6	012	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	450,0	450,0	A	390,9
					B	348,0
					C	325,2
525 71-0	012	Ausbildung, Umschulung <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	1.000,0	1.000,0	A	760,0
					B	789,2
					C	648,1
527 71-8	012	Reisekostenvergütungen im Zusammenhang mit Ausbildungsmaßnahmen	100,0	100,0	A	100,0
					B	73,7
					C	93,4
<b>Summe der Titelgruppe</b>			1.550,0	1.550,0	A	1.250,9
					B	1.210,8
					C	1.066,6
<b>Gesamtausgaben</b>			1.163.665,8	1.241.688,5	A	1.112.752,4
					B	1.069.370,1
					C	1.046.148,2



**Erläuterungen**

---

**Zu 03 02/71**

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung

- der Referendare (Reisekostenvergütungen, Honorare für Dozenten, Fahrtkostenersatz an Referendare, Ausbildung der Rechtspraktikanten),
- der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 qualifiziert werden (persönliche Abfindungen, Unterkunfts- und Verpflegungsgebühren),
- der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 7 qualifiziert werden (persönliche Abfindungen, Unterkunfts- und Verpflegungsgebühren, Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) sowie
- des Personals der Gesundheitsverwaltung bei den Landratsämtern.

Der Haushaltsvermerk zu Lasten des Einzelplans 14 ist zur Finanzierung der verlängerten Ausbildung der Hygiene-Kontrolleure erforderlich.

**Zu 03 02/453 71**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 59,1 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Mehreinstellungen Anwärter).

**Zu 03 02/525 71**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 240,0 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Mehreinstellungen Anwärter).

**03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		<b>Abschluss</b>				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	632,2	632,2	A B C	632,0 1.270,3 12.830,8
		<b>Gesamteinnahmen</b>	632,2	632,2	A B C	632,0 1.270,3 12.830,8
		Personalausgaben	1.156.283,6	1.234.610,9	A B C	1.106.453,3 1.053.520,6 1.022.880,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	11.081,3	10.814,2	A B C	9.319,2 11.233,1 16.365,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.388,1	3.350,6	A B C	3.591,6 3.207,6 3.207,6
		Baumaßnahmen	1.500,0	1.500,0	A B C	2.000,0 1.251,8 1.871,5
		Sonstige Sachinvestitionen	-	-	A B C	- 100,4 34,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	-8.587,2	-8.587,2	A B C	-8.611,7 56,6 1.789,0
		<b>Gesamtausgaben</b>	1.163.665,8	1.241.688,5	A B C	1.112.752,4 1.069.370,1 1.046.148,2
		<b>Zuschuss</b>	1.163.033,6	1.241.056,3	A B C	1.112.120,4 1.068.099,8 1.033.317,4



**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
119 49-9	012	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0	A B C	2,0 9,8 352,2
129 01-3	012	Einnahmen aus dem Gebührenanteil Bayerns aus der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag	---	---	A B C	--- 73,0 20,8
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 02-7	011	Zuweisungen des Bundes zu den Bundestagswahlen <i>Vgl. Vermerk zu TG 72 (Ausgaben).</i>	16.003,1	---	A C	--- 2.988,6
231 03-6	011	Zuweisungen des Bundes zu den Wahlen zum Europäischen Parlament <i>Vgl. Vermerk zu TG 76 (Ausgaben).</i>	---	---	A C	--- 11.133,0
231 04-5	244	Zuweisungen des Bundes zur Pflege jüdischer Friedhöfe	337,1	335,6	A B C	333,8 333,8 333,8
233 01-6	011	Erstattungen der Bezirke für die Bezirkswahlen <i>Vgl. Vermerk zu TG 71 (Ausgaben).</i>	---	9.295,0	A C	--- 7.156,1
282 01-6	322	Zuschüsse Dritter zu den Kosten der Verleihung des Bayerischen Sportpreises <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 533 01.</i>	---	---	A	---
282 02-5	012	Spenden und sonstige Zuwendungen <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 547 05.</i>	---	---	A B C	--- 147,7 140,0
<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>						
334 42-5	322	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Bereich Leistungssport) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	---	---	A	---
<b>Titelgruppen</b>						
<b>78 - 81 G7-Gipfel 2015</b> <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis der TG 78-81.</i>						
119 78-3	042	Vermischte Einnahmen	---	***	A B	--- 5,0
124 78-6	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	---	***	A	---
231 78-6	042	Erstattungen vom Bund	---	***	A B	--- 39.286,0

---

**Erläuterungen**

---

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 03**

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für besondere Fachaufgaben der Allgemeinen Inneren Verwaltung (Epl. 03 A) veranschlagt (z.B. Wahlen, Förderung des Sportwesens (ohne Schulsport), Kostenanteile für gemeinsame Einrichtungen des Bundes und der Länder aus dem Bereich des Epl. 03 A, BOS-Digitalfunk).

**Zu 03 03/129 01**

Gebühreneinnahmen aus den anderen Ländern für glücksspielrechtliche Erlaubnisse, die nach dem Glücksspielstaatsvertrag aufgrund zentraler Zuständigkeit bundesweit erhoben und nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt werden.

**Zu 03 03/231 02**

Der Bund erstattet gemäß § 50 Bundeswahlgesetz die Ausgaben der jeweiligen Bundestagswahl (vgl. TG 72).

**Zu 03 03/231 04**

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 684 02.

**Zu 03 03/233 01**

Die Bezirke erstatten dem Freistaat Bayern die Kosten der zusammen mit der Landtagswahl durchzuführenden Bezirkswahlen.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	Tsd. € 4	Tsd. € 5		6
232 78-5	042	Erstattungen von Ländern und aus dem Ausland	---	***	A	---
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	-	-	A B C	- 39.291,0 -
		<b>85 Einnahmen bei der Errichtung und dem Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern</b> <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei der Ausgaben-TG 85.</i>				
119 85-4	012	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
124 85-7	012	Einnahmen aus der Nutzung von Basisstationen durch Dritte	---	---	A B C	--- 1.100,5 2.098,4
231 85-7	042	Erstattungen und sonstige Leistungen des Bundes und der BDBOS	---	---	A B C	--- 4.007,2 20.594,0
233 85-5	042	Erstattungen von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Sozialversicherungsträgern und sonstigen öffentlichen Bereichen	---	---	A B C	--- 840,8 58,9
235 85-3	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	-	-	A B C	- 5.948,5 22.751,3
		<b>91 Einnahmen zur Förderung des Sportwesens (ohne Schulsport)</b>				
182 91-8	322	Sonstige über den Bayer. Landes-Sportverband vereinnahmte Darlehensrückflüsse <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 893 91.</i>	2.600,0	2.600,0	A B C	2.600,0 3.268,6 2.037,2
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	2.600,0	2.600,0	A B C	2.600,0 3.268,6 2.037,2
		<b>Gesamteinnahmen</b>	18.942,2	12.232,6	A B C	2.935,8 49.072,5 46.913,1
		<b>Ausgaben</b>				
		<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
531 21-1	012	Öffentlichkeitsarbeit <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	219,4	194,4	A B C	169,4 213,4 190,4
533 01-3	012	Auszeichnungen für besondere Verdienste <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 282 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 40,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	240,0	230,0	A B C	250,0 191,3 65,0

## Erläuterungen

**Zu 03 03/124 85**

Einnahmen aus der Nutzung staatlicher Digitalfunkmasten durch Anbringen von Antennen (auch Richtfunk) für den Mobilfunk privater Mobilfunkanbieter u.a.. Bei diesem Titel wird auch der Kostenersatz Dritter aufgrund Anforderungen in der Standortakquisition oder der Standortanbindung nachgewiesen.

**Zu 03 03/231 85**

Einnahmen aufgrund der Abrechnung der Aufwände gegenüber dem Bund für die Standortbereitstellung, Akquisition, Planung, Ertüchtigung und Instandhaltung sowie für die Anbindung (u.a. Übertragungsstrecken). Der Bund hat den Freistaat mit den vorgenannten Aufgaben beauftragt und ist damit anteilig Kostenträger; vgl. u.a. § 3 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens vom 01.06.2007. Die Kostenbeteiligungsquote des Bundes beträgt (zum Stand 01.07.2016) rd. 21,7 %.

**Zu 03 03/233 85**

Erstattungen für Produkte und Leistungen des Digitalfunks BOS, die vom Freistaat Bayern bereitgestellt werden (z. B. durch Abruf aus den Rahmenverträgen der BDBOS), für die aber die Gemeinden und Gemeindeverbände oder Sozialversicherungsträger oder sonstige Dritte Kostenträger sind. Bei diesem Titel werden auch die Zahlungen der Sozialversicherungsträger (als Kostenträger des Rettungsdienstes i.H.v. 6,0 Mio. € jährlich) für die Beteiligung an den Betriebskosten des Digitalfunks, welche ab Bereitstellung des Digitalfunks anfallen werden, vereinnahmt (vgl. Erläuterungen Nr. 7 zu 03 03/85).

**Zu 03 03/235 85**

Die Bundesagentur für Arbeit gewährt Eingliederungszuschüsse gemäß SGB III.

**Zu 03 03/182 91**

Ausweisung gem. Art. 11 Abs. 2 BayHO der vom BLSV bewirtschafteten Darlehensrückflüsse aus Förderprogrammen des Landes.

**Zu 03 03/531 21**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Der Ansatz dient	Tsd. €	Tsd. €
1. der Pressearbeit (z.B. Pressebetreuung, Pressekonferenzen)	21,0	21,0
2. der Unterrichtung der Öffentlichkeit (z.B. Internetauftritt, Broschüren, Veranstaltungen)	198,4	173,4
Zusammen	219,4	194,4

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,0 Tsd. € für Tag der offenen Tür.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 25,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf. Der Ansatz beinhaltet jedoch zusätzliche Mittel für die Jubiläumsfeierlichkeiten "100 Jahre Freistaat Bayern".

**Zu 03 03/533 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Kommunale Ehrenzeichen und Urkunden	20,0	10,0
2. Ehrenzeichen für BRK und andere Hilfsorganisationen	10,0	10,0
3. Bayerische Staatsmedaille Innere Sicherheit	5,0	5,0
4. Medaille für Verdienste um die Innere Sicherheit	10,0	10,0
5. Sportauszeichnungen und Veranstaltungskosten Bayerischer Sportpreis	195,0	195,0
Zusammen	240,0	230,0

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
547 01-7	729	Verkehrserziehung <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 684 04.</i>	300,0	300,0	A B C	290,0 260,9 255,9
547 02-6	042	Förderung des Polizeisports <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 282 01.</i>	61,0	61,0	A B C	61,0 57,2 51,8
547 04-4	042	Vorbeugungsmaßnahmen und Durchführung von bayernweiten Veranstaltungen der Polizei	16,0	16,0	A B C	14,0 15,4 14,1
547 05-3	012	Zuwendungen und sonstige Ausgaben aus Spenden <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei Tit. 282 02. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B C	--- 55,9 49,9
547 06-2	012	Sachbedarf zur Durchführung von Mitarbeiterbefragungen in der Staatsverwaltung	21,0	21,0	A	21,0
547 07-1	047	Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Toleranz und Integration	85,0	85,0	A B	85,0 30,0
547 08-0	047	Aufklärungsmaßnahmen für Zwecke des Verfassungsschutzes	602,5	502,5	A B C	302,5 34,1 80,3
547 09-9	012	Sachbedarf für die Initiative "Cybersicherheit" <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 633 03.</i>	80,0	80,0	A B C	480,0 70,0 58,9
547 10-6	012	Maßnahmen zur Unterstützung und Würdigung des Ehrenamts	50,0	50,0	A	50,0
547 12-4	011	Aufwendungen für die Durchführung der Innenministerkonferenz (IMK), von Arbeitskreissitzungen der IMK sowie von Unterarbeitsgruppen <i>Erstattungen von Aufwendungen für Dritte dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Mit den Ausgaben dürfen auch Entgelte für Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Überstundenvergütungen für Arbeitnehmer sowie Erstattungen und Sachinvestitionen geleistet werden.</i>	4,2	4,2	A B C	4,2 4,8 1,0
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
632 01-3	042	Anteil an den Kosten der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster und der Wasserschutzpolizeischule Hamburg	1.540,0	1.540,0	A B C	1.530,0 1.281,3 1.510,0



---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 03/547 01**

Zur Fortführung der Verkehrsaufklärungsarbeit, z.B. zur Durchführung der Verkehrssicherheitskampagnen "Sicher und Fair im Straßenverkehr", "Ankommen statt Umkommen", "Ernstnehmende Verkehrssicherheitsarbeit (EVA)" und "Sicher auf Bayerns Straßen" (u.a. im Internet, durch Broschüren, Faltblätter usw.), zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Medien (Produktion von Fernseh- und Radiospots) und mit den übrigen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit sowie für Lehr- und Lernmaterial für Kindergärten, Schüler und Jugendliche, Verkehrspuppenspiele und für die Fortbildung der Schulwegbeauftragten. Weitere Mittel für Verkehrserziehungsmaßnahmen sind bei Tit. 684 04 veranschlagt, der im Hinblick auf eine flexible Mittelsteuerung zu Gunsten Tit. 547 01 einseitig deckungsfähig ist.

**Zu 03 03/547 02**

Kosten von Polizeisportmeisterschaften, deren Vorbereitung und von sonstigen Maßnahmen zur Förderung des Polizeisports.

**Zu 03 03/547 05**

Zuwendungen und sonstige Ausgaben aus Spenden und dgl., die von Dritten für bestimmte Zwecke gegeben werden; s. a. Tit. 282 02.

**Zu 03 03/547 06**

In der Staatsverwaltung werden in geeigneten Behörden, Schulen, Hochschulen, Gerichten und sonstigen Dienststellen in regelmäßigen Abständen Mitarbeiterbefragungen durchgeführt (vgl. Nr. 15 des 20-Punkte-Aktionsprogramms der Staatsregierung zur Verwaltungsreform). Die Mitarbeiterbefragungen werden von jedem Ressort eigenverantwortlich vollzogen. Der Epl. 03A stellt dazu eine ressortübergreifende Informationsbroschüre und standardisierte Verwaltungsfragebögen zur Verfügung. Die Standardfragebögen werden zentral durch das Landesamt für Statistik ausgewertet.

**Zu 03 03/547 07**

Die Ausgabemittel sind bestimmt für die Unterstützung von Projekten zur Stärkung von Toleranz und Integration, z.B. Bayerisches Bündnis für Toleranz, sowie für Integrationsmaßnahmen wie die Veranstaltung von Einbürgerungsfeiern und Neubürgerempfangen. Aus Tit. 547 07 dürfen auch Mitgliedsbeiträge gezahlt werden.

**Zu 03 03/547 08**

Die Ausgabemittel sind insbesondere bestimmt für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen des Verfassungsschutzes (z.B. jährlicher Verfassungsschutzbericht, Halbjahresinformationen, Broschüren, Ausstellungen) und weitere Präventionsmaßnahmen.

**Zu 03 03/547 09**

Zur Umsetzung der Initiative "Cyber-Sicherheit" der Staatsregierung (insbesondere für Veranstaltungen, Gremien und Öffentlichkeitsarbeit).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 400,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu Tit. 633 03.

**Zu 03 03/547 10**

Zur Durchführung von Empfängen und Veranstaltungen für verdiente Ehrenamtliche im Geschäftsbereich (u.a. Blaulichtempfänge).

**Zu 03 03/632 01**

Der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster obliegt insbesondere die einheitliche Ausbildung der Beamtinnen und Beamten für den höheren Polizeidienst des Bundes und der Länder sowie die Weiterbildung der Führungskräfte der Polizeien des Bundes und der Länder. Darüber hinaus hat die Hochschule die Aufgabe, die Polizeiwissenschaft durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung zu pflegen und zu entwickeln.

Die Wasserschutzpolizeischule in Hamburg bildet ebenfalls im Rahmen eines Abkommens die Beamten der Wasserschutzpolizei aller deutschen Polizeien aus und fort.

Die Kosten beider Einrichtungen werden zwischen Bund und Ländern nach speziellen Finanzierungsschlüsseln aufgeteilt.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
632 02-2	012	Finanzierungsanteil Bayerns aus der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag <i>Die Mittel sind nach Art. 22 BayHO in Verbindung mit Art. 36 BayHO gesperrt.</i>	2.075,0	530,0	A	144,4
					B	132,1
					C	531,2
632 05-9	042	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) sowie andere bundesweite Beteiligungen an Präventionsprojekten	180,0	180,0	A	170,0
					B	161,1
					C	158,1
632 06-8	133	Beitrag an die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	170,3	172,8	A	169,2
					B	159,3
					C	144,6
633 02-1	012	Interkommunale Zusammenarbeit - Förderprogramm für Kommunalverwaltungen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.000,0	2.000,0	A	2.000,0
					B	188,0
					C	20,0
633 03-0	012	Zuweisungen an Gemeinden zur Verbesserung der IT-Sicherheit <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 09.</i>	1.000,0	400,0	A	300,0
					B	80,0
671 02-4	012	Umlage für die Bayerische Verwaltungsschule <i>Die erforderlichen Ausgabemittel stehen zu Lasten der in den Einzelplänen 01 - 15 bei Gr. 525 veranschlagten Ausgabemittel bis zur Höhe der auf den Freistaat Bayern entfallenden Umlage gemäß Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Bayer. Verwaltungsschule zur Verfügung. Die Erläuterungen sind verbindlich.</i>	***	***	A	---
671 05-1	249	Ausreise und Aufenthaltsbeendigung von ausländischen Staatsangehörigen <i>Sächliche Verwaltungsausgaben zur Unterstützung der freiwilligen Ausreise, zur Vorbereitung und Unterstützung der Rückführung sowie zur Identitätsfeststellung dürfen aus dem Titel geleistet werden. Die Mittel sind übertragbar. Gutschriften der Internationalen Organisation für Migration (IOM) dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Der Titel ist deckungsfähig zu Lasten der HGr. 5 des Einzelplans 03 A.</i>	3.569,3	3.569,3	A	3.569,3
					B	1.116,0
					C	920,1

## Erläuterungen

**Zu 03 03/632 02**

Zur Umsetzung der § 9 Abs. 3 und Abs. 5 Satz 1 Nr. 1, § 10 Abs. 1 Satz 2 und § 32 Satz 1 GlüStV und § 15 VwVGlüStV wurde durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern

1. ein unabhängiger länderübergreifender Fachbeirat Glücksspielsucht eingerichtet, der die obersten Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder bei der Wahrnehmung ihrer ordnungsrechtlichen Aufgaben unterstützt und berät,
2. ein Sportbeirat geschaffen, der die Länder im Vorfeld der Ausschreibungen der Konzessionen sowie bei der Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags in beratender Funktion unterstützt,
3. eine Geschäftsstelle eingerichtet, die die Tätigkeit des Fachbeirats Glücksspielsucht und des Sportbeirats sowie die länderübergreifende Arbeit der Glücksspielaufsicht insbesondere im Bereich der Abstimmung der Erlaubnisse, der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels und der Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags unterstützt.

Die Kosten von Fach- und Sportbeirat sowie der Geschäftsstelle werden nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel finanziert. Bezüglich der ländereinheitlichen (§ 9aGlüStV) und gebündelten (§ 19 Abs. 2 GlüStV) Verfahren wurde durch Verwaltungsvereinbarung geregelt, dass durch Verwaltungsgebühren nicht gedeckte Kosten nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder übertragen werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.930,6 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Finanzierungsanteil Bayerns einschließlich rückwirkender Zahlungen.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 1.545,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Finanzierungsanteil Bayerns.

**Zu 03 03/632 05**

Durchführung des Programms "Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK)" - früher: "Kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm" gemäß dem "Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland". Die Gesamtkosten werden vom Bund (20 v.H.) und den Ländern (nach dem Königsteiner Schlüssel) getragen. Im Rahmen des Programms werden Ausstellungen, Broschüren, Filme usw. finanziert. Darüber hinaus können auch andere bundesweite Beteiligungen an Präventionsprojekten (z.B. TISPOL) darüber finanziert werden.

**Zu 03 03/632 06**

Leistung auf Grund des Verwaltungsabkommens über die Finanzierung der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer zwischen Rheinland-Pfalz, dem Bund und den anderen Ländern.

**Zu 03 03/633 02**

Die interkommunale Zusammenarbeit soll durch ein vereinfachtes Förderverfahren gestärkt und durch die Anschubfinanzierung weiterer Kooperationsprojekte ausgeweitet werden.

**Zu 03 03/633 03**

Umsetzung des Programms BAYERN DIGITAL der Bayerischen Staatsregierung, insbesondere zur finanziellen Förderung von Sicherheitsanalysen in Kommunen durch zertifizierte IT-Dienstleister.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 700,0 Tsd. € wegen Umsetzung von Tit. 547 09.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 600,0 Tsd. € zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 03/671 02**

Wegfallend, da bis auf Weiteres kein Anwendungsfall absehbar ist.

**Zu 03 03/671 05**

Finanziert werden dürfen u.a.:

- Beteiligung Bayerns am REAG/GARP-Programm des Bundes zur Förderung der freiwilligen Rückkehr (Durchführung durch Internationale Organisation für Migration (IOM)),
- Kofinanzierung von EU-geförderten Projekten.  
Für die Abwicklung von EU-Fördergeldern stehen die Haushaltsstellen bei Kap. 03 02 Tit. 271 01 und Kap. 03 02 Tit. 547 02 zur Verfügung,
- Teilnahme an Projekten und Programmen des Bundes und/oder anderer Länder,
- Sächliche Verwaltungsausgaben insbesondere zur Identitätsfeststellung,
- Maßnahmen zur Beseitigung von Abschiebungshindernissen im Einzelfall.

Damit die zweckentsprechende Verwendung von zurückgeforderten Förderbeträgen sichergestellt ist, dürfen Gutschriften der IOM von den Ausgaben abgesetzt werden.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
681 01-3	153	Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	533,3	627,8	A B C	500,0 338,0 342,0
681 02-2	322	Bayerischer Sportpreis	55,6	55,6	A B	55,6 45,0
683 01-1	012	Zuschüsse an Unternehmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 09.</i>	***	***	A	300,0
684 02-9	244	Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	674,2	671,2	A B C	667,5 667,5 667,5
684 04-7	729	Zuschüsse zu Verkehrserziehungsmaßnahmen, insbesondere der Bayerischen Landesverkehrswacht <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	770,0	770,0	A B C	735,0 661,5 661,4
685 03-7	012	Zuschuss zum Betrieb des Bayerischen Selbstverwaltungs-kollegs	54,3	54,3	A B C	54,3 48,9 48,9
<b>Investitionsförderungsmaßnahmen</b>						
883 02-8	322	Zuweisungen zur Sanierung der Heini-Klopfer-Skilflugschanze in Oberstdorf	3.330,0	370,0	A	---
893 01-7	322	Zuschuss an den Bayerischen Landes-Sportverband e.V. zur Errichtung eines Sportcamps im Fichtelgebirge	---	6.222,2	A	5.000,0
893 02-6	322	Zuschuss für Ausbaumaßnahmen am Hohenzollern-Skistadion am Arber	---	---	A B C	--- 147,0 850,0
<b>Titelgruppen</b>						
<b>71 Kosten der Wahlen zum Landtag und der Bezirkstage sowie der Volksentscheide</b>						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 233 01.</i>						
459 71-8	011	Vermischte Personalausgaben	---	5,2	A B C	--- 0,0 0,7
511 71-4	011	Postentgelte	---	1.742,0	A	---
514 71-1	011	Kosten der Herstellung von Stimmzetteln und Vordrucken	---	700,0	A	---
547 71-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	8,5	A	---
633 71-7	011	Erstattungen an Gemeinden und Stimmkreisleiter	---	16.850,0	A C	--- 6.345,0
<b>Summe der Titelgruppe</b>			-	19.305,7	A B C	- - 6.345,8
<b>72 Kosten der Wahlen zum Bundestag</b>						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 231 02.</i>						
459 72-7	011	Vermischte Personalausgaben	5,0	---	A B C	--- 0,0 0,9

## Erläuterungen

**Zu 03 03/681 01**

Prämie von 1.000 € im Bereich der beruflichen Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen. Die Prämie wird seit 01.09.2013 im Rahmen einer freiwilligen Leistung gewährt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 33,3 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 94,5 Tsd. € wegen zu erwartender höherer Zahl an Absolventen.

**Zu 03 03/683 01**

Wegfallend, da im Rahmen der Umsetzung des Programms BAYERN DIGITAL der Bayerischen Staatsregierung die finanzielle Förderung auf Sicherheitsanalysen in Kommunen durch zertifizierte IT-Dienstleister konzentriert wurde.

**Zu 03 03/684 02**

Aufwendungen des Freistaates Bayern zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe, an denen sich der Bund zur Hälfte beteiligt (vgl. Tit. 231 04). Die Arbeiten werden vom Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden durchgeführt, dem die entstandenen Kosten aus dem Ansatz erstattet werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 6,7 Tsd. € wegen Erhöhung der Pflegepauschale im Rahmen der ab 01.01.2015 gültigen Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern (einschließlich Nachzahlung i.H.v. 3,0 Tsd. € für die Jahre 2015 und 2016).

**Zu 03 03/684 04**

Die Zuschüsse sind für die Landesverkehrswacht Bayern und andere Träger sowie für sonstige Verkehrserziehungsmaßnahmen vorgesehen (u.a. Schulwegmaßnahmen "Sicher zur Schule - Sicher nach Hause", Gewinnung weiterer Schulwegdienste, Radfahrausbildung in den Jugendverkehrsschulen sowie Modellversuch "Radfahren in der Verkehrswirklichkeit", Zuweisungen für die Ersatzbeschaffung ausgedienter Jugendverkehrsschulfahrzeuge, verkehrssicherer Fahrräder usw.).

Die Landesverkehrswacht ist berechtigt, aus den empfangenen Förderbeträgen den örtlichen Verkehrswachten Zuwendungen zu bewilligen.

Die Ansätze sind wegen des sachlichen Zusammenhangs und für eine flexible Mittelsteuerung zu Gunsten von Kap. 03 03 Tit. 547 01 einseitig deckungsfähig.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 35,0 Tsd. € wegen neuer Präventionsmaßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von Flüchtlingen/Asylbewerbern.

**Zu 03 03/883 02**

Zuweisungen zu den Investitionskosten in Höhe von bis zu 3,7 Mio. € zur Sanierung der Heini-Klopfer-Skiflugschanze in Oberstdorf zum Zwecke der Herstellung einer Veranstaltungstauglichkeit für die Skiflug-Weltmeisterschaft 2018. Zusammen mit Bundesmitteln in gleicher Höhe erfolgt eine staatliche Förderung in Höhe von bis zu 90 % der förderfähigen Kosten.

**Zu 03 03/893 01**

Investitionskostenzuschuss zum Neubau einer verbandseigenen Liegenschaft des Bayerischen Landes-Sportverbands e.V. im Fichtelgebirge. Es soll eine staatliche Förderung der Gesamtmaßnahme in Höhe von bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Kosten ermöglicht werden.

**Zu 03 03/893 02**

Der Leertitel dient der Abwicklung der Maßnahme.

**Zu 03 03/71**

Kosten der Landtagswahl und der Bezirkswahlen. Die Ausgaben für die gleichzeitig mit der Landtagswahl durchgeführten Bezirkswahlen werden von den Bezirken erstattet (vgl. Tit. 233 01).

Aus Tit. 459 71 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters gezahlt werden.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 19.305,7 Tsd. € zur Abwicklung der Landtags- und Bezirkswahlen 2018.

**Zu 03 03/72**

Kosten der Bundestagswahl. Die Ausgaben werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 02).

Aus Tit. 459 72 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters gezahlt werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 16.003,1 Tsd. € zur Abwicklung der Bundestagswahlen 2017.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
511 72-3	011	Postgebühren	4,4	---	A	---
514 72-0	011	Kosten der Herstellung von Vordrucken	0,5	---	A	---
547 72-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	8,2	---	A	---
633 72-6	011	Erstattungen an Gemeinden und Kreiswahlleiter	15.985,0	---	A C	---
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	16.003,1	-	A B C	- - 3.447,0
		<b>76 Kosten der Wahlen zum Europäischen Parlament</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 231 03.</i>				
459 76-3	011	Vermischte Personalausgaben	---	---	A C	---
511 76-9	011	Postgebühren	---	---	A C	---
514 76-6	011	Kosten der Herstellung von Vordrucken	---	---	A C	---
547 76-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A C	---
633 76-2	011	Erstattungen an Gemeinden, Stadt- und Kreiswahlleiter	---	---	A C	---
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	-	-	A B C	- - 11.133,0
		<b>78 - 81 G7-Gipfel 2015</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
422 78-5	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte und Überstundenentgelte für Arbeitnehmer (Polizei)	---	***	A B C	---
422 79-4	047	Mehrarbeitsvergütungen (Verfassungsschutz)	---	***	A B	---
428 78-9	042	Entgelte der Arbeitnehmer (Polizei)	---	***	A B C	---
428 79-8	047	Entgelte für Arbeitnehmer (Verfassungsschutz)	---	***	A	---
428 81-4	042	Entgelte für Arbeitnehmer	---	***	A	---
453 78-7	042	Trennungsgeld (Polizei)	---	***	A B C	---
511 78-7	042	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Polizei)	---	***	A B C	---
511 79-6	047	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Verfassungsschutz)	---	***	A B C	---
511 81-2	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation und sonstige Gebrauchsgegenstände (BOS Funk)	---	***	A B C	---

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 03/76**

Zur Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Ausgaben werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 03). Aus Tit. 459 76 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters geleistet werden.

**Zu 03 03/78 - 81**

Vom 7. bis 8. Juni 2015 fand der G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Oberbayern statt. Die Leertitel dienen zur Abwicklung eventueller Restzahlungen.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
514 78-4	042	Haltung von Dienstfahrzeugen, Hubschrauber, Verbrauchsmittel, Verpflegung, Sonderbekleidung (Polizei)	---	***	A B C	--- 14.924,4 690,5
514 79-3	047	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Verpflegung (Verfassungsschutz)	---	***	A B	--- 29,8
517 78-1	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (Polizei)	---	***	A B C	--- 799,2 131,2
517 81-6	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (BOS Funk)	---	***	A B	--- 164,1
518 78-0	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen und Geräte, Ausgaben für Leasing (Polizei)	---	***	A B C	--- 18.235,1 1.326,3
518 81-5	042	Mieten und Pachten (BOS Funk)	---	***	A B C	--- 909,8 3,8
519 78-9	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Polizei)	---	***	A B C	--- 180,1 215,1
521 81-0	042	Ertüchtigung der Straßenerschließung	---	***	A B C	--- 2.199,8 3.739,2
525 78-1	042	Fortbildung (Polizei)	---	***	A B C	--- 4,1 0,1
526 78-0	042	Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten (Polizei)	---	***	A B C	--- 41,5 37,8
526 79-9	047	Kosten für Sachverständige (Verfassungsschutz)	---	***	A	---
526 80-6	042	Kosten für Sachverständige (Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst)	---	***	A B C	--- 122,6 57,5
526 81-5	042	Kosten für Sachverständige (BOS Funk)	---	***	A B C	--- 2.534,8 3.356,7
527 78-9	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen (Polizei)	---	***	A B C	--- 645,6 396,1
527 79-8	047	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen (Verfassungsschutz)	---	***	A B C	--- 11,9 3,0
532 78-2	042	Schadensersatzleistungen (Polizei)	---	***	A B	--- 39,3
533 78-1	042	Sachausgaben im Vollzugsdienst (Polizei)	---	***	A B	--- 102,1
534 79-9	047	Besondere Zwecke des Verfassungsschutzes	---	***	A B	--- 33,1
534 81-5	042	Vergabe von Aufträgen zur Ertüchtigung des BOS-Digitalfunks	---	***	A B C	--- 5.026,9 1.956,3
546 78-6	042	Vermischte Verwaltungsausgaben (Polizei)	---	***	A B C	--- 226,5 25,1



**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015	
1	2	3	4	5	C	Ist 2014	
						Tsd. €	6
547 78-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Polizei)	---	***	A	---	---
					B	47,8	
					C	8,9	
632 78-1	042	Erstattungen an Bund und Länder (Polizei)	---	***	A	---	---
					B	22.848,9	
633 80-6	042	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des Brandschutzes	---	***	A	---	---
					B	1.108,0	
633 81-5	042	Erstattung von Personal- und Verwaltungsausgaben an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige	---	***	A	---	---
					B	49,8	
					C	27,6	
671 78-3	042	Erstattungen an Sonstige im Inland	---	***	A	---	---
					B	4,7	
671 80-9	042	Erstattungen an Träger der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr für vorbereitende Maßnahmen des Katastrophenschutzes	---	***	A	---	---
					B	4.448,3	
685 80-3	042	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Träger der nichtpolizeilichen BOS	---	***	A	---	---
					B	211,4	
701 78-7	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Polizei) <i>Die Errichtung von baulichen Anlagen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1 Mio. € kann abweichend von VV Nr. 1.2 zu Art. 24 BayHO als kleine Baumaßnahme durchgeführt und nachgewiesen werden.</i>	---	***	A	---	---
					B	4.418,6	
					C	1.235,5	
701 81-2	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst)	---	***	A	---	---
					B	784,6	
811 78-4	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen (Polizei)	---	***	A	---	---
					B	10.794,2	
					C	3.398,0	
811 79-3	047	Erwerb von Dienstfahrzeugen (Verfassungsschutz)	---	***	A	---	---
					B	150,4	
					C	144,9	
812 78-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (Polizei)	---	***	A	---	---
					B	1.698,7	
					C	2.285,6	
812 79-2	047	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (Verfassungsschutz)	---	***	A	---	---
					B	116,2	
					C	172,3	
812 80-9	042	Besondere Ausstattung für die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr	---	***	A	---	---
					B	157,0	
812 81-8	042	Investitionen (BOS-Funk)	---	***	A	---	---
					B	142,5	
					C	484,1	
883 80-3	042	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und andere zur Katastrophenhilfe Verpflichtete (Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst)	---	***	A	---	---
					B	735,5	
887 80-9	042	Zuweisung für die Ertüchtigung des Analogfunks an die Träger der nichtpolizeilichen BOS	---	***	A	---	---
					B	546,3	
					C	21,2	
887 81-8	045	Zuweisung für Investitionen bei der Anbindung/Anpassung der Integrierten Leitstellen (BOS-Funk)	---	***	A	---	---
					B	192,9	
891 81-2	042	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	---	***	A	---	---
894 80-0	042	Zuschüsse für Investitionen der Bergwacht	---	***	A	---	---
					B	350,0	

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
894 81-9	042	Zuweisung für Investitionen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	---	***	A B C	--- 788,9 29,3
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	-	-	A B C	- 101.547,8 22.793,9

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>85 Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern</b> <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) werden die Nutzungsrechte an der vom Freistaat Bayern zusammen mit dem Bund errichteten Infrastruktur (Standorte für Basisstationen und Übertragungsstrecken) für den Digitalfunk in Bayern unentgeltlich bereitgestellt (vgl. § 3 Abs. 1 Satz 1 und § 4 Abs. 1 Satz 1 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens).</i> <i>Bund und Länder dürfen den Digitalfunk in Bayern unentgeltlich nutzen (vgl. § 4 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens).</i> <i>Das Eigentum an der von Bayern anteilig finanzierten Systemtechnik ist Bestandteil des Zweckvermögens der BDBOS gemäß § 9 BDBOSG.</i> <i>Nr. 4 Abs. 1 der Erläuterungen zu TG 85 ist verbindlich.</i> <i>Vgl. Vermerk bei der Einnahmen-TG 85.</i>				
422 85-6	042	Bezüge der planmäßigen Beamten	4.914,1	5.618,8	A	4.883,2
					B	2.650,2
					C	1.374,2

**Erläuterungen****Zu 03 03/85**

1. Bund und Länder haben am 01.06.2007 ein Verwaltungsabkommen (VwA) geschlossen, das den rechtlichen Rahmen für den Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle BOS (Digitalfunk BOS) nach dem „Phasenkonzept“ schafft und hierbei neben den Grundsätzen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie den Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten der Länder auch die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern regelt.

Zur Bündelung der Interessen von Bund und Ländern wurde eine Bundesanstalt des öffentlichen Rechts (Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - BDBOS) gegründet. Sie hat die Aufgabe, für den Bund und, nach Maßgabe des VwA, auch für die Länder, den Digitalfunk BOS aufzubauen, zu betreiben und seine Funktionsfähigkeit sicherzustellen (Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - BDBOSG - vom 28.08.2006, BGBl I S. 2039; zuletzt geändert mit Gesetz vom 07.08.2013, BGBl I S. 3154). Auf der Grundlage von Rahmenverträgen der Bundesanstalt insbesondere für die Lieferung von Systemtechnik bzw. den Netzbetrieb rufen Bund und Länder die für Aufbau und Betrieb erforderlichen Leistungen mit Einzelverträgen ab.

2. Die nach dem VwA erforderliche unentgeltliche Bereitstellung von Nutzungsrechten (an Standorten und Zuleitungsnetzen) an die Bundesanstalt wird durch Haushaltsvermerk zugelassen.

3. Zur Einführung des Digitalfunks BOS in Bayern war im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr die „Projektgruppe DigiNet“ eingerichtet. Die nach dem VwA den Ländern (in Abstimmung mit dem Bund) obliegende Aufgabe der Bereitstellung der Infrastruktur (Sendestandorte und Zuleitungen) für den Netzaufbau (einschließlich baulicher Ertüchtigung) wurde in Bayern von der Projektgruppe zusammen mit der Staatsbauverwaltung erledigt.

Für die Betriebsphase des Digitalfunks BOS ist im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr gemäß bundesweiter Konzeption eine sog. Koordinierende Stelle (KS BY) eingerichtet. Sie ist für sämtliche strategischen Angelegenheiten die Nachfolgeorganisation der Projektgruppe. Die KS BY bündelt im Regelbetrieb die strategischen Interessen aller teilnehmenden BOS in Bayern (ohne die des Bundes), die Auswirkungen auf das gesamte Netz haben und vertritt die diesbezügliche, abgestimmte Position Bayerns gegenüber der BDBOS, den Ländern und dem Bund.  
 Im Bayer. Landeskriminalamt ist die „Autorisierte Stelle für den Digitalfunk-BOS in Bayern“ (AS BY) eingerichtet, die aufgrund der Struktur des bundesweiten Netzes als zentrale Betriebsstelle auf Länderebene erforderlich ist und die operativen netzseitigen Aufgaben zum Regelbetrieb des Digitalfunks BOS wahrnimmt.

## Erläuterungen

4. Die Ersterrichtung des Digitalfunknetzes wurde 2016 abgeschlossen. Es steht allen BOS flächendeckend zur Verfügung. Nach Abschluss der Ersterrichtung des Digitalfunknetzes stehen auch künftig Feinjustierungs- und Optimierungsmaßnahmen an, die sich aufgrund der Einsatzerfahrungen ergeben oder aufgrund geänderter einsatzbedingter Anforderungen oder neuer bundesweiter Vorgaben erforderlich werden.

Die Projektgruppe im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wurde Ende 2015 mit weiteren Aufgaben (z.B. Ertüchtigung der Integrierten Leitstellen (ILS) mit dem Ziel eines dauerhaften und zuverlässigen Betriebs, Einführung der Alarmierung, etc.) beauftragt, welche bis Ende des Jahres 2017 abgeschlossen sein sollen.

5. Dem Freistaat Bayern sind für die Einführung des Digitalfunks BOS **bis zu seiner flächendeckenden Bereitstellung** folgende Ausgaben entstanden (ausgewiesen in Kap. 03 03 TG 85 – Stand: 30.06.2016):

	Tsd. €
<b>1. Investitionskosten:</b>	<b>415.241,6</b>
davon entfallen auf:	
1.1 Ersterrichtung des Netzes	307.575,4
1.2 Sonstige Investitionskosten	77.295,8
1.3 Projektkosten	30.370,4
<b>2. Betriebskosten</b> (während der Ersterrichtungsphase) (für den Betrieb sowie anteilige Kosten der Bundesanstalt)	<b>169.958,3</b>

6. Für **2017/2018** sind folgende Ausgaben veranschlagt:

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
a) <b>offene Restzahlungen für die Ersterrichtung</b> des Digitalfunk BOS:		
- Investitionskosten Netzersterrichtung (veranschlagt in Kap. 03 03 TG 85)	4.845,0	-
- Nutzerseitige Investitionskosten Polizei (veranschlagt in Kap. 03 18 Tit. 511 98, 534 98 und 812 98)	-	-
- Rückbau Analogfunk Polizei (veranschlagt in Kap. 03 18 Tit. 534 98)	-	-
- Erstausrüstung des staatlichen Katastrophenschutzes (veranschlagt in Kap. 03 24 Tit. 812 03)	500,0	300,0
- Erstattung Anschaffungskosten Endgeräte zzgl. Zubehör (Erstausrüstung) für die Berg, Wasser- und Höhlenrettung (Kap. 03 24 Tit. 894 01)	1.288,7	82,9
- Erstattungen für Erstausrüstung nichtpolizeiliche BOS (Anbindung Leitstellen; veranschlagt in Kap. 03 24 Tit. 887 88)	-	-
Zusammen	6.633,7	382,9

b) **BOS-übergreifende Kosten im laufenden Betrieb** sowie ggf. Kosten für neue Investitionsmaßnahmen (veranschlagt in Kap. 03 03 TG 85):

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
- Kosten im laufenden Regelbetrieb (inkl. Investitionen für AS BY)	46.619,0	49.237,0
- Investitionskosten für Netzerhaltungsmaßnahmen	33.821,5	24.227,0
- Investitionskosten zur Netzmodernisierung (z. B. Netzhärtung)	4.788,0	6.536,0

c) **BOS-spezifische Kosten im laufenden Betrieb** sowie ggf. Kosten für neue Investitionsmaßnahmen (veranschlagt in den Fachkapiteln):

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
- Laufende Ausgaben der Polizei (veranschlagt in Kap. 03 18 Tit. 511 98)	1.980,0	1.980,0
- Investitionen der Polizei (veranschlagt in Kap. 03 18 Tit. 812 98)	950,0	950,0

---

**Erläuterungen**

---

7. Die nichtstaatlichen BOS in Bayern im Sinne des § 4 der BOS-Funkrichtlinie (kommunale Feuerwehren, Rettungsdienst, Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken, Integrierte Leitstellen) dürfen das Digitalfunknetz ohne weiteres Entgelt (wegen der Betriebskostenbeteiligung s. nachfolgende Absätze) nach Maßgabe der bereits getroffenen bzw. noch zu treffenden Teilnahmeregelungen nutzen (vgl. § 4 Abs. 1, 4, § 11 Abs. 1 Satz 3 VwA). Die Nutzung des Digitalfunks ist gemäß Art. 63 BayHO zuzulassen, weil hieran ein dringendes Staatsinteresse besteht (s. vorletzten Satz des Haushaltsvermerks).

Am 27.11.2009 wurde mit den Kommunalen Spitzenverbänden nachfolgende Einigung über die Beteiligung an den Betriebskosten des Digitalfunks erzielt:

- a) Zahlung eines Festbetrags von 3,0 Mio. € jährlich an den Staatshaushalt;
- b) mietfreie Zurverfügungstellung von Antennenstandorten (bewertet mit 3,0 Mio. € Jahresbetrag; dem Staatshaushalt fließen insoweit keine Mittel zu).

Der zu zahlende Betrag von 3,0 Mio. € wird einwohnerabhängig auf die 96 Landkreise/kreisfreien Städte verteilt; die Modalitäten wurden in entsprechenden Vereinbarungen mit den Landkreisen/kreisfreien Städten festgelegt. Der Betriebskostenanteil wird durch Verrechnung mit den auf den Landkreis/die kreisfreie Stadt entfallenden Finanzzuweisungen nach Art. 7 Abs. 2 Nr. 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) (bei einem Landkreis) bzw. Art. 7 Abs. 2 Nr. 4 Finanzausgleichsgesetz (bei einer kreisfreien Stadt) entrichtet.

Im April 2010 wurde die Vereinbarung wie folgt ergänzt: Alle Kommunen, die entsprechende Standorte kostenfrei zur Verfügung stellen, erhielten eine einmalige Aufwandsentschädigung von 5,0 Tsd. € je Standort.

Die Sozialversicherungsträger im Sinne des Art. 2 Abs. 13 BayRDG übernehmen als Kostenträger des Rettungsdienstes folgenden Anteil an den Betriebskosten (Ergebnis der Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern):

- a) Zahlung eines Festbetrags von 6,0 Mio. € jährlich an den Staatshaushalt;
- b) Die Modalitäten sollen in entsprechenden Vereinbarungen zwischen dem Staat und den Sozialversicherungsträgern festgelegt werden.

Die Kostenbeteiligung setzte im Jahr 2016 ein und dauert bis zum 31.12.2024 an. In 2024 wird über eine Fortsetzung der Betriebskostenbeteiligung der Kommunen und Sozialversicherungsträger im Lichte des dann gültigen Standes der Digitalfunktechnik für die Folgejahre neu entschieden.

8. Zur Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten und nutzerseitigen Kosten bei nichtstaatlichen BOS vgl. Titelgruppe 86.

**Zu 03 03/422 85**

Für die Autorisierte Stelle sind insgesamt 98 Stellen im Stellenplan ausgebracht.

## 03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
428 85-0	042	Entgelte für Arbeitnehmer <i>Zu Lasten der Ausgabemittel der TG 85 dürfen für die Projektgruppe DigiNet 15 Arbeitnehmer bis Entgeltgruppe 13 beschäftigt werden (kw 31.12.2018). Die Zahl der zulässigen Beschäftigungsverhältnisse darf erhöht werden, wenn anstelle der im Projekt vorgesehenen Vergabe von Aufträgen (vgl. Tit. 534 85) die entsprechenden Aufgaben von Arbeitnehmern mit befristeten Arbeitsverträgen erledigt werden müssen.</i>	1.011,3	---	A	931,3
					B	1.097,9
					C	977,3
459 85-2	042	Vermischte Personalausgaben	40,0	150,0	A	33,8
					B	36,7
					C	40,0
511 85-8	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften und sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 200,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	10.668,7	10.008,3	A	4.000,0
					B	11.584,5
					C	12.873,6
517 85-2	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.140,8	7.394,9	A	2.503,0
					B	3.642,9
					C	3.650,2
518 85-1	042	Mieten und Pachten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.567,1	8.088,6	A	3.912,3
					B	14.378,5
					C	8.907,6
519 85-0	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	420,0	210,0	A	10,0
					B	1.160,0
525 85-2	042	Aus- und Fortbildung	170,6	114,1	A	90,2
					B	212,1
					C	224,7
526 85-1	042	Ausgaben für Sachverständige	2.584,6	---	A	5.000,0
					B	7.436,0
					C	9.011,2
534 85-1	042	Vergabe von Aufträgen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 3.500,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	17.337,4	11.626,9	A	10.000,0
					B	12.317,6
					C	14.938,7
547 85-6	042	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	415,5	125,5	A	202,9
					B	195,3
					C	271,0
631 85-3	042	Kostenanteil an der Bundesanstalt für den Digitalfunk <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 30 % der Ausgaben zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	6.261,7	6.004,4	A	6.095,0
					B	6.405,2
					C	9.805,6
633 85-1	042	Erstattungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige	1.148,5	166,3	A	1.026,0
					B	1.141,6
					C	1.129,5
685 85-8	042	Erstattung der Kosten für den Netzbetrieb	4.553,5	5.533,7	A	3.065,9
					B	2.734,8
					C	0,6
701 85-8	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Errichtung einzelner Basisstationen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1 Mio. € kann abweichend von VV Nr. 1.2 zu Art. 24 BayHO als kleine Baumaßnahme durchgeführt und nachgewiesen werden. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.567,2	10.964,6	A	5.322,0
					B	21.182,2
					C	39.003,0

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 03/428 85**

Für die Projektgruppe DigiNet sind 15 Stellen für abgeordnete Beamte im Stellenplan (Kap. 03 01 Tit. 422 31) ausgebracht.

Der veranschlagte Haushaltsvermerk ist erforderlich, um den bundesweiten Verpflichtungen nachkommen zu können. Nicht in allen Bereichen konnten die Dienstposten aus dem staatlichen Bereich (vgl. Stellen für abgeordnete Beamte bei Kap. 03 01 Tit. 422 31) oder durch Abordnung aus dem kommunalen Bereich (Finanzierung aus Tit. 633 85) besetzt werden. Die vakanten Dienstposten müssen deshalb mit Bewerbern vom freien Markt besetzt werden.

Da das Projekt zum 31.12.2017 abgeschlossen werden soll, sind die Mittel ab 2018 nicht mehr erforderlich.

**Zu 03 03/459 85**

Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen u.a. für das zur Projektgruppe DigiNet abgeordnete Personal bzw. für das in der TG 85 veranschlagte Personal der Autorisierten Stelle. Enthalten sind auch die aufgrund der Behördenverlagerung der Autorisierten Stelle zu erwartenden Kosten.

**Zu 03 03/511 85**

Neben den Kosten für die Anbindung der Standorte an das bundesweite Digitalfunknetz (sog. Festnetzkosten – bis 2016 veranschlagt bei Tit. 518 85) ist der Bedarf der Projektgruppe DigiNet und der Autorisierten Stelle (einschl. Geschäftszimmer- und PC-Ausstattung, fachtechnische Geräte u.a. für die Autorisierte Stelle) veranschlagt. Die Abwicklung der Zahlungen der Projektgruppe DigiNet aus der TG 85 erfolgt durch das PP München mit dem EDV-System "Marktplatz der Bayer. Polizei". Bis zum Abschluss der Erstausrüstung der Bayer. Polizei mit Endgeräten sowie Endgerätezubehör/-installation Ende 2016 waren hier auch anteilige Kosten veranschlagt.

**Zu 03 03/517 85, 518 85, 526 85, 534 85 und 701 85**

Hier sind insbesondere die Ausgaben für die Bereitstellung und Instandhaltung von Sendestandorten und Zuleitungen (Standortmanager, Standortertüchtigung, Netzerhaltung/ggf. Netzmodernisierung, Standortbetrieb wie z.B. Strom- und Festnetzkosten, die an Versorgungsunternehmen zu zahlen sind), sowie die Kosten für Projektmanager, Controller und Projektsteuerer veranschlagt.

In Tit. 518 85 ist auch der Bedarf für Leasing/Unterhalt von Dienstfahrzeugen der Projektgruppe DigiNet und der Autorisierten Stelle enthalten.

Die Bewirtschaftungskosten für die Unterbringung der Projektgruppe DigiNet im Dienstgebäude der I. BPA in München werden mit Ausnahme der Reinigungskosten aus Kap. 03 20 geleistet.

**Zu 03 03/519 85**

Kosten des Bauunterhalts u.a. für Sendestandorte.

Während der Einführungsphase waren hier auch Kosten für Polizeidienststellen im Rahmen der Dienststellenmigration veranschlagt.

**Zu 03 03/525 85**

Aus- und Fortbildungsbedarf der Projektgruppe DigiNet und der Autorisierten Stelle.

Schulungskosten im Rahmen einer elektronischen Lernanwendung waren bis 2016 veranschlagt.

**Zu 03 03/547 85**

Reisekosten, Öffentlichkeitsarbeit u.a. der Projektgruppe DigiNet, der Koordinierenden Stelle und der Autorisierten Stelle.

**Zu 03 03/631 85**

Veranschlagt ist der voraussichtliche Kostenanteil Bayerns an der Bundesanstalt für den Digitalfunk (§ 9 Satz 2 BDBOSG).

**Zu 03 03/633 85**

Aus dem Titel werden auch Erstattungen an andere Dienstherren für an die Projektgruppe DigiNet und an das BLKA (Autorisierte Stelle) abgeordnete Bedienstete gezahlt.

**Zu 03 03/685 85**

Zur Erstattung der Betriebskosten für das Digitalfunknetz an die Bundesanstalt für den Digitalfunk aufgrund des VwA.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
812 85-4	042	Investitionen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.128,9	7.510,0	A	37.415,3
					B	1.352,8
					C	4.722,3
887 85-4	044	Zuweisung für Investitionen bei der Anbindung/Anpassung der Integrierten Leitstellen	---	---	A	3.441,0
					B	4.659,6
					C	3.025,7
893 85-6	045	Erstattung der Anschaffungskosten von Digitalfunk-Endgeräten zzgl. Zubehör für die Berg-, Wasser- und Höhlenrettung	---	---	A	3.196,8
					B	4.464,0
					C	2.297,2
894 85-5	042	Zuweisungen für Investitionen	9.143,6	6.483,9	A	12.486,3
					B	19.892,5
					C	22.151,5
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	90.073,5	80.000,0	A	103.615,0
					B	116.544,2
					C	134.403,8
		<b>86 Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten (zzgl. Zubehör) und nutzerseitige Kosten bei nichtstaatlichen BOS</b> <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
547 86-5	042	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2017 ff. fort.</i>	4.000,0	4.000,0	A	---
					B	746,5
					C	241,3
633 86-0	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
					B	112,6
637 86-6	044	Zuweisungen an Zweckverbände <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2017 ff. fort.</i>	559,0	572,0	A	4.960,1
					B	180,6
					C	69,4
684 86-8	045	Zuwendungen an Hilfsorganisationen	---	---	A	---
					B	39,7
812 86-3	042	Investitionen	---	---	A	---
883 86-7	044	Zuschüsse zur Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2017 ff. fort.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.520,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	10.000,0	A	12.000,0
					B	6.569,1
					C	373,0
887 86-3	042	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	---	---	A	---
894 86-4	045	Zuschüsse zur Erstausrüstung des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2017 ff. fort.</i>	700,0	---	A	1.300,0
					B	518,1
					C	3,4
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	7.259,0	14.572,0	A	18.260,1
					B	8.166,7
					C	687,0



## Erläuterungen

**Zu 03 03/812 85**

Veranschlagt ist insbesondere der Bedarf für Investitionen zur Netzmodernisierung,

- zudem erfolgte aus 812 85 die Erstausrüstung mit Endgeräten sowie Endgerätezubehör/-installation, welche 2016 abgeschlossen wurde,
- außerdem wurde hieraus bis Ende 2016 (vgl. allgemeine Erläuterungen) die Beschaffung der Endgeräte sowie Endgerätezubehör/-installation des staatlichen Katastrophenschutzes finanziert.

**Zu 03 03/887 85**

Aufgrund Art. 7 des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen (ILSG) leistet der Staat Erstattungen (Rettungsdienstbereich) bzw. Zuwendungen (Feuerwehrbereich) für Investitionen bei der Anbindung und Anpassung der Integrierten Leitstellen an den Digitalfunk, welche bis Ende 2016 hier veranschlagt waren (vgl. Nr. 6a allgemeine Erläuterungen).

**Zu 03 03/893 85**

Gemäß Art. 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayRDG erstattet der Staat den Durchführenden der Berg- und Höhlenrettung sowie der Wasserrettung die Anschaffungskosten der Endgeräte für den Digitalfunk (mit Zubehör). Die Erstattungen waren hier bis Ende 2016 veranschlagt (vgl. Nr. 6a allgemeine Erläuterungen).

**Zu 03 03/894 85**

Erstattung der Investitionskosten für das Digitalfunknetz, insbesondere für Netzerhaltungs- oder Netzmodernisierungsmaßnahmen, an die Bundesanstalt für den Digitalfunk aufgrund des VwA.

**Zu 03 03/86**

1. Für die notwendige Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen mit Endgeräten für den Digitalfunk gewährt der Freistaat Bayern Zuschüsse in Höhe von 80 % der reinen Gerätekosten zzgl. der Kosten des Zubehörs ohne Einbaukosten. Das Nähere zur Förderung der digitalen Endgeräte wird durch eine Förderrichtlinie bestimmt. Der Zuschussbedarf für die Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren wird nicht aus dem Feuerschutzsteueraufkommen finanziert.

Für das Förderprogramm ergibt sich nach dem derzeitigen Stand ein Mittelbedarf von rd. 90 Mio. €. Davon entfallen auf

- |   |                 |
|---|-----------------|
| a) Kommunale Feuerwehren  | 78.660,0 Tsd. € |
| b) Rettungsdienst (ohne Berg-, Höhlen und Wasserrettung - vgl. 03 03/893 85 bis einschl. 2016; ab 2017 bei 03 24/894 01) und Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken | 11.340,0 Tsd. € |

Zur Deckung des Finanzierungsbedarfs für das Förderprogramm sind bis zum Jahr 2016 87,3 Mio. € Ausgabemittel und eine Verpflichtungsermächtigung von 84,48 Mio. € veranschlagt. Die für 2017 veranschlagten Ausgabemittel in Höhe von 2,0 bzw. 0,7 Mio. € dienen der Abfinanzierung des Förderprogramms (s. Titel 883 86 und 894 86).

Von den veranschlagten Ausgabemitteln wurden zu Lasten der Haushaltsjahre 2013, 2014 und 2015 insgesamt 22 Mio. € eingezogen, von denen für 2018 für Zwecke der Abfinanzierung des Programms wieder 10 Mio. € benötigt werden. Für das Haushaltsjahr 2017 ist eine weitere Verpflichtungsermächtigung von 5,52 Mio. € vorgesehen.

Im Rahmen des Förderprogramms dürfen bis zum Ende des Förderzeitraums Verpflichtungen in Höhe von bis zu 90,0 Mio. € eingegangen werden. Eine erneute Verpflichtungsermächtigung zur Umsetzung der im Förderprogramm enthaltenen Einzelförderungen in den jeweiligen Folgejahren ist nicht notwendig. Die Einführung des BOS-Digitalfunks bedarf aus Gründen der Haushaltsklarheit und Wahrheit einer Gesamtbetrachtung und Gesamtvorsorge bis Laufzeitende. Durch das Förderprogramm bindet sich der Freistaat Bayern bereits voll an das Förderprogramm. Damit wird dem Grunde nach die Verpflichtung zur Förderung der Endgeräte für die nichtstaatlichen BOS eingegangen. Durch die Bereitstellung des Verpflichtungsrahmens von 90,0 Mio. € wird die Verwaltung zur Durchführung der Fördermaßnahmen in den jeweiligen Haushaltsjahren ermächtigt.

2. Der Freistaat Bayern beteiligt sich außerdem an den nutzerseitigen Kosten bei der Anbindung der Integrierten Leitstellen (ILS) an den Digitalfunk. Als Notfall-Redundanz ist hierbei eine Luftschnittstelle beinhaltet. Der Mittelbedarf hierfür wird mit rd. 4 Mio. € pro Jahr für insgesamt 26 ILS angenommen. Außerdem ist eine Beteiligung an den jährlich für Aufgaben der Taktisch-Technischen Betriebsstelle (TTB) innerhalb der ILS anfallenden Kosten mit einer quotalen Pauschale von 25 % vorgesehen. Hierfür wird mit rd. 0,5 Mio. € pro Jahr für insgesamt 26 ILS kalkuliert. Aufgrund dieser Maßnahmen ergibt sich bis zum Jahr 2021 ein Verpflichtungsrahmen von rd. 45,0 Mio. € (Titel 637 86).

Für diesen Verpflichtungsrahmen gelten die vorstehenden Ausführungen über die Ermächtigung zur Durchführung der Fördermaßnahmen in den jeweiligen Haushaltsjahren entsprechend.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>91 Ausgaben zur Förderung des Sportwesens (ohne Schulsport)</b>				
		<i>Titel der TG übertragbar und gegenseitig deckungsfähig.</i>				
547 91-8	322	Nichtaufteilbare Sachausgaben	25,8	25,8	A	25,8
					B	0,6
					C	193,5
633 91-3	322	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke	1.264,5	764,5	A	764,5
					B	232,5
					C	295,3

## Erläuterungen

**Zu 03 03/91**

Aus den Mitteln werden Zuwendungen gewährt

- a) an den Bayerischen Landes-Sportverband e.V. (BLSV),
- b) an den Bayerischen Sportschützenbund e.V. (BSSB) und an den Oberpfälzer Schützenbund e.V.,
- c) an sonstige Sportverbände,
- d) zu den Kosten des Sportbetriebs von Sportvereinen (Vereinspauschale),
- e) zur Deckung der Kosten für Landestrainer,
- f) für den Bau von vereinseigenen Sportstätten,
- g) für die anteiligen Kosten zum Bau und Unterhalt von Stützpunkten des Hochleistungssports,
- h) für die anteiligen Kosten zum Bau von Landesleistungszentren,
- i) für den sonstigen Sportbetrieb (wie internationale Meisterschaften, Europa- und Weltmeisterschaften, Lehrgänge und sonstige Veranstaltungen).

Die Zuwendungen werden nach den jeweils geltenden Sportförderrichtlinien gewährt.

Die Förderung des Bereichs g) erfolgt im Benehmen mit dem Bundesministerium des Innern.

Für die im Haushaltsplan **2016** ausgebrachten Mittel ergab sich folgende Aufteilung:

	Tsd. €
1. Bayerischer Landes-Sportverband e.V.	
a) Sportstättenbau	7.611,4
b) Sportbetrieb einschließlich Sportgroßgeräteförderung der Sportfachverbände	8.354,1
c) Landestrainer	4.972,6
Summe Nr. 1	20.938,1
2. Behinderten-Sportverbände	395,4
3. Bayerischer Sportschützenbund e.V.	
a) Bau von Schießstätten	1.969,9
b) Landestrainer	235,9
Summe Nr. 3	2.205,8
4. Vereinspauschale	19.400,0
5. Hochleistungssport	
a) Baumaßnahmen	1.174,2
b) Bauunterhalt	555,6
c) Betrieb	2.967,5
Summe Nr. 5	4.697,3
6. NADA-Anti-Dopingprävention	86,3
7. Sonstiges wie internationale Veranstaltungen, Gremiensitzungen, Sachverständigengutachten, Lehrgänge, unvorhersehbare Baumaßnahmen	557,8
Summe Nrn. 1 - 7	<b>48.280,7</b>

Aus den Mitteln der TG kann auch die Durchführung der Rettungsschwimmbildung der DLRG gefördert werden.

Das StMI stellt im Epl. 13 (Kap. 13 08 TG 55 sowie Kap. 13 12 TG 98) ferner Einnahmen aus Darlehensrückflüssen zur Verfügung, die aus zwei Darlehenssonderprogrammen in Höhe von 25.564,6 Tsd. € (50.000,0 Tsd. DM) und 10.737,1 Tsd. € (21.000,0 Tsd. DM) aus Privatisierungserlösen stammen.

**Zu 03 03/633 91**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 500,0 Tsd. € für die Beteiligung an den Kosten für Landesleistungszentren und Bundesstützpunkte.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 500,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
			6			
684 91-1	322	Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke	15.677,0	15.477,0	A	15.327,0
					B	14.435,2
					C	14.869,7
685 91-0	322	Mittel zur Gewährung der Vereinspauschale	20.723,0	21.323,0	A	19.400,0
					B	17.546,3
					C	17.433,5
686 91-9	322	Zuschüsse für bedeutende Sportveranstaltungen	220,0	220,0	A	220,0
					B	200,0
698 91-5	322	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuweisungen	86,2	86,2	A	- - -
					B	22,6
883 91-0	322	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	1.965,9	1.965,9	A	1.465,9
					B	572,3
					C	556,6
893 91-8	322	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 182 91.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.577,5	12.577,5	A	11.077,5
					B	6.926,3
					C	9.498,5
<b>Summe der Titelgruppe</b>			52.539,9	52.439,9	A	48.280,7
					B	39.935,7
					C	42.897,1
<b>Gesamtausgaben</b>			183.506,6	185.024,9	A	187.078,2
					B	272.153,0
					C	228.328,7

**Erläuterungen****Zu 03 03/684 91**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 350,0 Tsd. € für die Sportförderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung (EISs-Projekt) - hierzu Umsetzung von 150,0 Tsd. € aus dem Epl. 05 - und für die Nachfinanzierung der Ski-WM 2011.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 200,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 03/685 91**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.323,0 Tsd. €.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 600,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 03/698 91**

Finanzierungsanteil Bayerns im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung der Länder zur Finanzierung der Dopingprävention der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) durch die Länder.

**Zu 03 03/883 91**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 500,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf für die Förderung von Sportstätten der Mitgliedsvereine des BLSV, für die Förderung des Schießstättenbaus der Mitgliedsvereine des BSSB und für die Förderung von Investitionen beim Hochleistungssport.

**Zu 03 03/893 91**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.500,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf. Vgl. Erläuterung zu Tit. 883 91.

**03 03 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2.602,0	2.602,0	A	2.602,0
					B	4.457,0
					C	4.508,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	16.340,2	9.630,6	A	333,8
					B	44.615,6
					C	42.404,5
		<b>Gesamteinnahmen</b>	18.942,2	12.232,6	A	2.935,8
					B	49.072,5
					C	46.913,1
		Personalausgaben	5.970,4	5.774,0	A	5.848,3
					B	6.040,7
					C	2.604,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	50.022,7	45.588,7	A	27.471,3
					B	102.351,9
					C	66.168,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	79.100,4	77.568,1	A	61.053,8
					B	76.601,0
					C	69.303,9
		Baumaßnahmen	11.567,2	10.964,6	A	5.322,0
					B	26.385,3
					C	40.238,5
		Sonstige Sachinvestitionen	7.128,9	7.510,0	A	37.415,3
					B	14.411,7
					C	11.207,2
		Investitionsförderungsmaßnahmen	29.717,0	37.619,5	A	49.967,5
					B	46.362,4
					C	38.806,3
		<b>Gesamtausgaben</b>	183.506,6	185.024,9	A	187.078,2
					B	272.153,0
					C	228.328,7
		<b>Zuschuss</b>	164.564,4	172.792,3	A	184.142,4
					B	223.080,4
					C	181.415,7

**03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-8	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	800,0	800,0	A B C	710,0 800,7 1.645,6
112 01-7	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	---	---	A	---
119 01-0	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	9,0	9,0	A B C	12,5 8,9 9,7
119 49-4	051	Vermischte Einnahmen	0,3	0,3	A C	0,3 23,7
124 01-3	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	112,0	112,0	A B C	104,0 116,7 113,5
<b>Gesamteinnahmen</b>			921,3	921,3	A B C	826,8 926,3 1.792,4
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
412 01-4	051	Entschädigungen (Sitzungsgelder) für die ehrenamtlichen Beisitzer des Flurbereinigungssenats	14,2	14,2	A B C	14,2 12,0 15,4
422 01-2	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten (Richter)	7.896,4	8.119,3	A B C	7.866,8 7.478,0 7.436,0
422 31-6	051	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	68,4	69,4	A	66,8
427 01-7	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	4,4	4,4	A B C	3,3 4,4 4,5
428 01-6	051	Entgelte der Arbeitnehmer	2.759,6	2.806,3	A B C	2.545,6 2.619,2 2.408,8
428 11-4	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	32,1	32,1	A C	32,1 0,3
428 21-2	051	Entgelte der Arbeitnehmer	192,6	195,5	A B C	187,4 165,3 150,4
453 01-4	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	12,0	A C	12,0 13,2

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 05**

1. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) ist das oberste Verwaltungsgericht des Freistaates Bayern im Sinne §§ 2 und 184 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Der VGH hat seinen Sitz in München, wobei vier Senate in Ansbach errichtet sind (Art. 1 Abs. 1 Sätze 2 und 3 AGVwGO).

Der Verwaltungsgerichtshof ist zuständig für Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte (§ 46 VwGO), für bestimmte Großverfahren und Vereinsverbote im ersten Rechtszug (§ 48 VwGO), für Entscheidungen über die Vorlage geheimhaltungsbedürftiger Akten bzw. Auskunft daraus oder Einsicht in diese (§ 99 Abs. 2 VwGO) sowie für Normenkontrollverfahren (§ 47 VwGO, Art. 5 AGVwGO). Er entscheidet in Senaten. Beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof sind Fachsenate für Personalvertretungssachen, für Disziplinarsachen, für die Flurbereinigung und für Geheimschutzsachen errichtet.

2. Der Landesanstaltschaft Bayern obliegt die gerichtliche Vertretung des Freistaates Bayern als Kläger, Beklagter oder Beigeladener in Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und dem Bundesverwaltungsgericht sowie die Vertretung des öffentlichen Interesses vor diesen Gerichten nach Maßgabe der Verordnung über die Landesanstaltschaft Bayern (LABV). Des Weiteren obliegt der Landesanstaltschaft Bayern die Wahrnehmung der Aufgabe als Disziplinarbehörde oder Dienstvorgesetzter nach Maßgabe der auf Grund des Bayerischen Disziplinalgesetzes (BayDG) erlassenen Rechtsverordnungen (s. § 1 Abs. 2 LABV). Die Landesanstaltschaft Bayern ist am Sitz des Verwaltungsgerichtshofes sowie dessen auswärtiger Senate eingerichtet.

Für die Landesanstaltschaft Bayern sind innerhalb des Kap. 03 05 folgende Haushaltsmittel veranschlagt (zu den Titeln 422 01 und 428 01 siehe Stellenplan):

<b>Titel</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
428 11	2,1	2,1
511 01	49,0	49,0
518 18	4,0	4,0
527 01	7,7	7,7
546 49	1,4	1,4
812 01	15,5	15,5
Zusammen	79,7	79,7

Daneben sind bei Kap. 03 05 in den Tit. 428 21, 517 01, 517 05, 519 01 und in der TG 99 (nicht aufteilbare) Mittel für die Landesanstaltschaft Bayern enthalten.

**Zu 03 05/111 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 90,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Entwicklung der Gebühren und sonstigen Entgelte.

**Zu 03 05/412 01**

Entschädigung der ehrenamtlichen Richter. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

**Zu 03 05/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 05/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 05/427 01**

Entschädigungen (Sitzungsgelder) für Mitglieder der Disziplinar- und Personalvertretungssenats, die dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof nicht angehören, sowie für die technischen Beisitzer des Flurbereinigungssenats.

**Zu 03 05/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 05/428 11**

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 05/428 21**

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

**03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-4	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	313,1	302,6	A B C	280,0 312,4 284,0
514 01-1	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	14,7	14,7	A B C	14,0 8,8 9,2
514 11-9	051	Dienst- und Schutzkleidung	1,9	1,9	A B C	1,9 1,1 1,7
517 01-8	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	315,0	315,0	A B C	300,0 281,7 258,6
517 05-4	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	162,5	162,5	A B C	175,0 137,9 149,5
517 31-2	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
517 35-8	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
518 01-7	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 11-5	051	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	---	---	A	---
518 18-8	051	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	10,0	10,0	A B C	10,0 6,7 7,2
518 31-1	051	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
519 01-6	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	120,0	120,0	A B C	98,5 958,8 319,7
526 01-7	051	Auslagen in Rechtssachen	105,0	105,0	A B C	100,0 56,5 86,1
527 01-6	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30,0	30,0	A B C	28,5 27,9 20,6
529 01-4	051	Zur Verfügung des Präsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	---	---	A B C	0,8 0,8 0,8
531 01-0	051	Herausgabe amtlicher Blätter	14,6	14,6	A B C	9,1 14,9 0,6
532 11-7	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-7	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	9,0	9,0	A B C	7,5 9,1 4,3



## Erläuterungen

**Zu 03 05/511 01**

2017 gegenüber 2016:

40,5 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Istentwicklung),
7,4 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26,
33,1 Tsd. €	mehr.

**Zu 03 05/514 01**

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	7,0	7,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	7,7	7,7
Zusammen	14,7	14,7
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	14,7	14,7
Personalausgaben	193,0	198,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	10,0	10,0
Zusammen	217,7	222,7

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2016	
	2017	2018	2016	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	3	3	3	3	2

**Zu 03 05/514 11**

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer, Pförtner, Reinigungspersonal und Protokollführer(innen).

**Zu 03 05/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

**Zu 03 05/517 05**

Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft.

**Zu 03 05/518 18**

Leasing und Anmietung von Fahrzeugen.

**Zu 03 05/526 01**

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Prozesskostenhilfe für mittellose Personen.

**Zu 03 05/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

**03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-4	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B C	794,0 40,4 734,4
710 00-4	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 1.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	200,0	A	300,0
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-1	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A C	--- 21,4
812 01-0	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	50,0	50,0	A B C	50,0 19,8 52,3
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b> <i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
511 99-7	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	108,4	120,9	A B C	93,7 59,1 69,8
514 99-4	051	Verbrauchsmittel	25,5	25,5	A B C	22,7 6,3 5,9
525 99-1	051	Aus- und Fortbildung	36,0	36,0	A B C	22,1 0,0 0,0
526 99-0	051	Ausgaben für Sachverständige	6,6	6,6	A	6,3
534 99-0	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	105,5	93,0	A B C	71,6 22,9 46,5
<u>701 99-7</u>	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 474,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	120,0	474,0	A	
812 99-3	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 30,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 30,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	168,0	168,0	A B C	109,6 43,5 81,4
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	570,0	924,0	A B C	326,0 131,8 203,6
		<b>Gesamtausgaben</b>	12.895,5	13.512,5	A B C	13.223,5 12.287,4 12.182,5

## Erläuterungen

**Zu 03 05/701 01**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 794,0 Tsd. €, da aktuell keine Baumaßnahmen geplant sind.

**Zu 03 05/812 01**

Ersatz- und Neubeschaffung von Geschäftszimmerausstattungen und Geräten.

**Zu 03 05/99**

IT-Ausstattung im Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und in der Landesadvokatur Bayern zum Betrieb des Gerichtsverwaltungsprogramms GOŞA, der Basiskomponente für die Personalverwaltung (VIVA), des Integrierten Haushalts- und Kassenverfahrens (IHV), des Dokumentenmanagement-/Vorgangsbearbeitungssystems und der Bibliotheksanwendung sowie zur Bürokommunikation. Zugriff auf die Datenbank Bayern-Recht, Beck-Online und asyfact, Geobasisdaten und -dienste sowie auf die Datenbanken beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (MiLo und Pressedatenbanken). Zugang zu Internet/Intranet über das Behördennetz.

Personal im Kap. 03 05, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2016	Stellen 2017	Stellen 2018
Plan-Beamte			
A 13	1,0	1,0	1,0
A 12	1,0	1,5	1,5
A 10	-	1,0	1,0
A 7	-	1,0	1,0
Summe	2,0	4,5	4,5
Arbeitnehmer			
E 12	1,0	1,0	1,0
E 11	1,0	1,0	1,0
E 10	3,0	3,0	3,0
E 9	1,0	1,0	1,0
Summe	6,0	6,0	6,0
Insgesamt	8,0	10,5	10,5

**Zu 03 05/511 99**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 14,7 Tsd. € insb. wegen Einführung des elektr. Rechtsverkehrs, Personalmehrung, Maßnahmen zur Verbesserung der Internetauftritte und der Informationssicherheit.

**Zu 03 05/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf für Tonerkartuschen, Tintenpatronen, Farbbänder, Datenträger und sonstiges EDV-typisches Verbrauchsmaterial.

**Zu 03 05/525 99**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 13,9 Tsd. € insb. wegen Schulungskosten und Unterrichtsmaterials für das EDV-Personal.

**Zu 03 05/526 99**

Ausgaben für Sachverständige.

**Zu 03 05/534 99**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 33,9 Tsd. € insb. wegen Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung und -programmierung u.ä.

**Zu 03 05/701 99**

Erneuerung der IT-Verkabelung bei der Außenstelle des Verwaltungsgerichtshofs in Ansbach.

**Zu 03 05/812 99**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 58,4 Tsd. € insb. wegen Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, Erstausrüstung für zusätzliches Personal, Aufbau eines zentral gesteuerten Backups, Umstellung auf Windows 10 und Office 2016, Maßnahmen zur Verbesserung der Internetauftritte und der Informationssicherheit sowie automatisierter Geschäftsgang mit Anbindung des Fachverfahrens GOŞA.

**03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	921,3	921,3	A B C	826,8 926,3 1.792,4
		<b>Gesamteinnahmen</b>	921,3	921,3	A B C	826,8 926,3 1.792,4
		Personalausgaben	10.979,7	11.253,2	A B C	10.728,2 10.279,0 10.028,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.377,8	1.367,3	A B C	1.241,7 1.904,7 1.264,4
		Baumaßnahmen	320,0	674,0	A B C	1.094,0 40,4 734,4
		Sonstige Sachinvestitionen	218,0	218,0	A B C	159,6 63,2 155,1
		<b>Gesamtausgaben</b>	12.895,5	13.512,5	A B C	13.223,5 12.287,4 12.182,5
		<b>Zuschuss</b>	11.974,2	12.591,2	A B C	12.396,7 11.361,0 10.390,1



**03 06 Verwaltungsverfahren**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-6	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4.300,0	4.300,0	A B C	3.910,0 4.679,3 3.976,5
112 01-5	051	Geldstrafen und Geldbußen	---	---	A C	--- 0,2
119 49-2	051	Vermischte Einnahmen	1,0	1,0	A B C	1,0 0,6 0,3
124 01-1	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	66,8	61,3	A B C	67,1 75,5 86,6
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-1	051	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
261 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	1,5	1,5	A B C	1,5 1,5 1,5
<b>Gesamteinnahmen</b>			4.369,3	4.363,8	A B C	3.979,6 4.757,0 4.065,2
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
412 01-2	051	Entschädigungen für die ehrenamtlichen Richter	388,2	388,2	A B C	388,2 366,3 309,8
422 01-0	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten (Richter)	19.446,9	19.900,5	A B C	18.938,2 15.683,8 15.406,7
422 21-6	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	5,3	5,4	A	5,2
422 31-4	051	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
428 01-4	051	Entgelte der Arbeitnehmer	8.467,0	8.594,0	A B C	8.237,8 7.176,0 7.124,5
428 11-2	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	49,8	49,8	A B	49,8 5,2
428 21-0	051	Entgelte der Arbeitnehmer	413,6	419,4	A B C	358,3 351,1 322,3

---

**Erläuterungen**

---

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 06**

Den sechs Bayerischen Verwaltungsgerichten obliegt die Ausübung der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sinne der §§ 1 und 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Sitz und Bezirk sind durch Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) festgelegt. Die Verwaltungsgerichte entscheiden in allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art, soweit die Streitigkeiten nicht durch Bundesgesetz einem anderen Gericht ausdrücklich zugewiesen sind (§ 40 Abs. 1 VwGO).

Bei den Verwaltungsgerichten München und Ansbach sind Fachkammern für Personalvertretungsangelegenheiten und bei den Verwaltungsgerichten München, Ansbach und Regensburg für Disziplinarsachen (Disziplinarkammern) errichtet.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 am 1. Juli 2007 wurde das Widerspruchsverfahren in Bayern neu geregelt. In einigen, im Gesetz abschließend aufgezählten Rechtsbereichen, kann ein Betroffener seit 1. Juli 2007 wählen, ob er vor Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage ein Vorverfahren durchführen oder unmittelbar Klage erheben will (sog. fakultatives Widerspruchsverfahren). In allen übrigen Bereichen ist sofort Klage zu erheben; die Einlegung eines Widerspruchs ist nicht mehr möglich (s. Art. 15 AGVwGO).

**Zu 03 06/111 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 390,0 Tsd. € wegen Anpassung an das Gebührenaufkommen.

**Zu 03 06/412 01**

Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder nach dem gemäß § 32 VwGO anwendbaren Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

**Zu 03 06/422 01, 422 21 und 422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 06/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 06/428 11**

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 06/428 21**

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 55,3 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

**03 06 Verwaltungsgerichte**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
453 01-2	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	40,0	40,0	A	23,0
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-2	051	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	921,1	903,6	A B C	839,0 687,9 653,8
514 01-9	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	26,3	26,3	A B C	21,3 12,6 15,7
514 11-7	051	Dienst- und Schutzkleidung	3,7	3,7	A B C	2,6 2,2 1,4
517 01-6	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	899,5	899,5	A B C	896,9 719,7 701,9
517 05-2	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	450,0	450,0	A B C	456,8 322,7 363,4
517 31-0	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
517 35-6	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	11,7 18,7 14,4
518 01-5	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.485,0	1.485,0	A B C	1.261,8 1.246,8 1.230,5
518 11-3	051	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	2,0	2,0	A B C	3,7 2,0 2,1
518 18-6	051	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	19,1	19,1	A B C	11,4 9,7 9,5
518 31-9	051	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
519 01-4	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	330,0	330,0	A B C	278,7 741,9 475,1
526 01-5	051	Auslagen in Rechtssachen	1.150,0	1.150,0	A B C	1.000,0 801,2 785,0
527 01-4	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	27,0	27,0	A B C	20,2 17,9 13,7
532 11-5	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	5,4	5,4	A	5,1
546 49-5	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	29,5	29,5	A B C	15,0 20,7 15,8
<b>Baumaßnahmen</b>						
701 01-2	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 500,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A B C	490,0 573,5 404,8



## Erläuterungen

**Zu 03 06/453 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 17,0 Tsd. € wegen Abordnungen, Versetzungen und Neueinstellungen.

**Zu 03 06/511 01**

2017 gegenüber 2016:

98,5 Tsd. €	wegen zusätzlichen Personals und zusätzlichen Räume, erhöhte Eingänge und Erledigungszahlen von Prozessverfahren, Porto, Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs,
16,4 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26,
<u>82,1 Tsd. €</u>	mehr.

**Zu 03 06/514 01**

1. Betriebsstoffe
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
	14,5	14,5
	11,8	11,8
Zusammen	<u>26,3</u>	<u>26,3</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	26,3	26,3
Personalausgaben	91,0	92,4
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	17,3	-
Ausgaben für Leasing/Miete	19,1	19,1
Zusammen	<u>153,7</u>	<u>137,8</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis, Kleinbus	11	11	10	8	5

**Zu 03 06/514 11**

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer, Pförtner, Reinigungspersonal und Protokollführer(innen).

**Zu 03 06/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

**Zu 03 06/518 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 223,2 Tsd. € wegen Mieterhöhung und zusätzlichen Mietflächen bei den Verwaltungsgerichten München, Regensburg und Bayreuth.

**Zu 03 06/526 01**

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Prozesskostenhilfe für mittellose Personen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 150,0 Tsd. € insb. infolge des Anstiegs der Asylprozessverfahren.

**Zu 03 06/546 49**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 14,5 Tsd. € insbesondere für Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, augenärztliche Untersuchungen für (Neu-) Beschäftigte an Bildschirmarbeitsplätzen und sonstige vermischte Ausgaben.

**Zu 03 06/701 01**Verwaltungsgericht **Bayreuth**

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
- Statische Ertüchtigung und WC-Sanierung Hauptgebäude	500,0	-
- Sanierung und Ausbau Dachgeschoss Nebengebäude	-	500,0
(Gesamtkosten 1.000,0 Tsd. €, ab 2019 noch benötigt 500,0 Tsd. €)		
Zusammen	<u>500,0</u>	<u>500,0</u>

**03 06 Verwaltungsgerichte**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
710 00-2	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.100,0	1.200,0	A	900,0
					B	299,4
					C	140,7
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-9	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	17,3	---	A	---
812 01-8	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	300,0	300,0	A	280,5
					B	173,1
					C	83,0
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b> <i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
511 99-5	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	300,0	300,0	A	263,9
					B	159,4
					C	185,3
514 99-2	051	Verbrauchsmittel	84,5	84,5	A	64,3
					B	42,2
					C	22,6
525 99-9	051	Aus- und Fortbildung	52,5	52,5	A	30,7
					B	1,1
					C	0,2
534 99-8	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	---	---	A	---
<u>701 99-5</u>	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 465,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	40,0	A	
812 99-1	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 80,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 80,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	463,0	463,0	A	446,1
					B	166,4
					C	215,6
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	900,0	940,0	A	805,0
					B	369,1
					C	423,7
		<b>Gesamtausgaben</b>	36.976,7	37.668,4	A	35.300,2
					B	29.601,7
					C	28.497,6

## Erläuterungen

**Zu 03 06/811 01**

2017

Tsd. €

**1. Erstbeschaffung**

1 Pkw - Post austausch für zusätzliche Büroräume

17,3

**Zu 03 06/812 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 19,5 Tsd. € insb. wegen notwendiger Umrüstung von Telefonanlagen auf VoiceOverIP und für Büroausstattungen für zusätzliches Personal.

**Zu 03 06/99**

Die IuK-Ausstattung für die bayerische Verwaltungsgerichtsbarkeit wird vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof koordiniert. Die Betreuung und Systemverwaltung erfolgt vor Ort in den Verwaltungsgerichten.

Die veranschlagten Haushaltsmittel dienen zur Ausstattung der Verwaltungsgerichte mit IuK-Hard- und Software zur Unterstützung der Gerichtsverwaltung und der Richterschaft (vgl. auch Kap. 03 05 TG 99).

Personal im Kap. 03 06, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen	Stellen	Stellen
	2016	2017	2018
Plan-Beamte			
A 12	1,8	1,8	1,8
A 11	1,0	1,0	1,0
A 10	-	2,0	2,0
A 9	1,0	1,0	1,0
A 8	0,5	0,5	0,5
A 7	-	3,0	3,0
Summe	4,3	9,3	9,3
Arbeitnehmer			
E 10	4,0	4,0	4,0
E 9	6,0	6,0	6,0
Summe	10,0	10,0	10,0
Insgesamt	14,3	19,3	19,3

**Zu 03 06/511 99**

Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten für Verwaltungsgerichte.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 36,1 Tsd. € insb. für zusätzliches Personal, Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, Maßnahmen zur Verbesserung der Internetauftritte und der Informationssicherheit, Mieten und Wartung, EDV-Leitungsmieten und Fernmeldekosten.

**Zu 03 06/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf für Tonerkartuschen, Tintenpatronen, Farbbänder, Datenträger und sonstiges EDV-typisches Verbrauchsmaterial.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 20,2 Tsd. € insb. wegen zusätzlichen Bedarfs an Verbrauchsmitteln für zusätzliches Personal und Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs.

**Zu 03 06/525 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 21,8 Tsd. € insb. wegen zusätzlichem Personal, Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie Migration auf das neue Betriebssystem Windows 10 und Office 2016.

**Zu 03 06/701 99**

Planungsmittel für die Erneuerung der IuK-Verkabelung beim Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg.

**Zu 03 06/812 99**

Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von Hardware (Server, PC, Monitore, Drucker, etc.) sowie Kosten für Software /-Lizenzen und -Upgrades.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 16,9 Tsd. € insb. wegen zusätzlichem Personal, Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, Migration auf das neue Betriebssystem Windows 10 und Office 2016 und teilweise Migration ins IT-DLZ sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Internetauftritte und der Informationssicherheit und automatisierter Geschäftsgang mit Anbindung des Fachverfahrens GOŞA.

**03 06 Verwaltungsgerichte**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	4.367,8	4.362,3	A B C	3.978,1 4.755,4 4.063,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1,5	1,5	A B C	1,5 1,5 1,5
		<b>Gesamteinnahmen</b>	4.369,3	4.363,8	A B C	3.979,6 4.757,0 4.065,2
		Personalausgaben	28.810,8	29.397,3	A B C	28.000,5 23.582,4 23.163,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.785,6	5.768,1	A B C	5.183,1 4.806,8 4.490,4
		Baumaßnahmen	1.600,0	1.740,0	A B C	1.390,0 872,9 545,5
		Sonstige Sachinvestitionen	780,3	763,0	A B C	726,6 339,5 298,5
		<b>Gesamtausgaben</b>	36.976,7	37.668,4	A B C	35.300,2 29.601,7 28.497,6
		<b>Zuschuss</b>	32.607,4	33.304,6	A B C	31.320,6 24.844,7 24.432,5



## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		Die Isteinnahmen der Tit. 231 04, 232 01 und 281 12 erhöhen die Ausgabebefugnis bei den Tit. 428 11, die Isteinnahmen der Tit. 233 01 und 281 11 erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 um 80 v.H.				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
111 01-4	014	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Der Vermerk bei Tit. 119 01 gilt auch für Tit. 111 01.</i>	---	---	A	---
112 01-3	014	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	500,0	500,0	A B C	340,0 591,5 506,1
119 01-6	014	Einnahmen aus Veröffentlichungen, sonstige Entgelte <i>Veröffentlichungen, Auszüge aus Datenbeständen, Auskünfte usw. des Bayer. Landesamtes für Statistik sind grundsätzlich gegen ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt (Abweichung von Art. 61 und Art. 63 BayHO) abzugeben bzw. zu erteilen. Sie dürfen nur in den in den Erläuterungen zu Tit. 119 01 bezeichneten Fällen unentgeltlich abgegeben bzw. erteilt werden. Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	115,0	115,0	A B C	135,0 114,0 129,0
119 49-0	014	Vermischte Einnahmen	5,0	5,0	A B C	10,0 4,0 3,5
124 01-9	014	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	13,2	13,2	A B C	0,9 13,1 11,8
132 01-9	014	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10,0	10,0	A B	10,0 0,0

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 07**

Das Bayer. Landesamt für Statistik (LfStat) ist eine dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnete Landesoberbehörde mit Sitz in München und weiteren Dienststellen in Schweinfurt und Fürth.

Im Bereich der amtlichen Statistik erhebt das Amt aufgrund von Rechtsvorschriften Statistiken, bereitet die erhobenen Daten auf, wertet das statistische Material aus und veröffentlicht die Ergebnisse in geeigneter Form (Art. 5, 6, 9 und 10 des Bayer. Statistikgesetzes - BayStatG - vom 10.08.1990, GVBl S. 270, BayRS 290-1-I, zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.05.2015, GVBl S. 82).

Seit 01.01.2004 werden die Fachressorts mit den Mehrkosten neuer Statistikanforderungen belastet ("Deckungslösung"); Einsparungen durch den Wegfall von Statistiken werden den jeweiligen Fachressorts zugerechnet. Mehrausgaben bzw. Einsparungen werden grundsätzlich im Rahmen der Haushaltsaufstellung veranschlagt. Für neue, unabwendbare Statistikanforderungen, die erst im Haushaltsvollzug bekannt werden, ist ein Haushaltsvermerk ausgebracht (nach der Überschrift "Ausgaben"), der hierfür eine Verstärkung von Ausgaben vorsieht. Im Haushaltsvollzug freigesetzte Haushaltsmittel aufgrund wegfallender Statistiken werden durch den Haushaltsvermerk gesperrt.

Außerdem erledigt das Amt die Aufgaben des Landeswahlleiters sowie Aufgaben, die ihm von anderen Geschäftsbereichen übertragen wurden (z.B. Berechnungen zum kommunalen Finanzausgleich oder zur Schülerbeförderung).

Der Ministerrat hat sich am 20./21.11.2009 für eine Teilverlagerung des LfStat nach Fürth ausgesprochen (Bereiche Zentralverwaltung und Statistik). Unberührt bleibt hiervon die Dienststelle in Schweinfurt. Am 09.06.2010 hat der Ministerrat das Konzept zur Umsetzung der Verlagerung des Amtes zustimmend zur Kenntnis genommen. Am 28.07.2011 wurde die Liegenschaft „Nürnberger Str. 91 bis 95 / Finkenstraße 3“ als Immobilie für die Unterbringung des LfStat in Fürth erworben. Die Liegenschaft wird in mehreren Bauabschnitten generalsaniert. Die zeitlich ineinander greifenden Sanierungsphasen ermöglichen eine stetige und ohne zeitliche Unterbrechung ablaufende Aufgabenverlagerung von München nach Fürth bis zum derzeit geplanten Abschluss im Jahr 2019. Dabei ist in hohem Umfang auch in München Personal, das nicht nach Fürth wechseln wird, in anderen Behörden im Großraum München unterzubringen.

Mit Fertigstellung der Bauabschnitte C/D/E der Liegenschaft in Fürth im Jahr 2016 und dem Umzug des Präsidiums zum 01.10.2016 von München nach Fürth wird auch der Dienstsitz des LfStat nach Fürth verlagert.

Das Rechenzentrum Süd ist zum 01.01.2014 aus dem LfStat als eigener Bereich "IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern" in das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung eingegliedert worden. Die Haushaltsmittel und Stellen sind gem. Art. 50 BayHO in den Epl. 06 umgesetzt worden.

**Zu 03 07/112 01**

Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Durchführung von Statistiken (§ 1 ZuVOWiG) sowie Zwangsgelder nach Art. 31 VwZVG.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 160,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Istentwicklung.

**Zu 03 07/119 01 (und 111 01)**

Veröffentlichungen, Auszüge aus Datenbeständen, Auskünfte usw. des LfStat sind grundsätzlich kostenpflichtig. Sie dürfen nur in folgenden Fällen unentgeltlich zur Verfügung gestellt bzw. erteilt werden:

- Statistische Berichte im Internet als informationelle Grundversorgung
- Verzeichnisse und sonstige Veröffentlichungen im Bayerischen Behördennetz
- Abgabe gedruckter Veröffentlichungen an Bibliotheken im öffentlichen Bereich
- kurze, einfache Auskünfte
- Bereitstellung von Veröffentlichungen für Medienvertreter im Rahmen von Pressekonferenzen oder -gesprächen
- Aufsicht, parlamentarische Kontrolle, Wahrnehmung sonstiger durch Rechtsvorschrift dem LfStat zugewiesener Aufgaben (z.B. kommunaler Finanzausgleich).

Im Rahmen der steuerlichen Behandlung von Auftragsarbeiten - Sonderveröffentlichungen - darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Istentwicklung.

**Zu 03 07/132 01**

Erlöse aus der Veräußerung entbehrlicher Vermögensgegenstände.

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>				
231 02-8	014	Leistungen des Bundes und der EU für Sonderstatistiken sowie für Erhebungen für besondere Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu TG 94.</i>	20,0	100,0	A	48,2
					B	41,0
					C	8,1
231 04-6	014	Leistungen des Bundes und der EU für laufende Statistiken	---	---	A	---
					B	15,6
					C	12,2
232 01-8	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter (§3a BStatG) <i>Die dem Landesamt für Statistik zustehenden Erstattungen dürfen mit an andere Statistische Ämter zu leistenden Erstattungen verrechnet werden; dabei ist nur der Saldo zu buchen (Einnahme bei Tit. 232 01 oder Ausgabe bei Tit. 632 01).</i>	---	---	A	---
233 01-7	014	Leistungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden für statistische Auftragsarbeiten	---	---	A	---
					B	34,4
					C	60,0
235 01-5	014	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit	10,0	10,0	A	10,0
236 12-1	014	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	10,0	10,0	A	10,0
261 01-2	014	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	2,0	2,0	A	2,0
					B	0,1
					C	0,1
281 11-6	014	Leistungen für statistische Auftragsarbeiten von Sonstigen <i>Die abzusetzende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
					B	71,9
					C	66,8



---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 07/231 02**

Das Landesamt führt auch Sonderstatistiken durch, für die der Bund oder die EU Zuschüsse gewähren.

Die Ausgaben für diese Sonderstatistiken werden in der TG 94 nachgewiesen. Die Einnahmen für Zusatzbefragungen zum Unternehmensregister, Zusatzbefragungen im Mikrozensus, "EU-SILC" sowie die Erhebungen zur Informationsgesellschaft erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 94.

Neben den Sonderstatistiken fallen auch Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs zur Klärung wissenschaftlich methodischer Fragestellungen gemäß § 7 BStatG an. Drittmittel, die das Statistische Bundesamt für derartige Erhebungen erhält (z.B. von der EU), werden anteilig an die beteiligten Länder weitergegeben. Die Ausgaben für diese Erhebungen werden auch in der TG 94 nachgewiesen. Die Einnahmen für diese Erhebungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 94.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 28,2 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 80,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 07/231 04**

Das Landesamt führt neben Statistiken nach § 7 BStatG und Sonderstatistiken (vgl. Tit. 231 02) auch sogenannte laufende Statistiken durch. Für dabei durchzuführende Zusatzerhebungen bzw. neue Statistikmodule gewähren der Bund oder die EU teilweise Zuschüsse.

**Zu 03 07/232 01**

Die im April 2006 geschlossene Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik sieht vor, dass für einzelne Statistiken die Aufgaben der Softwareentwicklung und -pflege, der technischen Datenaufbereitung und andere Arbeiten, bei denen eine arbeitsteilige Aufgabenerledigung wirtschaftliche Vorteile bringt, bei einem Amt konzentriert werden; das ausführende Amt erhält für seine Leistungen Erstattungen der anderen (auftraggebenden) Länder (Prinzip "Einer für alle"). Die Entscheidung, wer als zentraler Dienstleister tätig wird, soll unter Wahrung der Qualitätsanforderungen an die amtliche Statistik nach Wirtschaftlichkeitskriterien getroffen werden.

In diesem Zusammenhang wurde vereinbart, dass auf Grundlage detaillierter Angebote mittels einvernehmlichem Beschluss der statistischen Landesämter, die IT-Produktion für eine bestimmte Statistik jeweils bundesweit zentral einem einzelnen statistischen Amt übertragen wird.

Das Landesamt kann in diesem Verfahren sowohl als Auftragnehmer wie auch als Auftraggeber auftreten.

Unterschieden werden in diesem Zusammenhang die beiden Bereiche Softwareentwicklung und "Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung" (ZPD; diese umfasst sämtliche Betreiberleistungen des jeweiligen Verfahrens).

Die Abrechnung erfolgt durch die Geschäftsstelle OPTIKO unter Saldierung der Kosten und Einnahmen für jedes Statistische Landesamt. Im Jahr 2016 erfolgte die Abrechnung für die Jahre 2014 und 2015. Unter Beibehaltung des zweijährigen Turnus wird die nächste Abrechnung im Jahr 2018 für die Jahre 2016 und 2017 erfolgen.

Saldierte Kostenerstattungen an andere Länder fallen bei Tit. 632 01 an.

**Zu 03 07/233 01**

Gemeinden und Gemeindeverbände, der Bund, andere Länder und Sonstige (insbesondere privater Bereich, z.B. Firmen) haben für statistische Auftragsarbeiten (Leistung i.S. von Art. 63 Abs. 5 BayHO) ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten.

Statistische Auftragsarbeiten für diese Auftraggeber sind Tätigkeiten, die über einfache Mitteilungen (kurze, einfache Auskünfte) vorhandener oder mittels vorhandener Programme erstellter Daten hinausgehen.

**Zu 03 07/235 01**

Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit für Eingliederungshilfe u. ä.

**Zu 03 07/261 01**

Erstattung der Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten), die nicht durch statistische Auftragsarbeiten erwachsen.

**Zu 03 07/281 11**

Für statistische Auftragsarbeiten gegenüber dem "nicht-öffentlichen Bereich" gelten ebenso die in der Erläuterung zu Tit. 233 01 genannten Grundsätze.

Im Rahmen der steuerlichen Behandlung von Auftragsarbeiten - Sonderveröffentlichungen - darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
281 12-5	014	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen für das Forschungszentrum der statistischen Landesämter	---	---	A	---
					B	18,2
					C	32,0
		<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>				
381 01-7	891	Leistungen staatlicher Dienststellen für statistische Auftragsarbeiten <i>Für neue statistische Auftragsarbeiten oder die wesentliche Erweiterung bisheriger statistischer Auftragsarbeiten ist abweichend von Art. 61 BayHO von Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten. Mehreinnahmen erhöhen, Mindereinnahmen vermindern die Ausgabebefugnis des Tit. 428 11 um 80 v.H.</i>	3.056,9	3.148,5	A	3.281,2
					B	2.350,0
					C	2.469,2
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>92 Einnahmen bei der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus</b>				
112 92-3	014	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder im Rahmen der Durchführung eines registergestützten Zensus	---	---	A	---
					C	-0,3
231 92-9	014	Leistungen des Bundes und der EU für die Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus	---	---	A	---
232 92-8	014	Erstattungen der Statistischen Ämter für die Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus <i>Die dem Landesamt für Statistik zustehenden Erstattungen dürfen mit an andere Statistische Ämter zu leistenden Erstattungen verrechnet werden; dabei ist nur der Saldo zu buchen (Einnahmen bei Tit. 231 92 oder Ausgabe bei Tit. 632 92).</i>	---	---	A	---
					B	1.973,4
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	-	-	A	-
					B	1.973,4
					C	-0,3

## Erläuterungen

**Zu 03 07/281 12**

Die statistischen Ämter der Länder betreiben ein Forschungsdatenzentrum (FDZ), das die empirische sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung durch entsprechende Angebote an Mikrodaten nachhaltig unterstützt.

Das FDZ nimmt insbesondere die Aufgabe wahr, die Daten für wissenschaftliche Analysezwecke aufzubereiten und zu dokumentieren, standardisierte Datenfiles für die Nutzung in den wissenschaftlichen Einrichtungen bereitzustellen sowie die Nutzer/-innen bei der Verwendung und Auswertung dieser Daten zu beraten.

Das FDZ wird nach der Finanzierungsregelung der Verwaltungsvereinbarung durch Einnahmen des FDZ und zu maximal der Hälfte aus Haushaltsmitteln der Länder finanziert. Der auf den Freistaat Bayern entfallende Kostenanteil wird gemeinsam vom StMI (Epl. 03 A) und StMBW (Epl. 15) getragen. Die Einnahmen des FDZ setzen sich aus Nutzungsentgelten für die Inanspruchnahme von Standardangeboten des FDZ sowie Einnahmen aus Drittmitteln zusammen. Es wird angestrebt, das FDZ möglichst vollständig durch eigene Einnahmen zu finanzieren.

Der Kostenanteil des StMBW sowie weitere zweckgebundene Einnahmen für das FDZ erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 (vgl. Haushaltsvermerk vor den Einnahmen).

**Zu 03 07/381 01**

Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A haben dem LfStat die Kosten von vor dem 01.01.2004 in Auftrag gegebenen statistischen Auftragsarbeiten, die nicht auf Rechtsvorschriften beruhen, nach Maßgabe der VV Nr. 2.2 zu Art. 61 BayHO zu erstatten.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden "Deckungslösung" ist für ab diesem Zeitpunkt in Auftrag gegebene neue statistische Auftragsarbeiten oder die wesentliche Erweiterung bisheriger statistischer Auftragsarbeiten von den Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten.

	Ausgaben veranschlagt bei	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
1. Staatsministerium der Justiz	Kap. 04 02 Tit. 981 01	316,9	316,9
2. Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	Kap. 10 03 Tit. 981 02	392,3	471,6
3. Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	Kap. 07 05 Tit. 981 75 Kap. 07 03 Tit. 981 60	36,9 84,6	37,8 86,7
4. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Kap. 12 02 Tit. 981 01	121,0	121,0
5. Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst	Kap. 05 02 Tit. 981 99	1.933,9	1.989,1
6. Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Kap. 14 02 Tit. 981 01	171,3	125,4
	Zusammen	3.056,9	3.148,5

**Zu 03 07/112 92**

Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Durchführung des Zensus, für dessen Erhebungen Auskunftspflicht besteht.

**Zu 03 07/231 92**

Finanzzuweisungen des Bundes zum Ausgleich der Kosten der Vorbereitung und der Durchführung des registergestützten Zensus.

**Zu 03 07/232 92**

Für Verrechnungen bei einer ämterübergreifenden Aufgabenerledigung im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus (vgl. Erläuterungen zu Tit. 232 01 und Tit. 632 92).

**03 07 Landesamt für Statistik**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>99 Einnahmen aus der Datenverarbeitung</b> <i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
119 99-9	013	Einnahmen aus der Fortbildung zu IT-Fachthemen der öffentlichen Verwaltung <i>Für Kurse zu Fachthemen der öffentlichen Verwaltung ist von Dienststellen der Kursteilnehmer aus dem nichtstaatlichen Bereich (Kommunen, sonstige nichtstaatliche Behörden) sowie Staatsbetrieben grundsätzlich ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu erheben. Die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 99 erhöht sich um 30 % der Mehreinnahmen, höchstens um 6,0 Tsd. €.</i>	---	---	A	---
					C	2,7
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	-	-	A	-
					B	-
					C	2,7
		<b>Gesamteinnahmen</b>	3.742,1	3.913,7	A	3.847,3
					B	5.227,3
					C	3.301,1
		<b>Ausgaben</b>				
		Mehr- oder Mindereinnahmen bis zu 20 v. H. der Summe (Soll) der Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel.				
		Die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und in den Hauptgruppen 5 und 8 des Kap. 03 07 erhöht sich für neue Statistikanforderungen, soweit sie durch Einsparungen außerhalb der Ausgaben für Versorgung und Beihilfen in den Einzelplänen der Fachressorts gedeckt ist. Einsparungen bei den Personalausgaben gemäß Art. 6 Abs. 1 HG erhöhen die Ausgabebefugnis nur, soweit Stellen über die Wiederbesetzungssperre und den beschlossenen Stelleneinzug hinaus gesperrt werden. Durch den Wegfall bestehender Statistiken freiwerdende Haushaltsmittel sind gesperrt.				
		<b>Personalausgaben</b>				
412 11-8	014	Aufwendungen für Berichterstatter <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 50,8 Tsd. € pro Jahr zu Lasten der Ausgaben des Epl. 07 (StMWi).</i>	392,3	310,9	A	332,2
					B	330,8
					C	304,9
422 01-8	014	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	5.230,5	5.420,2	A	2.092,5
					B	5.394,4
					C	5.464,3
422 21-4	014	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	277,9	282,1	A	271,4
					B	158,4
					C	159,6
422 31-2	014	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	72,8	73,9	A	71,1
					C	68,3

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 07/119 99**

Schulungsmaßnahmen über Fachthemen der öffentlichen Verwaltung werden ab dem 01.01.2006 für Teilnehmer aus dem nichtstaatlichen Bereich sowie von Staatsbetrieben nur noch gegen ein kostendeckendes Entgelt angeboten.

**Zu 03 07/412 11**

Vergütungen für Preisermittler, buchführende Haushalte und Berichterstatter über die repräsentative Feststellung der Ernteerträge sowie Kosten für die Beschaffung von Ehrengaben für ehrenamtliche Mitarbeiter.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 60,1 Tsd. € wegen Erhöhung der Zahl der Berichterstatter.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 81,4 Tsd. € wegen turnusmäßigen Aussetzens der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden Deckungslösung wird das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie -StMWi- (Epl. 07) durch einen Vermerk mit den Mehrkosten von bis zu 50,8 Tsd. € pro Jahr für die Statistik der Verbraucherpreise belastet.

**Zu 03 07/422 01, 422 21 und 422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
422 41-0	014	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	5,0	5,0	A	---
428 01-2	014	Entgelte der Arbeitnehmer	20.817,1	21.042,8	A	20.280,0
					B	19.827,8
					C	20.300,7
428 11-0	014	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk vor den Einnahmen.</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 21,8 Tsd. € im Jahr 2017 und 22,2 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 12 (StMUV)</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 159,9 Tsd. € im Jahr 2017 und 162,5 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 03 B (OBB)</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 257,7 Tsd. € im Jahr 2017 und 260,6 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 07 (StMWi)</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 255,2 Tsd. € im Jahr 2017 und 242,1 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 10 (StMAS)</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 152,2 Tsd. € im Jahr 2017 und 154,7 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 06 (StMFLH)</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 76,6 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 14 (StMGP)</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 82,0 Tsd. € im Jahr 2017 und 83,3 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 04 (StMJ)</i> <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 104,2 Tsd. € im Jahr 2017 und 105,9 Tsd. € im Jahr 2018 zu Lasten des Epl. 15 (StMBW).</i>	1.692,1	1.720,1	A	1.641,7
					B	1.325,4
					C	815,3
428 13-8	014	Entgelte für Arbeitnehmer (Statistische Erhebungen)	1.099,0	1.117,5	A	1.406,9
					B	1.042,9
					C	1.278,7

## Erläuterungen

**Zu 03 07/422 41**

Mehrarbeitsvergütungen u.a. im Bereich des Gebäudemanagements.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 5,0 Tsd. € wegen Umsetzung von Tit. 428 41.

**Zu 03 07/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 07/428 11**

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung. Durch die Koppelung mit den Einnahmen kann die Personalausstattung an Veränderungen gegenüber dem veranschlagten Auftragseingang angepasst werden.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden Deckungslösung sollen nachfolgend aufgeführte Mehr- oder Minderausgaben aufgrund von Statistikänderungen im Rahmen der Ressortdeckung berücksichtigt und durch Haushaltsvermerke gedeckt werden:

- Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Epl. 12) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 21,8 Tsd. € im Jahr 2017 und 22,2 Tsd. € im Jahr 2018 für die Ausweitung der Strukturhebungen im Umweltbereich belastet.
- Die Oberste Baubehörde (Epl. 03 B) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 159,9 Tsd. € im Jahr 2017 und 162,5 Tsd. € im Jahr 2018 für die Ausweitung des Merkmalskatalogs der Baugenehmigungsstatistik sowie für den entstehenden Mehraufwand aufgrund der Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes belastet.
- Das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (Epl. 07) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 257,7 Tsd. € im Jahr 2017 und 260,6 Tsd. € im Jahr 2018 für die Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (Erweiterung des Merkmalskatalogs um den Auftragsbestand), Änderungen im Beherbergungsgesetz sowie aufgrund der Novellierung des Energiestatistikgesetzes (EnStatG) belastet.
- Das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Epl. 10) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 255,2 Tsd. € im Jahr 2017 und 242,1 Tsd. € im Jahr 2018 für die Durchführung der neuen Bundesstatistik zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen gemäß Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz, für den Mehraufwand aufgrund der gesetzlichen Änderungen des Kinder- und Jugendhilfeverwaltungsvereinfachungsgesetzes (KJVVG) sowie für den entstehenden Mehraufwand aufgrund der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes (neue Erhebung zu den Empfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) belastet.
- Das Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (Epl. 06) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 152,2 Tsd. € im Jahr 2017 sowie 154,7 Tsd. € im Jahr 2018 für den entstehenden Mehraufwand aufgrund der Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes zur Umsetzung der erweiterten statistischen Anforderungen der Europäischen Union belastet.
- Das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (Epl. 14) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 76,6 Tsd. € im Jahr 2018 für den entstehenden Mehraufwand aufgrund des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes (PNG) mit dem Ziel, eine breitere Datenbasis zur Thematik Pflege und Auswirkungen des demografischen Wandels zu erhalten, belastet.
- Das Staatsministerium der Justiz (Epl. 04) wird mit den Mehrausgaben von bis 82,0 Tsd. € im Jahr 2017 sowie 83,3 Tsd. € im Jahr 2018 für den erhöhten Aufwand für die Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung belastet.
- Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (Epl. 05) wird mit den Mehrausgaben von bis 104,2 Tsd. € im Jahr 2017 sowie 105,9 Tsd. € im Jahr 2018 aufgrund der Novellierung der Statistiken des Hochschulwesens nach dem Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (HStatG) belastet.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,4 Tsd. € u.a. aufgrund höheren Personalbedarfs zur Umsetzung des Projekts "Amtliche Schuldaten" (StMBW).

2018 gegenüber 2017:

Mehr 28,0 Tsd. € wegen Berücksichtigung zu erwartender Tarifsteigerungen.

**Zu 03 07/428 13**

Entgelte (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung für Arbeitnehmer), die jährlich sich wiederholende und keiner zeitlichen Begrenzung unterliegende Erhebungen erledigen (der Personalbedarf für Erhebungen nach § 7 BStatG und der Personalbedarf für die sonstigen Statistiken, Erhebungen und Zählungen sind in TG 94 veranschlagt).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 307,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 18,5 Tsd. € wegen Berücksichtigung zu erwartender Tarifsteigerungen.

**03 07 Landesamt für Statistik**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
428 16-5	014	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth <i>Siehe Vermerk im Stellenplan.</i>	3.997,1	5.296,7	A	4.037,3
					B	1.449,9
					C	1.426,5
428 41-4	014	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	10,0	10,0	A	15,0
					B	-0,1
					C	5,9
453 01-0	014	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	300,0	300,0	A	300,0
					B	54,5
					C	30,9
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-0	014	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	643,6	701,6	A	550,0
					B	478,5
					C	576,6
514 01-7	014	Haltung von Dienstfahrzeugen	30,0	30,0	A	30,0
					B	24,7
					C	27,7
514 11-5	014	Dienst- und Schutzkleidung	3,7	3,7	A	3,7
					B	1,2
					C	1,8
517 01-4	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.296,0	1.382,5	A	1.600,0
					B	735,8
					C	799,2



## Erläuterungen

**Zu 03 07/428 16**

Die Staatsregierung hat sich für eine Teil-Verlagerung des LfStat nach Fürth ausgesprochen. Unberührt bleibt hiervon die Dienststelle in Schweinfurt. Eine sozialverträgliche Verlagerung mit einer zuverlässigen Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung ist nur dann durchführbar, wenn unvermeidbare Doppelstrukturen bei der personellen Besetzung hingenommen werden. Aus diesem Grund sind zusätzlich Ausgabemittel für Personal erforderlich.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 40,2 Tsd. € wegen Stellenumsetzungen in andere Kapitel und Einzelpläne.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 1.299,6 Tsd. € wegen zusätzlich erforderlicher Doppelstrukturen.

**Zu 03 07/428 41**

Mehrarbeitsvergütungen u.a. im Bereich Gebäudemanagement.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 5,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu Tit. 422 41.

**Zu 03 07/511 01**

2017 gegenüber 2016:

105,0 Tsd. € mehr aufgrund des personellen Ausbaus der Dienststelle Fürth,

11,4 Tsd. € weniger wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26,

93,6 Tsd. € mehr.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 58,0 Tsd. € aufgrund des personellen Ausbaus der Dienststelle Fürth.

**Zu 03 07/514 01**

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	23,8	23,8
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	6,2	6,2
Zusammen	<u>30,0</u>	<u>30,0</u>
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	30,0	30,0
Personalausgaben	65,4	65,9
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	12,0	12,0
Zusammen	<u>107,4</u>	<u>107,9</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2016	
	2017	2018	2016	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen (einschließlich Kombis und Räum- und Streufahrzeuge)	7	6	7	7	1

**Zu 03 07/514 11**

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer sowie insbesondere für Hauspersonal.

**Zu 03 07/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Pfortendienst, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben, Facility Management, Wartungsverträge für Haus- und Klimatechnik sowie die Beschaffung von Geräten u.ä.

2017 gegenüber 2016:

444,1 Tsd. € weniger wegen Übergang der Gebäudebewirtschaftung St- Martin-Str. 47, München, auf das LDBV,

140,1 Tsd. € mehr u.a. infolge eines Zuwachses durch den Ausbau der Dienststelle Fürth,

304,0 Tsd. € weniger.

2018 gegenüber 2017:

137,0 Tsd. € weniger wegen Übergang der Gebäudebewirtschaftung St- Martin-Str. 47, München, auf das LDBV,

223,5 Tsd. € mehr infolge eines Zuwachses durch den Ausbau der Dienststelle Fürth,

86,5 Tsd. € mehr.

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
517 05-0	014	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	918,5	946,0	A B C	1.130,0 769,8 580,7
517 31-8	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
517 35-4	014	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
518 01-3	014	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	4,1	4,1	A C	4,1 0,2
518 11-1	014	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 110,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 110,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	143,0	143,0	A B C	143,0 124,7 109,7
518 18-4	014	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	12,0	12,0	A B C	12,0 2,9 2,4
518 31-7	014	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
519 01-2	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	440,0	440,0	A B C	441,1 509,5 763,0
527 01-2	014	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	242,5	232,0	A B C	222,0 205,6 180,1
531 11-4	014	Fachveröffentlichungen	40,0	40,0	A B C	52,5 36,1 31,6
532 11-3	014	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 140,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	80,0	140,0	A C	157,5 2,3
546 49-3	014	Vermischte Verwaltungsausgaben	68,5	73,7	A B C	59,6 50,7 34,8
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>						
632 01-4	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter (§ 3a BStatG) <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 99.</i> <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01 sowie Erläuterungstext vor den Einnahmen.</i>	55,0	56,5	A B C	49,8 35,1 359,9
686 01-9	014	Mitgliedsbeiträge an Vereine u. dgl.	0,6	0,6	A B C	0,5 0,3 0,3
<b>Baumaßnahmen</b>						
701 01-0	014	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
710 00-0	014	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	4.000,0	4.000,0	A B C	5.000,0 7.031,2 4.727,7

## Erläuterungen

**Zu 03 07/517 05**

2017 gegenüber 2016:

365,3 Tsd. €	weniger wegen Übergang der Gebäudebewirtschaftung St- Martin-Str. 47, München, auf das LDBV,
153,8 Tsd. €	mehr u.a. infolge eines Zuwachses durch den Ausbau der Dienststelle Fürth,
211,5 Tsd. €	weniger.

2018 gegenüber 2017:

102,5 Tsd. €	weniger wegen Übergang der Gebäudebewirtschaftung St- Martin-Str. 47, München, auf das LDBV,
130,0 Tsd. €	mehr u.a. infolge eines Zuwachses durch den Ausbau der Dienststelle Fürth,
27,5 Tsd. €	mehr.

**Zu 03 07/518 18**

Leasing von Dienstfahrzeugen, u.a. für Umzugsarbeiten im Zusammenhang mit der Verlagerung von Teilen des LfStat nach Fürth.

**Zu 03 07/527 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 20,5 Tsd. € wegen vermehrter Dienstreisen im Zuge des Ausbaus der Dienststelle Fürth.

**Zu 03 07/532 11**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 77,5 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 60,0 Tsd. € wegen der nach Baufertigstellung anfallenden hausinternen Umzüge in der Dienststelle Fürth sowie für Umzugsleistungen im Rahmen der Verlagerung von Teilen des LfStat nach Fürth.

**Zu 03 07/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

**Zu 03 07/632 01**

Siehe Erläuterungen zu Tit. 232 01. Durch den Deckungsvermerk wird die für die Erstattungen erforderliche Ausgabebefugnis erschlossen.

**Zu 03 07/686 01**

Mitgliedsbeiträge an die Deutsche Statistische Gesellschaft und die Deutsche Gesellschaft für Demographie.

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
811 01-7	014	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
					B	29,4
812 01-6	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	100,0	300,0	A	600,0
					C	100,4
<b>Titelgruppen</b>						
<b>92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus</b>						
<i>Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>						
412 92-0	014	Aufwendungen für Berichterstatter	---	---	A	---
428 92-2	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	---	---	A	---
					B	-2,3
					C	479,5
459 92-4	014	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
511 92-0	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation	---	---	A	---
					B	1,3
					C	18,2
518 92-3	014	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	260,0	260,0	A	---
					B	37,2
525 92-4	014	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	1,8
					C	7,7
526 92-3	014	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>	<i>550,0</i>		B	13,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>	<i>550,0</i>		C	232,5
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
534 92-3	014	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
					B	1,0
547 92-8	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
					B	17,3
					C	20,3
632 92-4	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus	---	---	A	---
		<i>Vgl. Vermerke bei Tit. 232 92.</i>			C	8.521,8
633 92-3	014	Erstattungen an Kommunen	---	---	A	---
812 92-6	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	---	---	A	---
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>	<i>170,0</i>		B	637,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>	<i>110,0</i>		C	203,6
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
<b>Summe der Titelgruppe</b>			260,0	260,0	A	-
					B	707,2
					C	9.483,5

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 07/812 01**

Beschaffung von Arbeitsplatzmöbeln, sowie Möblierung von Besprechungsräumen und Kantine für das Dienstgebäude in Fürth. Beschaffung und Einrichtung von Garderobe- und Postablagemöbeln im Rahmen des Umzugs von Teilen des LfStat nach Fürth. Zudem Ersatzbeschaffung eines neuen Rasenmähers für die Dienststelle Schweinfurt.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 500,0 Tsd. € (u.a. Deckung der üpl. VE 2016 durch AR 2016).

2018 gegenüber 2017:

Mehr 200,0 Tsd. € vor allem aufgrund des erhöhten Bedarfs für die Möblierung der Dienststelle Fürth entsprechend der üpl. VE 2016 (u.a. Deckung durch AR 2017).

**Zu 03 07/92**

Von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind gemäß Artikel 1 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 alle zehn Jahre zu Beginn eines Jahrzehnts umfassende Daten über die Bevölkerung und die Wohnungssituation bereitzustellen. Deshalb ist nach dem Zensus 2011 in Deutschland im Jahr 2021 ein Zensus durchzuführen.

Für die Vorbereitung und Durchführung des nächsten Zensus existiert derzeit noch keine Rechtsgrundlage, die Fertigstellung des Entwurfs des Zensusvorbereitungsgesetzes und damit die vorgezogene Information der Statistischen Landesämter steht jedoch unmittelbar bevor. Zur Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens wurde im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom Statistischen Bundesamt, in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder, ein Rahmenwerk zur Methodik des Zensus erstellt. Nach Beschluss der Dienstaufsichtsbehörden (DAB) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder soll die registergestützte Ausgestaltung des Zensus 2011 der Ausgangspunkt für die Konzeption des Zensus 2021 sein.

Damit soll das Grundmodell für 2021 im Wesentlichen dem des Zensus 2011 entsprechen. Grundlage des Zensus 2021 werden demnach erneut die Melderegister sein. Zur Erhebung zusätzlicher Merkmale (u.a. Bildung und Erwerbstätigkeit) ist eine Haushaltebefragung (Stichprobenerhebung) vorgesehen. Eine Gebäude- und Wohnungszählung soll ebenfalls Bestandteil des Zensus 2021 sein, wie auch ein Verfahren, um Haushalts- und Familienzusammenhänge herzustellen – die Haushaltegenerierung. Weiterhin wird erneut eine Plattform geschaffen werden müssen, auf der die Ergebnisse des Zensus 2021 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Um rechtzeitig mit den notwendigen Vorbereitungsarbeiten beginnen zu können ist eine nationale Rechtsgrundlage in Form eines Vorschaltgesetzes erforderlich. Das Gesetzgebungsverfahren hierfür soll noch in 2016 abgeschlossen werden.

Eine der Hauptaufgaben in den Jahren 2017 und 2018 wird der Aufbau und die laufende Aktualisierung eines Anschriftenbestandes von 3 Mio. Gebäuden mit Wohnraum sein. Dabei fallen vielfältige Arbeiten bei der Verarbeitung der Daten aus den verschiedenen Verwaltungsregistern sowie bei der Prüfung und Recherche von unplausiblen Fällen an. Die Einbeziehung der Kommunen wird hierbei aller Voraussicht nach ebenfalls erforderlich sein. Des Weiteren werden methodisch konzeptionelle Vorbereitungsarbeiten, voraussichtlich insbesondere im Bereich der Haushaltegenerierung, im LfStat durchzuführen sein.

Mit Ausnahme der Kosten zum Betrieb einer Auswertedatenbank für den Zensus 2021 werden die einzelnen Titel der TG 92 nicht dotiert, sondern lediglich als Leertitel ausgebracht.

Mit Ausnahme des Tit. 518 92 (für die weitere Bereitstellung der Auswertungsdatenbank mit den Ergebnissen des Zensus 2011) werden für notwendige Vorbereitungen des Zensus 2021 Leertitel in 2017/18 ausgebracht; anfallende Kosten sollen durch die Übertragung von Ausgaberechten gedeckt werden.

**Zu 03 07/518 92**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 260,0 Tsd. € für die Softwaremiete der SAS-Serverlizenzen und SAS EnterpriseGuide Lizenzen für die weitere Bereitstellung der Auswertungsdatenbank mit den Ergebnissen des *Zensus 2011*.

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
		<b>94 Sonstige Statistiken, Erhebungen und Zählungen</b>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
		<i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgaben</i>				
		<i>a) des Epl. 06 (StMFLH) bis zu 398,6 Tsd. € im Jahr 2017 und 566,3 Tsd. € im Jahr 2018,</i>				
		<i>b) des Epl. 07 (StMWi) bis zu 1.150,6 Tsd. € im Jahr 2017 und 1.279,1 Tsd. € im Jahr 2018,</i>				
		<i>c) des Epl. 08 (StMELF) bis zu 101,0 Tsd. € im Jahr 2017 und 103,1 Tsd. € im Jahr 2018.</i>				
		<i>Die Isteinnahmen bei Tit. 231 02 für Zusatzbefragungen zum Unternehmensregister, Zusatzbefragungen im Mikrozensus, "EU-SILC", die Erhebungen zur Informationsgesellschaft sowie für Erhebungen nach § 7 BStatG erhöhen die Ausgabebefugnis.</i>				
428 94-0	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	4.267,4	4.373,6	A	4.151,9
					B	3.712,5
					C	3.701,5
459 94-2	014	Vermischte Personalausgaben	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,1
					C	0,0
547 94-6	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.732,1	1.625,9	A	2.188,5
					B	1.665,4
					C	1.766,9
633 94-1	014	Erstattungen an Kommunen	---	---	A	---
812 94-4	014	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	6.000,0	6.000,0	A	6.340,9
					B	5.378,0
					C	5.468,4
		<b>95 Umzug des Landesamts in das neue Dienstgebäude "St.-Martin-Straße" (einschließlich Vorbereitung der Infrastruktur für das RZ Süd im neuen Dienstgebäude)</b>				
519 95-9	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	200,0
					C	380,2
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	-	-	A	-
					B	200,0
					C	380,2

## Erläuterungen

**Zu 03 07/94**

Die sich jährlich wiederholenden und keiner zeitlichen Begrenzung unterliegenden Erhebungen (laufende Statistiken) sind in den allgemeinen Ansätzen des Kapitels 03 07 für Personal- und sächliche Verwaltungsausgaben veranschlagt. Die Vorbereitung und Durchführung des registergestützten Zensus sind in der TG 92 ausgebracht. Die übrigen Statistiken sind in der TG 94 zusammengefasst (sog. Sonderstatistiken sowie kurzfristig auftretende unvorhergesehene Statistiken nach § 7 BStatG).

Aufgrund der seit 01.01.2004 geltenden „Deckungslösung“ werden das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH – Epl. 06), das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (StMWi – Epl. 07) und das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF – Epl. 08) durch Vermerke mit den Mehrkosten neuer Statistikanforderungen belastet:

- das StMFLH mit bis zu 398,6 Tsd. € für das Jahr 2017 und 566,3 Tsd. € für das Jahr 2018 vom Mehrbedarf für die nachstehende Statistik Nr. 7
- das StMWi mit bis zu 795,5 Tsd. € für das Jahr 2017 und 818,3 Tsd. € für das Jahr 2018 vom Mehrbedarf für die nachstehende Statistik Nr. 2, mit bis zu 245,1 Tsd. € für das Jahr 2017 und 349,6 Tsd. € für das Jahr 2018 vom Mehrbedarf für die nachstehende Statistik Nr. 3 und mit bis zu 110,0 Tsd. € für das Jahr 2017 und 111,2 Tsd. € für das Jahr 2018 vom Mehrbedarf für die nachstehende Statistik Nr. 11
- das StMELF mit bis zu 101,0 Tsd. € für das Jahr 2017 und 103,1 Tsd. € für das Jahr 2018 vom Mehrbedarf für die nachstehende Statistik Nr. 12

Das „Mehr“ bzw. „Weniger“ bei den nachstehenden Sonderstatistiken geht auf den periodisch schwankenden Bedarf der Statistiken zurück, weil für diese in den einzelnen Jahren unterschiedliche Erhebungs- und Auswertungsprogramme gesetzlich festgelegt sind.

Zusammenstellung der aus TG 94 zu finanzierenden Statistiken:

## Bezeichnung der Statistik

1. Landwirtschaftszählung (Betriebsstrukturerhebung und Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden / Agrarstrukturerhebung / Bodennutzungshaupterhebung / Viehbestandserhebungen / Betriebsregister / Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)
2. Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke
3. Dienstleistungsstatistiken
4. EU-Verdienststrukturerhebung / Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2018
5. EU-Arbeitskostenerhebung 2016
6. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018
7. Steuerstatistiken (Umsatzsteuer-, Lohnsteuer-, Einkommensteuer-, Körperschaftssteuer-, Gewerbesteuerstatistik sowie Sonderaufgaben hierzu)
8. Mikrozensus/EU-Arbeitskräftestichprobe
9. Test im Rahmen des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes
10. Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)
11. Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (IKT-Erhebungen)
12. Aquakulturstatistik
13. Erhebungen nach § 7 BStatG

**Zu 03 07/428 94**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 115,5 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Mehr 106,2 Tsd. € wegen Berücksichtigung zu erwartender Tarifsteigerungen und zur Anpassung des tatsächlichen Personalbedarfs für die Durchführung von Sonderstatistiken.

**Zu 03 07/547 94**

Veranschlagt sind u. a. Geschäftsbedarf, Postgebühren und Vergütungen für Interviewer.

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 456,4 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017  
Weniger 106,2 Tsd. € für den voraussichtlichen Sachbedarf bei den Sonderstatistiken.

**Zu 03 07/95**

Nach dem Beschluss der Staatsregierung vom 29.07.2003 wurde als neuer Standort für das LfStat (einschließlich eines leistungsfähigen Rechenzentrums) das Gebäude in München, Anwesen St.-Martin-Straße 47, erworben. Der Umzug erfolgte in 2012. Der Leertitel dient zur Abwicklung eventueller Restzahlungen.

**03 07 Landesamt für Statistik**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01 und 632 01.</i>				
428 99-5	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	175,0	177,4	A	222,6
					B	184,5
					C	225,0
459 99-7	014	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
					C	0,2



## Erläuterungen

**Zu 03 07/99**

Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kapitel 06 21 die Titelgruppe 60 verstärkt werden.

Mit Verwaltungsvereinbarung vom 28.01.2015 wurde die Client-/Benutzerbetreuung, die Betreuung des LAN-Netzwerkes sowie der Telefonanlage des LfStat an den Standorten München und Fürth (am Standort Fürth für die Bereiche Netzwerk und Telefonie erst nach erfolgter Fertigstellung der neuen Infrastruktur) dem IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern im bayerischen Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung übertragen. Bestandteil dieser Vereinbarung ist auch die Beschaffung von Standard Hard- und Software (Client, Clientperipherie, Drucker).

Nach den Grundsätzen des geltenden Verrechnungskonzeptes für IT-Dienstleistungen (vgl. FMS: GZ: 11/15/77- H 1006 – 003 – 24 235/14 vom 24.07.2014) übernimmt dabei das IT-DLZ die anfallenden Wartungs- und Pflegekosten der zum Übergang der Betreuung vorhandenen Standard Hard- und Software sowie deren Ersatzbeschaffung, so dass diese Kosten nicht mehr Bestandteil der TG 99 in Kap. 03 07 sind.

In der TG 99 sind somit vor allem Ausgaben veranschlagt, die nicht den standardisierten rechenzentrumsspezifischen Leistungen des Servicekatalogs zugeordnet werden können, sondern für die statistischen Fachbereiche, Verfahrensentwicklung und fachlicher Anwendungsbetrieb einschlägig sind.

Insbesondere sind dies:

- Beschaffung statistischer Spezialsoftware (z.B. Data-Warehouse-Software);  
Programmierung von Fachverfahren im Bereich der Statistik;
- Erstellung von allgemeinen bzw. projektübergreifenden Sicherheitskonzepten (Testinfrastruktur, Testwerkzeuge);
- Beschaffung von Hard- und Software für den fachlichen Anwendungsbetrieb des Projekts "Amtliche Schuldaten" des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (die Einnahmen aus der Verrechnung mit dem StMBW sind bei Kap. 03 07 Tit. 381 01 veranschlagt);
- Ausbau der zentralen Produktion und Datenhaltung im Verbund der statistischen Landesämter, ZPD (die Einnahmen aus der Verrechnung mit den übrigen Statistischen Landesämtern sind bei Kap. 03 07 Tit. 232 01 veranschlagt);
- Neubeschaffung von Clients und Clientzubehör zur Erweiterung des bisherigen Bestandes;
- Neuausstattung des Standortes Fürth mit aktiven Netzwerkkomponenten und einer neu zu schaffenden VDI-Infrastruktur.

Personal im Kap. 03 07, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2016	Stellen 2017	Stellen 2018
<b>Plan-Beamte</b>			
A 14	2,0	2,0	2,0
A 13	1,0	1,0	1,0
A 11	5,0	5,0	5,0
A 10	7,0	7,0	7,0
Summe	15,0	15,0	15,0
<b>Arbeitnehmer</b>			
E 14	1,0	1,0	1,0
E 12	2,0	2,0	2,0
E 11	8,0	8,0	8,0
E 10	17,0	17,0	17,0
E 9	8,0	8,0	8,0
E 6	3,0	3,0	3,0
E 5	3,0	3,0	3,0
Summe	42,0	42,0	42,0
<b>Zeit-/Aushilfskräfte</b>			
Tit. 428 11	9,0	9,5	9,5
Tit. 428 92	-	12,0	12,0
Tit. 428 99	10,7	10,0	10,0
Summe	19,7	31,5	31,5
<b>Insgesamt</b>	<b>76,7</b>	<b>88,5</b>	<b>88,5</b>

**Zu 03 07/428 99**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 47,6 Tsd. € wegen Stellenumsetzung zum IT-DLZ (Kap. 06 21).

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
511 99-3	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 110,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 110,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	550,0	A	544,5
					B	311,3
					C	284,6
514 99-0	014	Verbrauchsmittel	68,5	68,5	A	55,0
					B	63,5
					C	63,8
518 99-6	014	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 220,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 220,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	291,0	A	297,0
					B	250,8
					C	216,9
525 99-7	014	Aus- und Fortbildung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 119 99.</i>	166,0	161,5	A	167,0
					B	47,1
					C	96,0
526 99-6	014	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 110,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 110,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	409,0	420,5	A	553,3
					B	144,0
					C	215,1
533 99-7	014	Nebenkosten der Datenverarbeitung, -entwicklung u.ä.	1,4	1,4	A	1,0
					C	0,1
534 99-6	014	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	105,5	116,0	A	---
					B	58,1
					C	58,0
701 99-3	014	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
812 99-9	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 660,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	174,6	713,7	A	271,5
					B	73,9
					C	684,5
<b>Summe der Titelgruppe</b>			2.000,0	2.500,0	A	2.111,9
					B	1.133,2
					C	1.844,2
<b>Gesamtausgaben</b>			50.231,3	52.844,9	A	48.956,7
					B	47.037,8
					C	55.354,4

## Erläuterungen

**Zu 03 07/511 99**

Veranschlagt sind Beschaffungen von Spezialsoftware für die Bereiche Data-Warehouse, Georeferenzierung, Datenbanken, Konfigurationsmanagement, Performance Analysen, EDV-Leitungsmieten, Kosten für Telearbeitsplätze sowie mobiler Endgeräte, der Bedarf für die Softwarepflege und für Software-Updates, für Bücher und Zeitschriften, die Kosten für die Erweiterung der Client-Infrastruktur bzw. den Ausbau der VDI-Infrastruktur am Standort Fürth, sowie für die Entsorgung von Geräten u.a.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 44,5 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 50,0 Tsd. € insb. wegen Aufbaus der neuen Arbeitsplatz-Infrastruktur an der Dienststelle Fürth.

**Zu 03 07/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Tintenpatronen, Toner, Tabellierpapier usw.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 13,5 Tsd. € wegen Anpassung an die Istentwicklung.

**Zu 03 07/518 99**

Miete für die von der Statistik genutzten Großdrucker, für gemietete Software sowie für Terminal- und Druckersteuerungsprogramme.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 103,0 Tsd. € wegen Verlängerung der Miete für die Datawarehouse-Software SAS Verbund Paket incl. 80 EnterpriseGuide Lizenzen zur Nutzung durch unterschiedliche statistische Fachbereiche, sowie im Rahmen der ZPD.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 109,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 07/525 99**

Kurs- und Höregebühren für das DV-Personal; Unterrichtsmaterial, Dozentenvergütungen für die Fachthemenschulungen.

**Zu 03 07/526 99**

Externe Unterstützungsleistungen in den Bereichen:

- Programmierung von statistischen Fachverfahren in verschiedenen Programmiersprachen sowie im Bereich der Datenbankentwicklung für statistiknahe Architekturen;
- Unterstützungsleistungen für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten (ASD) des StMBW;
- Unterstützungsleistungen bei der Durchführung von Performance-Analysen und der Anwendungsoptimierung;
- Unterstützungsleistungen beim Aufbau einer konsolidierten Infrastruktur-Datenbank (CMDB).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 144,3 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 07/534 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 105,5 Tsd. € insb. für Ausgaben für Betreiberleistungen des IT-DLZ, für die Betriebsinfrastruktur verschiedener Fachverfahren sowie für den Betrieb des Erhebungsmanagementsystems EMSy durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen.

**Zu 03 07/812 99**

Veranschlagt sind:

- Ausbau der Testinfrastruktur und Testwerkzeuge im Bereich von projektübergreifenden Sicherheitskonzepten;
- Beschaffung eines Videokonferenz-Systems für die Dienststelle Fürth;
- Beschaffung aktiver Netzwerkkomponenten (Switche, Router) für die Dienststelle Fürth.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 539,1 Tsd. € für Ersatz- und Neubeschaffung aktiver Netzwerkkomponenten mit Einbau der LAN-Infrastruktur für die Dienststelle Fürth.

## 03 07 Landesamt für Statistik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	643,2	643,2	A	495,9
					B	722,7
					C	652,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	42,0	122,0	A	70,2
					B	2.154,6
					C	179,1
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.056,9	3.148,5	A	3.281,2
					B	2.350,0
					C	2.469,2
		<b>Gesamteinnahmen</b>	3.742,1	3.913,7	A	3.847,3
					B	5.227,3
					C	3.301,1
		Personalausgaben	38.336,7	40.130,7	A	34.823,1
					B	33.478,8
					C	34.261,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.564,4	7.643,4	A	8.211,8
					B	5.751,1
					C	6.495,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	55,6	57,1	A	50,3
					B	35,4
					C	8.882,0
		Baumaßnahmen	4.000,0	4.000,0	A	5.000,0
					B	7.031,2
					C	4.727,7
		Sonstige Sachinvestitionen	274,6	1.013,7	A	871,5
					B	741,2
					C	988,5
		<b>Gesamtausgaben</b>	50.231,3	52.844,9	A	48.956,7
					B	47.037,8
					C	55.354,4
		<b>Zuschuss</b>	46.489,2	48.931,2	A	45.109,4
					B	41.810,4
					C	52.053,5



**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-2	012	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	15.000,0	15.000,0	A	12.570,0
					B	15.027,4
					C	14.774,8
111 02-1	012	Auslagen und auslagenartige Entgelte zur Abwicklung von Großvorhaben <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 526 11 und 547 05.</i>	---	---	A	---
					B	22,8
					C	583,4
111 05-8	012	Einnahmen nach der Verordnung über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in Verwaltungssachen - ZuSEVO - und dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG	---	---	A	---
111 06-7	012	Erstattungen von Kosten der Ersatzvornahme <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 533 01.</i>	---	---	A	---
111 07-6	012	Gebühren und Auslagen für die Anlagen nach BImSchG <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 10.</i>	---	---	A	---
111 08-5	012	Gebühren und Auslagen im Bereich Marktüberwachung <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 12 03 Tit. 526 54.</i>	---	---	A	---
111 21-8	012	Prüfungsgebühren <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 459 01.</i>	351,0	351,0	A	370,0
					B	351,8
					C	357,1
112 01-1	012	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	1.600,0	1.600,0	A	2.000,0
					B	1.600,6
					C	1.560,2
119 01-4	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen	48,1	48,1	A	46,8
					B	51,7
					C	47,4
119 11-2	012	Überschüsse aus der Verwertung von Pfändern	130,0	130,0	A	65,5
					B	397,1
					C	69,2
119 49-8	012	Vermischte Einnahmen	40,0	40,0	A	70,0
					B	40,6
					C	69,7

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 08**

Die Regierungen sind dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnete Mittelbehörden. Sie haben nach dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung Aufgaben aus nahezu allen Geschäftsbereichen wahrzunehmen und unterstehen insoweit der Fachaufsicht des jeweils zuständigen Ministeriums. Die Regierungen führen die Dienst- und Fachaufsicht über die ihnen nachgeordneten Staatsbehörden und üben die Rechts- und Fachaufsicht über die kreisfreien Gemeinden und Landkreise aus.

Die Regierungen gliedern sich in die beiden Stabstellen Verwaltungssteuerung und Verwaltungsmanagement sowie in die Bereiche

- Sicherheit, Kommunales und Soziales;
- Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr;
- Planung und Bau;
- Schulen und
- Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
- sowie das Gewerbeaufsichtsamt.

Den Regierungen sind Behörden und Dienststellen der Allgemeinen Inneren Verwaltung und anderer Geschäftsbereiche nachgeordnet.

Im Kap. 03 08 sind die Aufgabengebiete der Allgemeinen Inneren Verwaltung in vollem Umfang berücksichtigt. Für die Aufgaben aus anderen Bereichen sind, soweit nicht in besonderen Fällen Sondermittel zur Verfügung stehen, in Kap. 03 08

- die Verwaltungseinnahmen und die sächlichen Verwaltungsausgaben einschl. der Investitionen veranschlagt und
- außerdem alle Stellen und Personalausgaben für Beamte und Arbeitnehmer, die bis einschließlich in der dritten Qualifikationsebene eingestiegen sind, ausgebracht.

Die übrigen Ausgaben für Aufgaben aus anderen Bereichen, insbesondere die Stellen und Personalausgaben für Fachkräfte der vierten Qualifikationsebene und für die Fachkräfte in der Gewerbeaufsicht sowie die Investitionen außerhalb der Verwaltungsausgaben und die Zuwendungen, sind in den betreffenden Einzelplänen ausgebracht.

**Zu 03 08/111 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2.430,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 08/111 02**

Die Regierungen erheben als Genehmigungsbehörde für Großvorhaben vom Antragsteller Auslagen nach den Kostengesetzen für die Erstellung von Sachverständigengutachten und für die Kosten, die mit der Durchführung von Erörterungsterminen und der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes entstehen.

Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 526 11 und 547 05.

**Zu 03 08/111 06**

Kostenerstattung für Ersatzvornahmen im Bereich der Gewerbeaufsicht.

**Zu 03 08/111 07**

Vgl. Erläuterungen bei Titel 547 10.

**Zu 03 08/111 08**

Die Gewerbeaufsicht untersucht im Rahmen ihrer Aufgaben als Marktüberwachungsbehörde Produkte auf ihre Übereinstimmung mit europäischen Vorschriften z.B. im Hinblick auf die Produktsicherheit oder Energieeffizienz (Konformität).

**Zu 03 08/112 01**

Geldbußen und Verwarnungsgelder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, nach dem Wirtschaftsstrafgesetz und anderen Bußgeldvorschriften mit den dazugehörigen Gebühren und Auslagen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 400,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 08/119 11**

Überschüsse aus Verwertungserlösen der Pfandleihbetriebe, die nach § 11 der VO über den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Pfandleiher dem Fiskus des Landes zustehen, in dem der Gegenstand verpfändet wurde.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 64,5 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 08/119 49**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 30,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
122 01-9	012	Abgaben aus Bergbaukonzessionen (Förderabgaben)	479,1	479,1	A B C	500,0 479,1 1.167,6
122 02-8	012	Abgaben aus Bergbaukonzessionen (Feldesabgaben)	45,2	45,2	A B C	60,0 45,2 50,1
124 01-7	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Nach Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass die Regierung von Oberbayern dem jeweiligen Betreiber im erforderlichen Umfang die Räume der Kinderkrippe in der Maximilianstr. 39, 80538 München, grundmietzinsfrei überlässt.</i>	192,9	192,9	A B C	195,4 211,1 213,8
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-7	012	Sonstige Erstattungen vom Bund	15,7	15,7	A B C	14,0 15,7 16,9
233 01-5	012	Erstattung von Prüfungsaufwendungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 459 01.</i>	---	---	A	---
235 12-0	012	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
236 12-9	012	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A B C	---
261 01-0	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	20,0	A B C	20,0 21,3 15,2
281 11-4	012	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen	72,0	72,0	A B C	140,0 71,6 112,2
<b>Gesamteinnahmen</b>			17.994,0	17.994,0	A B C	16.051,7 18.345,4 19.050,2



## Erläuterungen

**Zu 03 08/122 01**

Die Einnahme ist eine Sonderabgabe im Sinn des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 2003 (BverfG, 2 BvL 1/99), BGBl I 2003, 1728.

Rechtsgrundlagen: §§ 30, 31 Bundesberggesetz, Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22.12.1998 (GVBl S. 1050), zuletzt geändert mit Verordnung vom 22.07.2014 (GVBl S. 286)

Abgabezweck: gesetzliche Verpflichtung aus den erteilten Rechtstiteln für bergfreie Bodenschätze  
verpflichtet: Rechtsinhaber der Erlaubnisse und Bewilligungen  
begünstigt: Freistaat Bayern

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 20,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 08/122 02**

Gebühren für die Aufsuchungserlaubnis von Feldern, die sich nach den bergrechtlichen Vorschriften um notwendige Aufwendungen (z.B. für Bohrungen u. dgl.) der Erlaubnisinhaber verringert. Derzeit werden Felder insbesondere geothermisch untersucht.

Die Einnahme ist eine Sonderabgabe im Sinn des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 2003 (BverfG, 2 BvL 1/99), BGBl I 2003, 1728.

Rechtsgrundlagen: §§ 30, 31 Bundesberggesetz, Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22.12.1998 (GVBl S. 1050), zuletzt geändert mit Verordnung vom 22.07.2014 (GVBl S. 286)

Abgabezweck: gesetzliche Verpflichtung aus den erteilten Rechtstiteln für bergfreie Bodenschätze  
verpflichtet: Rechtsinhaber der Erlaubnisse und Bewilligungen  
begünstigt: Freistaat Bayern

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 14,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 08/124 01**

Die Kinderkrippe in der Regierung von Oberbayern ist eine betriebliche Einrichtung des Freistaats Bayern, in der bis zu 24 Krippenkinder betreut und gefördert werden. Bei Kap. 03 08 Tit. 684 01 sind 40,0 Tsd. € als jährlicher Zuschuss an den privaten Träger zur Abdeckung des zu erwartenden Betriebskostendefizits vorgesehen.

Da die Voraussetzungen des Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes vorliegen, werden dem Betreiber der Betreuungseinrichtung die Fläche der Kinderkrippe (450 m<sup>2</sup>) und der Außeneinrichtung (296 m<sup>2</sup>) unter vollständigem Verzicht auf einen Mietzins überlassen. Die Nebenkosten werden vom Betreiber erstattet.

**Zu 03 08/233 01**

Erstattungen der Schulträger für die Mitwirkung der Regierungen an Prüfungen.

**Zu 03 08/236 12**

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit für Ersatzeinstellungen nach dem Altersteilzeitgesetz.

**Zu 03 08/261 01**

Sonstige Erstattungsleistungen, z.B. Verwaltungskostenzuschläge aus dem Betrieb von Kantinen.

**Zu 03 08/281 11**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 68,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
<b>Ausgaben</b>						
Die Hälfte der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel.						
<b>Personalausgaben</b>						
412 01-8	012	Entschädigungen an Beisitzer und Beiräte	133,5	133,5	A	145,8
					B	114,7
					C	132,4
422 01-6	012	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	107.333,0	109.160,6	A	103.341,6
					B	78.383,5
					C	76.713,7
422 21-2	012	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	73,7	74,9	A	35,6
					B	70,0
					C	45,2
422 31-0	012	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	1.476,5	1.501,5	A	362,3
					B	1.403,5
					C	979,2
422 41-8	012	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	35,0	35,0	A	25,0
427 01-1	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	221,0	221,0	A	181,0
					B	184,2
					C	204,7
428 01-0	012	Entgelte der Arbeitnehmer	80.840,0	82.507,6	A	76.824,8
					B	54.518,4
					C	54.960,3
428 11-8	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 633 06 sowie bei Kap. 03 09 Tit. 428 11.</i>	65.863,0	66.799,9	A	66.893,4
					B	29.061,5
					C	18.263,9
428 12-7	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---

## Erläuterungen

**Zu 03 08/412 01**

Entschädigungen nach § 350 Abs. 3 des Gesetzes über den Lastenausgleich und für die Beisitzer des zentralen Beschwerdeausschusses für den Lastenausgleich,  
 Entschädigungen an die Mitglieder der Besucherkommission nach Art. 21 Unterbringungsgesetz (einschließlich Liquidationen Gutachter),  
 Entschädigung an die Mitglieder der Weinprüfungskommission bei der Regierung von Unterfranken,  
 Entschädigung für die Mitglieder der Kommissionen zur Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Entscheidung über die Genehmigung von Tierversuchen,  
 Entschädigung der Mitglieder und der Schriftführerin des gemeinsamen Gutachterausschusses nach dem Heilpraktikergesetz,  
 Entschädigungen an die vorsitzenden Mitglieder der Schiedsstelle gemäß § 80 des Sozialgesetzbuches XII (Sozialhilfe),  
 Entschädigungen an das vorsitzende Mitglied und die zwei weiteren unparteiischen Mitglieder der Schiedsstelle nach § 76 des Sozialgesetzbuches XI (Soziale Pflegeversicherung),  
 Entschädigungen an die vorsitzenden Mitglieder der Schiedsstelle gemäß § 78 des Sozialgesetzbuches VIII (Kinder- und Jugendhilfe),  
 Leistungen an die Jagdberater und Aufwandsentschädigungen an die Jagdbeiräte bei den Regierungen (einschließlich Reisekostenvergütungen) nach § 30 Abs. 4 und § 31 Abs. 4 AVBayJG sowie Entschädigung nach § 30 der Verordnung zum Bayerischen Jagdgesetz,  
 Entschädigungen für die ehrenamtlichen Beisitzer der Vergabekammern Süd- und Nordbayern sowie  
 Entschädigung für die Gutachter der Besuchskommission nach Art. 21 Unterbringungsgesetz.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

**Zu 03 08/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Erschwerniszulagen) und Zuwendungen (Fahrtkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
Davon			
Aufwandsentschädigung für Beamte der fachkundigen Stelle für Wasserwirtschaft	1/1	0,1	0,1
Aufwandsentschädigung für Beamte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutze der Verbraucher	10/10	0,9	0,9
Aufwandsentschädigung für Futtermittelkontrolleure	9/10	0,8	0,9
Meisterzulage Lebensmittelkontrolleure (Art. 51 Abs. 1 Nr. 6 BayBesG)	2/2	1,0	1,0

**Zu 03 08/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 08/427 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 40,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf insbesondere in der landesweiten Fahrschulüberwachung.

**Zu 03 08/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

	Zahl der Empfänger	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
Davon			
Aufwandsentschädigung für Futtermittelkontrolleure	5/5	0,5	0,5

**Zu 03 08/428 11**

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 1.030,4 Tsd. € wegen Umsetzungen gemäß Art. 6 Abs. 13 HG auf Tit. 422 01.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 936,9 Tsd. € wegen Berücksichtigung zu erwartender Tarifsteigerungen.

**Zu 03 08/428 12**

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
428 14-5	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch zeitlich befristet beschäftigte Arbeitnehmer	47.691,0	49.191,0	A	64.191,0
<u>428 16-3</u>	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 07 Tit. 428 16.</i>	350,5	356,4	A	
428 41-2	012	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	69,0	69,0	A B C	70,6 23,0 3,3
453 01-8	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	290,0	290,0	A B C	279,5 155,1 207,4
459 01-2	012	Prüfungsentgelte <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 111 21 und 233 01.</i>	404,6	404,6	A B C	440,0 388,3 360,9
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-8	012	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.783,5	4.766,0	A B C	5.624,1 3.570,9 3.102,9
511 22-3	012	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	22,2	22,2	A B C	19,2 26,1 6,6
514 01-5	012	Haltung von Dienstfahrzeugen	565,9	565,9	A B C	520,0 403,7 381,0

## Erläuterungen

**Zu 03 08/428 14**

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung), die für die Unterbringung und die Integration von Flüchtlingen zuständig sind; für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 16.500,0 Tsd. € wegen Rückgang der Asylbewerberzugänge.

**Zu 03 08/428 16:**

Die Staatsregierung hat sich für eine Teilverlagerung des LfStat nach Fürth ausgesprochen. Das RZ Süd soll unverändert in München sowie die Außenstelle in Schweinfurt verbleiben. Eine sozialverträgliche Verlagerung mit einer zuverlässigen Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung ist nur dann durchführbar, wenn unvermeidbare Doppelstrukturen bei der personellen Besetzung hingenommen werden. Seit 2016 werden die Personalausgaben bei den aufnehmenden Behörden verausgabt. Damit sind neben den Stellenumsetzungen nunmehr auch die Ausgabemittel umzusetzen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 350,5 Tsd. € wegen Stellenumsetzungen von Kap. 03 07 Tit. 428 16.

**Zu 03 08/459 01**

Aus diesem Ansatz können Maßnahmen zur Fortbildung der Prüfer bezahlt und zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 35,4 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf unter Berücksichtigung einer Umschichtung von 2,5 Tsd. € aus Kap. 05 16 Tit. 459 01 (Prüfungswesen Altenpflege).

**Zu 03 08/511 01**

Bei Kap. 03 08 sind auch die Sachausgaben für die Bereiche

- Soziales,
- Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr,
- Planung und Bau,
- Schulen,
- Umwelt und Verbraucherschutz,
- Gesundheit und Pflege,
- sowie für das Gewerbeaufsichtsamt

veranschlagt, die fachlich anderen Ressorts zugeordnet sind. Für diese Bereiche werden auch die Kosten für Sachverständige und die Gerichts- und ähnlicher Kosten aus Kap. 03 02 getragen. Die Aus- und Fortbildungskosten des Fachpersonals dieser Bereiche und des angegliederten Gewerbeaufsichtsamts sind dort veranschlagt, wo die Stellen des Fachpersonals ausgebracht sind.

2017 gegenüber 2016:

706,6 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den Bedarf,
49,0 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung zu Kap. 06 21 Tit. 511 01 (Übernahme CC DMS),
85,0 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26,
<u>840,6 Tsd. €</u>	weniger.

**Zu 03 08/514 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	350,0	350,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	215,9	215,9
Zusammen	<u>565,9</u>	<u>565,9</u>
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	565,9	565,9
Personalausgaben	1.553,7	1.573,9
Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Kap. 03 08 Tit. 811 01)	66,2	44,1
Ausgaben für Leasing/Miete	224,1	227,3
Zusammen	<u>2.409,9</u>	<u>2.411,2</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>Soll</b>	<b>am 1.1.2016</b>	
	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2016</b>	<b>gesamt</b>	<b>davon geleast/ gemietet</b>
Personenkraftwagen	108	108	108	102	58
Katastrophenschutzfahrzeuge	7	7	7	7	7
Unimog, Schlepper, Räumfahrzeuge	6	6	6	6	-

2017 gegenüber 2016:

Mehr 45,9 Tsd. € wegen Erhöhung des Fahrzeugbestands.

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
514 11-3	012	Dienst- und Schutzkleidung	51,5	51,5	A	44,0
					B	40,1
					C	34,0
517 01-2	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5.299,4	5.299,4	A	5.133,4
					B	5.096,3
					C	3.792,2
517 05-8	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	2.600,0	2.700,0	A	2.300,0
					B	1.897,6
					C	1.942,5
517 31-6	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	149,3
					B	133,8
					C	137,6
517 35-2	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	195,0
					B	159,5
					C	165,2
518 01-1	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3.420,2	3.420,2	A	2.330,0
					B	1.009,8
					C	748,4
518 11-9	012	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	372,8	373,2	A	390,0
					B	416,1
					C	409,3
518 18-2	012	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	224,1	227,3	A	160,0
					B	150,4
					C	136,3
518 31-5	012	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	112,1
					B	44,7
					C	47,6
519 01-0	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.900,0	1.900,0	A	1.803,0
					B	2.304,9
					C	3.157,5
526 11-9	012	Kosten für Sachverständige bei Gestattungsverfahren für Großvorhaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 111 02. Die Mittel sind übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 547 05.</i>	83,3	83,3	A	83,3
					B	79,7
					C	198,6
526 13-7	012	Kosten für Inanspruchnahme fremder Einrichtungen	3,3	3,3	A	3,3
					B	0,4
					C	1,2
526 21-7	012	Kosten der Beweiserhebung	4,3	4,3	A	9,4
					B	0,6
					C	3,8
527 01-0	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.230,3	2.230,3	A	2.187,5
					B	1.861,9
					C	1.867,2
529 01-8	012	Zur Verfügung der Regierungspräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	15,7	15,7	A	15,7
					B	13,1
					C	13,4
531 01-4	012	Herausgabe amtlicher Blätter und von Fachveröffentlichungen	4,4	4,4	A	4,4
					B	2,4
					C	4,9

## Erläuterungen

**Zu 03 08/514 11**

Dienst- und Schutzkleidung für Fachpersonal, Pförtner, Kraftfahrer und Reinigungskräfte.

**Zu 03 08/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä. und die Ausgaben für die Bewachung durch private Unternehmen.

2017 gegenüber 2016:

23,9 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf insbesondere für die Zentralen Ausländerbehörden,
7,2 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung zu Kap. 06 21 Tit. 511 01 (Übernahme CC DMS),
149,3 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von 517 31,
<u>166,0 Tsd. €</u>	mehr.

**Zu 03 08/517 05**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 300,0 Tsd. € (davon Umschichtung von 517 35: 127,0 Tsd. €).

2018 gegenüber 2017:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf, insbesondere für die Zentralen Ausländerbehörden.

**Zu 03 08/517 31, 517 35 und 518 31**

Die Tit. 517 31, 517 35 und 518 31 entfallen ab 2017/2018. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bei Tit. 517 01, 517 05 und 518 01 veranschlagt.

**Zu 03 08/518 01**

2017 gegenüber 2016:

1.019,9 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf insbesondere wg. Neuanmietungen für die Zentralen Ausländerbehörden,
40,0 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung zu Kap. 06 21 Tit. 511 01 (Übernahme CC DMS),
112,1 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von 517 31,
<u>1.092,0 Tsd. €</u>	mehr.

**Zu 03 08/518 18**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 64,1 Tsd. € wegen Erhöhung des Fahrzeugbestands im Nachtragshaushalt 2016 und für Leasingausgaben von Elektrofahrzeugen zur Stärkung der Elektromobilität.

**Zu 03 08/519 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 97,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/526 11**

Kosten für Sachverständige insbesondere im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben, soweit nicht die Auslagererstattung des Kostenschuldners unmittelbar an den Sachverständigen erfolgt (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 111 02).

**Zu 03 08/526 13**

Kosten der Regierungen für die unmittelbare Inanspruchnahme fremder Einrichtungen (z.B. Labore, Röntgeninstitute; auch Kosten für die Überlassung von Befunden) bei der Beurteilung der Dienstunfähigkeit und der Wiederherstellung der Dienstfähigkeit der Beamten und Richter. Die Kosten für notwendige ergänzende Untersuchungen oder Gutachten trägt die Beschäftigungsbehörde.

**Zu 03 08/526 21**

Kosten für die Beweiserhebung im gewerbeaufsichtlichen Verfahren und für die Durchführung von Testspielen bei Veranstaltern und Vermittlern von öffentlichen Glücksspielen im Rahmen der Glücksspielaufsicht.

**Zu 03 08/527 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 42,8 Tsd. € insbesondere wegen des zusätzlichen Personals im Bereich Asyl.

**Zu 03 08/531 01**

Kosten für

- die Herausgabe des Regierungsamtsblattes, des amtlichen Schulanzeigers und sonstiger amtlicher Blätter,
- Fachveröffentlichungen zur Unterrichtung von Behörden, Mandatsträgern, Schulen, Verbänden und der Öffentlichkeit sowie
- Veröffentlichungen im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben.

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
532 11-1	012	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	99,9	78,6	A B C	79,8 9,9 28,3
533 01-2	012	Kosten der Ersatzvornahme im gewerbeaufsichtlichen Verfahren <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 06.</i>	---	---	A	---
536 01-9	012	Kosten der Messekommissionen und von Arbeitsschutzmaßnahmen auf Großbaustellen	4,8	4,8	A B C	7,0 3,8 3,8
546 49-1	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	800,0	800,0	A B C	415,0 728,5 449,2
547 02-5	012	Sachbedarf für Zustandserfassungen in künftigen Naturschutzgebieten	200,0	200,0	A B C	250,0 89,9 171,7
547 03-4	012	Sachbedarf für die Außenstelle "Biosphärenreservat Rhön"	49,7	49,7	A B C	42,6 47,3 44,1
547 05-2	012	Sachausgaben im Zusammenhang mit Gestattungsverfahren für Großvorhaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 111 02. Die Mittel sind übertragbar. Vgl. Vermerk bei Tit. 526 11.</i>	---	---	A B C	--- 42,8 242,3
547 09-8	012	Sachausgaben zur Optimierung der Lebensmittelsicherheit	50,7	50,7	A B C	50,7 48,5 45,2
547 10-5	012	Sachausgaben im Zusammenhang mit der Überwachung von Anlagen (nach BImSchG) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 07.</i>	---	---	A	---
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
633 01-1	012	Zur Entrichtung bürgerlich-rechtlicher Rechnisse	1,5	1,5	A B C	1,4 1,2 1,2
633 05-7	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben	20,0	20,0	A B C	20,0 23,3 15,0
633 06-6	012	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte im Zusammenhang mit Zentralen Ausländerbehörden und Zentralen Rückführungsstellen <i>Soweit die Kommunen das Personal für die Zentralen Ausländerbehörden nicht selbst stellen, dürfen zu Lasten der hier veranschlagten Ausgabemittel staatliche Arbeitnehmer beschäftigt werden; insoweit ist der Ansatz zugunsten Tit. 428 11 deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
633 08-4	012	Erstattungen an den Landkreis Berchtesgadener Land für die Verwaltungsstelle der Biosphärenregion Berchtesgadener Land	50,0	50,0	A B C	45,0 37,7 40,0
671 01-4	012	Betriebskostenzuschuss der Regierung von Schwaben für die Kindertagesstätte St. Gregor in Augsburg	10,0	10,0	A B C	10,0 10,0 10,0



---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 08/532 11**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 20,1 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Weniger 21,3 Tsd. € nach dem tatsächlichen Bedarf.

**Zu 03 08/536 01**

Kosten für Messebüros und die Maschinenschutzkommission.

**Zu 03 08/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten für augenärztliche Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 385,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf insbesondere wegen Ausgaben für Stellenanzeigen und sonstigen Ausgaben wegen des zusätzlichen Personals im Bereich Asyl.

**Zu 03 08/547 02**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 50,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/547 03**

Laufender Sachausgabebedarf der Verwaltungsstelle für das Biosphärenreservat Rhön.

**Zu 03 08/547 05**

Insbesondere zur Durchführung von Erörterungsterminen und der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben.

**Zu 03 08/547 09**

Maßnahmen der Regierungen im Zusammenhang mit der Optimierung der Lebensmittelsicherheit (Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 28.10.2015, GVBl S. 382).

**Zu 03 08/547 10**

Die Mittel dienen insbesondere zur Deckung der Kosten für die Beauftragung von Sachverständigen zur Anlagenüberwachung nach BImSchG.

Die Kosten sind dem Staat von den Anlagenbetreibern zu erstatten (vgl. Titel 111 07).

**Zu 03 08/633 01**

Erfüllung alter Verträge und rechtsbegründeter Herkommen.

**Zu 03 08/633 05**

Erstattung an den Bezirk Unterfranken für die Bereitstellung von Personal für die Weinprüfstelle.

**Zu 03 08/633 06**

Veranschlagt wurde die den Landkreisen und Städten zu erstattenden Sach- und Personalkosten, soweit sie Personal an die Zentralen Rückführungsstellen bei den Regierungen abordnen oder soweit für ihren Bereich Zentrale Ausländerbehörden bestehen.

**Zu 03 08/633 08**

Bei der Regierung von Oberbayern ist eine Verwaltungsstelle für die UNESCO-Biosphärenregion Berchtesgadener Land eingerichtet. Die Verwaltungsstelle ist im Landratsamt Berchtesgadener Land untergebracht. Dem Landkreis ist der hierbei entstehende Personalaufwand (Verwaltungskraft mit 19,25 Wochenstunden) und Sachaufwand zu erstatten.

**Zu 03 08/671 01**

Übernahme eines Anteils am Betriebskostendefizit der Betriebskindertagesstätte "Kinderhaus St. Gregor-Jugendhilfe" in Augsburg bei einer Mitbelegung durch Kinder von Beschäftigten der Regierung von Schwaben.

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
684 01-9	012	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für den laufenden Betrieb an den privaten Träger der Kinderbetreuungseinrichtung im staatseigenen Gebäude der Regierung von Oberbayern <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	40,0	40,0	A	15,0
685 01-8	012	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	5,3	5,3	A	5,0
					B	4,8
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-8	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.690,0	2.680,0	A	1.156,0
					B	570,2
					C	787,0
710 00-8	012	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.300,0	1.900,0	A	4.710,0
					B	8.243,5
					C	4.260,1
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-5	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen	66,2	44,2	A	236,4
					B	114,9
					C	86,6

## Erläuterungen

**Zu 03 08/684 01**

Die Kinderkrippe in der Regierung von Oberbayern ist eine betriebliche Einrichtung des Freistaats Bayern, in der 24 Krippenkinder betreut und gefördert werden. Die Mittel sind als Zuschuss an den privaten Träger zur Abdeckung des zu erwartenden Betriebskostendefizits vorgesehen.

Siehe auch Haushaltsvermerk bei Tit. 124 01.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 25,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 08/685 01**

Zuschuss zum Kantinenbetrieb in der Regierung von Oberfranken.

**Zu 03 08/701 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
<b>Dienstgebäude der Regierung von Oberbayern</b>		
- Umbau Haupteingang entsprechend dem Sicherheitskonzept	150,0	-
- Erneuerung der Schließanlage	-	250,0
<b>Dienstgebäude der Regierung von Niederbayern</b>		
- Erneuerung der Beleuchtung	660,0	-
- Brandschutzmaßnahmen	250,0	500,0
- Dienstgebäude Innere Münchener Str. 2 Umbau und Sanierung UG bis 1.OG	-	1.000,0
<b>Dienstgebäude der Regierung von Oberfranken</b>		
- Brandschutzmaßnahmen	330,0	330,0
<b>Dienstgebäude der Regierung von Mittelfranken</b>		
- Erneuerung des Gebäudemanagementsystems im Haupthaus	200,0	-
- Sanierung der Kochküche der Kantine	1.000,0	-
<b>Dienstgebäude der Regierung von Schwaben</b>		
- Erneuerung der Heizung im Dienstgebäude Fronhof (Gesamtkosten 1.000,0 Tsd. €, ab 2019 noch benötigt 500,0 Tsd. €)	-	500,0
Mitfinanzierungsanteil für das Sonderprogramm „Energetische Sanierung staatlicher Gebäude“	100,0	100,0
Zusammen	2.690,0	2.680,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.534,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/811 01**

	Tsd. €
<b>2017</b>	
<b>1. Erstbeschaffung</b>	
1 Pkw	22,0
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
Zu ersetzen:	
2 Pkw, Baujahr 2007 und 2009, Fahrleistung am 01.02.2016: 172.500 bzw. 227.000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
2 Pkw	44,2
Zusammen	66,2
<b>2018</b>	
<b>1. Erstbeschaffung</b>	-
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
Zu ersetzen:	
2 Pkw, Baujahr 2011 und 2012, Fahrleistung am 01.02.2016: 87.800 bzw. 100.000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
2 Pkw	44,2

## 03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
812 01-4	012	Erwerb von Geräten, Fernsprechanlagen, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.300,0	1.000,0	A	3.022,2
					B	866,3
					C	559,6
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>51 Prüfungsämter bei den Hochschulen zur Durchführung der Prüfungen nach der Approbationsordnung für Ärzte im Auftrag der Regierung von Oberbayern</b>				
		<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>				
422 51-5	012	Bezüge der planmäßigen Beamten	259,2	263,5	A	253,6
					B	123,2
					C	128,4
428 51-9	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Beihilfen für die Arbeitnehmer werden abweichend von Nr. 5.2 DBestHG bei Kap. 03 02 Tit. 441 64 verrechnet.</i>	434,9	442,8	A	424,3
					B	419,3
					C	414,7
459 51-1	012	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
547 51-5	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	60,0	60,0	A	53,3
					B	56,6
					C	42,0
812 51-3	012	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0	6,2	A	6,9
					C	2,4
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	764,1	772,5	A	738,1
					B	599,1
					C	587,5
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-1	012	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 380,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 120,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.469,4	1.458,9	A	1.745,5
					B	1.166,5
					C	1.053,6
514 99-8	012	Verbrauchsmittel	185,9	146,0	A	167,2
					B	162,5
					C	134,6
518 99-4	012	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 50,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.320,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	552,7	600,0	A	298,8
					B	193,7
					C	195,8

## Erläuterungen

**Zu 03 08/812 01**

Veranschlagt sind:

Erneuerung von Sitzungssälen, Konferenz- und Besprechungsräumen sowie von Geschäftszimmerausstattungen, Ausstattung von Registraturen, Poststellen, Druckereien und Kantinen sowie Erneuerung von Kopiergeräten, Zeiterfassungssystemen u.a.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 722,2 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 1.300,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/51**

Die nach der Approbationsordnung für Ärzte vorgeschriebenen staatlichen Prüfungen werden von den Prüfungsämtern durchgeführt, die bei den Hochschulen mit medizinischen Fakultäten angesiedelt sind und dabei im Auftrag der Regierung von Oberbayern tätig werden; vgl. § 2 Abs. 2 der VO über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe vom 17.12.1996 (GVBl S. 549).

**Zu 03 08/99**

Die Regierungen sind flächendeckend mit PC-Arbeitsplätzen ausgestattet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können bedarfsgerecht entsprechende Serverdienste (Mail-Server, Datenbankserver), Fachanwendungen und Informationsangebote im Behördennetz, Intranet und Internet nutzen.

Personal im Kap. 03 08, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2016	Stellen 2017	Stellen 2018
Plan-Beamte			
A 13	2,0	4,0	5,0
A 12	16,5	15,5	15,5
A 11	10,5	13,0	11,0
A 10	5,3	3,0	5,0
A 9	7,9	7,9	8,9
A 8	5,0	6,0	5,0
A 7	2,0	1,0	1,0
Summe	49,2	50,4	51,4
Arbeitnehmer			
E 12	-	1,0	1,0
E 11	9,0	8,0	8,0
E 10	5,0	5,0	5,0
E 9	15,9	16,1	16,1
E 8	3,0	3,0	3,0
E 7	1,8	2,0	2,0
E 6	2,5	3,5	3,5
E 5	1,0	-	-
Summe	38,2	38,6	38,6
Insgesamt	87,3	89,0	90,0

**Zu 03 08/511 99**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 276,1 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Tintenpatronen, Toner usw.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 18,7 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 39,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/518 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 253,9 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 47,3 Tsd. € insbesondere wegen höherer Anzahl von Mietverträgen für Multifunktionsgeräte und Arbeitsplatzdrucker (Service, Seitenabrechnung). Die Ausgaben für die bisher vorhandenen Geräte wurden bei Tit. 518 11 nachgewiesen.

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
			6			
525 99-5	012	Aus- und Fortbildung	147,0	147,0	A	91,6
					B	37,9
					C	21,8
526 99-4	012	Ausgaben für Sachverständige	134,3	66,2	A	50,3
					B	12,5
					C	12,5
534 99-4	012	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	150,2	155,4	A	51,1
					B	30,2
					C	60,1
701 99-1	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 935,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	485,0	935,0	A	- - -
					B	100,0
					C	248,9
812 99-7	012	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 3.500,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 2.500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.901,5	3.517,5	A	2.701,4
					B	1.604,3
					C	1.445,1
<b>Summe der Titelgruppe</b>			7.026,0	7.026,0	A	5.105,9
					B	3.307,6
					C	3.172,3
<b>Gesamtausgaben</b>			344.839,9	347.145,3	A	349.784,4
					B	196.278,2
					C	179.960,1

## Erläuterungen

**Zu 03 08/525 99**

Kurs- und Höregebühren sowie Unterrichtsmaterial für das DV-Personal.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 55,4 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/526 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 84,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 68,1 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/534 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 99,1 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 08/701 99**

Für die Erneuerung der LuK-Verkabelung bei der Regierung von Niederbayern (2017 und 2018 je 485,0 Tsd. €) und beim Dienstgebäude der Regierung von Schwaben - Gewerbeaufsichtsamt - in Augsburg, Morellstraße 33 (450,0 Tsd. € in 2018).

**Zu 03 08/812 99**

Ersatz von Arbeitsplatzausstattungen, zentralen Komponenten u.a.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.200,1 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 384,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Übersicht**

über die in anderen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmittel für die Regierungen

Kapitel	03 73 Bauabteilungen	05 10 Schul- aufsicht	06 30 Landes- ent- wicklung	07 10 Wirt- schaft	12 30 Veterinär- wesen	12 31 Umwelt- fragen	12 32 Gewerbe- aufsicht	14 30 Gesund- heit
Zweckbestimmung	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
<b>2017</b>								
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamteinnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalausgaben	12.951,4	11.224,0	3.615,7	3.992,8	2.658,7	9.167,7	21.072,1	5.697,6
Sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	27,4	64,8	-	-
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	16,3	-	-
Gesamtausgaben	12.951,4	11.224,0	3.615,7	3.992,8	2.686,1	9.248,8	21.072,1	5.697,6
Zuschuss	12.951,4	11.224,0	3.615,7	3.992,8	2.686,1	9.248,8	21.072,1	5.697,6
<b>2018</b>								
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamteinnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalausgaben	13.170,5	11.413,6	3.676,9	4.060,4	2.703,8	9.322,8	21.428,8	5.793,3
Sächliche Verwaltungsausgaben	-	-	-	-	27,4	64,8	-	-
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	16,3	-	-
Gesamtausgaben	13.170,5	11.413,6	3.676,9	4.060,4	2.731,2	9.403,9	21.428,8	5.793,3
Zuschuss	13.170,5	11.413,6	3.676,9	4.060,4	2.731,2	9.403,9	21.428,8	5.793,3

**03 08 Regierungen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	17.886,3	17.886,3	A	15.877,7
					B	18.234,4
					C	18.893,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	107,7	107,7	A	174,0
					B	111,1
					C	156,9
		<b>Gesamteinnahmen</b>	17.994,0	17.994,0	A	16.051,7
					B	18.345,4
					C	19.050,2
		Personalausgaben	305.474,9	311.451,3	A	313.468,5
					B	164.859,5
					C	152.414,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	25.485,5	25.484,3	A	24.386,6
					B	19.842,6
					C	18.708,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	126,8	126,8	A	96,4
					B	77,0
					C	66,2
		Baumaßnahmen	7.475,0	5.515,0	A	5.866,0
					B	8.913,7
					C	5.296,1
		Sonstige Sachinvestitionen	6.277,7	4.567,9	A	5.966,9
					B	2.585,5
					C	2.093,6
		Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	A	-
					B	-
					C	1.381,3
		<b>Gesamtausgaben</b>	344.839,9	347.145,3	A	349.784,4
					B	196.278,2
					C	179.960,1
		<b>Zuschuss</b>	326.845,9	329.151,3	A	333.732,7
					B	177.932,8
					C	160.909,9





**03 09 Landratsämter**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
111 01-0	012	Kosten und Benutzungsgebühren, die den Landkreisen zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 21.</i>	225.000,0	225.000,0	A	220.000,0
					B	225.811,2
					C	225.152,8
111 02-9	012	Sonstige Gebühren, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2.600,0	2.600,0	A	2.250,0
					B	2.784,1
					C	2.484,0
112 02-8	012	Zwangsgelder	1.250,0	1.250,0	A	1.100,0
					B	1.251,5
					C	1.231,8
112 03-7	012	Geldbußen einschl. Kosten und Verwarnungsgelder, die den Landkreisen zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 22. Der Vermerk bei Tit. 112 05 gilt auch für Tit. 112 03.</i>	4.300,0	4.300,0	A	4.700,0
					B	4.317,3
					C	4.501,5

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 09**

Die Landratsämter sind Staatsbehörden, soweit sie Aufgaben des Staates, und Kreisbehörden, soweit sie Aufgaben des Landkreises zu erledigen haben (Art. 37 der Landkreisordnung - LKrO). Sie sind für jeden Landkreis eingerichtet (Art. 1, 7, 37 der Landkreisordnung); die Einteilung der Landkreise richtet sich nach der Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte vom 27.12.1971 (BayRS 1012-3-1-I). Es bestehen 71 Landratsämter. Sie sind den Regierungen nachgeordnet.

Als Staatsbehörden obliegen ihnen staatliche Aufgaben aus nahezu allen Geschäftsbereichen, insbesondere aus denen der Staatsministerien

- des Innern, für Bau und Verkehr,
- für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie,
- für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
- für Arbeit und Soziales, Familie und Integration,
- für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst,
- für Gesundheit und Pflege
- und für Umwelt und Verbraucherschutz.

Sie sind Kreisverwaltungsbehörden und in der Regel die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden. Sie üben die Aufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden aus.

Für die Landratsämter als Staatsbehörden weist der Freistaat Bayern staatliche Beamte zu (Art. 37 Abs. 3 Landkreisordnung).

Die Stellen sind grundsätzlich im Kap. 03 09 ausgebracht.

Im Epl. 12 sind die Stellen für das Fachpersonal der vierten Qualifikationsebene bei den Landratsämtern als Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen sowie für den gesundheitlichen Verbraucherschutz mit den komplementären Ausgabemitteln veranschlagt.

Das Verwaltungspersonal für die Landratsämter in den Bereichen Gesundheits- und Veterinärwesen wird gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter vom 23.12.1995 (GVBl S. 843) von den Landkreisen getragen.

Zur Unterbringung des Landratsamtes hat der Freistaat Bayern den Landkreisen staatliche Amtsgebäude kostenlos übergeben oder ihnen in staatlichen Ämtergebäuden Räume kostenlos überlassen (Rahmenvereinbarung vom 31.07.1959).

Im Übrigen tragen die Landkreise den Verwaltungsaufwand für das Landratsamt; sie werden dafür durch Finanzausweisungen entschädigt (Art. 53 Abs. 2 der LKrO, Art. 7 und 9 des Finanzausgleichsgesetzes - FAG).

**Zu 03 09/111 01**

Kosten der Landratsämter als Staatsbehörden; das Kostenaufkommen wird im Rahmen des Finanzausgleichs (Art. 7 FAG) den Landkreisen überlassen, vgl. Kap. 13 10 Tit. 613 21.

Die Einnahmen aus den Kosten der Bußgeldbescheide sind bei Titel 112 03 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 5.000,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 09/111 02**

Einnahmen - insbesondere Rechnungsprüfungsgebühren -, die dem Freistaat Bayern verbleiben.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 350,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen und Steigerung der Prüfungstätigkeit.

**Zu 03 09/112 02**

Diese Einnahmen verbleiben dem Freistaat Bayern.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 150,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 09/112 03**

Einnahmen aus Geldbußen und Kosten der Bußgeldbescheide sowie Verwarnungsgelder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, die im Rahmen des Finanzausgleichs (Art. 7 FAG) den Landkreisen überlassen werden (vgl. Kap. 13 10 Tit. 613 22).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 400,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

**03 09 Landratsämter**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
112 05-5	012	Geldbußen und Verwarnungsgelder, die den Gemeinden zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 22. Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Einnahmen eines Haushaltsjahres vorläufig in Höhe der betreffenden Angaben in der kommunalen Rechnungsstatistik für das jeweilige Vorjahr zu buchen. Diese Buchung ist im darauf folgenden Jahr aufgrund und in Höhe der Angaben in der kommunalen Rechnungsstatistik für das betreffende Haushaltsjahr richtig zu stellen.</i>	65.000,0	65.000,0	A B C	53.000,0 69.753,0 63.199,0
119 12-9	012	Verwertungserlöse <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 533 01.</i>	---	---	A	---
119 49-6	012	Vermischte Einnahmen	12,0	12,0	A B C	7,0 12,4 13,8
124 01-5	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1,0	1,0	A B C	2,0 1,1 1,1
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-5	012	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
235 12-8	012	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
281 11-2	012	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	15,0	15,0	A B C	25,0 14,6 2,7
<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>						
<u>341 01-2</u>	012	Beiträge des Landkreises Lindau (Bodensee) für Bauausgaben am Ämtergebäude in Lindau (Bodensee), Stiftsplatz 4 <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 519 01 und 701 01.</i>	---	---	A	
382 01-2	891	Vergütungen für Dienstwohnungen, die an die Landkreise abzuführen sind <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 982 01.</i>	5,5	5,5	A B C	5,1 5,5 5,3
<b>Gesamteinnahmen</b>			298.183,5	298.183,5	A B C	281.089,1 303.950,7 296.592,0
<b>Ausgaben</b>						
Das Ausgaben-Budget des Kap. 03 09 darf bis zu 100,0 Tsd. € pro Jahr zu Lasten von Kap. 03 08 verstärkt werden.						
<b>Personalausgaben</b>						
422 01-4	012	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter <i>Vermerk bei Tit. 428 01 gilt entsprechend.</i>	176.770,5	182.197,7	A B C	169.441,4 166.940,7 162.146,8

## Erläuterungen

**Zu 03 09/112 05**

Geldbußen und Verwarnungsgelder der Gemeinden nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, die ihnen im Rahmen des Finanzausgleichs überlassen werden (Art. 7 FAG). Hier werden auch die Einnahmen der Gemeinden aus der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr usw. ausgewiesen (§ 2 Abs. 3-5 ZuVOWiG - vgl. auch Kap. 13 10 Tit. 613 22).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 12.000,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 09/119 12**

Einnahmen aus der Verwertung von Gegenständen, die im Bußgeldverfahren eingezogen werden.

**Zu 03 09/231 01**

Erstattung von Dienstbezügen für abgeordnete Beamte durch den Bund.

**Zu 03 09/341 01**

Das Landratsamt ist zusammen mit dem Amtsgericht im Ämtergebäude in Lindau (Bodensee), Stiftsplatz 4, untergebracht. Nach dem Benutzungsvertrag muss sich der Landkreis Lindau (Bodensee) an den Bauausgaben für das Ämtergebäude beteiligen.

**Zu 03 09/Ausgaben**

Verstärkungsvermerk für das Ausgaben-Budget des Kap. 03 09, da aufgrund des geringen Budget-Volumens ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mittelbedarf nicht gedeckt werden kann.

**Zu 03 09/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Erschwerniszulage, Technikzulage) und Zuwendungen (Fahrtkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
Davon			
Feldaufwandsentschädigungen an Fachkräfte für Naturschutz, Fachkräfte für Technischen Umweltschutz und Beamte der fachkundigen Stelle für Wasserwirtschaft	391/389	30,1	30,1
Aufwandsentschädigung für Beamte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutze der Verbraucher	322/338	30,3	31,8
Aufwandsentschädigung für Veterinärassistenten	85/85	8,0	8,0
Aufwandsentschädigung für Hygienekontrolleure	147/150	13,8	14,0
Meisterzulage Veterinärassistenten (Art. 51 Abs. 1 Nr. 6 BayBesG)	15/15	7,2	7,2
Meisterzulage Lebensmittelkontrolleure (Art. 51 Abs. 1 Nr. 6 BayBesG)	51/51	24,5	24,5
Meisterzulage fachkundige Stelle für Wasserwirtschaft (Art. 51 Abs. 1 Nr. 6 BayBesG)	6/6	2,9	2,9

## 03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
422 21-0	012	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	5.992,0	6.093,5	A	5.186,6
					B	5.695,8
					C	5.316,2
422 31-8	012	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	275,8	280,5	A	247,6
					B	262,2
					C	199,3
427 01-9	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Aus dem Ansatz können auch Zahlungen an juristische Personen (insbesondere Körperschaften des öffentlichen Rechts) geleistet werden.</i>	71,0	71,0	A	80,0
					B	47,0
					C	54,3
427 41-1	012	Praktikantenvergütungen	7,0	7,0	A	7,0
428 01-8	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Bei einer aus Wirtschaftlichkeitsgründen gebotenen Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen können aus dem Ansatz auch Zahlungen an die Landkreise bis zur Höhe der hierdurch entstehenden anteiligen personalbezogenen Aufwendungen, höchstens jedoch der infolge Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen im Staatshaushalt eingesparten Personalausgaben, geleistet werden, soweit dem Freistaat Bayern gemäß § 6 Abs. 1 des Eingliederungsgesetzes die Personalgestaltung obliegt. Dies gilt auch, wenn auf Grund der individuellen Ermäßigung der Arbeitszeit staatlicher Bediensteter das für die Erfüllung der Dienstaufgaben der Gesundheitsämter benötigte Personal insoweit vorübergehend durch die Landkreise zur Verfügung gestellt wird, soweit es sich um die Ausschöpfung nicht besetzter geringfügiger Stellenreste handelt, für die keine staatlichen Bediensteten zugewiesen werden können.</i>	25.083,6	25.507,6	A	24.779,4
					B	24.237,9
					C	23.902,4
428 11-6	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Zu Lasten der Ausgabemittel darf ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 12 04 TG 71-72 bis zu 1.200,0 Tsd. €.</i>	26,4	26,8	A	25,7
					B	515,4
					C	195,8
428 12-5	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
453 01-6	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	350,0	170,0	A	104,8
					B	78,6
					C	72,1
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-6	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	---	---	A	---
					B	-0,6
519 01-8	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 341 01.</i>	25,0	25,0	A	20,6
					B	16,9
					C	21,5
527 01-8	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	13,2	13,2	A	12,8
					B	44,1
					C	41,0
533 01-0	012	Ausgaben aus Verwertungserlösen <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei Tit. 119 12.</i>	---	---	A	---
546 49-9	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	79,1	79,1	A	47,4
					B	69,7
					C	61,0

## Erläuterungen

**Zu 03 09/422 21**

Veranschlagt sind Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen.

**Zu 03 09/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 09/427 01**

Beschäftigungsentgelte für Krankenschwestern und Krankenpfleger, die im Rahmen der Heimaufsicht eingesetzt werden, sowie Vergütung von Fachhochschulstudenten des Fachbereichs Sozialwesen für praktische Studiensemester. Auf der Grundlage des Haushaltsvermerks können bei Bedarf Vereinbarungen mit den Trägern von Krankenhäusern über die Bereitstellung geeigneter Krankenschwestern und Krankenpfleger für die Wahrnehmung von Aufgaben der Heimaufsicht geschlossen werden. Den Krankenhausträgern dürfen nur die anteiligen Personalkosten erstattet werden bis zu der Höhe, in der eine Aushilfskraft bezahlt würde.

**Zu 03 09/427 41**

Vergütungen an Praktikanten einschließlich aller Nebenleistungen (gem. Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen; FMS vom 17.06.2016, Gz. 25-P2520-1/12).

**Zu 03 09/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

	Zahl der Empfänger	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
Davon			
Feldaufwandsentschädigungen an Fachkräfte für Naturschutz, Fachkräfte für Technischen Umweltschutz und Beschäftigte der fachkundigen Stelle für Wasserwirtschaft	120/118	7,4	7,3
Aufwandsentschädigung für Beschäftigte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutz der Verbraucher	20/2	1,9	0,2
Aufwandsentschädigung für Veterinärassistenten	2/2	0,2	0,2
Aufwandsentschädigung für Hygienekontrolleure	31/26	2,9	2,5

Erläuterung zum Haushaltsvermerk:

Mit dem Haushaltsvermerk werden Leistungen an die Landkreise ermöglicht, wenn durch eine wirtschaftlich zweckmäßige Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen der Gesundheitsämter vom Freistaat zu stellendes Personal eingespart werden kann. Weiter können Zahlungen an die Landkreise geleistet werden, wenn die vom Staat zu gewährleistende Mindestbesetzung wegen Nichtbesetzung von geringfügigen Stellenresten nicht erfüllt werden kann und der Landkreis für diesen Fall Personal zur Verfügung stellt.

**Zu 03 09/428 11**

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung. Ermächtigung zur befristeten Einstellung von Springern an den unteren Naturschutzbehörden, die mit dem Haushaltsvermerk in Höhe von bis zu 1.200,0 Tsd. € zu Lasten von Fachmitteln des Epl. 12 finanziert werden.

**Zu 03 09/428 12**

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 09/453 01**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 245,2 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Weniger 180,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 09/511 01**

Für die Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung u.a.

**Zu 03 09/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 31,7 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**03 09 Landratsämter**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
633 01-9	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	20,0	31,9	A	35,8
					B	17,3
					C	-3,9
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-6	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 341 01.</i>	---	---	A	---
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
812 02-1	012	Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Geräten und Maschinen	---	---	A	---
					B	-4,8
		<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
982 01-6	891	Abführung der Dienst- und Werkdienstwohnungsvergütungen an die Landkreise nach § 6 der Rahmenvereinbarung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 382 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	5,5	5,5	A	5,1
					B	5,5
					C	5,3
		<b>Gesamtausgaben</b>	208.719,1	214.508,8	A	199.994,2
					B	197.925,7
					C	192.011,8

**Erläuterungen****Zu 03 09/633 01**

Erstattungsleistungen an Landkreise für Vorlesekräfte von schwerbehinderten Beamten.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 15,8 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 11,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 09/812 02**

Leertitel für die Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung.



**03 09 Landratsämter**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
			4	5		Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	298.163,0	298.163,0	A	281.059,0
					B	303.930,6
					C	296.583,9
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	15,0	15,0	A	25,0
					B	14,6
					C	2,7
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	5,5	5,5	A	5,1
					B	5,5
					C	5,3
		<b>Gesamteinnahmen</b>	298.183,5	298.183,5	A	281.089,1
					B	303.950,7
					C	296.592,0
		Personalausgaben	208.576,3	214.354,1	A	199.872,5
					B	197.777,6
					C	191.887,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	117,3	117,3	A	80,8
					B	130,1
					C	123,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	20,0	31,9	A	35,8
					B	17,3
					C	-3,9
		Sonstige Sachinvestitionen	-	-	A	-
					B	-4,8
					C	-
		Besondere Finanzierungsausgaben	5,5	5,5	A	5,1
					B	5,5
					C	5,3
		<b>Gesamtausgaben</b>	208.719,1	214.508,8	A	199.994,2
					B	197.925,7
					C	192.011,8
		<b>Überschuss</b>	89.464,4	83.674,7	A	81.094,9
					B	106.025,0
					C	104.579,9

**03 10 Landesamt für Datenschutzaufsicht**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-8	012	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	8,0	8,0	A	8,0
					B	8,3
					C	20,3
112 01-7	012	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	70,0	70,0	A	50,0
					B	120,9
					C	19,1
<b>Gesamteinnahmen</b>			78,0	78,0	A	58,0
					B	129,2
					C	39,3
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
422 01-2	012	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	943,5	1.156,2	A	832,1
					B	749,3
					C	478,0
428 01-6	012	Entgelte der Arbeitnehmer	44,0	44,7	A	49,8
					B	120,4
					C	302,8
428 11-4	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	5,0	5,0	A	5,0
					B	4,5
453 01-4	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---
					C	3,3
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-4	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40,2	26,2	A	26,6
					B	17,0
					C	17,1
<u>517 01-8</u>	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	10,2	10,2	A	
<u>517 05-4</u>	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	5,1	5,1	A	
517 31-2	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	10,2
					C	9,5
517 35-8	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	5,1
					C	5,8
518 11-5	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	2,5	2,5	A	2,5
					C	2,9
518 18-8	012	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	0,2	0,2	A	0,2
527 01-6	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	32,0	32,0	A	32,0
					B	24,5
					C	21,0

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 10**

Mit dem Gesetz zur Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 20.07.2011, GVBl S. 307, wurde das Landesamt für Datenschutzaufsicht mit Wirkung vom 01.08.2011 als zuständige Aufsichtsbehörde gem. § 38 Abs. 6 BDSG für die Kontrolle der Durchführung des Datenschutzes bei nicht-öffentlichen Stellen bestimmt. Zudem nimmt das Landesamt weitere Aufgaben im Vollzug des BDSG und des Ordnungswidrigkeitenrechts wahr.

Auf Grund von Art. 35 Abs. 3 Satz 1 BayDSG werden die für das Landesamt für Datenschutzaufsicht erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen in einem eigenem Kapitel veranschlagt, die das Landesamt im Rahmen der allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften eigenverantwortlich bewirtschaften kann.

Einzelheiten einer Inanspruchnahme von Servicefunktionen der Regierung von Mittelfranken sind durch eine Verwaltungsvereinbarung der beteiligten beiden Behörden geregelt.

**Zu 03 10/112 01**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 20,0 Tsd. € zur Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

**Zu 03 10/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 10/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 10/428 11**

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 10/511 01**

2017 gegenüber 2016:

14,0 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
0,4 Tsd. €	wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26,
13,6 Tsd. €	mehr.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 14,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 10/517 01, 517 31, 517 05 und 517 35**

Die Tit. 517 31 und 517 35 entfallen ab 2017/2018. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bei Tit. 517 01 und 517 05 veranschlagt.

**03 10 Landesamt für Datenschutzaufsicht**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
529 01-4	012	Zur Verfügung des Landesamts für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,5	0,5	A B C	0,5 0,5 0,3
531 11-8	012	Fachveröffentlichungen	5,3	5,3	A B C	5,3 7,3 1,3
546 49-7	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	1,5	1,5	A B	1,5 0,5
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
812 01-0	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,1	10,1	A B C	10,1 18,0 4,3
<b>Gesamtausgaben</b>			1.100,1	1.299,5	A B C	980,9 941,9 846,5
<b>Abschluss</b>						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.			78,0	78,0	A B C	58,0 129,2 39,3
<b>Gesamteinnahmen</b>			78,0	78,0	A B C	58,0 129,2 39,3
Personalausgaben			992,5	1.205,9	A B C	886,9 874,1 784,1
Sächliche Verwaltungsausgaben			97,5	83,5	A B C	83,9 49,8 58,0
Sonstige Sachinvestitionen			10,1	10,1	A B C	10,1 18,0 4,3
<b>Gesamtausgaben</b>			1.100,1	1.299,5	A B C	980,9 941,9 846,5
<b>Zuschuss</b>			1.022,1	1.221,5	A B C	922,9 812,7 807,1

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 10/531 11**

Kosten für Tätigkeitsberichte.

**Zu 03 10/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

**03 15 Landesamt für Verfassungsschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
119 49-3	047	Vermischte Einnahmen	50,0	50,0	A B C	30,0 64,4 44,7
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-2	047	Sonstige Zuweisungen vom Bund <i>Die Ausgabebefugnis bei Kap. 03 02 Tit. 526 11 erhöht sich um die Einnahmen, die der Bund für Dolmetscherleistungen erstattet.</i>	171,7	171,7	A B C	150,0 171,7 167,7
<b>Gesamteinnahmen</b>			221,7	221,7	A B C	180,0 236,1 212,4
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
422 01-1	047	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	23.670,4	24.118,0	A B C	23.667,8 18.412,2 17.686,6
422 31-5	047	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	28,7	29,2	A B C	12,1 27,3 63,9
422 41-3	047	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	77,0	77,0	A B C	77,0 53,1 60,7
428 01-5	047	Entgelte der Arbeitnehmer	4.559,1	4.634,7	A B C	4.559,1 4.325,8 4.289,5
428 41-7	047	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
453 01-3	047	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	47,0	47,0	A B C	47,0 31,8 15,1
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-3	047	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	521,5	461,5	A B C	782,0 355,9 363,1
511 22-8	047	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	200,0	200,0	A B C	140,0 172,9 142,0
514 01-0	047	Haltung von Dienstfahrzeugen	477,8	477,8	A B C	510,0 410,0 439,1

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 15**

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ist eine dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnete Behörde (Art. 1 des Bayer. Verfassungsschutzgesetzes). Es hat insbesondere die Aufgabe, Informationen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, und über Spionagetätigkeiten incl. Wirtschaftsspionage zu sammeln und auszuwerten. Es wirkt beim personellen Geheim- und Sabotageschutz mit und erteilt Auskünfte in sicherheits- und verfassungsschutzrechtlichen Angelegenheiten. Außerdem wird es im Bereich der Organisierten Kriminalität beobachtend mit nachrichtendienstlichen Mitteln tätig.

**Zu 03 15/119 49**

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen u.a.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 20,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 15/231 01**

Zuweisungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Im veranschlagten Betrag sind Erstattungen des Bundes in Höhe von voraussichtlich 90,0 Tsd. € enthalten. Diese werden vom LfV vorgeleistet (zusammen mit anderen Dolmetscherleistungen bei Kap. 03 02 Tit. 526 11). Soweit diese Ausgaben anschließend bei Kap. 03 15 Tit. 231 01 vom Bund erstattet werden, erhöht sich die Ausgabebefugnis bei Kap. 03 02 Tit. 526 11.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 21,7 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 15/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Sicherheitszulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss).

**Zu 03 15/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 15/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen (einschließlich Sicherheitszulage, Erschwerniszulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss) sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 15/511 01**

2017 gegenüber 2016:

252,0 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den Bedarf,
8,5 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26,
<u>260,5 Tsd. €</u>	weniger.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 60,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 15/511 22**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 60,0 Tsd. € wegen der Verstärkung der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 15/514 01**

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	288,8	288,8
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	189,0	189,0
Zusammen	<u>477,8</u>	<u>477,8</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	477,8	477,8
Personalausgaben	100,0	100,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	273,0	273,0
Ausgaben für Leasing/Miete	258,7	258,7
Zusammen	<u>1.109,5</u>	<u>1.109,5</u>

2017 gegenüber 2016:

Weniger 32,2 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**03 15 Landesamt für Verfassungsschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
514 11-8	047	Dienst- und Schutzkleidung	2,5	2,5	A B C	2,1 2,9 1,8
517 01-7	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	314,8	314,8	A B C	106,7 53,8 40,5
517 05-3	047	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	240,0	240,0	A B C	20,9 19,7 18,2
517 31-1	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	213,2 218,1 216,5
517 35-7	047	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	205,0 211,1 224,6
518 01-6	047	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 332,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 166,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	533,1	533,1	A B C	429,5 147,9 145,8
518 11-4	047	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	---	---	A B C	7,1 0,3 6,1
518 18-7	047	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	220,0	220,0	A B C	180,0 216,7 201,6
518 31-0	047	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
519 01-5	047	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	50,0	50,0	A B C	111,0 55,2 41,7
527 01-5	047	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	420,0	420,0	A B C	409,5 376,3 397,3
532 11-6	047	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	20,0	20,0	A	21,3
534 01-6	047	Besondere Zwecke <i>Die Ausgaben unterliegen der alleinigen Prüfung durch den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Auch zur Verstärkung der übrigen Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben.</i>	1.600,0	1.600,0	A B C	1.600,0 1.173,1 1.268,8
546 49-6	047	Vermischte Verwaltungsausgaben	15,8	15,8	A B C	8,5 15,5 7,4
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
632 01-7	047	Kostenanteil an der Schule für Verfassungsschutz	270,0	270,0	A B C	260,0 251,8 250,8
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-3	047	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---



---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 15/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä., Wartungskosten für die Einbruch- und Brandmeldeanlage, die unterbrechungsfreie Stromversorgung und für die Klimaanlage sowie Ausgaben für die Bewachung durch private Unternehmen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 208,1 Tsd. € wegen Umsetzung von Tit. 517 31.

**Zu 03 15/517 05**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 219,1 Tsd. € wegen Umsetzung von Tit. 517 35 (205,0 Tsd. €) und zur Verstärkung der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 15/517 31, 517 35 und 518 31**

Die Tit. 517 31, 517 35 und 518 31 entfallen ab 2017/2018. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bei Tit. 517 01, 517 05 und 518 01 veranschlagt.

**Zu 03 15/518 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 103,6 Tsd. € wegen Anmietung zusätzlicher Büroflächen für die Unterbringung weiterer Beschäftigter aufgrund der Verstärkung der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 15/518 18**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 40,0 Tsd. € wegen der Verstärkung der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 15/519 01**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 61,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 15/527 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 10,5 Tsd. € wegen der Verstärkung der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 15/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

**03 15 Landesamt für Verfassungsschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-0	047	Erwerb von Dienstfahrzeugen	305,0	305,0	A	350,0
					B	170,4
					C	233,4
812 01-9	047	Erwerb von Geräten, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.650,0	1.650,0	A	595,0
					B	411,2
					C	373,8
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
		<i>Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-6	047	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	570,2	570,2	A	478,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 330,0</i>			B	467,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 330,0</i>			C	422,9
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
514 99-3	047	Verbrauchsmittel	78,8	78,8	A	69,3
					B	40,5
					C	45,7
517 99-0	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 99-9	047	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-8	047	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-0	047	Aus- und Fortbildung	56,7	56,7	A	49,6
					B	16,9
					C	21,5
526 99-9	047	Ausgaben für Sachverständige	168,3	168,3	A	107,0
					B	64,7
					C	49,9
534 99-9	047	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	132,3	132,3	A	128,7
					B	122,0
					C	19,3
632 99-0	047	Erstattungen an Bund und Länder	---	---	A	---
701 99-6	047	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---

## Erläuterungen

**Zu 03 15/811 01**

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhalts- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen von insgesamt 59 gekauften Fahrzeugen pro Jahr im Schnitt sieben Fahrzeuge mit einer durchschnittlichen Laufzeit von acht Jahren und einer Fahrleistung bis über 200.000 km ersetzt werden.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 45,0 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 15/812 01**

Erst- und Ergänzungsbeschaffungen von fachtechnischen Geräten, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.055,0 Tsd. € u.a. zur Optimierung der operativen technischen Ausstattung nach Beschluss des Sicherheitskonzepts durch die bayerische Staatsregierung.

**Vorbemerkung zu 03 15/99**

Das Landesamt für Verfassungsschutz betreibt aufgrund der Verschlussachenanweisung für die Behörden des Freistaats Bayern (VSA) und zur Sicherstellung der Anforderungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ein eigenständiges, weitgehend autarkes Rechenzentrum. Auf der Basis dieser eigenständigen Infrastruktur werden verschiedenste, teils selbst entwickelte, teils in Form von zugekaufter und zum Teil erheblich angepasster Standardsoftware bereitgestellte Fachverfahren eingesetzt. Auch Zugänge zu den Verfahren im Netz der Deutschen Sicherheitsbehörden sowie Schnittstellen zu im Bundesamt für Verfassungsschutz betriebenen Anwendungen werden hier betrieben bzw. entwickelt. In diesen Bereichen sind aufgrund von notwendiger Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen entsprechende IT-Ressourcen (Rechner- und Speicherkapazitäten etc.) bereitzustellen und zu betreiben.

**Zu 03 15/99**

Betrieb der EDV-Systeme und -Verfahren des Landesamts im Verbund mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie Einsatz von Verwaltungsverfahren im Verbund des Bayer. Behördennetzes.

Personal im Kap. 03 15, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2016	Stellen 2017	Stellen 2018
Plan-Beamte			
A 13	2,0	2,0	2,0
A 12	5,0	5,0	5,0
A 11	1,0	3,0	4,0
A 10	3,0	1,0	-
A 8	-	1,0	1,0
A 7	1,0	1,0	1,0
Summe	12,0	13,0	13,0
Arbeitnehmer			
E 11	3,0	4,0	7,0
E 10	4,0	3,0	-
E 9	2,0	1,0	1,0
Summe	9,0	8,0	8,0
Insgesamt	21,0	21,0	21,0

**Zu 03 15/511 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 91,7 Tsd. € wegen der Verstärkung der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 15/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Papier, Toner, Tintenpatronen usw.

**Zu 03 15/526 99**

Server- und Backofficeanwendungen sowie die Netzinfrastruktur müssen zur Aufrechterhaltung der Interoperabilität mit den Clients und Systemen ständig auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Hierzu ist externer Sachverstand erforderlich.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 61,3 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 15/632 99**

Für Erstattungen im Rahmen gemeinsamer Projektentwicklungen.

**03 15 Landesamt für Verfassungsschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 99-2	047	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 75,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 75,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.713,2	1.813,2	A	2.936,9
					B	331,3
					C	447,7
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	2.719,5	2.819,5	A	3.770,0
					B	1.042,9
					C	1.007,0
		<b>Gesamtausgaben</b>	37.942,2	38.505,9	A	38.084,8
					B	28.155,7
					C	27.502,3
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	50,0	50,0	A	30,0
					B	64,4
					C	44,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	171,7	171,7	A	150,0
					B	171,7
					C	167,7
		<b>Gesamteinnahmen</b>	221,7	221,7	A	180,0
					B	236,1
					C	212,4
		Personalausgaben	28.382,2	28.905,9	A	28.363,0
					B	22.850,1
					C	22.115,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.621,8	5.561,8	A	5.579,9
					B	4.140,9
					C	4.073,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	270,0	270,0	A	260,0
					B	251,8
					C	250,8
		Sonstige Sachinvestitionen	3.668,2	3.768,2	A	3.881,9
					B	912,9
					C	1.054,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	A	-
					B	-
					C	6,9
		<b>Gesamtausgaben</b>	37.942,2	38.505,9	A	38.084,8
					B	28.155,7
					C	27.502,3
		<b>Zuschuss</b>	37.720,5	38.284,2	A	37.904,8
					B	27.919,6
					C	27.289,8

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 15/812 99**

Anpassungen und Ergänzungen zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs der eigenständigen IuK-Infrastruktur im LfV, sowie der Pflege von Fachverfahren.

Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich der zentralen RZ-Infrastruktur und für deren zukunftsorientierte Anpassung und Erweiterung. Im Storage-Bereich sind entsprechende Erweiterungen an den stetig steigenden fachlichen Bedarf zu berücksichtigen. Zugleich sind die speziellen Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und der Verschlusssachenanweisung für die Behörden des Freistaates Bayern für die Bearbeitung, Speicherung und Übermittlung von Daten mit Geheimhaltungsgraden zu erfüllen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 1.223,7 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 100,0 Tsd. € u.a. zur Fortführung der in 2017 begonnenen Maßnahmen nach Beschluss des Sicherheitskonzepts durch die bayerische Staatsregierung.

## 03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-3	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,0
111 05-9	042	Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige <i>Erstattungen (Sachaufwand) im Rahmen der Durchführung von Begutachtungen anlässlich notwendiger Akkreditierungsverfahren erhöhen die Ausgabebefugnis bei den entsprechenden Titeln der HGr. 5 im Kap. 03 17.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	15,5
					C	28,5
119 14-0	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	1,5
					C	6,9
119 49-9	042	Vermischte Einnahmen	15,0	15,0	A	15,0
					B	14,6
					C	134,2
124 01-8	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	70,0	70,0	A	70,0
					B	142,1
					C	168,9
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-8	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Erstattungen im Rahmen von Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 97 bzw. TG 99.</i>	---	---	A	---
232 01-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Erstattungen im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 97 bzw. TG 99. Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i>	---	---	A	---
					B	93,3
					C	93,3
236 01-3	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
					B	16,5
					C	43,5
236 12-0	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	50,9
					C	60,5
271 01-9	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
					C	213,9
282 03-4	042	Kaufgelder oder Belohnungsmittel von Dritten <i>Von Dritten bereitgestellte Kaufgelder oder Belohnungsmittel erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 533 05.</i>	---	---	A	---
<b>Gesamteinnahmen</b>			106,0	106,0	A	106,0
					B	334,4
					C	749,7

---

**Erläuterungen**

---

**Vorbemerkung zu Kap. 03 17**

Das Bayerische Landeskriminalamt (BLKA) in München ist nach Art. 7 des Polizeiorganisationsgesetzes die zentrale Dienststelle für kriminalpolizeiliche Aufgaben. Es betreibt eine Außenstelle in Nürnberg.

Es ist dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnet. Das Landeskriminalamt ist zugleich zentrale Dienststelle der Kriminalpolizei im Sinne des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes), seit dem 01.03.2013 zuständig für die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren gegen Beschäftigte der Bayer. Polizei, soweit die Straftat im Dienst begangen wurde ("Interne Ermittlungen) und Zentralstelle für die gesamte Informations-/Kommunikationstechnik der Bayerischen Polizei (Beschaffung, Betrieb, Entwicklung). Ferner ist das Bayerische Landeskriminalamt zentrale Beschaffungsstelle für IuK-Technik mit bayernweiter Zuständigkeit. Die Autorisierte Stelle Bayern (AS Bayern) im Landeskriminalamt bildet das Kompetenzzentrum für den Digitalfunk aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Bayern und ist für die Bereitstellung der Digitalfunkdienste für alle Nutzer der BOS in Bayern zuständig. Beim Landeskriminalamt ist auch das Strategische Innovationszentrum der Bayerischen Polizei eingerichtet (Maßnahme des Sicherheitskonzepts Bayern), das insbesondere Prognosen zu möglichen Kriminalitäts-Szenarien und neue Ansätze für die Verbrechensbekämpfung sowie für den Einsatz-, Verkehrs-, Logistik- und Informations- und Kommunikationsbereich liefern soll. Darüber hinaus ist das Landeskriminalamt als Führungsstelle Grenze bestimmt.

**Zu 03 17/119 14**

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

**Zu 03 17/231 01**

Erstattungen vom Bund im Rahmen von bundesweiten Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei.

**Zu 03 17/232 01**

Erstattungen von Ländern im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei sowie für überörtliche Einsätze.

**Zu 03 17/236 12**

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzeinstellungen.

## 03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
422 01-7	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	64.029,4	66.616,1	A	59.934,3
					B	58.305,6
					C	57.205,0
422 21-3	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	562,3	570,7	A	549,1
					B	444,6
					C	324,5
422 31-1	042	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	4.029,8	4.098,0	A	3.108,2
					B	3.830,6
					C	3.779,1
422 41-9	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	350,0	350,0	A	350,0
					B	189,2
					C	148,4
428 01-1	042	Entgelte der Arbeitnehmer	21.206,6	21.565,3	A	20.417,4
					B	20.161,6
					C	19.792,6
428 11-9	042	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
428 21-7	042	Entgelte der Arbeitnehmer	10,0	10,0	A	10,0
					B	3,4
					C	4,6
428 41-3	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	18,5	18,5	A	18,5
					B	9,4
					C	9,5
453 01-9	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,0	50,0	A	50,0
					B	78,6
					C	35,6
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-9	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.181,7	1.181,7	A	1.200,0
					B	767,3
					C	682,4
511 22-4	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	450,0	450,0	A	450,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>			B	416,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>	<i>50,0</i>		C	460,5
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
514 01-6	042	Haltung von Dienstfahrzeugen	1.650,0	1.650,0	A	1.600,0
		<i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01.</i>			B	1.420,9
					C	1.483,6
514 11-4	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Kleidergeld	258,0	258,0	A	260,0
					B	248,8
					C	262,2
514 21-2	042	Verbrauchsmittel	1.800,0	1.800,0	A	1.800,0
					B	1.585,2
					C	1.739,6
<u>514 24-9</u>	042	Verpflegung	---	---	A	---
514 25-8	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände	---	---	A	---
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>			B	-21,4
					C	3,5



## Erläuterungen

**Zu 03 17/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
Davon			
Aufwandsentschädigung für die Rauschgiftsachbearbeiter bei Körperschmuggel	5/5	1,3	1,3

**Zu 03 17/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 17/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen (auch Programmierzulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 17/428 21**

Löhne für Arbeiter auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

**Zu 03 17/511 01**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 18,3 Tsd. € wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26.

**Zu 03 17/514 01**

	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
1. Betriebsstoffe	950,0	950,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	700,0	700,0
Zusammen	<u>1.650,0</u>	<u>1.650,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	1.650,0	1.650,0
Personalausgaben	85,0	85,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	550,0	550,0
Ausgaben für Leasing/Miete	284,0	284,0
Zusammen	<u>2.569,0</u>	<u>2.569,0</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	310	310	305	305	85
Lastkraftwagen und Kraftomnibusse	-	-	-	-	-
Sonstiges (Krafträder, Sonderkraftfahrzeuge)	10	10	10	7	-

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,0 Tsd. € im Hinblick auf steigende Ausgaben bei Wartung und Reparatur des polizeilichen Fuhrparks.

**Zu 03 17/514 21**

Verbrauchsmittel für Kriminaltechnik (z.B. Entnahmesets für molekulargenetische Untersuchungen und laufender Laborbedarf) sowie laufender Schießbedarf, Munition.

**Zu 03 17/514 25**

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für IuK-Technik aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

## 03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
517 01-3	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.750,0	1.750,0	A	1.600,0
					B	1.432,4
					C	1.490,4
517 05-9	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	3.000,0	3.000,0	A	2.700,0
					B	2.359,2
					C	2.528,2
517 31-7	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	100,0
					B	108,5
					C	127,1
517 35-3	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	100,0
					B	307,5
					C	239,0
518 01-2	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.665,0	1.665,0	A	1.300,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 200,0			B	967,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 200,0			C	890,1
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
518 11-0	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	30,0	30,0	A	50,0
					B	24,8
					C	28,4
518 18-3	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	284,0	284,0	A	284,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 250,0			B	492,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 250,0			C	483,0
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
518 31-6	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	100,0
					B	94,0
					C	94,9
519 01-1	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	500,0	500,0	A	385,2
					B	1.061,0
					C	1.010,3
526 01-2	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	15,0	15,0	A	15,0
					B	1,7
					C	2,7
526 11-0	042	Kosten für Sachverständige	190,0	190,0	A	190,0
					B	506,6
					C	108,8
527 01-1	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	900,0	900,0	A	900,0
					B	951,2
					C	788,0
531 01-5	042	Herausgabe amtlicher Blätter und Veröffentlichungen	2,9	2,9	A	2,9
					B	0,0
					C	0,1
532 11-2	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	100,0	100,0	A	10,0
					B	158,3
					C	128,0
533 05-9	042	Fahndung	300,0	300,0	A	400,0
		<i>Vgl. Vermerk bei Tit. 282 03.</i>			B	204,7
					C	140,6
533 07-7	042	Sachausgaben im Vollzugsdienst	80,0	80,0	A	100,0
					B	55,8
					C	72,1
546 49-2	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	50,0	50,0	A	40,0
					B	65,8
					C	53,9

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 17/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtlichen Gebäudebewirtschaftungskosten und Umschichtung von 517 31.

**Zu 03 17/517 05**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 300,0 Tsd. € wegen Umschichtung von 517 35.

**Zu 03 17/517 31, 517 35 und 518 31**

Die Titel 517 31, 517 35 und 518 31 entfallen ab 2017/2018. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bei Tit. 517 01, 517 05 und 518 01 veranschlagt.

**Zu 03 17/518 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 365,0 Tsd. € wegen steigender Kosten für die Anmietung von Diensträumen und Umschichtung von 518 31.

**Zu 03 17/518 11**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 17/519 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 114,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 17/526 01**

Entschädigung für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

**Zu 03 17/526 11**

Entschädigung von Sachverständigen und Dolmetschern einschl. Fremdvergabe von DNA-Untersuchungen.

**Zu 03 17/532 11**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 90,0 Tsd. € in Folge vermehrter Umzüge aufgrund Sanierungsmaßnahmen.

**Zu 03 17/533 05**

Ausgaben für Fahndung und Belohnungen für die Mitwirkung Privater bei der Aufklärung strafbarer Handlungen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 100,0 Tsd. € in Folge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 17/533 07**

Ausgaben für die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme durch die Polizei.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 17/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

## 03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
547 04-4	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	40,0	40,0	A B C	35,0 42,5 24,2
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
632 01-3	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 17 können den Titel verstärken.</i>	---	---	A	---
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-9	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 400,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	400,0	A B C	1.000,0 760,9 563,9
710 00-9	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.310,0	4.040,0	A B C	6.000,0 1.113,7 2.026,2
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-6	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Erlöse aus dem Verkauf von Fahrzeugen für Spezialeinsätze dürfen als Ausnahme von Art. 35 Abs. 1 BayHO von der Ausgabe abgesetzt werden.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	550,0	550,0	A B C	550,0 515,3 598,3
812 01-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A B C	2.900,0 322,6 401,3
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>71 Ausbildung</b>				
453 71-4	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	20,0	20,0	A B C	20,0 28,8 23,8
525 71-8	042	Sonstige Ausbildungskosten	10,0	10,0	A B C	10,0 5,7 8,2
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	30,0	30,0	A B C	30,0 34,5 32,0
		<b>75 Fortbildung</b>				
453 75-0	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	1,0

## Erläuterungen

**Zu 03 17/632 01**

Erstattungsleistungen an andere Länder oder den Bund für Unterstützungseinsätze durch Einsatzeinheiten (nach PDV 100) werden zentral vom Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei abgerechnet. Unterstützungsleistungen durch Fremdkräfte, die keiner taktischen Gliederung unterliegen, sind durch den anfordernden Verband zu erstatten.

**Zu 03 17/701 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
<b>Bayer. Landeskriminalamt</b>		
- Sanierung Beschussraum	-	300,0
- Mitfinanzierungsanteil für das Sonderprogramm „Energetische Sanierung staatlicher Gebäude“	100,0	100,0
Zusammen	100,0	400,0

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 900,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Mehr 300,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 17/811 01**

Für den Ersatz von Fahrzeugen der Baujahre 2008 bis 2011 mit Fahrleistungen von bis zu 250.000 km.

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

**Zu 03 17/812 01**

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 1.900,0 Tsd. € wegen Auslaufens des mit dem Nachtragshaushalt 2016 umgesetzten Konzepts zur Verstärkung der finanziellen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden ("Terrorpaket"; -2.000,0 Tsd. €) und Mehrbedarf (+100,0 Tsd. €) zum Ersatz von Büro- und Fachgeräten.

**Zu 03 17/71**

Ausgaben für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt das Landeskriminalamt als entsendende Dienststelle.

**Zu 03 17/75**

Die persönlichen Abfindungen trägt das Landeskriminalamt als entsendende Dienststelle. Daneben sind Fortbildungsmittel für Fachpersonal bei Tit. 525 96, 525 97, 525 98 und 525 99 veranschlagt.

## 03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
525 75-4	042	Sonstige Fortbildungskosten	250,0	250,0	A B C	250,0 254,2 228,9
<b>Summe der Titelgruppe</b>			251,0	251,0	A B C	251,0 254,2 228,9
<b>96 Betrieb, Instandhaltung, Überwachung, Erweiterung und Verlegung von polizeieigenen Kommunikationssystemen</b>						
511 96-5	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	10.450,0	8.400,0	A B C	7.400,0 4.863,6 5.086,5
514 96-2	042	Verbrauchsmittel	---	---	A C	--- 0,0
518 96-8	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 96-9	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A B C	--- 103,8 25,0
534 96-8	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A B C	--- 36,7 34,2
812 96-1	042	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.880,5	300,0	A B C	300,0 1.909,7 750,4
<b>Summe der Titelgruppe</b>			13.330,5	8.700,0	A B C	7.700,0 6.913,7 5.896,2
<b>97 Kosten der Telekommunikation</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>						
511 97-4	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.630,0	1.890,0	A B C	1.200,0 1.170,3 1.293,8
518 97-7	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 97-8	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 97-7	042	Vergabe von Aufträgen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 250,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0	700,0	A B C	700,0 996,6 993,6
632 97-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund und Länder	---	---	A	---
812 97-0	042	Erwerb von Hard- und Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.400,0	1.400,0	A B C	2.200,0 914,8 1.114,8
<b>Summe der Titelgruppe</b>			3.730,0	3.990,0	A B C	4.100,0 3.081,6 3.402,1

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 17/96**

Das Bayer. Landeskriminalamt als Zentralstelle für die Informations- und Kommunikationstechnik der Bayer. Polizei betreibt Kommunikationsverbindungen zu allen bayerischen Polizeidienststellen und zu anderen Sicherheitsbehörden. Des Weiteren betreibt es den zentralen Übergang in das bayerische Behördennetz und über diesen Weg auch in das Internet. Für das in BayKom realisierte Corporate Network der Bayer. Polizei (Sprach- und Datennetz) sowie für die mobile Datenkommunikation hat es alle Ausgaben zu leisten. Insbesondere sind dies die Leitungsentgelte für die Festnetzverbindungen und die Kosten für die angeschlossenen Anlagen (Hard- und Software), die aus technischen Gründen einheitlich sein müssen.

**Zu 03 17/511 96**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 3.050,0 Tsd. € infolge Anstieg der Bandbreiten aufgrund neuer im Netz zu übertragender Dienste (VoIP, Bilder, Video), sowie erhöhte Aufwände zur Sicherstellung der hohen Anforderungen an Verfügbarkeit und Sicherheit im Corporate Network der Bayer. Polizei.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 2.050,0 Tsd. € wegen verringertem Bedarf nach Umsetzung der Bandbreitenerhöhung und der Sicherheitsmaßnahmen.

**Zu 03 17/812 96**

Aufwendungen für Hard- und Software, die zur Erfüllung der Bandbreitenanforderungen aufgrund neuer im Netz zu übertragender Dienste (VoIP, Bilder, Video) erforderlich sind, sowie für Maßnahmen zur Sicherstellung der hohen Anforderungen an Verfügbarkeit und Sicherheit im Corporate Network der Bayer. Polizei.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2.580,5 Tsd. € wegen Umsetzung der festgelegten Verschlüsselungstechnik in der neuen Kommunikationsinfrastruktur der bayerischen Verwaltung (BayKom 2017).

2018 gegenüber 2017:

Weniger 2.580,5 Tsd. € wegen verringertem Bedarf nach Umsetzung des verschlüsselten Kommunikationsnetzes.

**Zu 03 17/97**

Die bayerische Polizei betreibt einen homogenen TK-Anlagenverbund, der hohe Verfügbarkeit und in Krisenfällen auch von öffentlichen Netzen unabhängige Sprachkommunikation garantiert. Das Bayer. Landeskriminalamt betreibt neben dem internen Anlagenverbund die Hauptknotenvermittlung für die Sprachkommunikation der bayerischen Polizei (hinsichtlich der Kosten für das Festverbindungsnetz der bayerischen Polizei vgl. TG 96). Des Weiteren setzt das Bayer. Landeskriminalamt spezielle IuK-Technik im Rahmen der polizeilichen Aufgaben, die sich aus der StPO und dem PAG ergeben, ein.

**Zu 03 17/511 97**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 430,0 Tsd. € wegen bedarfsgerechter Umsetzung innerhalb der TG und aufgrund Umsetzung des Projekts "Mobile Police" durch Ausstattung der Einsatzkräfte mit mobilen Endgeräten.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 260,0 Tsd. € wegen weiterer Ausstattung der Einsatzkräfte mit mobilen Endgeräten.

**Zu 03 17/534 97**

Zur Entwicklung von Techniken, die zur Erledigung der Aufgaben nach der StPO bzw. dem PAG erforderlich sind, bedarf es der Einbeziehung externen Sachverständes.

**Zu 03 17/812 97**

Erweiterung von Telekommunikationssystemen mit Peripherie, Ersatz und Ergänzungen der Dokumentationseinrichtungen für Telekommunikationsdienste, Mobilfunkendgeräte, Telefaxeinrichtungen, Gegensprechanlagen und spezifische IuK-Technik.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 800,0 Tsd. € wegen Abschluss der Optimierung der Telekommunikationsausstattung (-500,0 Tsd. €) und bedarfsgerechter Umsetzung innerhalb der TG (-300,0 Tsd. €).

**03 17 Landeskriminalamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
		<b>98 Kosten der Funkkommunikation</b>				
511 98-3	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	130,0	130,0	A B C	130,0 153,9 129,8
518 98-6	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 98-7	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 98-6	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A B C	--- 160,0 188,8
812 98-9	042	Erwerb von Hard- und Software	---	---	A	---
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	130,0	130,0	A B C	130,0 313,9 318,6
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden. Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>				
511 99-2	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	8.000,0	8.000,0	A B C	8.000,0 8.382,2 5.812,0
514 99-9	042	Verbrauchsmittel	220,0	220,0	A B C	220,0 44,2 48,0
518 99-5	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	150,0	150,0	A B C	150,0 607,9 150,3
525 99-6	042	Aus- und Fortbildung	300,0	300,0	A B C	450,0 211,8 288,9
526 99-5	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---



## Erläuterungen

**Zu 03 17/98**

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf mit dem BOS-Digitalfunknetz ab. In noch nicht mit Digitalfunk versorgten Tunnel- und Gebäudefunkanlagen (z.B. S- und U-Bahn) sowie für Sonderanwendungen ist nach wie vor der sog. Analogfunk erforderlich. Es sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte sowie Mess- und Prüfeinrichtungen für die IuK-Servicestellen erforderlich.

**Zu 03 17/99**

Das Bayer. Landeskriminalamt ist gemäß Art. 7 Polizeiorganisationsgesetz Zentralstelle für die Datenverarbeitung bei der Bayer. Polizei. Für alle landesweiten Verfahren wird im Bayer. Landeskriminalamt eine zentrale Serverinfrastruktur betrieben. Auf dieser Infrastruktur werden verschiedenste, teils selbst entwickelte, teils in Form von zugekaufter Standardsoftware bereitgestellte polizeiliche Fachverfahren eingesetzt, z.B. zur Unterstützung der Fahndung, der Vorgangsbearbeitung, der polizeilichen Ermittlungsarbeit, der Einsatzbewältigung, der Bearbeitung von Verkehrsdelikten, für die Warenwirtschaft, für die formelle elektronische Kommunikation, für den zentralen Verzeichnisdienst "Active Directory" und für den zentralisierten E-Maildienst, sowie zur Kommunikation mit polizeiexternen IT-Verfahren. In diesem Bereich sind aufgrund von notwendigen Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen entsprechende IT-Ressourcen (Rechner- und Speicherkapazitäten etc.) bereitzustellen und zu betreiben. Des Weiteren sind zur Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit Ausbau- und Nachersatzmaßnahmen am zentralen Sicherheitsgateway an der Netzgrenze des Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY) durchzuführen. Neben dieser landesweit bereitzustellenden Infrastruktur ist die für das Bayer. Landeskriminalamt selbst erforderliche IT-technische Ausstattung zu gewährleisten.

Personal im Kap. 03 17, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2016	Stellen 2017	Stellen 2018
<b>Plan-Beamte</b>			
A 16	2,0	2,0	2,0
A 15	5,0	5,0	5,0
A 14	15,0	15,0	15,0
A 13	20,0	21,0	21,0
A 12	66,0	75,0	75,0
A 11	77,0	89,0	89,0
A 10	35,0	42,0	42,0
A 9 + AZ	13,0	14,0	14,0
A 9	30,0	31,0	31,0
A 8	10,0	11,0	11,0
Summe	273,0	305,0	305,0
<b>Arbeitnehmer</b>			
E 13	3,0	3,0	3,0
E 12	2,0	2,0	2,0
E 11	6,0	6,0	6,0
E 10	11,0	11,0	11,0
E 9	4,0	4,0	4,0
E 8	7,0	8,0	8,0
E 7	7,0	7,0	7,0
E 6	52,0	52,0	52,0
E 5	7,0	7,0	7,0
Summe	99,0	100,0	100,0
Insgesamt	372,0	405,0	405,0

**Zu 03 17/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger etc.

**Zu 03 17/518 99**

Leasing- und Mietkosten für Hard- und Software.

**Zu 03 17/525 99**

Kursgebühren und Lehrmaterial für das DV-Personal.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 150,0 Tsd. € infolge Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

**03 17 Landeskriminalamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
			4	5		Tsd. €
						6
534 99-5	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä. <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	15.251,8	12.401,8	A	13.500,0
					B	13.554,5
					C	11.301,2
632 99-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund und Länder	---	---	A	---
701 99-2	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
812 99-8	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	8.000,0	7.000,0	A	7.000,0
					B	7.422,4
					C	9.862,2
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	31.921,8	28.071,8	A	29.320,0
					B	30.222,8
					C	27.462,7
		<b>Gesamtausgaben</b>	162.856,5	154.688,0	A	150.040,6
					B	139.807,8
					C	135.110,6

**Erläuterungen****Zu 03 17/534 99**

Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung, Einbeziehung externen Sachverständs bei Konzepterstellungen u. ä.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.751,8 Tsd. € wegen Vergabe von Einführungs-/Betreuungsdienstleistungen für das "Integrationsverfahren der Polizei (IGVP)" (+ 6.450,0 Tsd. €) und das Vorhaben "Mobile Police" (+ 500,0 Tsd. €) an externe Fachfirmen sowie Verschiebung von Mitteln nach Kap. 03 18 TG 99 (- 698,2 Tsd. €) und nach Kap. 03 18 TG 97 zur Finanzierung des Infrastrukturkonzeptes zur Einführung der neuen IP-Technologie (- 4.500,0 Tsd. €).

2018 gegenüber 2017:

Weniger 2.850,0 Tsd. € infolge geringeren Bedarfs für die Vergabe von Einführungs-/Betreuungsdienstleistungen für luK-Verfahren an externe Fachfirmen.

**Zu 03 17/812 99**

Anpassungen und Ergänzungen zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs der zentralen luK-Infrastruktur im Bayer.

Landeskriminalamt und der LKA-internen IT-Ausstattung, sowie der Pflege polizeilicher Fachverfahren.

Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich der zentralen RZ-Infrastruktur und für deren zukunftsorientierte Anpassung und Erweiterung. Im Storage-Bereich sind entsprechende Erweiterungen an den stetig steigenden fachlichen Bedarf zu berücksichtigen. Zudem sind im Rahmen der K-Fallvorsorge entsprechende Hard- und Softwarebeschaffungen zu tätigen und die weiteren Umsetzungsphasen im Rahmen der technischen Fortentwicklung des "Integrationsverfahren der Polizei (IGVP)" sowie für die sich aus dem in 2011 erstellten luK-Infrastrukturkonzept ergebenden Umsetzungsprojekte zu finanzieren.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.000,0 Tsd. € infolge Umsetzung des Projekts "Internet am Arbeitsplatz".

2018 gegenüber 2017:

Weniger 1.000,0 Tsd. € wegen verringertem Bedarf nach Umsetzung des Projekts "Internet am Arbeitsplatz".

**03 17 Landeskriminalamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
			4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	106,0	106,0	A	106,0
					B	173,7
					C	338,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	160,7
					C	411,2
		<b>Gesamteinnahmen</b>	106,0	106,0	A	106,0
					B	334,4
					C	749,7
		Personalausgaben	90.277,6	93.299,6	A	84.458,5
					B	83.051,7
					C	81.323,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	51.338,4	46.698,4	A	45.632,1
					B	43.796,9
					C	38.430,8
		Baumaßnahmen	7.410,0	4.440,0	A	7.000,0
					B	1.874,6
					C	2.590,1
		Sonstige Sachinvestitionen	13.830,5	10.250,0	A	12.950,0
					B	11.084,7
					C	12.726,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	A	-
					B	-
					C	39,8
		<b>Gesamtausgaben</b>	162.856,5	154.688,0	A	150.040,6
					B	139.807,8
					C	135.110,6
		<b>Zuschuss</b>	162.750,5	154.582,0	A	149.934,6
					B	139.473,5
					C	134.360,9

## 03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
111 01-1	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6.800,0	6.800,0	A	6.800,0
					B	6.906,1
					C	6.429,8
111 05-7	042	Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige	15,0	15,0	A	20,0
					B	5,9
					C	10,3
112 01-0	042	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	5.500,0	5.500,0	A	5.500,0
					B	4.359,6
					C	4.867,5
119 13-9	042	Eigenanteil der Polizeibediensteten an den Kosten für ermäßigte Fahrten mit dem MVV <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 682 02.</i>	---	---	A	---
					B	1.798,8
					C	1.746,2
119 14-8	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	124,9
					C	77,5
119 49-7	042	Vermischte Einnahmen	1.000,0	1.000,0	A	1.300,0
					B	1.140,2
					C	1.274,7
124 01-6	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	700,0	700,0	A	700,0
					B	665,7
					C	671,3
		<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>				
231 01-6	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Erstattungen im Rahmen von Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten luK-Verfahren erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 99.</i>	---	---	A	---
232 01-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern und aus dem Ausland <i>Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i> <i>Erstattungen im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten luK-Verfahren erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 99.</i>	---	---	A	---
					B	111,2
					C	29,8
235 03-0	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
236 01-1	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
					C	-1,7
236 12-8	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	112,5
					C	210,2

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 18**

Die Organisation der Bayerischen Landespolizei wurde im Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei vom 01.01.1983 (Polizeiorganisationsgesetz - POG, zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Februar 2010 - GVBl S. 54 - ) festgeschrieben.

Die Bayerische Landespolizei gliedert sich in Präsidien, die dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnet sind, in Inspektionen und Kriminalfachdezernate, die den Präsidien unmittelbar nachgeordnet sind, und, soweit erforderlich, den Inspektionen unmittelbar nachgeordnete Stationen. Besondere Dienststellen bestehen in diesem Rahmen für den Kriminaldienst, für den Verkehrs- und Autobahnpolizeidienst und entlang der österreichischen und tschechischen Grenze für die Fahndung.

Die Landespolizei wird im gesamten Staatsgebiet für alle der Polizei obliegenden Aufgaben eingesetzt, soweit nicht besondere örtliche und sachliche Dienstbereiche anderen Teilen der Polizei zugewiesen sind. Ihr obliegt insbesondere

1. Verhütung, Unterbindung und polizeiliche Verfolgung mit Strafe oder mit Geldbuße bedrohter Handlungen sowie Überwachung des Straßenverkehrs und des überörtlichen Verkehrs auf den Binnengewässern einschl. der Häfen (Art. 2 Polizeiaufgabengesetz - PAG, Art. 4 Abs. 1 POG, §§ 161, 163 Strafprozessordnung, §§ 56-66 Ordnungswidrigkeitengesetz),
2. Mitwirkung als Vollzugsorgan der Behörden der Allgemeinen Inneren Verwaltung und als Hilfsorgan anderer Verwaltungsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von Gefahren und durch Unterbindung und Beseitigung von Störungen (Art. 2 PAG),
3. Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und gemeiner Gefahr (Art. 2 PAG),
4. Erledigung von Vollzugshilfeersuchen hierzu berechtigter Behörden und Dienststellen (Art. 50 ff PAG).

Darüber hinaus werden von den Polizeipräsidien verschiedene landesweite Aufgabenstellungen wahrgenommen. Darunter fallen u.a. die Betreuung der Systeme der Einsatzzentralen, des Einsatzprotokollsystems sowie die zentrale Beschaffung von Kraftfahrzeugen.

**Zu 03 18/112 01**

Einnahmen aus Verwarnungsgeldern kommunaler Park- und Verkehrsüberwachungsdienste (VO über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht) sind bei Kap. 03 09 Tit. 112 05 ausgewiesen.

**Zu 03 18/119 13**

Die Polizeibediensteten leisten einen Eigenanteil zu den Kosten der ermäßigten Fahrten mit dem MVV (vgl. Tit. 682 02).

**Zu 03 18/119 14**

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

**Zu 03 18/119 49**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 300,0 Tsd. € aufgrund der voraussichtlichen Einnahmen.

**Zu 03 18/231 01**

Erstattungen vom Bund im Rahmen von Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten luK-Verfahren.

**Zu 03 18/232 01**

Erstattungen von Ländern und ausländischen Staaten im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten luK-Verfahren.

**Zu 03 18/235 03**

Eingliederungshilfen der Bundesagentur für Arbeit.

**Zu 03 18/236 01**

Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit zum Arbeitsentgelt für die Beschäftigung Schwerbehinderter.

**Zu 03 18/236 12**

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzeinstellungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes.

**03 18 Landespolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
261 01-9	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
					B	11,1
					C	7,9
271 01-7	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr. 5.</i>	---	---	A	---
					B	56,0
					C	51,8
272 03-4	042	Zuschüsse der EU für das Projekt "ASSET" <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 812 01.</i>	---	---	A	---
282 03-2	042	Kaufgelder oder Belohnungsmittel von Dritten <i>Von Dritten bereitgestellte Kaufgelder oder Belohnungsmittel erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 533 05.</i>	---	---	A	---
		<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>				
331 01-5	042	Erstattung vom Bund für Altlasten bei Baumaßnahmen <i>Der Titel 710 00 darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen verstärkt werden.</i>	---	---	A	---
					B	118,5
					C	683,4
<u>341 01-3</u>	042	Kostenbeteiligung der Stadt Regensburg an der Baumaßnahme Generalsanierung und Schaffung von Parkplätzen für das Dienstgebäude der Landespolizei in Regensburg, Minoritenweg 1 <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 745 11.</i>	---	---	A	
		<b>Gesamteinnahmen</b>	14.015,0	14.015,0	A	14.320,0
					B	15.410,5
					C	16.058,8
		<b>Ausgaben</b>				
		Die Ausgabeansätze sind einseitig deckungsfähig bis zu 5.000,0 Tsd. € zugunsten Kap. 03 66 Tit. 892 01.				
		<b>Personalausgaben</b>				
422 01-5	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	1.323.199,3	1.348.420,1	A	1.281.261,5
					B	1.251.715,9
					C	1.224.983,9
422 21-1	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	13.539,0	13.742,0	A	13.221,0
					B	7.302,4
					C	9.773,8
422 31-9	042	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	11.552,0	11.747,5	A	8.651,1
					B	10.980,8
					C	10.138,6
422 41-7	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	800,0	2.800,0	A	800,0
					B	595,9
					C	458,4
428 01-9	042	Entgelte der Arbeitnehmer	177.519,2	180.182,5	A	172.921,0
					B	160.716,8
					C	161.231,8
428 11-7	042	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 231 01 und 231 02.</i>	---	---	A	---

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 18/261 01**

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte, z.B. durch die Hauptfürsorgestellen.

**Zu 03 18/331 01**

Erstattungen vom Bund wegen Altlastensanierungen, die vorweg im Zuge von Hochbaumaßnahmen durchgeführt werden müssen (in der Regel 90 v.H. der Aufwendungen für solche Sanierungsmaßnahmen). Der Bund hat sich zur Erstattung durch Kaufvertrag verpflichtet.

**Zu 03 18/341 01**

Im Rahmen der Baumaßnahme werden gegen Kostenerstattung Maßnahmen für die Stadt Regensburg mit erledigt.

**Zu 03 18/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen.

**Zu 03 18/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 18/422 41**

2018 gegenüber 2017:

Mehr 2.000,0 Tsd. € zur Reduzierung des hohen Mehrarbeitsstundenbestandes mittels Vergütung von Mehrarbeitsstunden.

**Zu 03 18/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 18/428 11**

Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 231 01 und 231 02.

## 03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
428 21-5	042	Entgelte der Arbeitnehmer	650,3	650,3	A	850,0
					B	529,2
					C	715,5
428 41-1	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	180,0	180,0	A	180,0
					B	146,8
					C	118,0
453 01-7	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	2.400,0	2.400,0	A	2.400,0
					B	2.086,4
					C	1.818,7
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-7	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.203,8	7.203,8	A	7.484,0
					B	7.833,9
					C	7.201,0
511 22-2	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Bewaffnung, Wartung	3.400,0	3.400,0	A	3.200,0
					B	3.214,3
					C	2.586,5
511 24-0	042	Beschaffung und Unterhalt von Tieren	1.200,0	1.200,0	A	1.100,0
					B	1.148,2
					C	1.082,5
514 01-4	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01. Im Falle einer Privatisierung von Aufgaben infolge der Neuorganisation der Kfz-Werkstätten der Bayerischen Polizei können die Mittelansätze um das zeitanteilige durchschnittliche Stellengehalt von bis zu 37,5 Stellen verstärkt werden, soweit es sich hierbei um freie und besetzbare Stellen oder um im Rahmen der Neuorganisation freigesetzte Stellen handelt. In beiden Fällen sind die Stellen im Haushaltsvollzug gezielt zu sperren und im nächsten Haushalt dauerhaft einzuziehen. Diese Mittel können bei Bedarf auch für Kap. 03 20 Tit. 514 01 verwendet werden.</i>	29.000,0	29.000,0	A	29.000,0
					B	23.211,4
					C	25.284,4
514 11-2	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Kleidergeld <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.697,0	4.325,0	A	10.247,2
					B	11.440,8
					C	8.329,2
<u>514 12-1</u>	042	Dienstkleidungszuschüsse	5.032,4	3.455,7	A	
514 21-0	042	Verbrauchsmittel	3.700,0	3.700,0	A	3.200,0
					B	3.278,0
					C	3.366,9
514 24-7	042	Verpflegung	600,0	600,0	A	600,0
					B	1.245,4
					C	449,4
514 25-6	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	44,9
					C	-19,5
517 01-1	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	17.500,0	17.500,0	A	16.000,0
					B	16.304,3
					C	15.464,6



## Erläuterungen

**Zu 03 18/428 21**

Entgelte für Arbeitnehmer (Reinigungskräfte) auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 199,7 Tsd. € wegen Übergang auf Fremdreinigung.

**Zu 03 18/511 01**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 280,2 Tsd. € wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26 (186,4 Tsd. €), Umsetzung des elektronischen Pressespiegels und Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 18/511 22**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen vermehrten Ausstattungsbedarfs.

**Zu 03 18/511 24**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen steigender Kosten für den Unterhalt der Dienstpferde und Diensthunde.

**Zu 03 18/514 01**

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	22.000,0	22.000,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	7.000,0	7.000,0
Zusammen	<u>29.000,0</u>	<u>29.000,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	29.000,0	29.000,0
Personalausgaben	7.550,0	7.550,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	6.274,5	12.004,5
Ausgaben für Leasing/Miete	9.827,4	9.827,4
Zusammen	<u>52.651,9</u>	<u>58.381,9</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7000	7000	6960	6950	1510
Lastwagen und Kraftomnibusse	150	150	150	139	-
Sonstige (Krafträder, Sonderfahrzeuge)	325	325	325	306	-

**Zu 03 18/514 11**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 5.550,2 Tsd. €.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 372,0 Tsd. € wegen zentraler Veranschlagung der Dienstkleidungszuschüsse bei Tit. 514 12 und Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 18/514 12**

Sammelabrechnung der Dienstkleidungskonten.

**Zu 03 18/514 21**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 500,0 Tsd. € insbesondere wegen steigender Kosten im Bereich der Schießaus- und fortbildung (Munition, Unterhalt Schießanlagen etc.).

**Zu 03 18/514 25**

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für Kraftfahrzeuge aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

**Zu 03 18/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.500,0 Tsd. € aufgrund gestiegener Hausbewirtschaftungskosten und Umschichtung von 517 31 (500,0 Tsd. €).

## 03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
517 05-7	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	16.550,0	16.550,0	A B C	14.300,0 11.521,9 12.534,0
517 31-5	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	500,0 371,3 398,9
517 35-1	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	2.250,0 1.619,6 2.146,9
518 01-0	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung einer weiteren Kinderbetreuungseinrichtung beim Polizeipräsidium München angemietet werden. Eine Weitervermietung der Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3,5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattungen für die Kinderbetreuungseinrichtungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i> Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 8.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 8.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	15.000,0	15.000,0	A B C	14.580,0 12.794,6 12.332,7
518 11-8	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	550,0	550,0	A B C	550,0 441,3 449,2
518 12-7	042	Leasing eines privatfinanzierten Gebäudes für die Landespolizei in Fürth <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 03 18/519 01.</i>	***	***	A B C	1.025,0 759,7 1.013,0
518 18-1	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 6.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 6.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	9.827,4	9.827,4	A B C	9.327,4 10.834,6 9.888,4
518 31-4	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	420,0 338,9 345,0
519 01-9	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung einer weiteren Kinderbetreuungseinrichtung beim Polizeipräsidium München bestritten werden. Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	8.996,5	8.996,5	A B C	8.809,4 16.133,0 12.489,0
<u>519 02-8</u>	042	Erneuerung der Fernwärmeversorgung der Landespolizeiliegenschaft in München, Tegernseer Landstraße 210	500,0	500,0	A	
<u>519 03-7</u>	042	Abbruch von baulichen Anlagen auf der Landespolizeiliegenschaft in München, Tegernseer Landstraße 210	1.000,0	1.000,0	A	
526 01-0	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	60,0	60,0	A B C	60,0 41,7 62,4
526 11-8	042	Ausgaben für Sachverständige	9.800,0	9.800,0	A B C	9.200,0 9.650,5 9.659,6

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 18/517 05**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 2.250,0 Tsd. € wegen Umschichtung von 517 35.

**Zu 03 18/517 31. 517 35 und 518 31**

Die Titel 517 31, 517 35 und 518 31 entfallen ab 2017/2018. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bei Tit. 517 01, 517 05 und 518 01 veranschlagt.

**Zu 03 18/518 12**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 1.025,0 Tsd. € wegen Ankauf des Gebäudes und damit Wegfall der Leasingraten.

**Zu 03 18/518 18**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 500,0 Tsd. € für zusätzliche sondergeschützte Fahrzeuge aufgrund des von der Staatsregierung beschlossenen Sicherheitskonzepts „Sicherheit durch Stärke“.

**Zu 03 18/519 01**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 187,1 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 18/519 02**

Aufgrund einer von den Stadtwerken München angekündigten Druckerhöhung im Fernwärmenetz im Jahr 2019 muss die gesamte Fernwärmeversorgung der Liegenschaft erneuert werden. Die Kosten werden von der Staatsbauverwaltung auf rd. 3,0 Mio. € für die von der Polizei genutzten Gebäude geschätzt. Aus dem Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" werden voraussichtlich rd. 2,0 Mio. € bereitgestellt.

**Zu 03 18/519 03**

Der nicht mehr benötigte Heizturm ist in äußerst schlechtem Zustand. Er muss zweimal jährlich von Industriekletterern auf lose Teile untersucht werden, um Gefährdungen durch herabfallende Teile vorzubeugen. Wegen fortschreitender Korrosion muss der Turm so schnell wie möglich abgebrochen werden. Die Kosten für den Abbruch werden auf rd. 2,0 Mio. € geschätzt.

**Zu 03 18/526 01**

Entschädigung für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

**Zu 03 18/526 11**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 600,0 Tsd. € wegen steigender Kosten für Sachverständige.

**03 18 Landespolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
527 01-9	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.200,0	2.200,0	A B C	1.900,0 2.549,5 2.118,9
532 11-0	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	60,0	60,0	A B C	60,0 150,0 28,8
533 05-7	042	Fahndung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 282 03.</i>	1.400,0	1.400,0	A B C	1.200,0 1.348,4 1.349,3
533 07-5	042	Sachausgaben im Vollzugsdienst	14.179,1	14.179,1	A B C	15.200,0 11.395,6 9.378,3
546 49-0	042	Vermischte Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Belegrechte für Kinderbetreuungseinrichtungen im Bereich des PP Oberfranken zur Unterbringung von ca. 15 Kindern finanziert werden.</i>	250,0	250,0	A B C	168,2 327,1 228,4
547 04-2	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	250,0	250,0	A B C	200,0 277,9 224,6
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>						
632 01-1	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 18 können den Titel verstärken.</i>	---	---	A B C	--- 4,0 19,6
682 02-9	042	Zuschuss an den MVV für ermäßigte Fahrten von Polizeibediensteten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 119 13. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.563,3	1.623,3	A B C	1.503,3 3.080,4 2.960,7
685 01-7	042	Zuschuss zum Kantinenbetrieb in Dienstgebäuden der Landespolizei	45,0	45,0	A B C	40,0 39,5 39,7

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 18/527 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 300,0 Tsd. € wegen steigenden Reisekostenvergütungen.

**Zu 03 18/533 05**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge höherer Fahndungsaufwendungen.

**Zu 03 18/533 07**

Kosten für Blutentnahmen, Gefangenenschub, für die Abschiebung von Ausländern sowie Kosten für die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme durch die Polizei (z.B. Abschleppkosten, Verwehrkosten).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 1.020,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 18/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 81,8 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 18/547 04**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen verstärkter Präventionsmaßnahmen.

**Zu 03 18/632 01**

Erstattungsleistungen an andere Länder oder den Bund für Unterstützungseinsätze durch Einsatzeinheiten (nach PDV 100) werden zentral vom Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei abgerechnet. Unterstützungsleistungen durch Fremdkräfte, die keiner taktischen Gliederung unterliegen, sind durch den anfordernden Verband zu erstatten.

**Zu 03 18/682 02**

Zuschuss des Freistaates für Polizeibedienstete im Bereich München zu den Kosten von MVV-Sondernetworkkarten.

Hier sind nur die vom Freistaat Bayern unmittelbar zu tragenden Ausgaben ausgebracht. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um den Eigenanteil der Beamten, den der Freistaat Bayern an den MVV abzuführen hat (vgl. Tit. 119 13).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 60,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 60,0 Tsd. € zur hälftigen Übernahme der Tarifierpassungen des MVV durch den Freistaat Bayern.

**Zu 03 18/685 01**

Zuschuss gem. Nr. 3.4 des FMS vom 01.12.2005, Az. 24-P 1804-062-44924/05 (Vollzugshinweise des StMF für die Einrichtung und den Betrieb von Kantinen) abhängig von der Zahl der Essensteilnehmer.

**03 18 Landespolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-7	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	7.163,2	8.299,0	A	10.953,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>			B	9.646,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>			C	10.848,9
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

## Erläuterungen

Zu 03 18/701 01	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
Landespolizeidienstgebäude <b>München</b> , Bad-Schachener-Str. WC-Kernsanierung im Hauptgebäude (EG – 3. OG)	125,0	-
Polizeipräsidium <b>München</b> , Ettstr. 2 – 4 Erneuerung Funkmast	100,0	725,0
Polizeiunterkunft <b>München</b> , Rosenheimer Str. Sanierung der Tankstelle des Polizeipräsidiums München	400,0	-
Reiterstaffel <b>München</b> , Schichtlstr. 46 Errichtung einer automatischen Pferdeführanlage	124,0	-
Polizeiinspektion <b>Dießen</b> Errichtung eines Bootshauses am Ammersee	450,0	-
Polizeiinspektion <b>Eichstätt</b> Ausbau Dachgeschoss und Sanierung Böden	630,0	-
Landespolizeidienstgebäude <b>Erding</b> Erneuerung der Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik	-	250,0
Landespolizeidienstgebäude <b>Fürstenfeldbruck</b> Brandschutzmaßnahmen	-	150,0
Landespolizeidienstgebäude <b>Neuburg a. d. Donau</b> Ertüchtigung des Brandschutzes und Sanierung der sanitären Anlagen	126,0	-
Polizeiinspektion <b>Bad Wiessee</b> Errichtung eines Bootshauses	450,0	-
Polizeiinspektion <b>Murnau</b> Sanierung der Sanitäranlagen	-	200,0
Verkehrspolizeiinspektion <b>Raubling</b> Erweiterung Dachgeschoss	-	400,0
Kriminalpolizeiinspektion <b>Weilheim</b> Erneuerung des kriminaltechnischen Labors	140,0	-
Landespolizeidienstgebäude <b>Landshut</b> , Neustadt 480 - Umbau und Sanierung des Labors - Brandschutzsanierung	213,0 -	- 810,0
Polizeiinspektion <b>Mainburg</b> Erweiterung und Brandschutz	-	800,0
Verkehrspolizeiinspektion <b>Passau</b> Sanierung Bootshaus	-	370,0
Landespolizeidienstgebäude <b>Straubing</b> , Theresienplatz 50 Erneuerung Aufzug und sanitäre Anlagen	497,0	-

## Erläuterungen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Polizeiinspektion <b>Eschenbach</b> Innensanierung und Brandschutz	-	668,0
Ämtergebäude <b>Schwandorf</b> Umbau und Sanierung sowie energetische Maßnahmen	372,0	-
Polizeiinspektion <b>Weiden</b> Umbau Wachebereich	-	456,0
Polizeiinspektion <b>Wörth a. d. Donau</b> Sicherheitsmaßnahmen	-	147,0
Landespolizeidienstgebäude <b>Bamberg</b> , Schildstraße 81 Austausch der Sonnenschutzjalousien	-	265,0
Polizeiinspektion <b>Bayreuth</b> -Stadt Sanierung der Sanitäranlagen	-	240,0
Polizeiinspektion <b>Hof</b> Behebung von Brandschutz- und Baumängeln, energetische Maßnahmen	-	510,0
Polizeiinspektion <b>Münchberg</b> Toilettensanierung	280,0	-
Polizeiinspektion <b>Rehau</b> Toilettensanierung	100,0	-
Verkehrspolizeiinspektion <b>Ansbach</b> Erneuerung der LKW-Waage	132,0	-
Polizeiinspektion <b>Gerolzhofen</b> Hof- und Kanalsanierung	116,0	-
Polizeiinspektion <b>Karlstadt</b> Nachrüstung des Sicherheitsstandards im Eingangsbereich	70,0	-
Polizeiinspektion <b>Mellrichstadt</b> Hof- und Kanalsanierung	-	185,0
Polizeiinspektion <b>Miltenberg</b> Verbesserung der Sicherheit	160,0	-
Polizeipräsidium Unterfranken, <b>Würzburg</b> - Errichtung eines Anbaus für Aufzug, Sanitär- und Kopierräume - Frisch- und Abwassersanierung	370,0 -	- 500,0
Kriminalpolizeiinspektion <b>Augsburg</b> Sanierung des Labors	-	980,0



## Erläuterungen

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
Polizeiinspektion <b>Dillingen</b> Sanierung der Haftzellen	100,0	-
Polizeiinspektion <b>Friedberg</b> Sanierungsmaßnahmen	500,0	-
Polizeiinspektion <b>Buchloe</b> Schaffung eines Polizeihofs sowie die Erneuerung der Ersatzstromanlage	250,0	-
Polizeiinspektion <b>Kaufbeuren</b> Instandsetzungsarbeiten	490,0	-
Polizeiinspektion <b>Krumbach</b> Anbau für die zentrale Bildauswertestelle	572,0	-
Polizeiinspektion <b>Lindau (Bodensee)</b> Fassadensanierung und Sanitäranlagen	-	243,0
Mitfinanzierungsanteil für das Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude"	396,2	400,0
Zusammen	7.163,2	8.299,0

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 3.790,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Mehr 1.135,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**03 18 Landespolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
710 00-7	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 331 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 39.400,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 39.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	29.390,0	31.060,0	A	31.440,0
					B	21.629,9
					C	24.634,9
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-4	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Erlöse aus dem Verkauf von Fahrzeugen für Spezialeinsätze dürfen als Ausnahme von Art. 35 Abs. 1 BayHO von der Ausgabe abgesetzt werden.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.274,5	12.004,5	A	11.739,5
					B	12.539,1
					C	10.765,7
812 01-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich in Höhe der Isteinnahmen bei Tit. 272 03.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 25.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 25.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	10.258,2	32.400,0	A	38.935,0
					B	2.563,3
					C	2.634,7
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>71 Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter</b>				
453 71-2	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	400,0	400,0	A	400,0
					B	397,4
					C	379,9
525 71-6	042	Sonstige Ausbildungskosten	250,0	250,0	A	200,0
					B	253,3
					C	210,1
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	650,0	650,0	A	600,0
					B	650,7
					C	590,0
		<b>75 Fortbildung</b>				
453 75-8	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	1,0
					C	0,0
525 75-2	042	Sonstige Fortbildungskosten	1.300,0	1.300,0	A	1.300,0
					B	1.235,2
					C	1.244,3
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	1.301,0	1.301,0	A	1.301,0
					B	1.235,2
					C	1.244,4
		<b>76 Sicherheitswacht</b>				
427 76-0	042	Leistungen nach Art. 17 SWG	1.600,0	1.800,0	A	1.500,0
					B	864,9
					C	835,3

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 18/811 01**

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen Einsatzfahrzeuge und Sonderfahrzeuge (insb. Transporter, Kräder, etc.) mit hohen Laufleistungen bzw. Betriebsstunden nachersetzt werden. Zur Förderung der Elektromobilität ist vorgesehen, je Polizeiverband mind. ein Elektrofahrzeug zu beschaffen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 5.465,0 Tsd. € wegen Auslaufens des mit dem Nachtragshaushalt 2016 umgesetzten Konzepts zur Verstärkung der finanziellen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden ("Terrorpaket").

2018 gegenüber 2017:

Mehr 5.370,0 Tsd. € zur Modernisierung des polizeilichen Fuhrparks.

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

**Zu 03 18/812 01**

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 28.676,8 Tsd. € wegen Auslaufens des mit dem Nachtragshaushalt 2016 umgesetzten Konzepts zur Verstärkung der finanziellen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden ("Terrorpaket"; 32.735,0 Tsd. €) und zusätzlicher Ausstattung im Rahmen des von der Staatsregierung beschlossenen Sicherheitskonzepts „Sicherheit durch Stärke“ mit taktischer Einsatzmedizin, ballistischer Schutzausstattung geschlossener Einsatzeinheiten, Ausweitung der Videoüberwachung, neuem Einsatzstock etc.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 22.141,8 Tsd. € wegen Umsetzung des von der Staatsregierung beschlossenen Sicherheitskonzepts „Sicherheit durch Stärke“.

**Zu 03 18/71**

Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 71.

**Zu 03 18/525 71**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 18/75**

Fortbildungsmaßnahmen für die Landespolizei insbesondere im Fortbildungsinstitut Ainring. Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 75.

**Zu 03 18/76**

Leistungen an sowie Sachausstattung für die Angehörigen der Sicherheitswacht.

**Zu 03 18/427 76**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. €.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 200,0 Tsd. € zur Ausweitung der Sicherheitswacht aufgrund des von der Staatsregierung beschlossenen Sicherheitskonzepts "Sicherheit durch Stärke".

**03 18 Landespolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
547 76-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	25,0	25,0	A B C	25,0 16,4 25,0
<b>Summe der Titelgruppe</b>			1.625,0	1.825,0	A B C	1.525,0 881,4 860,3
<b>81 Bekämpfung der Terror-, Gewalt- und Organisierten Kriminalität</b>						
547 81-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen der HGr. 5 des Kapitels 03 18.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.000,0
811 81-7	042	Anschaffung von Dienstfahrzeugen <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei Kap. 03 18 Tit. 811 01. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	4.000,0
812 81-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen der HGr. 8 des Kapitels 03 18. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A	5.000,0
<b>Summe der Titelgruppe</b>			4.200,0	4.200,0	A B C	10.000,0 - -
<b>97 Kosten der Telekommunikation und des Notrufs 110</b>						
511 97-2	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	6.370,0	10.710,5	A B C	3.900,0 2.701,3 2.563,2
518 97-5	042	Mieten für Hard- und Software	50,0	50,0	A B C	50,0 43,2 7,1
525 97-6	042	Aus- und Fortbildung	55,0	55,0	A B C	70,0 12,1 17,0
534 97-5	042	Vergabe von Aufträgen	850,0	850,0	A B C	850,0 822,5 507,2
812 97-8	042	Erwerb von Hard- und Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 5.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.000,0	7.000,0	A B C	2.500,0 538,7 1.358,7
<b>Summe der Titelgruppe</b>			14.325,0	18.665,5	A B C	7.370,0 4.117,8 4.453,2

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 18/81**

Verbesserung und Ergänzung der besonderen technischen Ausstattung und Ausrüstung der Polizei zur Verhütung und Bekämpfung der besonders schweren Gewalt- und Terrorkriminalität sowie der organisierten Kriminalität. Aus den Mitteln wird insbesondere die Ausrüstung der Spezialeinheiten bestritten.

**Zu 03 18/547 81**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. € zur Optimierung der Ausstattung der Spezialeinheiten aufgrund des von der Staatsregierung beschlossenen Sicherheitskonzepts "Sicherheit durch Stärke".

**Zu 03 18/811 81**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 3.000,0 Tsd. € infolge Auslaufens des mit dem Nachtragshaushalt 2016 umgesetzten Konzepts zur Verstärkung der finanziellen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden ("Terrorpaket").

**Zu 03 18/812 81**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 3.000,0 Tsd. € infolge Auslaufens des mit dem Nachtragshaushalt 2016 umgesetzten Konzepts zur Verstärkung der finanziellen und personellen Ressourcen der Sicherheitsbehörden ("Terrorpaket").

**Zu 03 18/97**

In dieser Titelgruppe sind zusammengefasst die Ausgaben für einen homogenen TK-Anlagenverbund, der eine hohe Verfügbarkeit und in Krisenfällen zudem eine von öffentlichen Netzen unabhängige Sprachkommunikation garantiert, sowie die Mittel für die Nutzung öffentlicher Sprachfestnetze und Mobilfunknetze. Die Kosten für das Festverbindungsnetz (CNP für Sprache und Daten) sind in Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

Die bayerische Polizei ist auch zuständig für die Annahme und Bearbeitung eingehender Notrufe 110. Hierfür sind die Kosten für die Beschaffung und den Betrieb zu tragen (Notrufanschlüsse, Notrufabfrage- und -vermittlungseinrichtungen mit Sprach- und Dokumentationssystemen).

**Zu 03 18/511 97**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2.470,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 4.340,5 Tsd. € infolge Umsetzung des Projekts "Mobile Police" durch Ausstattung der Einsatzkräfte mit mobilen Endgeräten.

**Zu 03 18/518 97**

Veranschlagt sind Mieten für Hard- und Software im TK-Bereich.

**Zu 03 18/525 97**

Veranschlagt sind Seminargebühren sowie Lehrmaterial für das IuK-Personal für notwendige Fortbildung im Hinblick auf neue Technologien (z.B. VoIP).

**Zu 03 18/534 97**

Für einen sicheren und verfügbaren Einsatz von TK-Anlagen und Notruftechnik ist die Einbeziehung externen Sachverständigen notwendig.

**Zu 03 18/812 97**

Ersatzbeschaffungen von Telekommunikationssystemen mit Peripherie und den erforderlichen Netzkomponenten für den Zugang in das Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY), Dokumentationseinrichtungen für Telekommunikationsdienste, Mobilfunkendgeräte, Unified Messaging Systeme (UMS) und Gegensprechanlagen. Des Weiteren sind die Kosten für die Ausstattung und den Betrieb des Notrufs veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 4.500,0 Tsd. € wegen Realisierung des Infrastrukturkonzeptes zur Einführung der neuen IP-Technologie durch Umsetzung von Mitteln aus Kap. 03 17 TG 99.

**03 18 Landespolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
		<b>98 Kosten der Funkkommunikation</b>				
511 98-1	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	1.980,0	1.980,0	A	1.980,0
					B	1.052,9
					C	1.007,9
518 98-4	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 98-5	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	8,2
					C	20,1
534 98-4	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
					B	1,5
					C	48,9
812 98-7	042	Erwerb von Hard- und Software	950,0	950,0	A	950,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 100,0</i>			B	266,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 100,0</i>			C	65,1
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	2.930,0	2.930,0	A	2.930,0
					B	1.328,8
					C	1.142,0
		<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>				
511 99-0	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	10.000,0	10.000,0	A	8.356,0
					B	11.967,6
					C	19.105,1
514 99-7	042	Verbrauchsmittel	780,0	780,0	A	780,0
					B	985,4
					C	834,7
518 99-3	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	700,0	700,0	A	700,0
					B	750,6
					C	690,6
525 99-4	042	Aus- und Fortbildung	100,0	100,0	A	100,0
					B	154,9
					C	65,5
526 99-3	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-3	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	600,0	600,0	A	600,0
					B	451,7
					C	524,4

## Erläuterungen

**Zu 03 18/98**

Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr darf zu Lasten von Tit. 812 98 beschaffte Geräte benutzen. Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf mit dem BOS-Digitalfunknetz ab. In noch nicht mit Digitalfunk versorgten Tunnel- und Gebäudefunkanlagen (z.B. S- und U-Bahn) sowie für Sonderanwendungen ist nach wie vor der sog. Analogfunk erforderlich. Es sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte, Mess- und Prüfeinrichtungen für die LuK-Servicestellen erforderlich. Weiterhin sind Kosten für notwendige Notstromanlagen sowie Fernsehübertragungsanlagen mit digitaler Systemtechnik auf BOS-Frequenzen sowie für den Abbau und die Entsorgung der analogen Funktechnik veranschlagt.

**Zu 03 18/812 98**

Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr darf zu Lasten dieses Titels beschaffte Geräte benutzen.

**Zu 03 18/99**

Bei der Bayer. Landespolizei sind alle Dienststellen mit standardisierten PC-Arbeitsplätzen für die polizeiliche Sachbearbeitung und Ermittlungsarbeit ausgestattet. Dazu kommen neben der PC-Ausstattung auch Server unter den Betriebssystemen Windows bzw. OSS zum Einsatz. Auf den lokalen Rechnersystemen werden z.B. Officeprodukte zur Unterstützung moderner Bürokommunikation sowie DV-Anwendungen für die vor Ort erforderliche Sachbearbeitung, für die Erledigung dienstbetrieblicher Aufgaben und für den Zugriff auf zentrale landesweite Verfahren eingesetzt. Ziel ist, die Einmalerefassung und die gesamte Sachbearbeitung und polizeiliche Ermittlungstätigkeit stationär und mobil mit modernsten IT-Techniken zu unterstützen.

Personal im Kap. 03 18, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2016	Stellen 2017	Stellen 2018
Plan-Beamte			
A 15	1,2	1,2	1,2
A 14	2,0	2,0	2,0
A 13	23,0	23,0	23,0
A 12	79,6	80,6	80,1
A 11	104,9	103,3	103,8
A 10	72,7	73,3	73,2
A 9 + AZ	17,4	17,9	17,9
A 9	81,7	81,2	81,2
A 8	20,0	20,0	20,0
A 7	4,0	4,0	4,0
Summe	406,5	406,5	406,4
Arbeitnehmer			
E 11	2,0	2,0	2,0
E 10	4,0	4,0	4,0
E 9	78,1	78,1	78,1
E 8	10,0	10,0	10,0
E 7	4,0	4,0	4,0
E 6	5,1	5,1	5,1
E 5	3,9	3,9	3,9
Summe	107,1	107,1	107,1
Insgesamt	513,6	513,6	513,5

**Zu 03 18/511 99**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.644,0 Tsd. € infolge Anpassung an den tatsächlichen Bedarf zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs der dezentralen IT-Infrastruktur, insbesondere wegen der höheren Kosten für Support und Betrieb der Client- und Server-Betriebssysteme nach den Standards der bayerischen Staatsverwaltung sowie für Wartung und Pflege dezentral eingesetzter IT zur Einsatz- und Fahndungsunterstützung sowie für den Verkehrsbereich.

**Zu 03 18/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträgern etc.

**Zu 03 18/518 99**

Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software.

**Zu 03 18/525 99**

Kursgebühren und Lehrmaterial für das DV-Personal.

**03 18 Landespolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
701 99-0	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	5.000,0	A	---
812 99-6	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	6.050,0	6.100,0	A	4.000,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>			B	3.755,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>			C	2.769,0
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	18.230,0	23.280,0	A	14.536,0
					B	18.065,5
					C	23.989,2
		<b>Gesamtausgaben</b>	1.780.751,2	1.849.413,2	A	1.763.738,8
					B	1.658.133,2
					C	1.631.814,5

**Erläuterungen****Zu 03 18/701 99**

Für IuK-Verkabelungen von Polizeidienststellen im Rahmen des "ISK3-Projekts".

2018 gegenüber 2017:

Mehr 5.000,0 Tsd. € aufgrund Erneuerung der Verkabelungen in Polizeidienststellen als Grundlage für die Einführung der neuen IP-Technologie.

**Zu 03 18/812 99**

Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen zur Betriebssicherung der dezentralen DV-Ausstattung (Server, Stagesysteme, aktive Netzkomponenten, Drucker etc.), insbesondere der Nachersatz von PC, sowie Erwerb erforderlicher Softwarelizenzen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2.050,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 50,0 Tsd. € aufgrund Umsetzung des Infrastrukturkonzeptes zur Einführung der neuen IP-Technologie und Umsetzung des Projekts "Polizeilicher Informations- und Analyseverbund (PIAV)" sowie Modernisierung RBAs, forensische IuK und Cyberlabore aufgrund des von der Staatsregierung beschlossenen Sicherheitskonzeptes "Sicherheit durch Stärke".



## 03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
			4	5		Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	14.015,0	14.015,0	A	14.320,0
					B	15.001,2
					C	15.077,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	290,9
					C	298,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	-
					B	118,5
					C	683,4
		<b>Gesamteinnahmen</b>	14.015,0	14.015,0	A	14.320,0
					B	15.410,5
					C	16.058,8
		Personalausgaben	1.531.840,8	1.562.323,4	A	1.482.185,6
					B	1.435.336,5
					C	1.410.453,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	177.216,2	179.608,0	A	170.492,2
					B	168.733,9
					C	165.263,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.608,3	1.668,3	A	1.543,3
					B	3.124,0
					C	3.020,0
		Baumaßnahmen	36.553,2	44.359,0	A	42.393,2
					B	31.276,4
					C	35.483,8
		Sonstige Sachinvestitionen	33.532,7	61.454,5	A	67.124,5
					B	19.662,4
					C	17.593,2
		<b>Gesamtausgaben</b>	1.780.751,2	1.849.413,2	A	1.763.738,8
					B	1.658.133,2
					C	1.631.814,5
		<b>Zuschuss</b>	1.766.736,2	1.835.398,2	A	1.749.418,8
					B	1.642.722,6
					C	1.615.755,5

## 03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
111 01-7	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
					B	0,5
					C	0,1
112 01-6	042	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	200,0	200,0	A	270,0
					B	71,3
					C	191,6
119 01-9	042	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
					B	0,0
					C	1,3
119 14-4	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					C	3,9
119 49-3	042	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 514 72.</i>	150,0	150,0	A	150,0
					B	150,8
					C	135,4
124 01-2	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Hubschraubern durch Dritte erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 72. Als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO können die Fahrübungsplätze der Bayerischen Polizei von der Landesverkehrswacht Bayern für Zwecke der Verkehrssicherheit unentgeltlich genutzt werden. Als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO können freie Kapazitäten in den Schwimm- und Sportanlagen der Bereitschaftspolizei von Sportvereinen und Organisationen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unentgeltlich genutzt werden.</i>	390,0	390,0	A	390,0
					B	355,4
					C	456,1
125 01-1	042	Erstattete Verpflegungskosten <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 514 24.</i>	1.800,0	1.800,0	A	1.800,0
					B	3.719,4
					C	3.837,2
		<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>				
231 01-2	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Mineralölsteuerrückerstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 72. Kap. 03 18 Tit. 428 11 und die Titel der HGr. 5 in den Kap. 03 18 und 03 20 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Ist-Einnahmen aus Erstattungen für Auslandseinsätze verstärkt werden. Einnahmen aus der Durchführung von Projekten mit finanzieller Beteiligung des Bundes sowie Zuschüsse des Bundes erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr. 5.</i>	---	---	A	---
					B	23,5
					C	136,5
231 02-1	042	Erstattungen der Deutschen Bundesbank für die Geldtransportbegleitung (Personalaufwand) <i>Kap. 03 18 Tit. 428 11 und die Titel der HGr. 5 in den Kap. 03 18 und 03 20 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Ist-Einnahmen verstärkt werden.</i>	---	---	A	150,0
					B	165,3
					C	95,9

---

**Erläuterungen**

---

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 20**

Nach Art. 6 des Polizeiorganisationsgesetzes gliedert sich die Bereitschaftspolizei in das dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnete Präsidium mit dem Sitz in Bamberg. Dem Präsidium nachgeordnet sind 7 Bereitschaftspolizeiabteilungen in München, Eichstätt, Würzburg, Nürnberg, Königsbrunn, Dachau und Sulzbach-Rosenberg (mit Dienststelle in Nabburg), die Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Flughafen München (mit Außenstelle in Roth bei Nürnberg), ferner das Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring mit Außenstelle in Herzogau.

Die Bayerische Bereitschaftspolizei ist ein Polizeiverband, der insbesondere in Einsatzeinheiten auf Weisung des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr aus besonderem Anlass zum Schutz oberster Staatsorgane und Behörden sowie lebenswichtiger Einrichtungen und Anlagen, zur Unterstützung anderer Teile der Polizei und zur Katastrophenhilfe eingesetzt wird. Der Bereitschaftspolizei obliegt es ferner, Polizeibeamte für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene auszubilden und, unbeschadet der Fortbildungsveranstaltungen anderer Teile der Polizei, Dienstkräfte der Polizei fortzubilden.

Beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei besteht das "Prüfungsamt für die Bayerische Polizei", das für die Prüfungen der Bayerischen Bereitschaftspolizei und des Fachbereichs Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern zuständig ist. Darüber hinaus befindet sich am Standort der Bereitschaftspolizeiabteilung in München auch das Polizeiorchester Bayern.

Beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei ist außerdem eine zentrale Beschaffungsstelle mit bayernweiten Zuständigkeiten für Waffen, Munition, Bekleidung und Körperschutzausstattung errichtet.

Gemäß Verwaltungsabkommen vom 06.02.1998 beschafft der Bund auf seine Kosten Führungs- und Einsatzmittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder, allerdings nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen mit den Ländern bzw. dem Bund ist bei der Bayer. Bereitschaftspolizei eine zentrale Abrechnungsstelle eingerichtet.

**Zu 03 20/112 01**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 70,0 Tsd. € infolge Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

**Zu 03 20/119 14**

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

**Zu 03 20/231 01**

Erstattung des Bundes für Mineralölsteuer, die bei der Betankung der Polizeihubschrauber auf fremden Flugplätzen zu zahlen ist.

Erstattungen für Auslandseinsätze verstärken nach Maßgabe des Haushaltsvermerks die Ansätze für Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und Sachausgaben. Des Weiteren ermöglicht der Haushaltsvermerk die Verstärkung der HGr. 5 aufgrund von Erstattungen und Zuschüssen des Bundes im Rahmen von Projekten.

**Zu 03 20/231 02 und 231 03**

Die Bayer. Bereitschaftspolizei begleitet die Geldtransporte der Deutschen Bundesbank. Sämtliche dafür anfallenden und ausweisbaren Personal- und Sachkosten werden der Bereitschaftspolizei in voller Höhe erstattet. Die Erstattungen verstärken nach Maßgabe der Haushaltsvermerke die Ansätze für Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und Sachausgaben.

**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
231 03-0	042	Erstattungen der Deutschen Bundesbank für die Geldtransportbegleitung (Sachaufwand) <i>Die Tit. 514 01 und 527 01 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Mehreinnahmen verstärkt werden.</i>	30,0	30,0	A	30,0
					B	60,4
					C	31,2
232 01-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i>	---	---	A	---
					B	1.368,8
					C	856,7
235 03-6	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
236 01-7	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
236 12-4	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	200,0	200,0	A	200,0
					B	16,6
					C	92,9
261 01-5	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	10,0	10,0	A	10,0
					B	4,0
					C	4,5
271 01-3	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
282 01-0	042	Zuschüsse und Unkostenpauschalen durch das DPSK und der Länder für die Ausrichtung von Deutschen Polizeimeisterschaften sowie Einnahmen bei sportlichen Sonderveranstaltungen <i>Die Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 03 03 Tit. 547 02.</i>	---	---	A	---
					B	3,2
					C	0,3
		<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>				
342 01-8	042	Kostenbeteiligung des Bundes an baulichen Maßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu Kap. 03 20 Tit. 710 40 und 745 07.</i>	---	---	A	---
		<b>Gesamteinnahmen</b>	2.780,0	2.780,0	A	3.000,0
					B	5.939,3
					C	5.843,5
		<b>Ausgaben</b>				
		<b>Personalausgaben</b>				
422 01-1	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten	124.431,7	128.627,5	A	114.709,0
					B	116.985,1
					C	111.851,8
422 21-7	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	89.559,4	97.817,7	A	79.947,0
					B	59.053,3
					C	55.471,9
422 31-5	042	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	2.468,1	2.505,1	A	2.410,1
					B	1.684,6
					C	1.511,4
422 41-3	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	90,0	90,0	A	40,0
					B	-473,9
					C	5,2

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 20/232 01**

Erstattungsleistungen insbesondere für Einsatzunterstützungen, für gemeinsame Projekte u.ä.

**Zu 03 20/235 03**

Eingliederungshilfen der Bundesagentur für Arbeit.

**Zu 03 20/236 01**

Zuschuss der Bundesagentur zum Arbeitsentgelt für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

**Zu 03 20/236 12**

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzeinstellungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes.

**Zu 03 20/261 01**

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte, z.B. durch die Hauptfürsorgestellen.

**Zu 03 20/282 01**

Für die Nachweisung der Zuschüsse und Unkostenpauschalen im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Deutschen Polizeimeisterschaften sowie sportlichen Sonderveranstaltungen.

**Zu 03 20/342 01**

Mit Kaufvertrag vom 21.12.2000 hat der Freistaat Bayern einen Teil der früheren Bundesgrenzschutzunterkunft in Nabburg zur Nutzung durch die Bereitschaftspolizei und die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege erworben. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für die verbliebene Bundesliegenschaft erfolgen über das vom Freistaat Bayern erworbene Grundstück. Im Kaufvertrag hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kosten für Unterhaltung und Erneuerung der gemeinsam genutzten Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen anteilig zu tragen.

**Zu 03 20/422 01**

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Fliegerstellenzulage) und Zuwendungen.

**Zu 03 20/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 20/422 41**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
427 01-6	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5,0	5,0	A B C	1,0 1,6 2,4
428 01-5	042	Entgelte der Arbeitnehmer	40.421,4	41.138,6	A B C	39.135,7 38.406,0 37.537,6
<u>428 11-3</u>	042	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	
<u>428 21-1</u>	042	Entgelte der Arbeitnehmer	49,7	49,7	A	
428 41-7	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	100,0	100,0	A B C	75,0 120,0 79,6
443 05-2	042	Freie Heilfürsorge, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsmedizin	3.100,0	3.100,0	A B C	2.600,0 2.888,3 2.673,4
453 01-3	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	413,0	413,0	A B C	450,0 343,8 312,2
459 01-7	042	Prüfungsentgelte	300,0	300,0	A B C	200,0 204,3 205,7
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-3	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.627,5	1.627,5	A B C	1.660,0 1.366,1 2.752,7
511 22-8	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	800,0	800,0	A B C	800,0 1.004,1 906,6
511 24-6	042	Beschaffung und Unterhalt von Tieren	15,0	15,0	A B C	10,0 14,8 24,2
514 01-0	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 03, bei Tit. 232 01 und bei Kap. 03 18 Tit. 514 01.</i>	4.500,0	4.500,0	A B C	4.500,0 2.945,1 3.424,4
514 11-8	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Kleidergeld <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	30.792,8	18.322,0	A B C	9.440,0 7.716,4 4.936,2
514 21-6	042	Verbrauchsmaterial	1.200,0	1.200,0	A B C	1.200,0 1.824,1 950,3
514 24-3	042	Verpflegung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 125 01.</i>	3.500,0	3.500,0	A B C	3.500,0 5.096,7 5.073,7

## Erläuterungen

**Zu 03 20/427 01**

Entgelte für nebenamtliche Lehrer.

**Zu 03 20/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 20/428 21**

Umsetzung des Stellengehalts von Kap. 10 20 Tit. 428 21 wegen Übernahme von 2 Beschäftigten der Reha-Klinik Prinzregent Luitpold zum BPF.

**Zu 03 20/428 41**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 25,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 03 20/443 05**

Zur Gewährung freier Heilfürsorge gemäß VO vom 19.03.1987 (GVBl S. 93) sowie für sonstige polizeiärztliche Untersuchungen.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 500,0 Tsd. € aufgrund erhöhter Einstellungszahlen und steigender Kosten im Bereich der Heilfürsorge.

**Zu 03 20/453 01**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 37,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 20/459 01**

Entgelte und Sachaufwand für die nebenamtliche Mitarbeit bei Anstellungsprüfungen.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 100,0 Tsd. € wegen steigender Zahl an Anstellungsprüfungen.

**Zu 03 20/511 01**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 32,5 Tsd. € wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26.

**Zu 03 20/514 01**

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	3.300,0	3.300,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	1.200,0	1.200,0
Zusammen	<u>4.500,0</u>	<u>4.500,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	4.500,0	4.500,0
Personalausgaben	5.000,0	5.000,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	3.200,0	3.200,0
Ausgaben für Leasing/Miete	20,0	20,0
	<u>12.720,0</u>	<u>12.720,0</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	1200	1200	1150	1146	11
Lastkraftwagen und Kraftomnibusse	110	110	110	105	-
Sonstiges (Kräder, Sonderfahrzeuge)	85	85	85	82	-

Das Fahrzeug des Sachgebietsleiters IC5 des StMI (Polizeieinsatz), das im Bestand bei Kap. 03 01 Tit. 514 01 enthalten ist, wird zu Lasten Kap. 03 20 Tit. 514 01 bei der I. BPA betrieben.

**Zu 03 20/514 11**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 21.352,8 Tsd. € infolge erhöhten Einstellungszahlen und Finanzierung der neuen Dienstkleidung für die Polizeibeamtinnen und -beamten und Berücksichtigung der zentralen Veranschlagung der Dienstkleidungszuschüsse bei Kap. 03 18 Tit. 514 12.

2018 gegenüber 2017:  
Weniger 12.470,8 Tsd. € infolge Ausstattungsfortschritt bei der neuen Dienstkleidung.

**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
514 25-2	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B C	--- -88,3 325,0
517 01-7	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.302,0	6.302,0	A B C	5.390,0 5.391,5 4.989,1
517 05-3	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	7.002,0	7.002,0	A B C	6.200,0 4.899,9 4.939,0
517 31-1	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	2,0 1,6 1,6
517 35-7	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A B C	2,0 1,8 1,8
518 01-6	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	15.700,0	10.700,0	A B C	2.200,0 1.729,7 1.769,8
518 11-4	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	300,0	300,0	A B C	250,0 299,3 283,3
518 18-7	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	20,0	20,0	A B C	20,0 49,1 31,1
518 31-0	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
519 01-5	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.000,0	3.000,0	A B C	2.955,4 4.378,7 5.050,9
<u>519 02-4</u>	042	Erneuerung der Dächer bei der Polizeiunterkunft in Sulzbach-Rosenberg	575,0	575,0	A	
526 01-6	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	10,0	10,0	A B C	10,0 10,5 8,4
526 11-4	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A B C	--- 150,2 51,5
527 01-5	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 03.</i>	520,0	520,0	A B C	520,0 342,6 535,6
532 11-6	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-6	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	100,0	100,0	A B C	100,0 87,8 139,6
547 04-8	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	400,0	400,0	A B C	400,0 453,4 343,2
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>						
632 01-7	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 20 können den Titel verstärken.</i>	60,0	60,0	A B C	60,0 743,7 739,1



---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 20/514 25**

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für Waffen, Munition, Bekleidung und Körperschutzausrüstung aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

**Zu 03 20/517 01**

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 912,0 Tsd. € wegen steigender Hausbewirtschaftungskosten aufgrund erhöhter Einstellungszahlen und Umsetzung von 517 31 (2,0 Tsd. €).

**Zu 03 20/517 05**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 802,0 Tsd. € wegen erhöhter Einstellungszahlen (Erhöhung der Betriebskosten) und Umsetzung von 517 35 (2,0 Tsd. €).

**Zu 03 20/517 31, 517 35 und 518 31**

Die Tit. 517 31, 517 35 und 518 31 entfallen ab 2017/2018. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bei Tit. 517 01, 517 05 und 518 01 veranschlagt.

**Zu 03 20/518 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 13.500,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 5.000,0 Tsd. € zur Schaffung entsprechender flexibler Unterbringungsmöglichkeiten aufgrund erhöhter Einstellungszahlen (Unterkunfts- und Lehrsaalcontaineranlagen). Je nach Nutzungsdauer werden die Anlagen gemietet bzw. gekauft (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung).

**Zu 03 20/518 11**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,0 Tsd. € infolge gestiegener Mietkosten.

**Zu 03 20/519 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 44,6 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 20/519 02**

Zinkauswaschungen aus den Titanzinkdächern der Polizeiunterkunft in Sulzbach-Rosenberg belasten das Niederschlagswasser und müssen daher ausgetauscht werden, um die wasserrechtlichen Auflagen einhalten zu können. Die Kosten für den Austausch werden auf insgesamt 1.700,0 Tsd. € geschätzt. In den Jahren 2017 und 2018 werden jeweils 575,0 Tsd. € benötigt.

**Zu 03 20/526 01**

Entschädigungen für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

**Zu 03 20/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz sowie sonstige vermischte Ausgaben.

**Zu 03 20/632 01**

Erstattungsleistungen an andere Länder oder den Bund für Unterstützungseinsätze durch Einsatzeinheiten (nach PDV 100) werden zentral vom Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei abgerechnet. Unterstützungsleistungen durch Fremdkräfte, die keiner taktischen Gliederung unterliegen, sind durch den anfordernden Verband zu erstatten.

**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
671 01-9	042	Ersatz von Aufwendungen für Polizeipfarrer	300,0	300,0	A B C	300,0 284,0 283,5
<b>Baumaßnahmen</b>						
701 01-3	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.040,0	4.400,2	A B C	3.000,0 2.863,7 2.162,7
710 00-3	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 13.600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 12.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	8.200,0	17.600,0	A B C	19.000,0 15.992,2 9.624,8
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
811 01-0	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.200,0	3.200,0	A B C	1.700,0 2.159,9 2.651,3
812 01-9	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.700,0	8.300,0	A B C	1.460,0 382,3 362,3
<b>Titelgruppen</b>						
<b>71 Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter</b>						
453 71-8	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	60,0	60,0	A B C	60,0 34,5 43,2
518 71-1	042	Leasing eines Fahrsimulators	50,0	50,0	A B C	50,0 51,4 42,8

## Erläuterungen

**Zu 03 20/671 01**

Erstattung der vollen Personalausgaben für drei Polizeiseelsorger.

**Zu 03 20/701 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
<b>Bereitschaftspolizeiunterkunft München</b>		
- Ertüchtigung der Statik der Schwimmhallendecke	-	110,0
<b>Bereitschaftspolizeiunterkunft Eichstätt</b>		
- Errichtung von Wohncontainern	600,0	-
<b>Bereitschaftspolizeiunterkunft Dachau</b>		
- Sanierung Tartanbahn	-	462,0
- Sanierung Kellerdecke Geb. 9246	-	275,0
- Sanierung Heizhaus	-	750,0
<b>Bereitschaftspolizeiunterkunft Nabburg</b>		
- Sanierung des Stabsgebäudes für Büronutzung	950,0	-
<b>Bereitschaftspolizeiunterkunft Nürnberg</b>		
- Umbaumaßnahmen wegen erhöhter Einstellungszahlen	390,0	-
- Erneuerung der Notstromversorgung	430,0	-
- Erneuerung der Elektroverkabelung in der Zentralen Kfz-Werkstatt	270,0	-
- Dachsanierungen	-	290,0
Bauliche Maßnahmen in bestehenden Standorten der Bereitschaftspolizei im Zusammenhang mit der Unterbringung zusätzlichen Personals	4.000,0	2.000,0
Für Unvorhergesehenes und Kostensteigerungen	-	113,2
Mitfinanzierungsanteil für das Sonderprogramm „Energetische Sanierung staatlicher Gebäude“	400,0	400,0
Zusammen	7.040,0	4.400,2

2017 gegenüber 2016:

Mehr 4.040,0 Tsd. € insbesondere wegen erhöhter Einstellungszahlen.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 2.639,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 20/811 01**

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen Fahrzeuge der Baujahre 2007 - 2011 mit Fahrleistungen von bis zu 300.000 km ersetzt werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.500,0 Tsd. € zur Modernisierung und Erweiterung des polizeilichen Fuhrparks u.a. aufgrund der erhöhten Einstellungszahlen.

**Zu 03 20/812 01**

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 8.240,0 Tsd. € für die Möblierung und Ausstattung der Unterkunfts- und Lehrsaalcontaineranlagen aufgrund erhöhter Einstellungszahlen und Möblierung des neuen Unterkunftsgebäudes in der IV. BPA in Nürnberg (2.000,0 Tsd. €).

2018 gegenüber 2017:

Weniger 1.400,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 20/71**

Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 71 des zutreffenden Kapitels.

**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
525 71-2	042	Sonstige Ausbildungskosten	230,0	230,0	A B C	210,0 174,8 239,8
<b>Summe der Titelgruppe</b>			340,0	340,0	A B C	320,0 260,7 325,8
<b>72 Polizeihubschrauberstaffel Bayern</b>						
514 72-4	042	Betriebsausgaben <i>Gutschriften für Lieferungen und Leistungen aus der Hubschrauberhaltung bei Tit. 119 49 erhöhen die Ausgabebefugnis. Vgl. Vermerk bei Tit. 124 01 und 231 01.</i>	5.700,0	5.700,0	A B C	5.550,0 7.206,7 5.057,4
518 72-0	042	Leasing	---	---	A	---
525 72-1	042	Aus- und Fortbildung	500,0	500,0	A B C	300,0 605,1 403,0
811 72-4	042	Ersatzbeschaffung der Polizeihubschrauber	---	---	A C	--- 385,2
812 72-3	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	---	---	A B	--- 48,2
<b>Summe der Titelgruppe</b>			6.200,0	6.200,0	A B C	5.850,0 7.860,0 5.845,6
<b>75 Fortbildung</b>						
427 75-7	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	100,0	100,0	A B C	100,0 86,3 97,4
453 75-4	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	1,0
525 75-8	042	Sonstige Fortbildungskosten	370,0	370,0	A B C	370,0 326,6 421,5
<b>Summe der Titelgruppe</b>			471,0	471,0	A B C	471,0 412,9 518,9
<b>80 Polizeiorchester Bayern</b>						
427 80-0	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Beschäftigte	110,0	110,0	A B	70,0 106,1
511 80-7	042	Betrieb Polizeiorchester <i>Aus dem Ansatz darf ein Instrumentengeld (analog Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern) für die Nutzung von privaten Instrumenten bezahlt werden.</i>	50,0	50,0	A B	50,0 57,6
527 80-9	042	Reisekosten Polizeiorchester	30,0	30,0	A B	30,0 27,7
547 80-5	042	Sonstige Verwaltungsausgaben	10,0	10,0	A B	10,0 15,3

## Erläuterungen

**Zu 03 20/525 71**

Zur Verbesserung der Kraffahrer Ausbildung der Polizeivollzugsbeamten, insbesondere bei der Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten, wurde zusammen mit der Industrie ein Verkehrstrainingssimulator-Polizei entwickelt und eingesetzt.

**Zu 03 20/72**

Aufwendungen für den Betrieb und die Ausrüstung der Hubschrauberstaffel.

**Zu 03 20/514 72**

Ausgaben für Treibstoff, Wartung und Start- und Landegebühren.

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2012
<b>Bestand an Hubschraubern:</b>				
Hubschrauber EC 135	8	8	8	8

2017 gegenüber 2016:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen steigender Gebühren.

**Zu 03 20/525 72**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge steigenden Aus- und Fortbildungsbedarfs des Hubschrauberpersonals.

**Zu 03 20/75**

Aufwendungen für die Fortbildung der Polizei insbesondere im Fortbildungsinstitut Ainring (vgl. Vorbemerkung). Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 75 ihres Kapitels.

**Zu 03 20/80****Ausgaben für das Polizeiorchester Bayern**

	Anzahl der Stellen 2017
<b>Beamte</b>	<b>48,0</b>
BesGr A9	28,0
BesGr A10	8,0
BesGr A11	8,0
BesGr A12	4,0
<b>Arbeitnehmer</b>	<b>4,5</b>
EGr 5	1,5
EGr 8	0,5
EGr 9	1,5
EGr 11	1,0
Zusammen	<b>52,5</b>

**Zu 03 20/427 80**

Aufwendungen für Aushilfsmusiker, zusätzliche Besetzungen und Künstlersozialabgaben.

**Zu 03 20/511 80**

Aus dem Ansatz darf ein Instrumentengeld (analog Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern) für die Nutzung von privaten Instrumenten bezahlt werden.

**Zu 03 20/547 80**

Ausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen, Produktion von Tonträgern.

**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
812 80-3	042	Erwerb von Musikinstrumenten	30,0	30,0	A B	10,0 89,9
<b>Summe der Titelgruppe</b>			230,0	230,0	A B C	170,0 296,6 -
<b>97 Kosten der Telekommunikation</b>						
511 97-8	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	960,0	2.540,0	A B C	200,0 158,9 144,6
518 97-1	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 97-2	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A B C	---
534 97-1	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A B	---
812 97-4	042	Erwerb von Hard- und Software	25,0	25,0	A	125,0
<b>Summe der Titelgruppe</b>			985,0	2.565,0	A B C	325,0 164,4 145,1
<b>98 Kosten der Funkkommunikation</b>						
511 98-7	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	160,0	160,0	A B C	200,0 81,2 146,5
518 98-0	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A B C	---
525 98-1	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A B C	---
534 98-0	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
812 98-3	042	Erwerb von Hard- und Software	30,0	30,0	A C	30,0 538,8
<b>Summe der Titelgruppe</b>			190,0	190,0	A B C	230,0 86,9 690,7
<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>						
<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden. Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-6	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.050,0	1.050,0	A B C	1.050,0 1.309,5 936,4
514 99-3	042	Verbrauchsmittel	120,0	120,0	A B C	120,0 143,8 139,8

## Erläuterungen

**Zu 03 20/97**

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für Beschaffungen, Betrieb und Unterhalt der Telekommunikationssysteme sowie der entsprechenden Peripheriegeräte der Bayerischen Bereitschaftspolizei veranschlagt. Die Kosten für das Festverbindungsnetz (CNP) sind bei Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

**Zu 03 20/511 97**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 760,0 Tsd. € infolge Umsetzung des Projekts "Mobile Police" durch Ausstattung der Einsatzkräfte mit mobilen Endgeräten.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 1.580,0 Tsd. € infolge Umsetzung des Projekts "Mobile Police" durch weitere Ausstattung der Einsatzkräfte mit mobilen Endgeräten.

**Zu 03 20/812 97**

Ersatzbeschaffungen von Telekommunikationssystemen mit Peripherie und den erforderlichen Netzkomponenten für den Zugang in das Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY), Mobilfunkendgeräte, Unified Messaging Systeme (UMS) und Gegensprechanlagen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

**Zu 03 20/98**

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf mit dem BOS-Digitalfunknetz ab. In noch nicht mit Digitalfunk versorgten Tunnel- und Gebäudedefunkanlagen (z.B. S- und U-Bahn) sowie für Sonderanwendungen ist nach wie vor der sog. Analogfunk erforderlich. Es sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte sowie Mess- und Prüfeinrichtungen für die LuK-Servicestellen erforderlich. Zudem werden mobile Lautsprechanlagen einschließlich Zubehör benötigt.

**Zu 03 20/511 98**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 40,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an den tatsächlichen betrieblichen Bedarf.

**Zu 03 20/812 98**

Veranschlagt sind notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen im Funkbereich.

**Zu 03 20/99**

Die LuK-Ausstattung dient der polizeilichen Vorgangsbearbeitung und der Unterstützung des Dienstbetriebs (vgl. TG 99 bei Kap. 03 18), außerdem dem Schulungsbereich (Aus- und Fortbildung des Personals der Bayer. Polizei). In diesem Ausbildungsbereich werden die Beamten in Ausbildung systematisch mit den Grundlagen der LuK und den Verfahren und Anwendungen, die bei der Bayer. Polizei zum Einsatz kommen, vertraut gemacht.

Personal im Kap. 03 20, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen	Stellen	Stellen
	2016	2017	2018
Plan-Beamte			
A 14	1,0	1,0	1,0
A 13	2,0	3,0	3,0
A 12	6,0	5,0	5,0
A 11	15,0	17,0	19,0
A 10	11,0	11,0	9,0
A 9+AZ	1,0	-	-
A 9	2,0	3,0	3,0
A 8	3,0	2,0	1,0
Summe	41,0	42,0	41,0
Arbeitnehmer			
E 9	15,6	15,6	15,6
E 6	0,5	0,5	0,5
Summe	16,1	16,1	16,1
Insgesamt	57,1	58,1	57,1

**Zu 03 20/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger etc.

**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
			Tsd. €			
518 99-9	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
					B	11,9
					C	15,0
525 99-0	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	3,3
					C	11,3
526 99-9	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-9	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	---	---	A	---
701 99-6	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
812 99-2	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	160,0	160,0	A	160,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>			B	274,7
		<i>50,0</i>			C	46,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>				
		<i>50,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
<b>Summe der Titelgruppe</b>			1.330,0	1.330,0	A	1.330,0
					B	1.743,1
					C	1.149,2
<b>Gesamtausgaben</b>			375.548,6	378.226,3	A	312.943,2
					B	290.138,7
					C	270.688,1

**Erläuterungen****Zu 03 20/812 99**

Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen zum Betriebserhalt der dezentralen DV-Ausstattung (PC, Server, Drucker, Multifunktionsgeräte etc.) sowie der Erwerb notwendiger Softwarelizenzen.



**03 20 Bereitschaftspolizei**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
			4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2.540,0	2.540,0	A	2.610,0
					B	4.297,4
					C	4.625,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	240,0	240,0	A	390,0
					B	1.641,9
					C	1.218,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	2.780,0	2.780,0	A	3.000,0
					B	5.939,3
					C	5.843,5
		Personalausgaben	261.209,3	274.417,6	A	239.798,8
					B	219.440,2
					C	209.791,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	85.594,3	69.703,5	A	47.299,4
					B	47.859,9
					C	44.101,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	360,0	360,0	A	360,0
					B	1.027,7
					C	1.022,6
		Baumaßnahmen	15.240,0	22.000,2	A	22.000,0
					B	18.855,9
					C	11.787,5
		Sonstige Sachinvestitionen	13.145,0	11.745,0	A	3.485,0
					B	2.955,0
					C	3.984,3
		<b>Gesamtausgaben</b>	375.548,6	378.226,3	A	312.943,2
					B	290.138,7
					C	270.688,1
		<b>Zuschuss</b>	372.768,6	375.446,3	A	309.943,2
					B	284.199,4
					C	264.844,5

**03 21 Polizeiverwaltungsamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-5	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4.000,0	4.000,0	A	3.400,0
					B	4.313,7
					C	4.063,3
112 01-4	042	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	123.000,0	123.000,0	A	123.000,0
					B	119.478,2
					C	121.512,2
119 14-2	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
119 49-1	042	Vermischte Einnahmen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,2
					C	14,4
124 01-0	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,5
					C	0,4
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
235 03-4	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
236 01-5	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
236 12-2	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	10,0	10,0	A	10,0
					B	1,5
					C	5,9
271 01-1	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
<b>Gesamteinnahmen</b>			127.011,5	127.011,5	A	126.411,5
					B	123.794,1
					C	125.596,2
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
422 01-9	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	13.473,1	13.749,2	A	12.385,4
					B	12.159,3
					C	12.106,8
422 21-5	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	188,7	191,9	A	155,7
					B	179,4
					C	196,0
422 31-3	042	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	230,6	234,1	A	225,2
					B	135,4
					C	108,6

---

**Erläuterungen**

---

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 21**

Nach Art. 8 des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) ist das Polizeiverwaltungsamt eine dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnete Dienststelle mit Sitz in Straubing. Es ist Zentralstelle für die Durchführung des Verkehrsordnungswidrigkeiten-Vorverfahrens in Bayern.

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr ist nach Art. 8 Abs. 2 POG im Polizeiverwaltungsamt eine Zentrale Bußgeldstelle mit Sitz in Viechtach errichtet.

Seit 01.01.2005 sind Ahndungszuständigkeiten von den Gewerbeaufsichtsamtern auf die Zentrale Bußgeldstelle verlagert, soweit es sich dabei um Verstöße gegen (Sozial-)Vorschriften im Zusammenhang mit der Überprüfung der Lenk- und Ruhezeiten von Lkw und Bussen und der Kontrolle von Gefahrguttransporten im Rahmen von Straßenkontrollen handelt.

Beim Bayer. Polizeiverwaltungsamt ist zudem eine zentrale Beschaffungsstelle mit bayernweiten Zuständigkeiten für Verkehrsüberwachungs- und Atemalkoholmesstechnik eingerichtet.

**Zu 03 21/111 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 600,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

**Zu 03 21/119 14**

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

**Zu 03 21/422 01 und 422 21**

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage) und Zuwendungen.

**Zu 03 21/422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**03 21 Polizeiverwaltungsamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
422 41-1	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	4,0	4,0	A	4,0
428 01-3	042	Entgelte der Arbeitnehmer	7.565,5	7.693,4	A B C	7.482,1 7.125,4 7.034,1
428 41-5	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	5,0	5,0	A B C	4,0 3,8 3,4
453 01-1	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0	A B C	58,0 18,0 13,7
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-1	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.513,7	4.513,7	A B C	4.600,0 3.628,3 3.817,9
511 22-6	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	15,0	15,0	A B C	15,0 6,8 0,4
514 01-8	042	Haltung von Dienstfahrzeugen	45,0	45,0	A B C	45,0 34,4 25,0
514 11-6	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Kleidergeld	17,0	15,0	A B C	40,0 29,9 27,6
514 21-4	042	Verbrauchsmittel	1,0	1,0	A B C	1,0 0,8 0,1
514 25-0	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparatur an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B	--- -2,6
517 01-5	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	225,0	225,0	A B C	200,0 207,2 171,6
517 05-1	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	180,0	180,0	A B C	180,0 123,0 136,3
517 31-9	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
517 35-5	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
518 01-4	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 11-2	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	10,0	10,0	A B C	11,0 6,6 6,6
518 18-5	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	5,0	5,0	A B C	5,0 6,7 5,0
519 01-3	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	100,0	100,0	A B C	67,2 360,8 180,8
525 01-5	042	Aus- und Fortbildung, Umschulung	70,0	70,0	A B C	70,0 56,6 65,8

## Erläuterungen

**Zu 03 21/428 01**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversicherung.

**Zu 03 21/453 01**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 33,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 21/511 01**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 86,3 Tsd. € wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 26.

**Zu 03 21/514 01**

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	30,0	30,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	15,0	15,0
Zusammen	<u>45,0</u>	<u>45,0</u>
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	45,0	45,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	25,0	25,0
Ausgaben für Leasing/Miete	5,0	5,0
Zusammen	<u>75,0</u>	<u>75,0</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	17	17	17	16	2
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
Sonstige	1	1	1	1	-

**Zu 03 21/514 11**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 23,0 Tsd. € infolge zentraler Veranschlagung der Dienstkleidungszuschüsse bei Kap. 03 18 Tit. 514 12.

**Zu 03 21/514 25**

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für Verkehrsüberwachungs- und Atemalkoholmessgeräte aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

**Zu 03 21/517 01**

Veranschlagt sind:  
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

**Zu 03 21/519 01**

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 32,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**03 21 Polizeiverwaltungsamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
526 01-4	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	90,0	90,0	A B C	90,0 69,6 61,2
526 11-2	042	Ausgaben für Sachverständige	60,0	60,0	A B C	60,0 31,1 48,4
527 01-3	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	15,0	15,0	A B C	15,0 21,5 9,2
532 11-4	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A B	--- 4,7
546 49-4	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	7,0	7,0	A B C	7,0 3,7 13,7
547 04-6	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	2,0	2,0	A B C	2,0 4,6 0,9
<b>Baumaßnahmen</b>						
701 01-1	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	400,0	---	A	---
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
811 01-8	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i>	25,0	25,0	A B	25,0 39,3
812 01-7	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	20,0	20,0	A B	20,0 31,6
<b>Titelgruppen</b>						
<b>97 Kosten der Telekommunikation</b>						
511 97-6	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	25,0	25,0	A B C	55,0 20,4 19,1
518 97-9	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 97-0	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 97-9	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
812 97-2	042	Erwerb von Hard- und Software	15,0	15,0	A	15,0
<b>Summe der Titelgruppe</b>			40,0	40,0	A B C	70,0 20,4 19,1
<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>						
<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden. Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-4	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	270,0	270,0	A B C	295,0 375,1 214,9

## Erläuterungen

**Zu 03 21/526 01**

Entschädigungen für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

**Zu 03 21/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

**Zu 03 21/547 04**

Vorbeugungsmaßnahmen und Durchführung von Veranstaltungen.

**Zu 03 21/701 01**

Dienstgebäude des Bayer. Polizeiverwaltungsamts in **Straubing**, Hirschberger Ring 38  
- Errichtung eines Werkstatt- und Garagengebäudes

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
	400,0	-

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 400,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Weniger 400,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 21/811 01**

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

**Zu 03 21/97**

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für Beschaffungen, Betrieb und Unterhalt der Telekommunikationssysteme sowie der entsprechenden Peripheriegeräte des Polizeiverwaltungsamtes veranschlagt. Die Kosten für das Festverbindungsnetz sind bei Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

**Zu 03 21/511 97**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 30,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an den tatsächlichen betrieblichen Bedarf.

**Zu 03 21/812 97**

Ergänzungen an den Telekommunikationssystemen und den entsprechenden Peripheriegeräten.

**Zu 03 21/99**

Die IuK-Ausstattung dient der Aufrechterhaltung des Regelbetriebes der IT-Technik beim Bayer. Polizeiverwaltungsamt (Arbeitsplatzausstattung, Druckerzeugnisse im Rahmen des Verkehrsverfahrens, etc.).

Personal im Kap. 03 21, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen		
	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Plan-Beamte			
A 13	1,0	1,0	1,0
A 12	3,0	3,0	3,0
A 11	2,0	2,0	2,0
A 10	1,0	1,0	1,0
A 9	2,0	2,0	2,0
Summe	9,0	9,0	9,0
Arbeitnehmer			
E 10	1,0	1,0	1,0
E 9	7,0	7,0	7,0
Summe	8,0	8,0	8,0
Insgesamt	17,0	17,0	17,0

**Zu 03 21/511 99**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 25,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an den tatsächlichen betrieblichen Bedarf.

**03 21 Polizeiverwaltungsamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
514 99-1	042	Verbrauchsmittel	80,0	80,0	A B C	80,0 81,8 83,2
518 99-7	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
525 99-8	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A C	--- 14,5
526 99-7	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-7	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	---	---	A	---
701 99-4	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
812 99-0	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 50,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	125,0	125,0	A B	125,0 16,5
<b>Summe der Titelgruppe</b>			475,0	475,0	A B C	500,0 473,5 312,6
<b>Gesamtausgaben</b>			27.807,6	27.816,3	A B C	26.337,6 24.779,6 24.364,9

**Erläuterungen****Zu 03 21/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger, etc.

**Zu 03 21/812 99**

Veranschlagt sind Ergänzungen der dezentralen DV-Ausstattung (PC, Server, Drucker, Multifunktionsgeräte etc.) sowie Erwerb und Erweiterung von Softwarelizenzen.



**03 21 Polizeiverwaltungsamt**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	127.001,5	127.001,5	A	126.401,5
					B	123.792,6
					C	125.590,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	10,0	10,0	A	10,0
					B	1,5
					C	5,9
		<b>Gesamteinnahmen</b>	127.011,5	127.011,5	A	126.411,5
					B	123.794,1
					C	125.596,2
		Personalausgaben	21.491,9	21.902,6	A	20.314,4
					B	19.621,2
					C	19.462,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.730,7	5.728,7	A	5.838,2
					B	5.070,8
					C	4.902,3
		Baumaßnahmen	400,0	-	A	-
					B	-
					C	-
		Sonstige Sachinvestitionen	185,0	185,0	A	185,0
					B	87,5
					C	-
		<b>Gesamtausgaben</b>	27.807,6	27.816,3	A	26.337,6
					B	24.779,6
					C	24.364,9
		<b>Überschuss</b>	99.203,9	99.195,2	A	100.073,9
					B	99.014,6
					C	101.231,3

**03 23 Brandschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
119 49-7	044	Vermischte Einnahmen	30,0	30,0	A	30,0
					B	67,7
124 01-6	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird als Ausnahme v. Art. 63 Abs. 5 i. V. m. Abs. 3 S. 2 BayHO ermächtigt, dem Verein Bayer. Feuerwehrholungsheim e.V. zum Betrieb eines Feuerwehrholungsheims für die Angehörigen der Feuerwehren Bayerns die Grundstücke Fl.Nrn. 160, 162/30, 150, 153/3, 153/4, 148/2, 146 der Gemarkung Bayerisch Gmain (091 72 9952) samt aufstehenden Gebäuden mietzinsfrei (Grundmiete) zu überlassen. Die Mieteinnahmen für die Hausmeisterwohnung und die Pächterwohnung sind an den Freistaat Bayern abzuführen.</i>	12,0	12,0	A	12,0
					B	12,2
					C	12,1
		<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>				
341 01-3	044	Zuweisungen des Vereins „Bayer. Feuerwehrholungsheim e.V.“ für Bauausgaben beim Feuerwehrholungsheim <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 519 01 und 701 01.</i>	---	---	A	---
					B	13,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	42,0	42,0	A	42,0
					B	93,0
					C	25,5
		<b>Ausgaben</b>				
		Die Titel 511 01, 517 01, 526 11, 531 11, 533 01, 546 49, 547 01, 547 02 und 812 01 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.				
		<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
511 01-7	044	Reparatur und Instandsetzung bei den staatseigenen, gasbefeuelten Brandübungsanlagen	50,0	50,0	A	180,0
					B	35,5
517 01-1	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume beim Feuerwehrholungsheim Bayer. Gmain	15,0	15,0	A	13,0
					B	11,6
					C	11,6
519 01-9	044	Bauunterhalt Feuerwehrholungsheim Bayerisch Gmain <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 341 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.230,0	100,0	A	420,0
					B	371,5
					C	177,2
526 11-8	044	Ausgaben für Sachverständige <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 50,0 Tsd. € zu Lasten Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---

---

**Erläuterungen**

---

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 23**

In diesem Kapitel sind die Leistungen des Freistaates Bayern zur Förderung des Feuerwehrwesens einschließlich der Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Löschgeräten sowie (seit 01.01.2000) für den Bau von Feuerwehrgerätehäusern veranschlagt.

Das zweckgebundene Feuerschutzsteueraufkommen (vgl. Art. 29 BayFwG) wird zu 100 % für die Erfüllung der Aufgaben des Staates nach Art. 3 BayFwG verwendet.

**Zu 03 23/119 49**

Einnahmen insbesondere aus zurückfließenden Fördermitteln.

**Zu 03 23/124 01**

Einnahmen aus der Nutzung des Feuerwehrholungsheims in Bayerisch Gmain (Mieteinnahmen für Hausmeisterwohnung und Pächterwohnung).

**Zu 03 23/341 01**

Zuweisungen des Vereins "Bayerisches Feuerwehrholungsheim e.V." für Bauunterhalt und zur Realisierung von Nutzerwünschen im Rahmen der Baumaßnahmen beim Feuerwehrholungsheim.

Diese Einnahmen sind auf der Grundlage des veranschlagten Haushaltsvermerks zweckgebunden für die Ausgaben bei Tit. 519 01 und 701 01 zu verwenden.

**Zu 03 23/511 01**

Aufwendungen für Reparatur und Instandsetzung bei den neun staatseigenen, von den Feuerwehren betriebenen, gasbefeueten Brandübungsanlagen.

Die Brandübungsanlagen werden den Feuerwehren vom Freistaat Bayern mittels Überlassungsvertrag zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 130,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 23/517 01**

Grundsteuer für die staatseigene Liegenschaft Feuerwehrholungsheim in Bayerisch Gmain.

**Zu 03 23/519 01**

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.810,0 Tsd. € für die Abfinanzierung der im Jahr 2016 begonnenen Sanierung der Küche, der Erneuerung der Brandmeldeanlage und der Sanierung von Bädern. Die Gesamtkosten dieser Bauunterhaltsmaßnahmen belaufen sich auf insgesamt 4.095,0 Tsd. €. Der Verein Bayerisches Feuerwehrholungsheim e.V. beteiligt sich mit einem Betrag von 1.000,0 Tsd. € an den geschätzten Gesamtkosten. Der Mittelbedarf für das Jahr 2017 beträgt laut Kostenschätzung 3.000,0 Tsd. €. Unter Berücksichtigung der Kostenbeteiligung des Vereins ist eine Veranschlagung in Höhe von 2.000,0 Tsd. € erforderlich. Der Mittelbedarf für die weiteren Bauunterhaltsmaßnahmen im Jahr 2017 beläuft sich auf 230,0 Tsd. €.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 2.130,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**03 23 Brandschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
531 11-1	044	Herausgabe der "brandwacht"	115,0	95,0	A B C	95,0 86,6 83,2
533 01-1	044	Feuerwehrenzeichen	85,0	80,0	A B C	80,0 55,1 50,5
546 49-0	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	5,0	5,0	A B C	5,0 15,9 7,0
547 01-5	044	Prüfungen für den hauptamtlichen Feuerwehrdienst	80,0	80,0	A B C	80,0 66,7 62,1
547 02-4	044	Nachwuchsgewinnung für die Feuerwehren	50,0	50,0	A B	50,0 10,2
<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>						
671 01-3	044	Erstattung der Kosten für Freiplätze im Feuerwehrrholungsheim in Bayerisch Gmain <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.100,0	1.100,0	A B C	1.100,0 615,7 270,4
685 01-7	044	Beiträge und Zuschüsse <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 600,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.270,8	1.270,8	A B C	1.270,8 1.011,5 880,9
686 01-6	044	Zuschuss an den Bayerischen Landesfeuerwehrverband	450,0	450,0	A B C	450,0 337,5 397,5
<b>Baumaßnahmen</b>						
701 01-7	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten beim Feuerwehrrholungsheim Bayerisch Gmain <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 341 01.</i>	---	---	A B C	--- 174,4 233,6
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
<u>812 01-3</u>	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die staatseigenen, gasbefeuereten Brandübungsanlagen	1.400,0	---	A	

## Erläuterungen

**Zu 03 23/531 11**

Herausgabe der Zeitschrift "brandwacht".

2017 gegenüber 2016:

Mehr 20,0 Tsd. € infolge der Aktualisierung des Internetauftritts und der Erstellung einer Datenbank.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 20,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 23/533 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Feuerwehrhorenzeichen, Ordensbänder, Etais, Ehrenurkunden und dgl.	80,0	80,0
2. Auslagen bei besonderen Verleihungen	5,0	-
Zusammen	85,0	80,0

**Zu 03 23/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

**Zu 03 23/547 01**

Prüfungsvergütung im feuerwehrtechnischen Dienst.

**Zu 03 23/547 02**

Staatliche Initiativen zur Unterstützung der Nachwuchsgewinnung für die Feuerwehren.

**Zu 03 23/671 01**

Erstattung der Kosten für Freiplätze von freiwilligen Feuerwehrdienstleistenden mit einer 40-jährigen ehrenamtlichen Dienstzeit im Feuerwehrherholungsheim Bayerisch Gmain.

**Zu 03 23/685 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Beiträge		
a) an die Forschungsstelle für Feuerlöschtechnik der Technischen Hochschule Karlsruhe und an das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge	104,0	104,0
b) an die Versicherungskammer Bayern für Unterstützungsleistungen	565,0	565,0
c) an den Verein Deutsches Feuerwehrmuseum e. V.	0,2	0,2
d) an die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V.	0,1	0,1
e) an das Land Hessen für die Qualitätssicherung von Feuerwehrschutzkleidung	1,5	1,5
2. Zuschüsse		
a) an den Fachnormenausschuss "Feuerwehrwesen"	25,0	25,0
b) an den Landesfeuerwehrverband für die Fortsetzung einer Imagekampagne zur Nachwuchsgewinnung	275,0	275,0
c) an den Landesfeuerwehrverband für den Betrieb eines Brandübungscontainers	300,0	300,0
Zusammen	1.270,8	1.270,8

**Zu 03 23/686 01**

Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. als Interessenvertretung der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns.

**Zu 03 23/812 01**

Aufwendungen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie für die Erweiterung der neun staatseigenen, von den Feuerwehren betriebenen, gasbefeuereten Brandübungsanlagen.

Die Brandübungsanlagen werden den Feuerwehren vom Freistaat Bayern mittels Überlassungsvertrag zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Bislang wurden die Aufwendungen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände bei Kap. 03 26 Tit. 812 02 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.400,0 Tsd. € wegen der Erweiterung von sieben Brandübungsanlagen.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 1.400,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**03 23 Brandschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		<b>Investitionsförderungsmaßnahmen</b>				
883 01-7	044	<p>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.  <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um</i>  - die Mehreinnahmen und Minderausgaben der Kap. 03 23 und 03 26 und  - die Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei Kap. 13 01 Tit. 059 01.  <i>Die Ausgabebefugnis vermindert sich um</i>  - die Mindereinnahmen bei Kap. 03 23 und 03 26 und  - die Mindereinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei Kap. 13 01 Tit. 059 01.  <i>Diese Mindereinnahme ist als Vorgriff auf die Mittel des folgenden Haushaltsjahres zu behandeln. Hierfür ist ein Verfahren nach Art. 37 BayHO nicht erforderlich.</i>  <i>Aus dem Ansatz dürfen auch die gemeinsam bewirtschafteten Personalausgaben des Kap. 03 26 verstärkt werden.</i>  <i>Im Übrigen vgl. Vermerk bei Anlage S Kap. 03 26 Tit. 710 01, 710 05, 740 02, 740 05, 745 01 und 745 05, Kap. 03 03 Tit. 631 85, Kap. 03 23 Tit. 526 11 und 883 02, Kap. 03 24 Tit. 685 01, 812 01, 812 02, 883 01, 883 02, 511 89, 517 89, 525 88, 701 89, 812 89 und 887 89, Kap. 03 26 Tit. 518 01, 519 01, 532 01, 633 01, 671 01, 701 01 und 821 01.</i>  <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €                   30.000,0</i>  <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €                   30.000,0</i>  <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i></p>	25.819,2	34.989,1	A B C	28.990,9 25.621,0 26.151,8
883 02-6	044	<p>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern  <i>Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung sind einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 883 01.</i>  <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €                   12.800,0</i>  <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €                   12.800,0</i>  <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i></p>	16.000,0	16.000,0	A B C	16.000,0 7.473,8 11.220,2
		<b>Gesamtausgaben</b>	48.670,0	54.284,9	A B C	48.734,7 35.887,0 39.546,0

## Erläuterungen

<b>Zu 03 23/883 01</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Die Ansätze 2017/2018 sollen verwendet werden für	Tsd. €	Tsd. €
- Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Beschaffung von Fahrzeugen und sonstigen Ausstattungsgegenständen u. dgl.	18.819,2	27.989,1
- Baumaßnahmen bei der Feuerweherschule Geretsried (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 710 01), bei der Feuerweherschule Regensburg (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 745 01), bei der Feuerweherschule Würzburg (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 740 02)	7.000,0	7.000,0
Zusammen	25.819,2	34.989,1

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 3.171,7 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Mehr 9.169,9 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf für sonstige Zwecke des Brandschutzes.

**Zu 03 23/883 02**

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern.

**03 23 Brandschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	42,0	42,0	A	42,0
					B	80,0
					C	25,5
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	-
					B	13,0
					C	-
		<b>Gesamteinnahmen</b>	42,0	42,0	A	42,0
					B	93,0
					C	25,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.630,0	475,0	A	923,0
					B	653,1
					C	391,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.820,8	2.820,8	A	2.820,8
					B	1.964,6
					C	1.548,8
		Baumaßnahmen	-	-	A	-
					B	174,4
					C	233,6
		Sonstige Sachinvestitionen	1.400,0	-	A	-
					B	-
					C	-
		Investitionsförderungsmaßnahmen	41.819,2	50.989,1	A	44.990,9
					B	33.094,8
					C	37.372,0
		<b>Gesamtausgaben</b>	48.670,0	54.284,9	A	48.734,7
					B	35.887,0
					C	39.546,0
		<b>Zuschuss</b>	48.628,0	54.242,9	A	48.692,7
					B	35.793,9
					C	39.520,5





**03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
119 11-9	045	Einnahmen aus Erstattungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	---	---	A B	--- 5,4
119 12-8	045	Schadensersatzleistungen für Schäden an Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 511 02.</i>	---	---	A C	--- 0,2
119 13-7	045	Einnahmen aus den Integrierten Leitstellen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 887 88.</i>	---	---	A B	--- 224,5
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
236 01-9	045	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern für den Landesbeauftragten Ärztlicher Leiter Rettungsdienst <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 427 01.</i>	***	***	A B	48,0 80,1
236 02-8	045	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern für die Betriebskosten für einen Behandlungskapazitätenachweis in den Integrierten Leitstellen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 518 89.</i>	80,0	80,0	A	80,0
<b>Titelgruppen</b>						
<b>80 Ärztliche Leiter Rettungsdienst</b>						
<u>236 80-3</u>	045	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern für die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst und die Geschäftsstellen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 428 80.</i>	810,0	813,7	A	
<b>Summe der Titelgruppe</b>			810,0	813,7	A B C	- - -
<b>Gesamteinnahmen</b>			890,0	893,7	A B C	128,0 310,1 0,2
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
<u>422 01-3</u>	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten	39,0	158,4	A	
427 01-8	045	Vergütung für den Landesbeauftragten Ärztlicher Leiter Rettungsdienst <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 236 01.</i>	***	***	A B C	48,0 38,0 39,7

---

Erläuterungen

---

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 24**

Die Ausgaben des Kapitels 03 24 dienen ausschließlich den Fachaufgaben des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes einschließlich des Lawinenwarndienstes.

In diesem Kapitel sind die Leistungen des Staates ausgebracht, die den Durchführenden des Rettungsdienstes nach Art. 33 Abs. 1 des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) für die Beschaffung notwendiger Einrichtungen im Rettungsdienst (insbesondere Berg-, Höhlen- und Wasserrettung) gewährt werden. Ferner sind hier die Leistungen des Staates für Integrierte Leitstellen nach Art. 7 des Gesetzes zur Einführung Integrierter Leitstellen (ILSG) veranschlagt (Ersterrichtung und Folgeanschaffungen). Außerdem sind Zuschüsse zur Vorbereitung von Sanitäts- und Katastropheneinsätzen ausgebracht. Die Ausgaben für den Katastrophenschutz richten sich nach dem Bayerischen Katastrophenschutzgesetz (BayKSG). Soweit sie jedoch aufgrund des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG) anfallen, trägt sie der Bund (§ 29 ZSKG); sie werden unmittelbar auf den Bundeshaushalt gebucht. Ferner sind die Leistungen des Staates für die beiden Sonderinvestitionsprogramme Katastrophenschutz und Hochwasser veranschlagt.

**Zu 03 24/119 11**

Erstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 894 01.

**Zu 03 24/119 12**

Schadensersatzleistungen des Schädigers oder Dritter für die Instandsetzung von beschädigten Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen. Die Erstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 511 02.

**Zu 03 24/119 13**

Insbesondere Zahlungen für die Mitbenutzung der Integrierten Leitstellen durch Dritte oder INTERREG-Fördermittel.

**Zu 03 24/236 01**

Der Titel fällt weg. Die Einnahmen werden künftig bei Titel 236 80 nachgewiesen.

**Zu 03 24/236 02**

Die Betriebskosten für einen Behandlungskapazitätennachweis in den Integrierten Leitstellen werden durch die Sozialversicherungsträger erstattet (s. a. Erläuterungen zu Tit. 518 89).

**Zu 03 24/236 80**

Die Vergütungen der Ärztlichen Leiter Rettungsdienst und der Personal- und Sachkosten der Geschäftsstellen werden durch die Sozialversicherungsträger erstattet (s.a. Erläuterungen zu Tit. 428 80).

**Zu 03 24/422 01**

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 24/427 01**

Der Titel fällt weg. Die Ausgaben werden künftig bei Titel 428 80 nachgewiesen.

**03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
511 02-4	045	Unterhalt für Notruftelefone und Unfallmeldeanlagen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei Tit. 119 12.</i>	2,0	2,0	A	40,0
					B	5,9
					C	26,2
526 11-6	045	Gutachten zur Steigerung der Effizienz des Rettungsdienstes <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	1.640,0	1.662,0	A	391,0
					B	390,9
					C	281,1
547 01-3	045	Nicht aufteilbare Sachausgaben	5,7	5,7	A	8,2
					B	3,8
					C	3,6
<u>547 02-2</u>	045	Imagekampagne Rettungsdienst	10,0	10,0	A	
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
614 01-1	045	Zuweisungen an den Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes	1.620,0	1.620,0	A	1.620,0
					B	1.620,0
					C	4.175,0
671 01-1	045	Leistungen gem. Art. 33a BayRDG (Retterfreistellung)	80,0	80,0	A	400,0
					B	28,5
					C	28,3
671 02-0	045	Erstattung von Einsatzkosten für die Höhlenrettung aus der Riesending-Schachthöhle am Untersberg <i>Die Mittel sind übertragbar. Rückerstattungen Dritter und des Geretteten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	---	***	A	---
					B	315,5
<u>671 03-9</u>	045	Leistungen gem. Art. 17 Abs. 2 BayKSG (Helfergleichstellung)	300,0	300,0	A	
684 01-6	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes	75,6	75,6	A	75,6
					B	68,0
					C	68,0
684 02-5	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen der Gefahrenabwehr für eine Kampagne zur Nachwuchsgewinnung <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	100,0	100,0	A	100,0
					B	180,0

## Erläuterungen

**Zu 03 24/511 02**

Laufender Unterhalt der Notruftelefone und Unfallmeldeanlagen an Bundes- und Staatsstraßen sowie Instandsetzung oder Abbau von beschädigten Unfallmeldeanlagen.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 38,0 Tsd. € aufgrund des weitgehend abgeschlossenen Rückbaus von Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen, insoweit wird nur noch ein geringer Bedarf für unvorhergesehene Ereignisse benötigt.

**Zu 03 24/526 11**

Vergabe von Gutachten, Sachverständigenleistungen und dgl. auf dem Gebiet des Rettungswesens.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.249,0 Tsd. € zur Konzepterstellung zur Verbesserung des Bewusstseins und der Befähigung der Bevölkerung zur Leistung von lebensrettender Erster Hilfe sowie für eine Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Bayerischen Notfallregisters im Rahmen der Versorgungsforschung.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 22,0 Tsd. € aufgrund Preisanpassung und Erstellung weiterer Gutachten.

**Zu 03 24/547 01**

Nicht aufteilbare Zweckausgaben für den Katastrophenschutz den Rettungsdienst

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
	3,2	3,2
	2,5	2,5
Zusammen	5,7	5,7

**Zu 03 24/547 02**

Zur Nachwuchsgewinnung sowie für eine Sympathiekampagne zum Abbau von Konfliktthemen.

**Zu 03 24/614 01**

Beitrag des Freistaates Bayern an den Katastrophenschutzfonds nach Art. 12 Abs. 3 und 4 des Bayer. Katastrophenschutzgesetzes (2017 und 2018 je 1.620,0 Tsd. €).

Der Katastrophenschutzfonds ist ein staatliches Sondervermögen, dessen Einnahmen und Ausgaben in der Anlage B zu diesem Einzelplan ausgewiesen sind.

**Zu 03 24/671 01**

Erstattungsleistungen des Freistaates Bayern an die Durchführenden des Rettungsdienstes gem. Art. 33a BayRDG für Entgeltfortzahlung und Verdienstaugleich sowie Ersatz von einsatzbedingten Sachschäden für von den Integrierten Leitstellen alarmierten ehrenamtlichen Einsatzkräften (Retterfreistellung).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 320,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 24/671 02**

Im Juni 2014 verunglückte ein Höhlenforscher in der Riesending-Schachthöhle am Untersberg. Der gerettete Höhlenforscher ist zwar verpflichtet, den beteiligten Rettungsorganisationen die Einsatzkosten zu erstatten, er ist finanziell aber nicht ausreichend leistungsfähig. Der Freistaat Bayern hat daher als Billigkeitsleistung berechnete Kostenforderungen der beteiligten Rettungsdienstorganisationen übernommen und macht sie beim Geretteten im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit wieder geltend.

**Zu 03 24/671 03**

Erstattungsleistungen des Freistaates Bayern gem. Art. 17 Abs. 2 BayKSG für Entgeltfortzahlung und Verdienstaugleich sowie Ersatz von einsatzbedingten Sachschäden ehrenamtlicher Helfer einer freiwilligen Hilfsorganisation oder einer privaten Organisation, die von der Integrierten Leitstelle alarmiert werden, um als Mitglieder einer Schnell-Einsatz-Gruppe bei der Abwehr einer konkreten Gefahr Unterstützung zu leisten.

**Zu 03 24/684 01**

Die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes erhalten staatliche Zuwendungen

1. zur Deckung des Personal- und Sachaufwands für die im Katastrophenschutz übernommenen Aufgaben und
2. für die Ausbildung von Einsatzkräften der Hilfsorganisationen des Sanitäts- und Betreuungsdienstes.

Aus dem Ansatz können auch die Luftrettungsstaffel Bayern und der Freiwillige Seenotrettungsdienst gefördert werden.

**Zu 03 24/684 02**

Zuschuss an die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes zur Fortführung der 2014 begonnenen Kampagne zur Nachwuchsgewinnung. Die Sicherstellung des hohen ehrenamtlichen Engagements in allen sicherheitsrelevanten Bereichen liegt im staatlichen und gesellschaftlichen Interesse.

**03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
685 01-5	045	Zuschuss zum laufenden Betrieb des Hubschraubersimulationszentrums im Bergwacht-Zentrum für Sicherheit und Ausbildung <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von jährlich bis zu 180,0 Tsd. € zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 entsprechend des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i>	780,0	810,0	A B C	745,4 691,1 554,5
<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>						
812 01-1	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 812 02 und 883 01. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe von 800,0 Tsd. €. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.555,0	2.555,0	A B	5.055,0 2.012,4
812 02-0	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen aus dem Sonderinvestitionsprogramm Hochwasser <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 883 02. Vgl. Vermerk bei Titel 812 01. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe von 3.315,0 Tsd. €. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.450,0	1.450,0	A	1.450,0
<u>812 03-9</u>	045	Erwerb von Digitalfunkausstattung für den Katastrophenschutz	500,0	300,0	A	
<u>812 04-8</u>	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen zur Fortentwicklung des Katastrophenmanagements <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 883 04.</i>	1.250,0	1.250,0	A	
<b>Investitionsförderungsmaßnahmen</b>						
883 01-5	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Beschaffungen der Feuerwehr aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 812 01. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe von 400,0 Tsd. €.</i>	---	---	A B	3.500,0 87,5
883 02-4	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Beschaffungen der Feuerwehr aus dem Sonderinvestitionsprogramm Hochwasser <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 812 02. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe von 1.049,0 Tsd. €.</i>	---	---	A B	--- 86,0
<u>883 04-2</u>	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Warnung der Bevölkerung <i>Vgl. Vermerk bei Titel 812 04.</i>	---	---	A	

## Erläuterungen

**Zu 03 24/685 01**

Der Freistaat Bayern unterstützt den laufenden Betrieb des Hubschraubersimulationszentrums im Bergwacht-Zentrum für Sicherheit und Ausbildung. Hierunter zählen u. a. Personalkosten, Kosten für Einsatzmittel oder Schutzausrüstung. Enthalten ist der in den Haushaltsjahren voraussichtlich auf Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Spezialeinheiten der Polizei entfallende Kostenanteil. Der Kostenanteil für die Feuerwehr wird durch den Deckungsvermerk zu Lasten der Mittel für den Brandschutz (Kap. 03 23 Tit. 883 01) finanziert.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 34,6 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Mehr 30,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Zuwendungsbedarf aufgrund des Übergangs in den Vollbetrieb sowie tariflicher Steigerung der Personalkosten.

**Zu 03 24/812 01**

Maßnahmen zur Beschaffung von Großgeräten und Ausrüstungsgegenständen für Katastrophenfälle aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz (insbesondere Krankentransportwagen, Gerätewagen Sanität, Wasserförderkomponenten, Ersatzbeschaffung Außenlastbehälter). Die im Eigentum des Staates verbleibenden Gegenstände werden an Dienststellen und Organisationen ausgegeben, die in Katastrophenfällen mit den Geräten und Ausrüstungsgegenständen eingesetzt werden (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG). Die für Feuerwehrezwecke zu beschaffenden Ausrüstungsgegenstände werden durch den Deckungsvermerk zu Lasten der Mittel für den Brandschutz (Kap. 03 23 Tit. 883 01) finanziert.

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 2.500,0 Tsd. € wegen der im Nachtragshaushalt einmalig bewilligten Investitionsmittel zur Verstärkung der Sicherheitsbehörden für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 24/812 02**

Maßnahmen zur Beschaffung von Großgeräten und Ausrüstungsgegenständen für Katastrophenfälle im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms Hochwasser (insbesondere Abrollbehälter Hochwasser, Flutmodule, Wasserfördersysteme, Ölwehrausstattung, Mannschaftstransportwagen mit Anhänger, Führungsunterstützungsfahrzeuge und Logistik-Transport-LKW). Die im Eigentum des Staates verbleibenden Gegenstände werden an Dienststellen und Organisationen ausgegeben, die in Katastrophenfällen mit den Geräten und Ausrüstungsgegenständen eingesetzt werden (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG). Die für Feuerwehrezwecke zu beschaffenden Ausrüstungsgegenstände werden durch den Deckungsvermerk zu Lasten der Mittel für den Brandschutz (Kap. 03 23 Tit. 883 01) finanziert.

**Zu 03 24/812 03**

Veranschlagt ist der Bedarf für die Beschaffung der Endgeräte, Endgerätezubehör/-installation und für den Abbau/die Entsorgung der Analogfunkausstattung des staatlichen Katastrophenschutzes.

Bisher bei Kap. 03 03 Titel 812 85 veranschlagt.

**Zu 03 24/812 04**

Zur Fortentwicklung des EDV-gestützten Katastrophenmanagements (Geo-KAT) sowie Evakuierungsplanung.

**Zu 03 24/883 01**

Staatliche Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für vorbeugende Maßnahmen (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG) aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz (insbesondere Mehrzweckboote Ölwehr und Ölwehrausstattung). Die Finanzierung erfolgt aus den bei Tit. 812 01 veranschlagten Mittel sowie für die Beschaffungen der Feuerwehren durch den Deckungsvermerk zu Lasten der Mittel für den Brandschutz (Kap. 03 23 Tit. 883 01). Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für Zuwendungen an sonstige Hilfsorganisationen bei Tit. 812 01 gedeckt werden.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 3.500,0 Tsd. € wegen der im Nachtragshaushalt einmalig bewilligten Investitionsmittel zur Verstärkung der Sicherheitsbehörden für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Zu 03 24/883 02**

Staatliche Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für vorbeugende Maßnahmen (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG) im Rahmen des Investitionssonderprogramms Hochwasser (insbesondere Sandsackabfüllanlagen und ELW). Die Finanzierung erfolgt aus den bei Tit. 812 02 veranschlagten Mittel sowie für die Beschaffungen der Feuerwehren durch den Deckungsvermerk zu Lasten der Mittel für den Brandschutz (Kap. 03 23 Tit. 883 01). Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für Zuwendungen an sonstige Hilfsorganisationen bei Tit. 812 02 gedeckt werden.

**Zu 03 24/883 04**

Siehe Erläuterungen zu Tit. 812 04.

**03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>		<b>6</b>
						Tsd. €
894 01-2	045	Leistungen gem. Art. 33 BayRDG <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei Tit. 119 11. Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung einseitig deckungsfähig zugunsten Tit. 526 11. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 02 Tit. 547 07. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.700,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 11.600,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.300,0	5.700,0	A	5.578,1
					B	2.418,2
					C	6.643,0
<u>894 03-0</u>	045	Zuschuss für die Errichtung eines Zentrums für Katastrophen- und Terrorabwehr	1.500,0	---	A	
		<b>Titelgruppen</b>				
		<b>80 Ärztliche Leiter Rettungsdienst</b>				
		<i>Titel der TG übertragbar.</i>				
<u>428 80-1</u>	045	Entgelte für das Personal der Geschäftsstellen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 236 80.</i>	775,0	778,7	A	
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	775,0	778,7	A	-
					B	-
					C	-



## Erläuterungen

**Zu 03 24/894 01**

Leistungen gem. Art. 33 Abs. 1 BayRDG an die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung sowie bis zum Abschluss der Einführung integrierter Leitstellen an die Betreiber von Rettungsleitstellen gem. Art. 55 Abs. 4 BayRDG für die durch Zuwendungen Dritter nicht gedeckten Kosten der Beschaffung notwendiger Investitionsgüter mit einer gewöhnlichen Nutzungsdauer von mehr als drei Jahren. Der Umfang der Beschaffungen wird durch jährliche Beschaffungspläne festgestellt.

Gemäß Art. 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayRDG erstattet der Staat den Durchführenden der Berg- und Höhlenrettung sowie der Wasserrettung auch die Anschaffungskosten der Endgeräte für den Digitalfunk (mit Zubehör). Die Kosten waren bisher bei Kap. 03 03 Titel 893 85 veranschlagt.

Die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung wurden ersatzweise für die in Art. 33 Abs. 1 Nr. 6 BayRDG vorgesehene staatliche Kostenerstattung für Geodaten als Nutzungsberechtigte in die Ressortvereinbarung des StMI mit der Vermessungsverwaltung über die Nutzung von Geobasisdaten mit einbezogen. Der Deckungsvermerk zugunsten Kap. 03 02 Tit. 547 07 dient der Zahlung des anteiligen Entgelts dafür.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.721,9 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Beschaffungsbedarf (Digitalfunkgeräte).

2018 gegenüber 2017:

Weniger 1.600,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Beschaffungsbedarf.

**Zu 03 24/894 03**

Der Freistaat Bayern unterstützt die Planungen des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) für ein Ausbildungszentrum zur Katastrophen- und Terrorabwehr für alle freiwilligen Hilfsorganisationen in Bayern mit einem Zuschuss zu den Planungskosten i.H.v. 1,5 Mio. €. Das BRK wird das Zentrum auf Grundlage einer gemeinsamen Vereinbarung aller freiwilligen Hilfsorganisationen betreiben. Es schafft Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten für die freiwilligen Hilfsorganisationen im Bereich der Katastrophen- und Terrorabwehr.

**Zu 03 24/80**

Das am 01.04.2016 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes und der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes“ vom 08.03.2016 (GVBl S. 30) ordnet die Institution der „Ärztlichen Leiter Rettungsdienst“ organisatorisch und strukturell neu. Art. 11 Abs. 1 Satz 1, Art. 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 BayRDG sehen nunmehr die Bestellung je eines „Ärztlichen Leiters Rettungsdienst“ („ÄLRD“) auf Ebene der Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF), je eines „Ärztlichen Bezirksbeauftragten Rettungsdienst“ („Bezirksbeauftragter“) auf Ebene der Rettungsdienstbezirke und eines „Ärztlichen Landesbeauftragten Rettungsdienst“ („Landesbeauftragter“) auf Landesebene vor.

Die Ämter der ÄLRD und des Landesbeauftragten bestanden bereits nach alter Rechtslage, das Amt des Bezirksbeauftragten sowie die Geschäftsstelle am Sitz der höheren Rettungsdienstbehörde (Regierung) mit einem jeweils halben Stellenanteil wurden durch die Gesetzesänderung neu geschaffen. Für die Bezirksbeauftragten und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle als Beschäftigte des Freistaats Bayern sind arbeitsrechtlich die Regierungen zuständig, so dass entsprechende Titel im Staatshaushalt aufgenommen werden müssen.

An die Bezirksbeauftragten wird eine außertarifliche monatliche Vergütung geleistet, die sich in der Höhe an der Vergütung des Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken (TV-Ärzte/TdL) orientiert. Für die Geschäftsstellen ist eine Vergütung bis höchstens EG 8 TV-L vorgesehen.

Dem Staatshaushalt entstehen durch die Vergütung der Ärztlichen Leiter Rettungsdienst sowie der Personal- und Sachkosten der Geschäftsstellen keine Kosten, da die Sozialversicherungsträger diese gemäß der ÄLRD-Vereinbarung in vollem Umfang übernehmen (s. Tit. 236 80).

**Zu 03 24/428 80**

Vergütet werden der Landesbeauftragte (bisher Tit. 427 01), die Bezirksbeauftragten und das Personal der Geschäftsstellen. Entgelte für das Personal der Geschäftsstellen (einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 775,0 Tsd. € wegen Veranschlagung des Landesbeauftragten, der Bezirksbeauftragten und des Personals für die Geschäftsstellen.

**03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		<b>88 - 89 Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst</b> <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
511 89-0	045	Betriebskosten für die Integrierte Lehrleitstelle (ILLS) und für die zentralen Dienste <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i>	---	---	A	
517 89-4	045	Bewirtschaftungskosten für die Integrierte Lehrleitstelle (ILLS) und für die zentralen Dienste <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i>	---	---	A	
518 89-3	045	Betriebskosten für einen Behandlungskapazitätenachweis in den Integrierten Leitstellen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kap. 03 24 Tit. 236 02.</i>	80,0	80,0	A	80,0
525 88-5	045	Aus- und Fortbildung <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils, außer der externen Dozenten für die Leitstellenlehrgänge.</i>	---	---	A	---
					B	111,6
					C	120,0
526 88-4	045	Gutachten, Projektmanagement und Beratungsleistungen	438,8	438,8	A	438,8
					B	627,3
					C	558,6
684 88-2	045	Förderung des Erwerbs der rettungsdienstlichen Qualifikation für den Einsatz in Integrierten Leitstellen	---	---	A	---
701 88-1	045	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Ersterrichtung)	---	---	A	---
701 89-0	045	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Folgeerrichtung) <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	---
812 89-6	045	Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle einschließlich Verbesserung der Software der Lehrleitstelle und der Integrierten Leitstellen <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	538,1	538,1	A	538,1
					B	348,5
					C	384,0
883 88-1	045	Zuschüsse für Erstinvestitionen (Technik), bauliche Anpassungen und Neubauinvestitionen im Bereich Feuerwehr	---	---	A	---
					B	57,5
					C	262,9
887 88-7	045	Erstattung der Erstinvestitionen (Technik) im Bereich Rettungsdienst <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei Tit. 119 13.</i>	---	---	A	---
					B	212,6
					C	1.011,5

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 24/88 - 89**

In der TG 88 – 89 werden die Mittel für den Aufbau und den Betrieb der Integrierten Leitstellen (ILS) sowie der Integrierten Lehrleitstelle (ILL) an der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried veranschlagt.

Art. 1 des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen (ILSG) vom 25. Juli 2002, zuletzt geändert mit Verordnung v. 22.07.2014 (GVBI S. 286), regelt die gemeinsame Nutzung der Notrufnummer 112 durch Rettungsdienst und Feuerwehr sowie die flächendeckende Einführung Integrierter Leitstellen. Landesweit wurden 26 Integrierte Leitstellen auf der Ebene von Rettungsdienstbereichen errichtet, der Neubau der Integrierten Leitstelle München soll 2017 abgeschlossen sein.

Sämtliche Investitions- und Betriebskosten der ILS sind entsprechend ihrer tatsächlichen Inanspruchnahme in den einzelnen Aufgabenbereichen auf die Aufgaben- und Kostenträger zu verteilen. Der Finanzierungsplanung liegt die grundsätzliche Annahme zugrunde, dass die Kosten landesdurchschnittlich in einem Verhältnis von 75 : 25 auf die Bereiche Rettungsdienst und Feuerwehr verteilt werden. Bei der Abrechnung wird jeweils ein sog. Fachdienstschlüssel angewendet, der sich aus dem Verhältnis der Einsatzzahlen für Feuerwehr und Rettungsdienst unter Berücksichtigung einer mittleren Bearbeitungszeit für die verschiedenen Einsatzarten durch die ILS errechnet (§ 38 AV BayRDDG).

Darüber hinaus stellt der Freistaat Bayern den Betreibern der ILS das Nutzungsrecht an der landeseinheitlichen Einsatzleitsoftware sowie Geobasisdaten unentgeltlich zur Verfügung und trägt die Kosten für die Honorare und Reisekosten der externen Dozenten für die **Leitstellenlehrgänge** an der Staatlichen Feuerweherschule in Geretsried (Tit. 525 88).

Die Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ILSG an die Betreiber von Integrierten Leitstellen für die nach **Ersterrichtung** notwendigen **Folgeanschaffungen** von kommunikations- und informationstechnischer Ausstattung und die Datenverarbeitungsprogramme der ILS sowie für die zur Alarmierung und Kommunikation notwendige fernmeldetechnische Infrastruktur in der Fläche, soweit diese nicht durch Zuwendungen Dritter gedeckt sind und eine Nutzungsdauer von länger als drei Jahren haben, werden bei Tit. 887 89 veranschlagt.

Für die Jahre 2017 und 2018 ist der voraussichtlich auf den Rettungsdienst entfallende Kostenanteil gemäß Art. 7 Abs. 1 ILSG veranschlagt.

Der Bedarf für den auf den Rettungsdienstbereich entfallenden Anteil an den **Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle** (Erneuerung der luK-Technik) ist bei Tit. 812 89 veranschlagt; für den auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteil vgl. Deckungsvermerk zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01.

**Zu 03 24/511 89**

Betriebskosten für die ILLS und zentrale Dienste für die ILS.

**Zu 03 24/517 89**

Bewirtschaftungskosten für die ILLS und zentrale Dienste für die ILS.

**Zu 03 24/518 89**

Betriebskosten für einen Behandlungskapazitätenachweis in den ILS. Die Kosten werden von den Sozialversicherungsträgern erstattet.

**Zu 03 24/525 88**

Aus- und Fortbildungskosten für Leitstellenlehrgänge und Schulungen.

**Zu 03 24/526 88**

Gutachten, Projektmanagement und Beratungsleistungen für Fortentwicklung des ILS-Gesamtsystems.

**Zu 03 24/701 89**

Baukosten für Testumgebung, Teststellung, Serverraum.

**Zu 03 24/812 89**

Folgeanschaffungen für die ILLS einschließlich notwendiger Verbesserungen der Einsatzleitsoftware.

**Zu 03 24/887 88**

Ersterrichtung der ILS (Technik) sowie Anbindung und Anpassung der ILS an den Digitalfunk. Die Kosten für den Digitalfunk waren bisher bei Kap. 03 03 Tit. 887 85 veranschlagt.

**03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
887 89-6	045	Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und 2 Satz 2 ILSG (Folgeanschaffungen nach Ersterrichtung) <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.292,7	2.292,7	A B C	2.292,7 2.330,1 353,8
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	3.349,6	3.349,6	A B C	3.349,6 3.687,7 2.690,8
		<b>Gesamtausgaben</b>	23.331,9	20.207,0	A B C	22.360,9 12.133,3 18.646,7
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A B C	- 230,0 0,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	890,0	893,7	A B C	128,0 80,1 -
		<b>Gesamteinnahmen</b>	890,0	893,7	A B C	128,0 310,1 0,2
		Personalausgaben	814,0	937,1	A B C	48,0 38,0 39,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.176,5	2.198,5	A B C	958,0 1.139,5 1.001,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.955,6	2.985,6	A B C	2.941,0 2.903,1 5.825,8
		Baumaßnahmen	-	-	A B C	- - -
		Sonstige Sachinvestitionen	6.293,1	6.093,1	A B C	7.043,1 2.360,9 384,0
		Investitionsförderungsmaßnahmen	11.092,7	7.992,7	A B C	11.370,8 5.691,8 11.396,2
		<b>Gesamtausgaben</b>	23.331,9	20.207,0	A B C	22.360,9 12.133,3 18.646,7
		<b>Zuschuss</b>	22.441,9	19.313,3	A B C	22.232,9 11.823,2 18.646,6

**Erläuterungen**

---

**Zu 03 24/887 89**

Erforderlicher Hardwaretausch (5- bzw. 10-jähriger) der ILS.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>Einnahmen</b>						
<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>						
111 01-4	044	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
119 01-6	044	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	4,0
					C	5,0
119 49-0	044	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0	A	---
					B	1,6
					C	24,8
124 01-9	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i> <i>Die Hilfsorganisationen, sonstige Einheiten des Katastrophenschutzes und Disponenten der Integrierten Leitstellen dürfen an den Digitalfunk-Schulungen ohne volle Werterstattung teilnehmen (Art. 63 Abs. 3, 5 BayHO).</i>	270,0	270,0	A	270,0
					B	377,1
					C	412,8
125 01-8	044	Einnahmen aus der Verpflegung des Küchenpersonals, sonstiger Bediensteter und von Gästen <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 22.</i>	85,0	85,0	A	90,0
					B	135,5
					C	125,4
132 01-9	044	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10,0	10,0	A	10,0
					B	34,6
<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>						
231 01-9	044	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i>	500,0	500,0	A	500,0
					B	669,5
					C	563,6
232 01-8	044	Erstattungen von Ländern und Kommunen <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i>	---	---	A	---
					B	3,0
					C	3,6
<u>233 01-7</u>	044	Erstattung von Ausbildungskosten bei einem Dienstherrnwechsel <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 633 01.</i>	---	---	A	
235 12-2	044	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
236 12-1	044	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
261 01-2	044	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
281 01-8	044	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
<b>Gesamteinnahmen</b>			887,0	887,0	A	890,0
					B	1.225,3
					C	1.135,3

## Erläuterungen

**Vorbemerkung zu Kapitel 03 26**

Der Staat unterhält die Landesfeuerwehrschiilen in Geretsried, Regensburg (Lappersdorf) und Würzburg (Art. 3 BayFwG), die dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnet sind. Sie haben insbesondere Feuerwehrendienstleistende der Freiwilligen Feuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Werkfeuerwehren sowie besondere Führungsdienstgrade im Brandschutz und im technischen Hilfsdienst auszubilden. Die Staatliche Feuerwehrschiile Geretsried hat außerdem die Disponenten Integrierter Leitstellen auszubilden (§ 18 der Verordnung zur Ausführung des Bayer. Feuerwehrgesetzes). Zu diesem Zweck wird eine Integrierte Lehrleitstelle (ILLS) betrieben. Zur Schulung von Teilnehmern nichtstaatlicher BOS ohne volle Werterstattung s. Haushaltsvermerk bei Titel 124 01.

**Zu 03 26/119 01**

Einnahmen aus dem Verkauf von Ausbilderleitfäden, des Jahrbuches für Brand- und Katastrophenschutz u.ä.

**Zu 03 26/124 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	10,0	10,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	245,0	245,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	7,5	7,5
4. Sonstige Einnahmen	7,5	7,5
Zusammen	270,0	270,0

**Zu 03 26/132 01**

Einnahmen aus dem Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen und Geräten.

**Zu 03 26/231 01**

Anteilige Erstattung des Bundes für integrierte Katastrophenschutz Ausbildung.

**Zu 03 26/232 01**

Erstattung von Ländern und Kommunen für die Herstellung und Überlassung von Feuerwehrendienstvorschriften u.ä.

**Zu 03 26/233 01**

Gemäß Art. 139 BayBG sind bei einem Wechsel von Beamten und Beamtinnen, die in der zweiten oder dritten Qualifizierungsebene einsteigen, vom Freistaat Bayern zu anderen Dienstherren von diesen die Ausbildungskosten zu erstatten. Bei Tit. 233 01 darf auch die Erstattung von Aus- und Fortbildungskosten bei einem Wechsel zu privaten Arbeitgebern verbucht werden.

**Zu 03 26/236 12**

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit wegen Ersatzeinstellungen.

**Zu 03 26/281 01**

Kostenerstattungsansprüche bei gewonnenen Passivprozessen der Feuerwehrschiilen.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>Ausgaben</b>						
<b>Personalausgaben</b>						
422 01-8	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	4.027,7	4.204,8	A B C	2.798,4 3.393,5 3.514,0
422 21-4	044	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	118,2	119,9	A B C	115,4 50,6 62,3
422 31-2	044	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
422 41-0	044	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	25,0	25,0	A B	25,0 23,3
<u>422 45-6</u>	044	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	
427 01-3	044	Beschäftigungsentgelte usw.	600,0	600,0	A B C	600,0 366,1 320,1
428 01-2	044	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Vgl. Kapitelvermerk im Stellenplan zu Kap. 03 26.</i>	3.451,9	3.539,5	A B C	3.643,0 2.747,7 2.879,8
428 11-0	044	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Kapitelvermerk im Stellenplan zu Kap. 03 26.</i>	35,0	35,0	A B C	35,0 41,7 0,8
428 12-9	044	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
428 21-8	044	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Vgl. Kapitelvermerk im Stellenplan zu Kap. 03 26.</i>	1.979,2	2.297,9	A B C	1.692,5 1.360,3 1.404,8
428 41-4	044	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	40,0	40,0	A B C	40,0 23,4 25,2
429 01-1	044	Ausgaben für den Bundesfreiwilligendienst	40,0	40,0	A B	20,0 1,8
443 16-6	044	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	16,0	16,0	A B C	15,0 14,2 9,0
453 01-0	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	65,0	65,0	A B C	60,0 7,7 31,9
459 11-2	044	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	3,0	3,0	A	---
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
511 01-0	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	219,9	224,9	A B C	220,0 179,3 220,1
511 22-5	044	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	360,0	360,0	A B C	350,0 381,5 343,4



## Erläuterungen

**Zu 03 26/422 01, 422 21 und 422 31**

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

**Zu 03 26/422 41**

Mehrarbeitsvergütung für Beamte (insbesondere für Rufbereitschaften).

**Zu 03 26/422 45**

Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 66 ff BayBesG) der Beamtinnen und Beamten der Feuerwehrsulen.

**Zu 03 26/427 01**

Entgelte für Gastlehrer (insbesondere solche mit besonderen Fachkenntnissen für Speziallehrgänge und Digitalfunkausbildung) sowie für Hilfsausbilder. Kosten für die Ausbildung von Fachlehrern/Fachlehrerinnen für den Brand- und Katastrophenschutz.

**Zu 03 26/428 01, 428 11 und 428 12**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

**Zu 03 26/428 21**

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 286,7 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 318,7 Tsd. € wegen der Verstärkung des Servicepersonals aufgrund des erhöhten Lehrgangsangebots und der steigenden Teilnehmerzahlen.

**Zu 03 26/428 41**

Überstundenentgelte für Arbeitnehmer (insbesondere für Rufbereitschaften).

**Zu 03 26/429 01**

Ausgaben für Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst in den Staatlichen Feuerwehrsulen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 20,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 26/443 16**

Ausgaben zum Vollzug des Arbeitssicherheitsgesetzes.

**Zu 03 26/459 11**

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 03 02 Tit. 459 11.

**Zu 03 26/511 01**

2017 gegenüber 2016:

5,0 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den Bedarf,

5,1 Tsd. € weniger wegen Umsetzung zu Kap. 03 26 Tit. 547 26,

0,1 Tsd. € weniger.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
514 01-7	044	Haltung von Dienstfahrzeugen	325,0	345,0	A B C	270,0 276,6 250,9
514 11-5	044	Dienst- und Schutzkleidung	185,0	185,0	A B C	120,0 160,5 92,9
514 21-3	044	Verbrauchsmittel	95,0	95,0	A B C	90,0 59,3 48,7
514 22-2	044	Verpflegung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 125 01.</i>	315,0	315,0	A B C	350,0 323,0 304,1
517 01-4	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.050,0	1.100,0	A B C	800,0 888,7 943,0
517 05-0	044	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	750,0	750,0	A B C	750,0 606,6 661,8
517 31-8	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
517 35-4	044	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---

## Erläuterungen

Zu 03 26/514 01	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	95,0	95,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	230,0	250,0
Zusammen	<u>325,0</u>	<u>345,0</u>

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 55,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Mehr 20,0 Tsd. € wegen steigender Kosten für Wartungen und Reparaturen.

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	325,0	345,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Kap. 03 26 Tit. 811 01)	2.550,0	1.690,0
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	<u>2.875,0</u>	<u>2.035,0</u>

**Bestand an Dienstfahrzeugen:**

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Feuerwehrfahrzeuge und sonstige Dienstfahrzeuge	105	105	94	93	-
Anhänger	40	41	39	37	-
Boote	8	8	8	8	-

Zur Erhöhung der Sollzahlen der Fahrzeuge vgl. die bei Titel 811 01 erläuterten Erstbeschaffungen.

**Zu 03 26/514 11**

Dienstkleidungszuschüsse für durchschnittlich 147 Empfänger sowie Dienst- und Schutzkleidung für Bedienstete, Gastlehrer, Lehrgangsteilnehmer und Küchenpersonal.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 65,0 Tsd. € wegen der Erstausrüstung neuer Gastlehrer sowie wegen des erhöhten Bedarfs für den Heißeinsatz im Brandhaus.

**Zu 03 26/514 22**

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 35,0 Tsd. € nach Berücksichtigung der erwarteten Einnahmen sowie steigender Teilnehmerzahlen und Tagesseminare.

**Zu 03 26/517 01 und 517 31**

Veranschlagt sind:  
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Der Titel 517 31 entfällt ab 2017. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bedarfsgerecht bei Tit. 517 01 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 250,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:  
Mehr 50,0 Tsd. € wegen höherer Kosten für die Grundstücksbewirtschaftung aufgrund der Vergrößerung der Liegenschaften und Übungsgelände.

**Zu 03 26/517 05 und 517 35**

Der Titel 517 35 entfällt ab 2017. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bedarfsgerecht bei Tit. 517 05 veranschlagt.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
518 01-3	044	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe der bei Kap. 03 26 anfallenden Mehrkosten.</i>	69,0	69,0	A B	--- 20,6
518 11-1	044	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	150,0	150,0	A B C	120,0 88,2 84,7
<u>518 18-4</u>	044	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	---	---	A	
518 31-7	044	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	***	A	---
519 01-2	044	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe der bei Kap. 03 26 anfallenden Mehrkosten.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	2.000,0 1.955,3 2.265,8
525 01-4	044	Aus- und Fortbildung, Umschulung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 119 01, 124 01, 231 01 und 232 01. Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	435,0	435,0	A B C	705,0 490,1 579,1
<u>525 21-0</u>	044	Ausgaben für das Gesundheitsmanagement	3,0	3,0	A	
526 01-3	044	Gerichts- und ähnliche Kosten	---	---	A	---
526 11-1	044	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A B	--- 0,5
527 01-2	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	50,0	50,0	A B C	50,0 43,1 43,6
531 21-2	044	Herausgabe des Jahrbuches für Brand- und Katastrophenschutz	10,0	10,0	A B C	10,0 7,2 7,5
532 01-5	044	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkennnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe der bei Kap. 03 26 anfallenden Mehrkosten.</i>	---	---	A	---
532 11-3	044	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 01-4	044	Feuerwehr-Leistungsabzeichen	150,0	150,0	A B C	150,0 145,8 79,2
546 49-3	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	75,0	60,0	A B C	35,0 72,3 21,2
547 01-8	044	Sachaufwand im Bereich der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) für Einsatzkräfte	20,0	20,0	A B C	10,0 3,8 12,0
547 03-6	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die Feuerwehrjugend	30,0	30,0	A B C	30,0 25,5 21,0

---

**Erläuterungen**


---

**Zu 03 26/518 01 und 518 31**

Anmietung erforderlicher Unterkunftsöglichkeiten zur Durchführung von Lehrgängen der Staatlichen Feuerwehrsulen sowie für die Ausbildung von Feuerwehrbeamten an externen Standorten.

Der Titel 518 31 entfällt ab 2017. Der Bedarf dafür wird ab dem Doppelhaushalt 2017/2018 bedarfsgerecht bei Tit. 518 01 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 69,0 Tsd. € wegen der verstärkten Ausbildung von Feuerwehrbeamten und der verstärkten Anmietung von Unterkunftsöglichkeiten zur Abdeckung von Spitzenzeiten im Bereich des Lehrgangsangebots.

**Zu 03 26/518 11**

Anmietung von Fahrzeugen für Lehrfahrten und Lehrgänge.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 30,0 Tsd. € insbesondere für die Anmietung von Hubschraubern, die nicht mehr kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

**Zu 03 26/518 18**

Leasing von Fahrzeugen, soweit dies wirtschaftlicher ist als der jeweilige Kauf.

**Zu 03 26/525 01**

Aus- und Fortbildung, Umschulung, insbesondere Ausbildung von Nachwuchskräften, Schulungen am Fahr Simulator und Lehrgänge der Freiwilligen Feuerwehren, die von Dritten (z. B. Berufsfeuerwehren) durchgeführt werden.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 270,0 Tsd. € nach Berücksichtigung der erwarteten Einnahmen sowie wegen des verstärkten Einsatzes von externen Dienstleistern zur Verbesserung des Lehrgangsangebotes.

**Zu 03 26/525 21**

Sachausgaben für die Ein- und Durchführung von Maßnahmen für des Gesundheitsmanagements bzw. von Maßnahmen der Gesundheitsförderung.

**Zu 03 26/526 01**

Vertretungs- und Gerichtskosten in Rechtsstreitigkeiten.

**Zu 03 26/526 11**

Ausgaben für Gutachten, Dolmetscher und ähnliche Sachverständigenleistungen.

**Zu 03 26/533 01**

Feuerwehr-Leistungsabzeichen für die Teilnahme

- an der Leistungsprüfung "Die Gruppe im Löscheinsatz",
- an der Leistungsprüfung "Die Gruppe im technischen Hilfeleistungseinsatz" und
- an der Jugendleistungsprüfung.

**Zu 03 26/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 40,0 Tsd. € wegen erhöhten Bedarfs an Veröffentlichungen bzgl. Stellenausschreibungen sowie eines "Tages der offenen Tür" an der Feuerwehrsule Würzburg.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 15,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 26/547 01**

Sachaufwand im Bereich der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) für Einsatzkräfte (Supervision, Fortbildungsmaßnahmen, Qualitätssicherung, Kennzeichnung).

**Zu 03 26/547 03**

Wissenstest für die Feuerwehrjugend, Informationsmaterial für die Jugendwarte und sonstige Maßnahmen zur Nachwuchswerbung der Feuerwehren.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
<u>547 26-9</u>	235	Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Integrationsprojekte	5,1	5,1	A	
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
<u>633 01-3</u>	044	Erstattung von Ausbildungskosten bei einem Dienstherrwechsel <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 233 01.</i>	---	---	A	
671 01-6	044	Erstattungen an Lehrgangsteilnehmer <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	550,0	550,0	A	550,0
					B	527,4
					C	486,2
		<b>Baumaßnahmen</b>				
701 01-0	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe der bei Kap. 03 26 anfallenden Mehrkosten.</i>	613,0	---	A	700,0
					B	989,4
					C	888,3
710 00-0	044	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 26 Tit. 710 01, 740 02 und 745 01 der Anlage S.</i>	---	---	A	---
					B	15.009,5
					C	9.327,7

## Erläuterungen

**Zu 03 26/547 26**

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Integrationsprojekten.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 5,1 Tsd. € infolge von Umsetzungen von Tit. 511 01.

**Zu 03 26/633 01**

Gemäß Art. 139 BayBG hat der Freistaat Bayern bei Übernahme von Beamten und Beamtinnen, die in der zweiten oder dritten Qualifizierungsebene einsteigen, von anderen Dienstherrn diesen die Ausbildungskosten zu erstatten. Aus Tit. 633 01 darf auch die Erstattung von Aus- und Fortbildungskosten bei einem Wechsel von privaten Arbeitgebern gezahlt werden.

**Zu 03 26/671 01**

Kosten der An- und Rückreise der von den Freiwilligen Feuerwehren entsandten Lehrgangsteilnehmer.

**Zu 03 26/701 01**

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
<b>Staatliche Feuerwehrsule Geretsried</b>		
- Neubau einer Kfz-/Maschinenhalle und Verlegung des Zugangs zum Übungsgelände	50,0	-
- Neubau einer Chemieübungsanlage	83,0	-
<b>Staatliche Feuerwehrsule Würzburg</b>		
- Kanalsanierung	380,0	-
- Umbau leerstehender Räume des Hausmeistergebäudes zu zwei Familienzimmern mit Bädern und Wohnküche	100,0	-
Zusammen	613,0	-

2017 gegenüber 2016:

Weniger 87,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Weniger 613,0 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-7	044	Erwerb von Dienstfahrzeugen	2.550,0	1.690,0	A B C	1.525,0 1.759,3 1.884,7



## Erläuterungen

## Zu 03 26/811 01

2017	Tsd. €
<b>1. Erstbeschaffung</b>	
<u>Schule Geretsried</u>	
Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF 10)	330,0
<u>Schule Regensburg</u>	
2 Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge (HLF 10)	660,0
Einsatzleitwagen (ELW1)	120,0
PKW mit alternativer Antriebsart (Finanzierung zu Lasten entstehender Ausgabereste)	-
<u>Schule Würzburg</u>	
Mehrzweckfahrzeug (MZF)	80,0
Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF 10)	330,0
Teleskoplader	50,0
Rüstwagen	400,0
Anhänger - Abrollbehälter TH /Bauunfälle	120,0
2 PKW mit unterschiedlichen alternativen Antriebsarten (Finanzierung zu Lasten entstehender Ausgabereste)	-
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
<u>Schule Geretsried</u>	
Löschgruppenfahrzeug (LF 10)	250,0
Werkstattwagen	50,0
<u>Schule Würzburg</u>	
2 Mehrzweckfahrzeuge (MFZ)	160,0
Zusammen	<u>2.550,0</u>

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 1.025,0 Tsd. € nach dem tatsächlichen Bedarf.

2018	Tsd. €
<b>1. Erstbeschaffung</b>	
<u>Schule Würzburg</u>	
Abrollbehälter Mulde	20,0
<b>2. Ersatzbeschaffung</b>	
<u>Schule Geretsried</u>	
Pkw	30,0
Teleskoplader	80,0
Gerätewagen Logistik 2 (GW-L2)	200,0
Abrollbehälter Rüst	200,0
<u>Schule Regensburg</u>	
Gerätewagen Gefahrgut (GW-G)	550,0
Gerätewagen Messtechnik (GW-Mess)	140,0
<u>Schule Würzburg</u>	
Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF 20)	350,0
Tragkraftspritzenfahrzeug-Wasser (TSF-W)	120,0
Zusammen	<u>1.690,0</u>

2018 gegenüber 2017:  
Weniger 860,0 Tsd. € nach dem tatsächlichen Bedarf.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
812 01-6	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	850,0	910,0	A B C	800,0 946,3 858,9
812 02-5	044	Beschaffung von mobilen Brandübungsanlagen	---	---	A C	--- 96,4
821 01-5	044	Erwerb von Grundstücken <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01 bis zur Höhe der bei Kap. 03 26 anfallenden Mehrkosten.</i>	---	---	A	---
<b>Titelgruppen</b>						
<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>						
<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei Kap. 06 21 die TG 60 verstärkt werden.</i>						
511 99-3	044	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	360,0	360,0	A B C	656,0 647,9 668,8
514 99-0	044	Verbrauchsmittel	30,0	30,0	A B C	28,0 10,0 15,4
518 99-6	044	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	7,0	7,0	A C	6,0 6,8
525 99-7	044	Aus- und Fortbildung	67,0	70,0	A B C	54,0 28,5 17,9

## Erläuterungen

**Zu 03 26/812 01**

<b>2017</b>		Tsd. €
1. <u>Schule Geretsried:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		290,0
2. <u>Schule Regensburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		60,0
3. <u>Schule Würzburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		500,0
	Zusammen	850,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 50,0 Tsd. € insbesondere wegen Erstausrüstung der neuen Gebäude und Sonderübungsanlagen.

**2018**

1. <u>Schule Geretsried:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		240,0
2. <u>Schule Regensburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		70,0
3. <u>Schule Würzburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		600,0
	Zusammen	910,0

2018 gegenüber 2017:

Mehr 60,0 Tsd. € insbesondere wegen Erstausrüstung der neuen Gebäude und Sonderübungsanlagen.

**Zu 03 26/99**

Veranschlagung der Ausgaben für luK der Staatlichen Feuerwehrsulen.

Die luK-Ausrüstung dient dem Schulungsbereich (Ausbildung der Disponenten von Integrierten Leitstellen, Feuerwehrdienstleistenden der Freiwilligen Feuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Werkfeuerwehren sowie besonderer Führungsdienstgrade im Brandschutz und im technischen Hilfsdienst) sowie der Unterstützung des Dienstbetriebs.

Personal in Kap. 03 26, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen		
	2016	2017	2018
Plan-Beamte			
A 12	1,2	1,2	1,2
A 11	-	0,5	0,5
A 10	1,0	1,0	1,0
A 9	1,0	1,0	1,0
	Summe	3,7	3,7
Arbeitnehmer			
E 9	4,0	4,0	4,0
Auszubildende IT-Fachinformatiker Systemintegration	2,0	2,0	2,0
	Summe	6,0	6,0
	Insgesamt	9,2	9,7

**Zu 03 26/511 99**

		<b>2017</b>	<b>2018</b>
		Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände		181,0	181,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten		32,0	32,0
3. Wartung und Mieten		142,0	142,0
4. Bücher und Zeitschriften		2,5	2,5
5. Sonstiges		2,5	2,5
	Zusammen	360,0	360,0

2017 gegenüber 2016:

Weniger 296,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**Zu 03 26/525 99**

Schulungsmaßnahmen für das DV-Personal.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 13,0 Tsd. € wegen eines erhöhten Schulungsbedarfs für das DV-Personal (insb. Auszubildende).

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
526 99-6	044	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	10,0
					B	5,3
534 99-6	044	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	5,0	155,0	A	300,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>			B	28,1
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	97,7
		<i>150,0</i>				
812 99-9	044	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	600,0	600,0	A	832,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>			B	599,6
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	337,0
		<i>795,0</i>				
		<b>Summe der Titelgruppe</b>	1.069,0	1.222,0	A	1.886,0
					B	1.319,5
					C	1.143,6
		<b>Gesamtausgaben</b>	22.330,0	21.715,1	A	20.565,3
					B	34.309,7
					C	28.912,5

**Erläuterungen****Zu 03 26/526 99**

Sicherheitsüberprüfung der Web-Angebote alle 3 Jahre (2013 erstmalig, Web-TÜV).

**Zu 03 26/534 99**

Entwicklung von Software-Anwendungen zur Unterstützung der Staatlichen Feuerweherschulen sowie zur Ergänzung des Lehrgangsangebots.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 295,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 150,0 Tsd. € für die Entwicklung einer eLearning-Anwendung zur Ergänzung des Lehrgangsangebots.

**Zu 03 26/812 99**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 232,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

**03 26 Feuerweherschulen**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	387,0	387,0	A	390,0
					B	552,8
					C	568,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	500,0	500,0	A	500,0
					B	672,5
					C	567,2
		<b>Gesamteinnahmen</b>	887,0	887,0	A	890,0
					B	1.225,3
					C	1.135,3
		Personalausgaben	10.401,0	10.986,1	A	9.044,3
					B	8.030,3
					C	8.247,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.766,0	6.979,0	A	7.114,0
					B	6.447,8
					C	6.785,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	550,0	550,0	A	550,0
					B	527,4
					C	486,2
		Baumaßnahmen	613,0	-	A	700,0
					B	15.998,9
					C	10.215,9
		Sonstige Sachinvestitionen	4.000,0	3.200,0	A	3.157,0
					B	3.305,2
					C	3.177,1
		<b>Gesamtausgaben</b>	22.330,0	21.715,1	A	20.565,3
					B	34.309,7
					C	28.912,5
		<b>Zuschuss</b>	21.443,0	20.828,1	A	19.675,3
					B	33.084,3
					C	27.777,3

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		<b>Abschluss Epl. 03A</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	469.067,5	469.222,0	A B C	449.135,4 477.646,0 473.253,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	19.222,5	12.596,6	A B C	2.686,7 51.491,5 58.546,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.062,4	3.154,0	A B C	3.286,3 2.486,9 3.157,9
		<b>Gesamteinnahmen</b>	491.352,4	484.972,6	A B C	455.108,4 531.624,4 534.957,9
		Personalausgaben	3.734.720,4	3.876.425,3	A B C	3.596.871,3 3.311.316,4 3.219.797,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	442.308,9	417.529,4	A B C	364.119,9 427.578,9 382.075,5
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	48.822,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	40.066,0			
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	91.342,8	89.876,4	A B C	73.387,2 89.820,9 93.692,2
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	600,0			
		Baumaßnahmen	87.958,4	95.192,8	A B C	94.265,2 119.396,0 119.232,0
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	75.909,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	73.965,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	91.462,5	111.632,6	A B C	143.796,5 58.950,1 54.056,6
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	82.686,8			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	90.239,2			
		Investitionsförderungsmaßnahmen	82.628,9	96.601,3	A B C	106.329,2 85.149,0 87.574,4
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	67.020,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	66.400,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	-8.581,7	-8.581,7	A B C	-8.606,6 62,1 3.403,5
		<b>Gesamtausgaben</b>	4.521.840,2	4.678.676,1	A B C	4.370.162,7 4.092.273,3 3.959.831,3
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	274.437,8			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	271.270,2			
		<b>Zuschuss</b>	4.030.487,8	4.193.703,5	A B C	3.915.054,3 3.560.649,0 3.424.873,5

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2017		2018	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<b>03 01</b>					
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	568,4	236,8	704,1	284,2
<b>03 02</b>					
547 07	Sächliche Verwaltungsausgaben für E-Government-Maßnahmen	2.561,3	1.890,0	2.294,2	1.890,0
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
<b>03 03</b>					
533 01	Auszeichnungen für besondere Verdienste	240,0	-	230,0	40,0
	<b>85 Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern</b>				
511 85	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften und sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	10.668,7	200,0	10.008,3	200,0
517 85	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.140,8	500,0	7.394,9	500,0
518 85	Mieten und Pachten	6.567,1	500,0	8.088,6	500,0
534 85	Vergabe von Aufträgen	17.337,4	3.500,0	11.626,9	3.500,0
701 85	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	11.567,2	1.000,0	10.964,6	1.000,0
812 85	Investitionen	7.128,9	4.000,0	7.510,0	4.000,0
	<b>86 Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten (zzgl. Zubehör) und nutzerseitige Kosten bei nichtstaatlichen BOS</b>				
883 86	Zuschüsse zur Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren	2.000,0	5.520,0	10.000,0	-
	<b>91 Ausgaben zur Förderung des Sportwesens (ohne Schulsport)</b>				
893 91	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen	12.577,5	10.000,0	12.577,5	10.000,0
<b>03 05</b>					
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
701 99	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	120,0	474,0	474,0	-
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	168,0	30,0	168,0	30,0
<b>03 06</b>					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500,0	500,0	500,0	500,0

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2017		2018	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<b>03 06</b>					
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
701 99	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	-	40,0	465,0
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	463,0	80,0	463,0	80,0
<b>03 07</b>					
518 11	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	143,0	110,0	143,0	110,0
532 11	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	80,0	140,0	140,0	250,0
	<b>92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus</b>				
526 92	Ausgaben für Sachverständige	---	550,0	---	550,0
812 92	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	---	170,0	---	110,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	500,0	110,0	550,0	110,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	400,0	220,0	291,0	220,0
526 99	Ausgaben für Sachverständige	409,0	110,0	420,5	110,0
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	174,6	1.300,0	713,7	660,0
<b>03 08</b>					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.690,0	2.000,0	2.680,0	2.000,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.469,4	380,0	1.458,9	120,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	552,7	50,0	600,0	1.320,0
701 99	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	485,0	935,0	935,0	-
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	3.901,5	3.500,0	3.517,5	2.500,0
<b>03 15</b>					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	533,1	332,0	533,1	166,0



## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2017		2018	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<b>03 15</b>					
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	570,2	330,0	570,2	330,0
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.713,2	75,0	1.813,2	75,0
<b>03 17</b>					
511 22	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	450,0	50,0	450,0	50,0
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.665,0	200,0	1.665,0	200,0
518 18	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	284,0	250,0	284,0	250,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	100,0	400,0	400,0	400,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	550,0	500,0	550,0	500,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.000,0	500,0	1.000,0	500,0
	<b>96 Betrieb, Instandhaltung, Überwachung, Erweiterung und Verlegung von polizeieigenen Kommunikationssystemen</b>				
812 96	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	2.880,5	200,0	300,0	200,0
	<b>97 Kosten der Telekommunikation</b>				
534 97	Vergabe von Aufträgen	700,0	250,0	700,0	250,0
812 97	Erwerb von Hard- und Software	1.400,0	600,0	1.400,0	600,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	8.000,0	2.000,0	8.000,0	2.000,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	15.251,8	7.000,0	12.401,8	7.000,0
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	8.000,0	5.000,0	7.000,0	5.000,0
<b>03 18</b>					
514 11	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Kleidergeld	4.697,0	2.000,0	4.325,0	2.000,0
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	15.000,0	8.000,0	15.000,0	8.000,0
518 18	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	9.827,4	6.000,0	9.827,4	6.000,0

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2017		2018	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<b>03 18</b>					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	7.163,2	6.000,0	8.299,0	6.000,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	6.274,5	10.000,0	12.004,5	10.000,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	10.258,2	25.000,0	32.400,0	25.000,0
	<b>81 Bekämpfung der Terror-, Gewalt- und Organisierten Kriminalität</b>				
811 81	Anschaffung von Dienstfahrzeugen	1.000,0	500,0	1.000,0	500,0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.000,0	500,0	2.000,0	500,0
	<b>97 Kosten der Telekommunikation und des Notrufs 110</b>				
812 97	Erwerb von Hard- und Software	7.000,0	5.000,0	7.000,0	5.000,0
	<b>98 Kosten der Funkkommunikation</b>				
812 98	Erwerb von Hard- und Software	950,0	100,0	950,0	100,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	6.050,0	3.500,0	6.100,0	3.500,0
<b>03 20</b>					
514 11	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Kleidergeld	30.792,8	4.000,0	18.322,0	4.000,0
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	15.700,0	10.000,0	10.700,0	-
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	7.040,0	2.100,0	4.400,2	2.100,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	3.200,0	2.000,0	3.200,0	2.000,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	9.700,0	5.000,0	8.300,0	5.000,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	160,0	50,0	160,0	50,0
<b>03 21</b>					
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	125,0	50,0	125,0	50,0

## Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2017		2018	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<b>03 23</b>					
685 01	Beiträge und Zuschüsse	1.270,8	-	1.270,8	600,0
883 01	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.	25.819,2	30.000,0	34.989,1	30.000,0
883 02	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern	16.000,0	12.800,0	16.000,0	12.800,0
<b>03 24</b>					
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz	2.555,0	2.000,0	2.555,0	2.000,0
812 02	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen aus dem Sonderinvestitionsprogramm Hochwasser	1.450,0	2.000,0	1.450,0	2.000,0
894 01	Leistungen gem. Art. 33 BayRDG	7.300,0	5.700,0	5.700,0	11.600,0
	<b>88 - 89 Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst</b>				
701 89	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Folgeerrichtung)	- - -	1.000,0	- - -	-
812 89	Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle einschließlich Verbesserung der Software der Lehrleitstelle und der Integrierten Leitstellen	538,1	10.000,0	538,1	20.000,0
887 89	Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und 2 Satz 2 ILSG (Folgeanschaffungen nach Ersterrichtung)	2.292,7	3.000,0	2.292,7	2.000,0
<b>03 26</b>					
525 01	Aus- und Fortbildung, Umschulung	435,0	-	435,0	400,0
	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	5,0	150,0	155,0	-
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	600,0	795,0	600,0	-
<b>Epl. 03A</b>					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	55.000,0	60.000,0	60.000,0	60.000,0
	<b>Summe der Verpflichtungsermächtigungen:</b>		274.437,8		271.270,2



## **Sondervermögen**

im Sinne des Art. 26 Abs. 2 BayHO

Kapitel 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes

(zu Kapitel 03 24)

**Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)**  
**Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>80 47</b>						
		<b>Einnahmen</b>				
		<b>Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.</b>				
119 49-4	045	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	A	10,0
					B	76,4
					C	76,3
162 01-6	045	Zinserträge aus der Rücklage	8,0	8,0	A	30,0
					B	10,6
					C	20,5
		<b>Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen</b>				
231 01-3	045	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	75,0	75,0	A	75,0
					B	301,5
					C	8,6
233 01-1	045	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte	810,0	810,0	A	810,0
					B	810,0
					C	810,0
271 01-4	045	Erstattungen von der EU	---	---	A	---
		<b>Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen</b>				
332 01-1	851	Zuführungen des Freistaates Bayern	1.620,0	1.620,0	A	1.620,0
					B	1.620,0
					C	4.175,0
356 02-1	851	Entnahme aus der Rücklage für Zwecke des Art. 12 Abs.2 Nr. 1 BayKSG	---	---	A	---
356 03-0	851	Entnahme aus der Rücklage für Zwecke des Art. 12 Abs. 2 Nr. 2 BayKSG	---	---	A	---
		<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2.523,0</b>	<b>2.523,0</b>	A	<b>2.545,0</b>
					B	<b>2.821,3</b>
					C	<b>5.090,4</b>

**Erläuterungen**

**Vorbemerkung zu Kapitel 80 47**

Der Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes ist ein staatliches Sondervermögen (Art. 26 Abs. 2 BayHO). Er wird gemäß Art. 12 Abs. 3 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) vom 24.07.1996 (GVBl S. 282), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 19 G zur Änderung des Bayerischen Statistikgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 12.05.2015 (GVBl S. 82), zu zwei Dritteln aus dem Staatshaushalt (Kap. 03 24 Titel 614 01) und zu einem Drittel durch Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte gespeist.

Nach Art. 12 Abs. 2 BayKSG können aus dem Fonds

- Aufwendungen der Katastrophenschutzbehörden und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für Maßnahmen zur Vorbereitung der Katastrophenabwehr gefördert werden;
- den Katastrophenschutzbehörden und den zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für Maßnahmen, die der Abwehr einer Katastrophe dienen, Zuschüsse gewährt werden, um unzumutbare Belastungen des Trägers der Aufwendungen abzuwenden, wenn dies nicht durch Inanspruchnahme anderer Leistungen möglich ist.

**Zu 80 47/119 49**

Erstattungen Dritter für Leistungen aus dem Katastrophenschutzfonds.

**Zu 80 47/162 01**

Zinserträge der Rücklage, die dieser wieder zugeführt werden (vgl. Tit. 919 01).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 22,0 Tsd. € wegen geringerer Rücklage und niedrigem Zinssatz.

**Zu 80 47/231 01**

Anteilige Erstattung des Bundes für Ausbildungsmaßnahmen.

**Zu 80 47/233 01**

Beiträge der Kommunen nach Art. 12 Abs. 3 und 4 BayKSG in Verbindung mit der Katastrophenschutzfondsverordnung.

**Zu 80 47/271 01**

Rückerstattungen an die EU werden bei Tit. 671 01 nachgewiesen.

**Zu 80 47/332 01**

Beiträge des Staates (Kap. 03 24 Tit. 614 01)  
nach Art. 12 Abs. 3 und 4 BayKSG und  
Katastrophenschutzfondsverordnung

	<b>2017</b>	<b>2018</b>
	Tsd. €	Tsd. €
	1.620,0	1.620,0

**Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)**  
**Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
<b>80 47</b>						
		<b>Ausgaben</b>				
		Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei HGr. 1 bis HGr. 3. Titel der HGr. 5 bis HGr. 8 gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Tit. 919 01.				
		<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
525 01-8	045	Lehrgänge im Katastrophenschutz	260,0	260,0	A	330,0
					B	247,0
					C	237,0
547 01-2	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	900,0	900,0	A	620,0
					B	710,0
					C	667,8
		<b>Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen</b>				
633 01-7	045	Zuweisungen an Gemeinden und andere zur Katastrophenhilfe Verpflichtete	600,0	600,0	A	600,0
					B	17,3
					C	-2.039,6
671 01-0	045	Erstattung von Einsatzkosten	80,0	80,0	A	50,0
					B	175,7
					C	108,1
		<b>Sonstige Sachinvestitionen</b>				
811 01-1	045	Beschaffung von Einsatzfahrzeugen	---	---	A	---
					B	0,1
					C	2.183,8
812 01-0	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	259,0	259,0	A	420,0
					B	313,8
					C	2.463,6
		<b>Investitionsförderungsmaßnahmen</b>				
883 01-4	045	Zuweisungen an Gemeinden und andere zur Katastrophenhilfe Verpflichtete für Investitionen	416,0	416,0	A	495,0
					B	1.088,8
					C	306,7
		<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
919 01-2	851	Ansammlung einer Rücklage für Zwecke des Art. 12 BayKSG <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der HGr. 5 bis 8.</i>	8,0	8,0	A	30,0
					B	265,8
					C	1.162,9
		<b>Gesamtausgaben</b>	2.523,0	2.523,0	A	2.545,0
					B	2.821,3
					C	5.090,4



**Erläuterungen**

**Zu 80 47/525 01**

Ausbildungsmaßnahmen sowie Lehrgänge im Aufgabenbereich Katastrophenschutz an der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried.

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 70,0 Tsd. € wegen Anpassung an geänderten Bedarf.

**Zu 80 47/547 01**

Personal- und Sachaufwendungen für die Wartung und Instandhaltung von staatseigenen Geräten, Materialien, Verbrauchsstoffen und Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz, ferner Mieten und Lagerkosten sowie anteilige Finanzierungen von Bund-/Länder-Projekten (Warnung der Bevölkerung und Gefahrstoffdatenbank). Programmierungskosten für EPSweb. Einsatzkosten werden nur aus Titel 633 01 und 671 01 bestritten oder erstattet.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 280,0 Tsd. € wegen zusätzlicher konsumtiver Kosten für die Unterbringung der Einsatzfahrzeuge sowie der Bund-/Länder-Projekte.

**Zu 80 47/633 01**

Ausgleich von Aufwendungen bei Katastropheneinsätzen, um unzumutbare Aufwendungen des Trägers der Aufwendungen abzuwenden, wenn dies nicht durch Inanspruchnahme anderer Leistungen möglich ist (Art. 12 Abs. 2 Nr. 2 BayKSG). Der Bedarf für Erstattungen an die Hilfsorganisationen zum Ausgleich der Mehraufwendungen infolge des Freistellungs- und Lohnfortzahlungsanspruchs der Helfer bei der Mitwirkung zur Katastrophenhilfe (im Mehrjahresdurchschnitt ca. 500,0 Tsd. €/Jahr) ist berücksichtigt.

**Zu 80 47/671 01**

Zur Erstattung von Einsatzkosten im abwehrenden Katastrophenschutz, die durch Anordnungen des Ministeriums oder der Regierungen entstanden sind.

2017 gegenüber 2016:  
Mehr 30,0 Tsd. € wegen erhöhter Einsätze durch Trockenperioden.

**Zu 80 47/812 01**

Maßnahmen zur Beschaffung von Großgeräten (auch EDV-Anlagen) und Ausrüstungsgegenständen für Katastrophenfälle einschließlich Beschaffungen. Die im Eigentum des Staates verbleibenden Gegenstände werden an Dienststellen und Organisationen ausgegeben, die in Katastrophenfällen mit den Geräten und Ausrüstungsgegenständen eingesetzt werden (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG).

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 161,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 80 47/883 01**

Staatliche Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände und an die zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für vorbeugende Maßnahmen (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG).

2017 gegenüber 2016:  
Weniger 79,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

**Zu 80 47/919 01**

Mit der Rücklage für Katastrophenfälle soll ein finanzieller Rückhalt geschaffen werden, um bei Katastrophen die höheren Einsatzkosten der Kommunen und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten abzudecken. In der Rücklage soll ein Betrag von mindestens 1.500,0 Tsd. € bereitgehalten werden; daraus werden im Bedarfsfall Verstärkungsmittel bereitgestellt. Darüber hinaus sind in dringenden Fällen auch weitere Entnahmen für Zwecke des Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG (vorbeugender Katastrophenschutz) zulässig, sofern im Zeitpunkt der Entnahme dadurch der Rücklagenbetrag von 1.500,0 Tsd. € nicht unterschritten wird. Die im Jahr der Veranschlagung nicht verbrauchten Mittel werden der Rücklage zugeführt.

	Tsd. €
Stand Rücklage K-Fonds zum 31.12.2015	6.209
zuzüglich geplante Einnahmen 2016	2.545
abzüglich geplante Ausgaben 2016	5.411
Voraussichtlicher Stand Rücklage K-Fonds zum 31.12.2016	3.343

Neben Ausbildungsmaßnahmen und laufender Kosten für die Unterhaltung der staatlichen Einsatzfahrzeuge sind Ausgabeschwerpunkte die Beschaffungen für die Wasserrettungszüge und sonstiger Ausstattungen und die Förderung von Einsatzleitwagen der Hilfsorganisationen.  
Zudem ist zu erwarten, dass für die Erstattung von Einsatzkosten anlässlich der Hochwasserkatastrophen im Mai / Juni 2016 erhebliche Mittel der Rücklage entnommen werden müssen.

**Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)**  
**Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
<b>80 47</b>		<b>Abschluss</b>				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	18,0	18,0	A	40,0
					B	87,0
					C	96,8
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	885,0	885,0	A	885,0
					B	1.111,5
					C	818,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.620,0	1.620,0	A	1.620,0
					B	1.622,8
					C	4.175,0
		<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2.523,0</b>	<b>2.523,0</b>	A	<b>2.545,0</b>
					B	<b>2.821,3</b>
					C	<b>5.090,4</b>
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.160,0	1.160,0	A	950,0
					B	957,0
					C	904,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	680,0	680,0	A	650,0
					B	193,0
					C	-1.931,6
		Sonstige Sachinvestitionen	259,0	259,0	A	420,0
					B	313,9
					C	4.647,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	416,0	416,0	A	495,0
					B	1.088,8
					C	306,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	8,0	8,0	A	30,0
					B	268,6
					C	1.162,9
		<b>Gesamtausgaben</b>	<b>2.523,0</b>	<b>2.523,0</b>	A	<b>2.545,0</b>
					B	<b>2.821,3</b>
					C	<b>5.090,4</b>
		<b>Überschuss</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	A	<b>-</b>
					B	<b>-</b>
					C	<b>0,1</b>

## Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall  
für den Bereich des

### Epl. 03 A

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2015 verausgabt Mio. €
<b>Festgesetzte Baumaßnahmen</b>	<b>54</b>	<b>882,1</b>	<b>529,2</b>
<i>davon wegfallend ab 2017</i>	-		
<i>wegfallend ab 2018</i>	3	10,5	10,2
<b>Planungstitel</b>	<b>36</b>		
<i>davon neu aufgenommen</i>	15		

2016 standen 68,85 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
  
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
<b>03 01</b>		<b>Ministerium</b>				
710 01-2	011	Sanierung und Verbesserung der Leitungssysteme einschl. der Heizanlage, der Fenster sowie Schaffung eines neuen Treppenhauses und Überdachung des Odeons im Dienstgebäude des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr	---	---	A B C	--- 816,1 1.253,6
710 05-8	011	Unterbringung von Teilen des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr nach Aufgabe von Mietobjekten	500,0	---	A B C	1.500,0 5.904,4 4.253,8
		<b>Summe Kapitel 03 01</b>	500,0	-	A B C	1.500,0 6.720,4 5.507,4
<b>03 05</b>		<b>Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern</b>				
710 01-3	051	Bayer. Verwaltungsgerichtshof München Erneuerung der IuK-Verkabelung und Einbau einer Brandmeldeanlage - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	200,0	A	300,0
		<b>Zugleich Summe Kapitel 03 05</b>				
<b>03 06</b>		<b>Verwaltungsgerichte</b>				
730 01-7	051	Generalsanierung des Dienstgebäudes des Bayer. Verwaltungsgerichts Ansbach <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A B C	900,0 299,4 140,7
<u>735 01-2</u>	051	Generalsanierung und Erweiterung des Dienstgebäudes des Bayer. Verwaltungsgerichts Bayreuth - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	200,0	A	
		<b>Summe Kapitel 03 06</b>	1.100,0	1.200,0	A B C	900,0 299,4 140,7
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0				

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
03.06.1998 24.08.2012	35.065,3	33.825,9	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
11.04.2013 28.06.2016	20.736,0	11.589,7	-	- Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr ist derzeit in den staatseigenen Gebäuden Odeonsplatz 3, Wittelsbacherplatz 6 und Briener Straße 4, untergebracht. Angemietet sind die Gebäude Ludwigstraße 7 und 9 sowie Odeonsplatz 1. Die Anmietung Ludwigstraße 7 und 9 soll aufgegeben und anstelle dessen ein Neubau eines Dienstgebäudes auf dem Parkplatz der OBB errichtet werden. Des weiteren werden im Gebäude Odeonsplatz 3 Führungsräume für Polizei, Katastrophenschutz und den Strategischen Arbeitsstab geschaffen. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Maßnahme fortgeführt und abgerechnet werden. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 10.07.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die bisherigen Gesamtkosten in Höhe von 20.320,0 Tsd. € erhöhen sich um 416,0 Tsd. € aufgrund baulich bedingten Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlichen Nutzeranforderungen.
-	-	-	-	- Die IuK-Verkabelung beim Dienstgebäude des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs ist veraltet und muss erneuert werden. Zur Verbesserung des Brandschutzes ist der Einbau einer Brandmeldeanlage erforderlich. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
25.03.2015	10.470,0	440,1	7.529,9	- Das Dienstgebäude des Bayer. Verwaltungsgerichts Ansbach stammt zum Teil aus dem 18. Jahrhundert, der Westflügel wurde in den Jahren 1971/1972 errichtet. Der bauliche Zustand des Gebäudes macht eine Generalsanierung notwendig. Vorgesehen sind insbesondere die statische Sanierung aus Gründen der Verkehrssicherheit, die Umsetzung des Sicherheitskonzepts, technische und energetische Sanierung und allgemeiner Substanzerhalt in allen Gebäudeteilen. Die Gesamtkosten wurden am 20.05.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Das Dienstgebäude des Bayer. Verwaltungsgerichts Bayreuth stammt aus dem 18. Jahrhundert. Der bauliche Zustand des Gebäudes macht eine Generalsanierung notwendig. Vorgesehen sind die statische, technische und energetische Sanierung sowie allgemeiner Substanzerhalt im Haupt- und Nebengebäude. Wegen Personalmehrungen ist zudem eine Erweiterung notwendig. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
<b>03 07</b>		<b>Landesamt für Statistik</b>				
710 15-3	014	Maßnahmen zur Bereitstellung eines Dienstgebäudes zur Neuunterbringung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum-Süd <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 13 04/356 14.</i>	---	---	A B C	--- 685,0 792,6
730 01-5	014	Unterbringung von Teilen des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in Fürth	4.000,0	4.000,0	A B C	5.000,0 6.346,2 3.935,0
		<b>Summe Kapitel 03 07</b>	4.000,0	4.000,0	A B C	5.000,0 7.031,2 4.727,7
<b>03 08</b>		<b>Regierungen</b>				
710 10-6	012	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Oberbayern, Neubau einer Kantine im Innenhof mit Besprechungszentrum, Tiefgarage und Registraturflächen sowie Schaffung einer Kinderkrippe - z. T. Planung -	2.500,0	---	A B C	4.350,0 4.592,2 400,0
735 05-4	012	Dienstgebäude der Regierung von Oberfranken - Gewerbeaufsichtsamt - in Coburg Erneuerung der luK-Verkabelung und Elektroinstallation mit Generalsanierung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	160,0
740 01-1	012	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Unterfranken, Würzburg	1.000,0	500,0	A B C	--- 1.199,9 210,6

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
31.10.2008 18.08.2011	50.700,0	49.201,5	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
03.11.2011 07.06.2013	39.250,0	14.802,0	7.448,0	Der Ministerrat hat in seiner Klausurtagung am 20./21.11.2009 eine Teilverlagerung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth beschlossen. Zur Unterbringung wurde das Anwesen Nürnberger Straße 51-95/Finkenstraße 3 in Fürth (ehemalige Quelle-Hauptverwaltung) erworben. Das Gebäude muss für das Landesamt umgebaut und saniert werden. Für den Bauteil F wird ein Ersatzneubau erstellt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 10.07.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
23.05.2012 29.06.2016	16.240,0	5.692,7	-	Das Dienstgebäude der Regierung von Oberbayern, Maximilianstraße 39, wurde nach Kriegszerstörung in den Jahren 1949/50 bzw. 1963/64 wieder aufgebaut. Ausstattung und Gebäudetechnik stammen vielfach noch aus der Zeit des Wiederaufbaus und sind damit in zahlreichen Bereichen technisch überholt. Die Gebäude entsprechen auch nicht mehr den aktuellen energetischen Anforderungen. Im Zuge einer in mehreren Abschnitten durchzuführenden Generalsanierung soll das Dienstgebäude daher den Bedürfnissen eines modernen, effizienten Verwaltungsgebäudes angepasst werden. Im Rahmen des 1. Bauabschnitts werden der Bauteil 1.1 und Teile des Bauteils 2.1 saniert, eine zweigruppige Kinderkrippe eingerichtet und im Innenhof ein Neubau für Kantine und Besprechungszentrum errichtet. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 11.07.2012 die Gesamtkosten für den 1. Bauabschnitt i. H. v. 13,8 Mio. € genehmigt. Die bisherigen Gesamtkosten in Höhe von 13.800,0 Tsd. € erhöhen sich um 2.440,0 Tsd. € aufgrund Lohn- und Materialpreissteigerungen sowie baulich bedingten Massen- und Ausführungsänderungen. Die Kosten für die Generalsanierung insgesamt (einschl. des 1. Bauabschnitts) werden überschlägig auf rd. 46,0 Mio. € geschätzt.
-	-	-	-	Am denkmalgeschützte Dienstgebäude des Gewerbeaufsichtsamts in Coburg wurden zuletzt 1983 größere Sanierungsarbeiten durchgeführt. Neben der Erneuerung der LuK-Verkabelung und der Elektroinstallation sind Brandschutzmaßnahmen und allgemeine Sanierungsarbeiten (insb. Bodenbeläge und Malerarbeiten) erforderlich. Die Gesamtkosten werden überschlägig auf 3,0 Mio. € geschätzt.
09.11.1993 27.05.2013	21.040,0	15.677,4	2.862,6	Beim Dienstgebäude der Regierung von Unterfranken wurden in zwei Teilbaumaßnahmen bereits die Sanierung und Erweiterung der Leitungsnetze für Stromversorgung und Bürokommunikation, die Verbesserung der Beleuchtung, die Sanierung bzw. Erneuerung der Heiz- und Sanitäranlagen, der Fenster, der Kantine, des Kanalsystems und der Außenanlagen durchgeführt. Als 3. Teilbaumaßnahme wird abschließend die Sanierung der künstlerisch gestalteten, aber schadhafte Putzfassade, der Dächer und der Natursteinfassade durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 10.07.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
<b>03 08</b>						
745 03-4	012	Umbau des Gebäudeteils Ägidiengang des Dienstgebäudes der Regierung der Oberpfalz in Regensburg und Generalsanierung der übrigen Gebäudeteile der Regierung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	400,0	A B C	200,0 2.451,4 3.649,5
<b>Summe Kapitel 03 08</b>			4.300,0	1.900,0	A B C	4.710,0 8.243,5 4.260,1
		<b>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</b>				
		<b>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</b>				
<b>03 17</b>		<b>Landeskriminalamt</b>				
710 26-9	042	Landeskriminalamt München Verbesserung der Stromversorgung mit Umstellung der Heizungsversorgung	---	---	A B C	--- 33,4 1.918,3
710 30-3	042	Sanierung der Raumschießanlage beim Landeskriminalamt München <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	2.000,0
<u>710 35-8</u>	042	Bayer. Landeskriminalamt München Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Bauteil B - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	160,0	140,0	A	
<u>710 40-1</u>	042	Landeskriminalamt München Erneuerung der LuK-Verkabelung einschließlich baulicher und elektrotechnischer Ertüchtigung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	150,0	900,0	A	
725 01-1	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Autorisierte Stelle Bayern für den BOS-Digitalfunk <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.000,0	2.000,0	A B C	4.000,0 1.080,3 107,9
<b>Summe Kapitel 03 17</b>			7.310,0	4.040,0	A B C	6.000,0 1.113,7 2.026,2
		<b>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.000,0</b>				
		<b>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</b>				
<b>03 18</b>		<b>Landespolizei</b>				
710 11-4	042	Polizeipräsidium München, Ettstr. 2 - 4 USV-Anlagen und Leitungsnetz für Bürokommunikation und Gefahrenmeldeanlagen	---	---	A B C	--- 12,1 62,4



Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
02.08.1994 17.10.2013	17.541,0	16.962,1	-	Bei den Dienstgebäuden der Regierung der Oberpfalz in Regensburg wurden in drei Teilbaumaßnahmen im Gebäudeteil Ägidiengang 2 eine EDV-Zentrale und Büroräume geschaffen, der Gebäudeteil E sowie Kantine, Büros und Dächer im Gebäudeteil C saniert. Die Teilkosten für die Sanierung von Gebäudeteil C wurden zuletzt am 05.12.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Weitere Gebäudeteile stehen zur Generalsanierung an. Die Teilkosten dafür werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
26.10.2011 03.07.2014	7.998,0	7.830,0	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
24.10.2016	2.950,0	-	1.500,0	Bei der 1978 errichteten Raumschießanlage des Landeskriminalamts sind die Erneuerung der Lüftungstechnik und der Einbau eines vorgabekonformen Geschossfangs notwendig. Die Gesamtkosten wurden am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags genehmigt.
-	-	-	-	Im Bauteil B des Dienstgebäudes des Bayer. Landeskriminalamts in München ist die Erneuerung der Beleuchtung, der Klimazentrale und in Teilen des Gebäudes auch der LuK-Verkabelung und der Lüftung erforderlich. Die Bodenplatte der Tiefgarage ist nicht druckfest gegen Grundwasser. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	Die LuK-Verkabelung beim Landeskriminalamt in München entspricht weder den konzeptionellen Anforderungen der Polizei aus dem LuK-Infrastrukturkonzept ISK3.3 TK noch der aktuell gültigen Richtlinie BayITR-16 in Bezug auf VoIP-fähige und USV-gestützte Kommunikationsnetze. Demnach ist die Verkabelung nur mit wesentlichen Einschränkungen für die zukünftige IP-basierte Sprachtelefonie (VoIP) geeignet.
28.01.2015	16.050,0	1.188,2	4.061,8	Die Autorisierte Stelle Bayern für den BOS-Digitalfunk im Bayer. Landeskriminalamt nimmt zentrale technische, betriebliche, organisatorische und einsatztaktische Aufgaben für den BOS-Digitalfunk wahr und benötigt bis zum Endausbau des Digitalfunknetzes ein Dienstgebäude mit erhöhten Sicherheitsanforderungen und hohem Technikanteil. Die Autorisierte Stelle Bayern wird als strukturpolitische Maßnahme in Königsbrunn auf dem Gelände der Bayer. Bereitschaftspolizei angesiedelt. Die Gesamtkosten wurden am 12.03.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
21.08.1990 19.05.2006	9.374,9	7.966,9	1.258,0	Neben der EDV-Verkabelung müssen die Gebäude aus Sicherheitsgründen mit verschiedenen Gefahrenmeldeanlagen ausgestattet und zusätzlich notwendige Verkabelungsmaßnahmen in Verbindung mit weiteren Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Der derzeitige Bauabschnitt wird abgerechnet, die Baumaßnahme kann dann erst mittelfristig mit der Sanierung der Mittelbauten fortgeführt und abgerechnet werden.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 18</b>						
710 12-3	042	Sanierung des Kellers und der Kantine sowie Erneuerung der Aufzüge im Gebäude Nr. 7 der ehemaligen McGraw-Kaserne in München - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	3.300,0 524,1 245,3
710 15-0	042	Unterbringung der Polizeiinspektion 45 (München-Pasing) auf dem staatseigenen Grundstück München, Heimbургstraße <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	2.000,0	A B	400,0 104,3
710 16-9	042	Unterbringung von Dienststellen der Landespolizei auf dem staatseigenen Grundstück in München, Skagerrakstraße 4 - Planung -	---	---	A	---
710 20-3	042	Ersatzbau eines Verwaltungsgebäudes für die Polizeiinspektion Hundestaffel in München, Angerlohstraße 111	---	---	A B C	--- 712,0 1.096,1
710 21-2	042	Umbau und Sanierung des staatseigenen Anwesens in München, Hochbrückenstraße 7 für die Landespolizei	325,0	---	A B C	--- 314,1 3.174,9
710 38-3	042	Polizeipräsidium München, Ettstraße und Bad-Schachener-Straße, Kanalsanierung	---	***	A B C	--- 1,1 51,0
712 18-5	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Moosburg	---	---	A B C	--- 24,5 51,0
712 19-4	042	Bauliche Maßnahmen zur Unterbringung der Polizeiinspektion Laufen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.550,0	1.000,0	A B C	150,0 14,5 95,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
20.05.2014	14.270,0	1.708,3	3.761,7	Auf Grund der Anzahl von Beschäftigten der Landespolizei und des Staatl. Bauamts München 1 auf dem Areal der ehemaligen McGraw-Kaserne reicht die Kantine im Gebäude Nr. 7 vom Umfang her nicht mehr aus. Die Küchentechnik ist verbraucht und entspricht nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Kühlräume stehen überhaupt keine zur Verfügung. Abhilfe kann geschaffen werden, wenn die jetzige Kantine erweitert und das Küchengerät erneuert wird. Ferner soll der neben der Kantine liegende Saal "Intern" saniert sowie Bereiche des Kellergeschosses des Gebäudes 7 in die Schadstoffentsorgung einbezogen werden. Wegen besonderer Dringlichkeit wurden nun die Sanierung und der Ausbau der Lagerbereiche, die Erneuerung der technischen Anlagen und die Erneuerung der Aufzugsanlagen in einer 1. Teil-Haushaltsunterlage-Bau erfasst.
22.02.2016	9.450,0	104,3	4.845,7	Die Polizeiinspektion 45 (Pasing) ist derzeit in Miete unzureichend untergebracht. Es fehlen insbesondere Funktionsräume. Ein staatseigenes, baureifes Grundstück für einen Neubau steht in München, Heimbürgstraße, zur Verfügung. Die Gesamtkosten wurden am 06.04.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Auf dem staatseigenen Grundstück an der Skagerakstraße sollen die Polizeiinspektion 44 (Moosach), eine Kriminalpolizeidienststelle sowie der Fahndungskontrolltrupp untergebracht werden. Für diesen Zweck müssen die aufstehenden Gebäude entweder generalsaniert oder es muss ein Neubau errichtet werden. Durch die künftige Unterbringung können Mietzahlungen eingespart werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
25.03.2010 29.02.2012	2.650,0	2.453,7	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
11.06.2004 28.06.2016	7.710,0	7.347,2	-	- Beim staatseigenen Dienstgebäude der Polizeiinspektion 11 in München, Hochbrückenstraße 7 ist der Einbau eines Personenaufzugs über 6 Stockwerke und die Neugestaltung der Wache dringend erforderlich. Darüber hinaus müssen nach Einbau des Personenaufzugs die Räumlichkeiten in diesem Gebäude neu geordnet und saniert werden. Ferner müssen Haftzellen geschaffen sowie das Dachgeschoss als Garderoben- und Sanitärbereich ausgebaut werden. Die Fassade muss dringend saniert werden. Der Vortrag dient der Abwicklung. Die Gesamtkosten wurden am 05.12.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die bisherigen Gesamtkosten in Höhe von 7.385,0 Tsd. € erhöhen sich um 325,0 Tsd. € aufgrund baulich bedingten Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlichen Nutzeranforderungen.
15.04.2008	1.680,0	1.470,9	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
25.05.2009	3.930,0	3.906,8	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
23.06.2015	3.760,0	160,3	849,7	Die Polizeiinspektion Laufen ist derzeit im staatseigenen Gebäude in Laufen, Tittmoninger Str. 11, untergebracht. Das Gebäude wurde 1906 errichtet und genügt in keiner Weise mehr den polizeilichen Anforderungen. Die Immobilien Freistaat Bayern hat daher das vormalig von der Justiz genutzte ebenfalls staatseigene Dienstgebäude in Laufen, Tittmoninger Str. 45, für die Polizei zur Verfügung gestellt. Das Gebäude muss vor Bezug durch die Polizei umgebaut und saniert werden. Die erforderlichen Nebengebäude werden neu errichtet. Die Gesamtkosten wurden am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 18</b>						
712 25-6	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Gauting - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	140,0	140,0	A	140,0
713 15-7	042	Sanierung des Eingangsbereiches, der Fassaden, Diensträume und Dächer Löwengrube beim Dienstgebäude des PP München, Ettstraße	---	---	A B C	--- 145,0 400,6
713 21-9	042	Unterbringung des Polizeipräsidiums Oberbayern-Nord mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Ingolstadt, Esplanade 40 <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.000,0	A B C	1.500,0 77,7 78,6
713 25-5	042	Unterbringung der Landespolizei in Ruhpolding - Planung -	---	---	A	---
713 35-3	042	Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im staatseigenen Dienstgebäude in München, Knorrstraße 139, nach Auszug des Polizeipräsidiums Oberbayern <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	2.500,0	A B C	3.000,0 203,2 96,8
713 40-6	042	Polizeiinspektion Ingolstadt - Errichtung einer Raumschießanlage	500,0	300,0	A B C	900,0 198,6 3,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Gauting ist derzeit in angemieteten Räumen unzureichend untergebracht. Für den Neubau eines staatseigenen Dienstgebäudes soll ein Grundstück erworben werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
10.12.1991 29.05.2009	37.763,4	31.414,8	-	- Die Teilbaumaßnahme Sanierung der Diensträume Löwengrube wird fortgeführt und abgerechnet. Der Vortrag dient der Abwicklung. Die Teilkosten wurden zuletzt am 08.07.2009 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
08.08.2006 26.04.2013	20.180,0	15.059,8	2.020,2	Das Polizeipräsidium Oberbayern Nord ist in Ingolstadt im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei, Esplanade 40, untergebracht, die Abteilung Personal und Versorgung in einem Gebäude des ehemaligen Schwesternwohnheims des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt, welches direkt gegenüber dem Polizeipräsidium liegt. In zwei Teilbaumaßnahmen wurden eine neue Einsatzzentrale errichtet, das ehemalige Schwesternwohnheim saniert und Anpassungsmaßnahmen im Hauptgebäude vorgenommen. Als dritte Teilbaumaßnahme müssen insbesondere Brandschutzmaßnahmen durchgeführt, Sanitärbereiche, Grundleitungen, Haftzellen, Fenster und Fassade saniert und die Dacheindeckung, Bodenbeläge und das Gebäudemanagementsystem erneuert werden. Mit den veranschlagten Beträgen soll die dritte Teilbaumaßnahme ausgeführt werden. Die Gesamtkosten wurden am 10.07.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Ruhpolding ist seit 1986 in angemieteten Räumen zusammen mit der Eigentümerin, der Stromversorgung Ruhpolding GmbH, unzureichend untergebracht. Derzeit stehen 360 qm HNF einem Bedarf von 479 qm HNF gegenüber. Die jetzige Unterbringung entspricht nicht den Anforderungen an ein modernes, funktionelles und zweckmäßiges Polizeidienstgebäude. Die Dienstgruppenräume sind auf zwei Ebenen verteilt, vom Dienstgruppenleiter abgetrennt und somit für den dienstbetrieblichen Ablauf hinderlich. Es fehlen Sicherungseinrichtungen wie Schleuse, durchschusshemmende Verglasung, Polizeihof usw. Funktionsräume wie z.B. Umkleieräume, Unterrichtsraum, Lagerräume sind nicht vorhanden. Es ist deshalb zwingend notwendig, die Polizeiinspektion anderweitig unterzubringen. Anmietungen auf dem freien Markt sind nicht möglich. Derzeit wird ein geeignetes Grundstück gesucht.
22.09.2010 10.04.2015	15.990,0	557,4	10.132,6	Das staatseigene Dienstgebäude in München, Knorrstraße 139, wurde bisher durch das Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz, das Polizeipräsidium Oberbayern und die Polizeiinspektion 47 genutzt. Nach Auszug des Polizeipräsidiums aufgrund der Polizeireform soll das Dienstgebäude nach baulichen Veränderungen und Anpassungen weiter durch das Landesamt für Verfassungsschutz und durch Dienststellen des Polizeipräsidiums München genutzt werden. Neben dem Landesamt für Verfassungsschutz sollen künftig weiterhin die Polizeiinspektion 47 und die Ergänzungsdienste 7 des Polizeipräsidiums München untergebracht werden. Darüber hinaus soll das Gebäude für die Durchführung des polizeilichen Einsatztrainings genutzt werden. Die Gesamtkosten wurden am 20.05.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Maßnahme fortgeführt werden.
17.06.2014 08.07.2016	2.810,0	202,8	807,2	Die derzeitige Schießanlage der Landespolizei in Ingolstadt kann nur noch sehr eingeschränkt betrieben werden. Eine Sanierung ist nicht sinnvoll, da die Breite der Anlage den heutigen Ausbildungsinhalten nicht genügt. Um das vorgeschriebene Schießtraining durchführen zu können, ist die Errichtung einer neuen Raumschießanlage auf dem Anwesen der Landespolizei in Ingolstadt, Regensburger Straße 119, erforderlich. Die bisherigen Gesamtkosten in Höhe von 2.470,0 Tsd. € erhöhen sich um 340,0 Tsd. € aufgrund Lohn- und Materialpreissteigerungen, baulich bedingten Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlichen Nutzeranforderungen.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 18</b>						
713 45-1	042	Unterbringung der Polizeiinspektion Dachau - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	200,0	A	150,0
713 50-3	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Holzkirchen	---	---	A B C	--- 1.576,7 1.648,6
<u>713 55-8</u>	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Wasserburg - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	200,0	A	
713 60-1	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Traunreut mit Räumen für das polizeiliche Einsatztraining und Raumschießanlage - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	300,0	A	150,0
713 65-6	042	Sanierung der Raumschießanlage der Landespolizei in München, Knorrstraße - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	1.000,0	A	4.000,0
<u>714 01-2</u>	042	Neubau einer Raumschießanlage mit Räumen für das polizeiliche Einsatztraining für die Landespolizei in Murnau - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	270,0	270,0	A	
<u>714 10-1</u>	042	Polizeipräsidium München, Ettstraße Erneuerung der IuK-Verkabelung einschließlich baulicher und elektrotechnischer Ertüchtigung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	1.000,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Das Dienstgebäude der Polizeiinspektion Dachau, Dr.-Höfler-Straße 1, stammt aus dem Jahr 1972 und ist sanierungsbedürftig. Die Metallfenster aus dieser Zeit sind undicht und zum Teil schon beschädigt. Ersatzteile hierfür gibt es nicht mehr. Die Wärmedämmung entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Das Flachdach ist undicht. Auch Heizung/Sanitär und Elektro sind sanierungs- bzw. erneuerungsbedürftig. Es soll daher ein Neubau auf dem Gelände der Bayer. Bereitschaftspolizei in Dachau errichtet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
04.02.2013	4.250,0	3.955,3	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-	-	- Die Landespolizei in Wasserburg ist unzureichend in Mieträumen untergebracht. Zur Abhilfe soll ein Neubau auf einem noch zu erwerbenden Grundstück errichtet werden. Die Gesamtbaukosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die Polizeistation Traunreut ist derzeit in Mieträumen untergebracht, die nicht den Anforderungen an ein modernes Polizeidienstgebäude genügen. Insbesondere steht kein Polizeihof zur Verfügung, in dem Polizeifahrzeuge sicher untergebracht werden können. Die Operativen Ergänzungsdienste (OED) Traunstein sind derzeit in der Eugen-Rosner-Straße 2 in Traunstein untergebracht. Die dortigen Räume werden aber dringend für die im Rahmen der Polizeiorganisationsreform eingerichtete Kriminalpolizeiinspektion Z benötigt. Das Polizeiliche Einsatztraining im Bereich des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd wird u.a. am Standort Traunstein durchgeführt. Die dort zur Verfügung stehenden Übungsräumlichkeiten genügen jedoch hinsichtlich der Raumgrößen sowie der Ausstattung nicht den Erfordernissen einer zeitgemäßen Aus- und Fortbildung. Bei der Raumschießanlage in Traunstein besteht zudem ein nicht unerheblicher Umbau- und Sanierungsaufwand, insbesondere bei der Lüftungstechnik. Es soll daher ein Neubau auf einem dafür erworbenen Grundstück erstellt werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Im Dienstgebäude München, Knorrstraße 139, wird ein Großteil des polizeilichen Einsatztrainings für das Polizeipräsidium München durchgeführt. Hierzu muss die über 25 Jahre alte Raumschießanlage mit ihren vier Schießbahnen baulich und funktional ertüchtigt werden (Lüftungsanlage, Geschossfänge, Raumaufteilung und –ausstattung). Die Gesamtkosten werden überschlägig auf 4.000,0 Tsd. € geschätzt.
-	-	-	-	- Das polizeiliche Einsatztraining für die Polizeivollzugsbeamten im Umkreis von Weilheim wird derzeit in Weilheim durchgeführt. Die Übungsräumlichkeiten genügen nicht den Erfordernissen einer zeitgerechten Aus- und Fortbildung. Die dortige Raumschießanlage ist sanierungsbedürftig. Zur Abhilfe soll daher in Murnau auf einem bereits erworbenen Grundstück eine neue Raumschießanlage mit Räumen für das polizeiliche Einsatztraining errichtet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die IuK-Verkabelung beim Polizeipräsidium München, Ettstraße, entspricht weder den konzeptionellen Anforderungen der Polizei aus dem IuK-Infrastrukturkonzept ISK3.3 TK noch der aktuell gültigen Richtlinie BayITR-16 in Bezug auf VoIP-fähige und USV-gestützte Kommunikationsnetze. Demnach ist die Verkabelung nur mit wesentlichen Einschränkungen für die zukünftige IP-basierte Sprachtelefonie (VoIP) geeignet.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
<b>03 18</b>						
<u>714 15-6</u>	042	Polizeipräsidium München, Tegernseer Landstraße Erneuerung der LuK-Verkabelung einschließlich baulicher und elektrotechnischer Ertüchtigung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	180,0	1.000,0	A	
720 15-8	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Passau <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 8.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.500,0	5.000,0	A B C	4.000,0 444,7 326,1
720 20-1	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Grafenau	---	---	A B C	--- 95,6 779,3
<u>720 25-6</u>	042	Unterbringung der Landespolizei in Eggenfelden - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	120,0	120,0	A	
<u>720 30-9</u>	042	Unterbringung der Landespolizei in Simbach - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	100,0	A	
725 15-3	042	Dienstgebäude der Landespolizei in Donauwörth, Neuordnung der Unterbringung der Polizeiinspektion sowie der Verkehrspolizeiinspektion Donauwörth; Sanierung der Dienstgebäude und Beseitigung statisch- konstruktiver Mängel	---	---	A B C	--- 74,4 173,0
725 19-9	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Oberstdorf	---	---	A B C	--- 263,3 1.834,3
725 25-1	042	Unterbringung der Landespolizei in Kaufbeuren - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	500,0	A	150,0



Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die IuK-Verkabelung beim Polizeipräsidium München, Tegernseer Landstraße, entspricht weder den konzeptionellen Anforderungen der Polizei aus dem IuK-Infrastrukturkonzept ISK3.3 TK noch der aktuell gültigen Richtlinie BayITR-16 in Bezug auf VoIP-fähige und USV-gestützte Kommunikationsnetze. Demnach ist die Verkabelung nur mit wesentlichen Einschränkungen für die zukünftige IP-basierte Sprachtelefonie (VoIP) geeignet.
08.05.2014	49.950,0	2.306,3	33.643,7	Die Landespolizei in Passau ist derzeit auf 7 teils angemietete Gebäude verteilt. Dies entspricht nicht den organisatorischen, sicherheitstechnischen, bautechnischen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen. Durch den geplanten Neubau an der Karlsbader Straße sollen nun 5 Polizeidienststellen mit etwa 350 Bediensteten zusammengelegt werden. Damit können dauerhaft Organisation, Effektivität und Wirtschaftlichkeit optimiert werden, auch durch Synergieeffekte im Raumprogramm (zentrale Bereiche). Für die restlichen 2 Dienststellen, die Kriminalpolizeiinspektion mit Zentralaufgaben (KPI/Z) und die Verkehrspolizeiinspektion (VPI), hat das von die Immobilien Freistaat Bayern durchgeführte Flächenmanagement ergeben, dass die Beibehaltung der bestehenden Anmietungen derzeit die wirtschaftlichere Lösung ist. Das derzeitige, nicht mehr sanierungswürdige Dienstgebäude Nibelungenstraße 17 kann dann verwertet werden. Die Gesamtkosten wurden am 12.03.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags genehmigt.
05.02.2010 04.07.2016	4.515,0	4.342,3	-	- Die Baumaßnahme ist im Wesentlichen abgeschlossen, der Vortrag dient der Abwicklung. Die bisherigen Gesamtkosten in Höhe von 4.350,0 Tsd. € erhöhen sich um 165,0 Tsd. € aufgrund Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlichen Nutzeranforderungen.
-	-	-	-	- Beim Dienstgebäude der Landespolizei in Eggenfelden sind verschiedene Sanierungs- und Umbaumaßnahmen notwendig, insbesondere Schaffung von Umkleide- und Sanitärräumen, Umbau des Hausanschlussraums, Erneuerung der Grundleitungen und der Heizungs- und Sanitärinstallationen, Brandschutzmaßnahmen, Energetische Sanierung durch Erneuerung der Fenster und Dämmung der Fassade, Schaffung eines abgeschlossenen Waffenraums, Sanierung der Haftzellen, Umbau der Wache und Erneuerung der Dachdeckung. Darüber hinaus besteht zusätzlicher Raumbedarf. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Das denkmalgeschützte Dienstgebäude der Landespolizei in Simbach ist sanierungsbedürftig. Es bestehen Mängel hinsichtlich Eigensicherung, Arbeitsschutz und Brandschutz. Darüber hinaus besteht zusätzlicher Raumbedarf, der durch einen Anbau gedeckt werden soll. Aufgrund eines Hochwasserschadens ist noch zu prüfen, ob gegebenenfalls ein Neubau gegenüber einer Sanierung und Erweiterung wirtschaftlicher ist. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
11.02.2009 04.02.2010	11.700,0	10.719,4	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen, der Vortrag dient der Abwicklung.
05.01.2012 13.05.2014	3.490,0	3.429,7	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-	-	- Das Gebäude der Polizeiinspektion Kaufbeuren bedarf einer Generalsanierung. Die Prüfung, ob eine Sanierung oder ein Neubau wirtschaftlicher ist, ist noch nicht abgeschlossen. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 18</b>						
725 30-4	042	Unterbringung der Landespolizei in Mindelheim	---	---	A B C	--- 1.907,7 1.082,1
725 35-9	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Burgau - Planung - <i>Aus der Haushaltsstelle dürfen auch Zuführungen an den Grundstock „Allgemeine Landesverwaltung“ für den Erwerb des erforderlichen Grundstücks vorgenommen werden. Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0	250,0	A C	--- 91,0
725 40-2	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Augsburg-West - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	150,0	400,0	A	---
730 01-2	042	Sanierung der Altbauten beim Polizeipräsidium Mittelfranken, Nürnberg, Jakobsplatz <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.500,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	4.000,0	A B C	4.500,0 2.963,1 765,3
730 03-0	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion in Nürnberg-Süd	425,0	---	A B C	--- 1.120,5 3.895,3
730 20-9	042	Unterbringung von Dienststellen der Landespolizei in Nürnberg auf dem Gelände der Infanterie-Kaserne in Nürnberg - z. T. Planung -	---	---	A B C	--- 547,8 1.977,1

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
15.05.2013	3.760,0	3.121,9		- Die Polizeiinspektion Mindelheim ist zusammen mit dem Vermessungsamt in einem staatseigenen Dienstgebäude in der Memminger Straße 18 unzureichend untergebracht. Die Unterbringung der Polizeiinspektion ist unzweckmäßig und sehr beengt. Auch gibt es keinen gesicherten Polizeihof. Zur Abhilfe wird ein Neubau auf dem staatseigenen Grundstück des jetzigen Ämtergebäudes errichtet. Die Gesamtkosten wurden am 11.07.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-		- Die Polizeiinspektion Burgau ist unzureichend untergebracht. Das derzeitige staatseigene Dienstgebäude weist erhebliche bauliche und strukturelle Mängel auf. Daneben wird noch ein angemietetes Gebäude genutzt. Die dringend gebotene bauliche Erweiterung des staatseigenen Dienstgebäudes ist aufgrund des kleinen Grundstückes und der Nachbarbebauung nicht möglich. Zur Abhilfe soll ein Neubau auf einem dafür erworbenen Grundstück errichtet werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-		- Im Zuge der Neuorganisation der Polizeidienststellen im Stadtgebiet von Augsburg werden die bisherigen Polizeiinspektionen Augsburg 5 und Augsburg 6 zur neuen Polizeiinspektion Augsburg-West zusammengelegt. Durch die Zusammenfassung entsteht eine personalstarke und damit leistungsfähige Dienststelle. Die beiden Polizeiinspektionen sind derzeit in angemieteten Räumen untergebracht. Darüber hinaus ist das staatseigene Polizeidienstgebäude in Augsburg, Gögginger Str. 17, nicht mehr sanierungswürdig. Die dort untergebrachten Polizeidienststellen sollen daher zusammen mit der neuen Polizeiinspektion Augsburg-West in einem Neubau auf einem noch zu erwerbenden Baugrundstück untergebracht werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
22.10.2008 02.06.2015	48.800,0	14.057,1	20.742,9	Die Altbauten beim Polizeipräsidium Mittelfranken in Nürnberg, Jakobsplatz, sind sanierungsbedürftig. Die Sanierung der Tiefgarage des Erweiterungsbaus, der zentralen technischen Anlagen und die Fassaden- und Brandschutzsanierung des sog. Behaimbaus sind abgeschlossen. Der laufende Bauabschnitt beinhaltet die Generalsanierung und Neustrukturierung des Haupt- und Seitenbaus einschließlich Fassaden und Brandschutz, die Neuerrichtung des kriminaltechnischen Labors im Seitenbau, die Einrichtung eines multifunktionalen Konferenz-, Presse- und Schulungszentrums, die Erneuerung der verbrauchten Gebäudeausstattung, den Abbruch der Kfz-Halle und des Mittelbaus sowie die Bereitstellung der zur Bauausführung erforderlichen Ausweichquartiere vor. Die Gesamtkosten wurden am 15.07.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
17.09.2010 01.04.2016	11.150,0	10.795,3		- Für die Polizeiinspektion Nürnberg-Süd wird auf einem staatseigenen Grundstück ein neues Dienstgebäude errichtet. Die bisherigen Gesamtkosten von 10.725,0 Tsd. € haben sich aufgrund von Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlich notwendiger Maßnahmen bei der Elektro- und Maschinenteknik um 425,0 Tsd. € auf 11.150,0 Tsd. € erhöht.
08.05.1998 23.05.2012	35.183,9	34.843,8		- In der ehemaligen Infanterie-Kaserne sind die Polizeiinspektion Nürnberg-West, die Polizeiinspektion Spezialeinheiten Nordbayern, die Verkehrspolizeiinspektion Nürnberg, die Polizeiinspektion Ergänzungsdienste, die Außenstelle des Landeskriminalamts sowie ein Zentrum für polizeiliches Einsatztraining untergebracht. Zuletzt wurde als 3. Teilbaumaßnahme das Gebäude Nr. 507 saniert. Die Teilkosten dafür wurden am 11.07.2012 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Als 4. Teilbaumaßnahme ist die Sanierung des Gebäudes 508 vorgesehen, um entsprechende Mieträume aufgeben zu können.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 18</b>						
<u>730 60-0</u>	042	Umbau und Sanierung der Raumschießanlage der Landespolizei in Schwabach - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	80,0	80,0	A	
<u>730 65-5</u>	042	Polizeiinspektion Erlangen Erneuerung der luK-Verkabelung einschließlich baulicher und elektrotechnischer Ertüchtigung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	500,0	A	
735 01-7	042	Generalsanierung von Dienstgebäuden der Polizei in Bayreuth, Ludwig-Thoma-Straße 2 - 6a einschließlich Errichtung einer Raumschießanlage mit Räumen für Polizeieinsatztraining und Registraturen, Errichtung einer Einsatzzentrale und einer Kfz-Wasch- und Pflegeanlage	---	---	A B C	--- 2.502,5 2.322,8
735 20-4	042	Neubau einer Raumschießanlage mit Ergänzungsräumen für das polizeiliche Einsatztraining beim Dienstgebäude der Landespolizei in Hof - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	350,0	1.000,0	A	200,0
<u>735 25-9</u>	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Verkehrspolizeiinspektion Bamberg - Planung -	---	---	A	
740 20-7	042	Sanierung des Dienstgebäudes der Landespolizei in Aschaffenburg - Planung -	---	200,0	A	---
740 25-2	042	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Landespolizei in Würzburg, Augustinerstraße 24/26 mit Verlegung Einsatzzentrale einschl. Herrichten einer Ausweichunterbringung	---	---	A B C	--- 4.640,6 2.395,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Raumschießanlage der Landespolizei in Schwabach entspricht nicht mehr den geltenden technischen Anforderungen. Die Anlage muss auf Kettengeschossfang und Verdrängungslüftung umgerüstet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die luK-Verkabelung bei der Polizeiinspektion Erlangen entspricht weder den konzeptionellen Anforderungen der Polizei aus dem luK-Infrastrukturkonzept ISK3.3 TK noch der aktuell gültigen Richtlinie Bay/ITR-16 in Bezug auf VoIP-fähige und USV-gestützte Kommunikationsnetze. Demnach ist die Verkabelung nur mit wesentlichen Einschränkungen für die zukünftige IP-basierte Sprachtelefonie (VoIP) geeignet.
03.08.2006 07.07.2014	20.883,0	17.975,5	-	- In den Dienstgebäuden der Landespolizei in Bayreuth, Ludwig-Thoma-Straße 2-6a sind die Polizeiinspektion Bayreuth-Land, die Kriminalpolizeiinspektion Bayreuth sowie das Polizeipräsidium Oberfranken untergebracht. Auf Grund des Alters der Dienstgebäude ist eine Generalsanierung erforderlich, um die Bausubstanz zu erhalten. Vorweg wurde eine Einsatzzentrale für das Polizeipräsidium Oberfranken errichtet (1. Teilbaumaßnahme). Ferner wurde auf dem Gelände Ludwig-Thoma-Straße eine Raumschießanlage mit Räumen zur Durchführung des polizeilichen Einsatztrainings und eine Kfz-Wasch- und Pflegeanlage errichtet (2. Teilbaumaßnahme 1. Bauabschnitt). Die Generalsanierung des Dienstgebäudes des Polizeipräsidiums Oberfranken (2. Teilbaumaßnahme 2. Bauabschnitt) ist in Ausführung.
-	-	-	-	- Die bestehende Raumschießanlage in Hof kann wegen der beengten Verhältnisse im Keller nicht entsprechend den heutigen Anforderungen saniert und umgestaltet werden. Es soll daher eine neue Raumschießanlage mit Räumen für das polizeiliche Einsatztraining errichtet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
03.08.2006 07.07.2014	-	-	-	- Das zentrale Dienstgebäude der Landespolizei in Bamberg an der Schildstraße, in dem auch die Verkehrspolizeiinspektion untergebracht ist, reicht für den Raumbedarf der Polizei nicht mehr aus. Für die Verkehrspolizeiinspektion soll daher in Autobahnnähe auf einem noch zu erwerbenden Grundstück ein neues Dienstgebäude errichtet werden. Ein Standort in Autobahnnähe ist für die Verkehrspolizeiinspektion auch dienstbetrieblich von Vorteil. Nach dem Auszug der Verkehrspolizeiinspektion können die ausgelagerten anderen Dienststellen dann wieder im zentralen Dienstgebäude zusammengeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Beim Dienstgebäude der Landespolizei in Aschaffenburg, Lorbeerweg 1, sind insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes, die Sanierung der Flachdächer, die Energetische Sanierung von Fassade und Fenster, die Erneuerung der Heizanlage und der Elektroinstallation sowie eine Innenrenovierung notwendig. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
14.06.2005 15.04.2014	27.250,0	16.953,7	-	- Das Dienstgebäude der Landespolizei in Würzburg, Augustinerstraße 24/26, wurde im Jahr 1958 errichtet. Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Erhaltung der Bausubstanz muss es generalsaniert werden. Neben konzeptionellen Veränderungen muss die gesamte Gebäudesubstanz saniert werden. Vorweg wurde für das Polizeipräsidium Unterfranken die Einsatzzentrale aus dem Gebäude Augustinerstraße 24/26 in das Polizeidienstgebäude Würzburg, Frankfurter Straße, verlegt und dort neu geschaffen (1. Teilbaumaßnahme). Als 2. Teilbaumaßnahme wurde ein Anbau an das Dienstgebäude Frankfurter Straße zur Schaffung von Ausgleichsflächen errichtet. Als 3. Teilbaumaßnahme wird die Sanierung des Dienstgebäudes durchgeführt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 18</b>						
740 30-5	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Ochsenfurt	---	---	A B C	2.000,0 1.162,1 140,0
740 35-0	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Verkehrspolizeiinspektion Aschaffenburg in Hösbach	2.400,0	---	A B C	2.000,0 673,7 200,0
740 40-3	042	Kanalansanierung beim Landespolizeidienstgebäude in Würzburg, Weißenburgstraße 2 - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	---
745 11-3	042	Generalsanierung und Schaffung von Parkplätzen für das Dienstgebäude der Landespolizei in Regensburg, Minoritenweg 1 <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 341 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	3.000,0	A B C	2.900,0 180,0 459,2
745 15-9	042	Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen für die Polizeiinspektion Neumarkt i. d. Oberpfalz <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	---
745 20-2	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Tirschenreuth	---	---	A B C	--- 962,0 1.011,8
745 25-7	042	Neubau von PE-Trainingsräumen für die Landespolizei in Regensburg - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	1.000,0	A	2.000,0
<b>Summe Kapitel 03 18</b>			29.390,0	31.060,0	A B C	31.440,0 21.629,9 24.634,9
			<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 39.400,0</i>			
			<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 39.000,0</i>			

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
02.04.2014	4.550,0	1.344,2	-	Die Polizeiinspektion Ochsenfurt ist derzeit in einem staatseigenen Dienstgebäude nur unzureichend untergebracht. Bedingt durch den Zuschnitt als ehemaliges Wohngebäude ist die Raumstruktur für eine Polizeinutzung nur bedingt geeignet. Wegen der Raumknappheit können Vorgaben des Brandschutzes (Freihalten von Fluchtwegen, Garderoben und Kopierer innerhalb der Verkehrsflächen) nicht eingehalten werden. Manche Sonderräume und ausreichend Stellplätze für die Dienstfahrzeuge fehlen. Die Immobilien Freistaat Bayern hat mehrere Unterbringungsvarianten untersucht und als wirtschaftlichste Lösung die Errichtung eines Neubaus auf einem dafür erworbenen Baugrundstück empfohlen. Die Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
19.01.2015	8.270,0	873,7	-	Die Verkehrspolizeiinspektion Aschaffenburg und die Autobahnpolizeistation Hösbach sind beide unzureichend untergebracht und sollen in einem Neubau am Standort der Autobahnpolizeistation in Hösbach zusammengeführt werden. Die Gesamtkosten wurden am 12.03.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	Eine Kanaluntersuchung beim Landespolizeidienstgebäude in Würzburg, Weißenburgstraße 2, hat erheblichen und dringlichen Sanierungsbedarf ergeben. Die Sanierungskosten werden überschlägig auf 2 Mio. € geschätzt.
01.10.2008 26.05.2015	20.936,0	5.095,3	9.040,7	Das 1937 errichtete Dienstgebäude der Landespolizei in Regensburg, Am Minoritenweg 1, bedarf einer gründlichen Generalsanierung, um die Bausubstanz zu erhalten. In einem 1. Bauabschnitt wurde der Wachbereich neu geordnet. Dies war Voraussetzung für die Zusammenlegung der Polizeiinspektionen 1 und 3 zur neuen Polizeiinspektion Regensburg-Süd. Als 2. und 3. Bauabschnitt werden die Generalsanierung der übrigen Gebäudeteile, der Abbruch der alten Turnhalle, die Kanalsanierung, die Errichtung eines Parkdecks sowie die Sanierung des Innenhofs durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 15.07.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
01.06.2016	2.770,0	-	452,0	Bei der Polizeiinspektion Neumarkt i. d. Oberpfalz wird ein Erweiterungsbau zur Schaffung zusätzlicher Räume notwendig. Außerdem sind Anpassungsmaßnahmen im bestehenden Dienstgebäude erforderlich. Die Gesamtkosten wurden vom Ausschuss für Staatshaushalt des Bayerischen Landtags am 13.07.2016 genehmigt.
26.10.2011 23.06.2014	3.630,0	3.336,6	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-	-	Für das polizeiliche Einsatztraining des Polizeipräsidiums Oberpfalz in Regensburg steht derzeit lediglich eine moderne Raumschießanlage im Polizeizentrum an der Bajuwarenstraße zur Verfügung. Um auch die Trainingsinhalte ohne scharfen Schuss vorgabengerecht durchführen zu können, sind weitere Trainingseinrichtungen wie Multifunktionsraum, Lehrsaal, Übungsraum und Freifläche Farbmarkierungsschießen sowie Übungstreppenhaus notwendig. Die Gesamtkosten werden überschlägig auf 5,1 Mio. € geschätzt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 20</b>		<b>Bereitschaftspolizei</b>				
710 15-6	042	Neubau eines Sport- und Schwimmhallegebäudes für die Bereitschaftspolizei in Dachau sowie Anlage der Ost-West-Erschließungsstraße	---	***	A C	--- 9,9
710 25-4	042	Polizeiunterkunft Dachau; Errichtung eines Fahrübungsplatzes für Polizeivollzugsbeamte auf dem Areal der VI. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Dachau	---	---	A B C	--- 197,4 330,1
710 30-7	042	Errichtung eines Fahrsicherheitstrainingszentrums für die Bayer. Polizei auf dem ehem. Militärflughafen Fürstenfeldbruck - Planung -	---	100,0	A	100,0
710 40-5	042	Unterbringung der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Standort der Bundespolizeifliegerstaffel Süd in Oberschleißheim - z. T. Planung - <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die entsprechende Isteinnahme bei 03 20/342 01.</i>	400,0	6.500,0	A B C	5.000,0 2.230,0 2.102,8
710 50-2	042	Kanalsanierung bei der I. Abteilung der Bereitschaftspolizei in München	---	***	A B C	--- 10,9 65,2
710 53-9	042	Generalsanierung der Polizeiunterkunft Eichstätt; Sanierung von Gebäuden einschließlich Heizanlage und Kanalisation sowie Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes und eines Garagentrakts - z. T. Planung -	1.700,0	2.000,0	A B C	400,0 2.428,1 549,9



Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
24.03.1998 29.03.2010	5.818,8	5.730,8	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
25.05.2009 06.06.2014	3.870,0	2.526,3	-	- Auf dem Areal der Polizeiunterkunft in Dachau wird ein Fahrübungsplatz für Polizeivollzugsbeamte für ein Fahrsicherheitstraining der Stufe 1 errichtet. Zu diesem Zweck ist es notwendig, ein innerhalb des Areals der Bereitschaftspolizei in Dachau liegendes Grundstück, welches derzeit im Wesentlichen als Parkplatz genutzt wird, herzurichten und mit der notwendigen Infrastruktur zu versehen. Die Baumaßnahme ist im Wesentlichen abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-	-	- Nach Umnutzung des ehemaligen Militärflughafens Fürstenfeldbruck soll dort neben anderen Einrichtungen auch ein Fahrsicherheitstrainingzentrum für die Bayer. Polizei errichtet werden. Es ist notwendig, weil es für die Bayer. Polizei immer schwieriger wird, geeignete Flächen anzumieten oder zu erwerben. Auf dem aufgelassenen Militärflughafen in Fürstenfeldbruck soll insbesondere die Ausbildung der Stufe 2 (Üben bei höherer Geschwindigkeit, Schleudertraining usw.) stattfinden. Die für die Polizei benötigte Teilfläche muss von der Bundesagentur für Immobilien noch erworben werden. Die Kosten für die Errichtung des Fahrsicherheitstrainingzentrums für die Bayer. Polizei werden überschlägig auf rd. 4,8 Mio. € geschätzt.
23.06.2009 06.07.2016	14.140,0	6.826,3	18.460,9	Die derzeit am Flughafen München II untergebrachte Polizeihubschrauberstaffel Bayern soll am Standort der Bundespolizeifliegerstaffel Süd in Oberschleißheim mit untergebracht werden. Im Vergleich zum jetzigen Standort am Flughafen München II ergeben sich dadurch längerfristig monetäre und nichtmonetäre Vorteile. Für die Bundespolizei wurde dieser Standort saniert bzw. durch Neubauten ergänzt. Der Bund hat vorab gegen Kostenbeteiligung des Freistaats Bayern die gemeinsam genutzten Infrastruktureinrichtungen errichtet. Durch die gemeinsame Nutzung mit dem Bund ergeben sich Kosteneinsparungen durch Synergieeffekte. Für diese 1. Teilbaumaßnahme wurden am 13.07.2010 Teilkosten von 7.307,8 Tsd. € vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die bisherigen Gesamtkosten in Höhe von 7.307,8 Tsd. € erhöhen sich um 6.832,2 Tsd. € aufgrund von konjunkturbedingten Preissteigerungen und baulich bedingten Mengen- und Ausführungsänderungen auf 14.140,0 Tsd. €. Die 2. Teilbaumaßnahme (Errichtung der von der Polizeihubschrauberstaffel Bayern alleine genutzten Gebäude und Anlagen) soll nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens ausgeführt werden.
15.09.2008	3.000,0	2.950,3	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
31.10.2008 03.05.2016	8.559,0	3.535,1	-	- Die Generalsanierung der Polizeiunterkunft in Eichstätt wird in mehreren Bauabschnitten durchgeführt. Der 1. Bauabschnitt beinhaltet die Sanierung des Stabsgebäudes sowie die Sanierung des Kanalnetzes und der Raumschießanlage. Als 2. Bauabschnitt soll die Sanierung der Garküche durchgeführt werden. Die Prüfung, ob der Neubau eines Wirtschaftsgebäudes wirtschaftlicher ist, ist noch nicht abgeschlossen. Der später folgende 3. Bauabschnitt umfasst den Garagenabbruch und Neubau von Garagen sowie überdachten Stellplätzen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 12.03.2009 zuletzt die Gesamtkosten für den 1. Bauabschnitt i. H. v. 5.619,0 Tsd. € genehmigt. Die bisherigen Gesamtkosten erhöhen sich um 2.940,0 Tsd. € aufgrund Lohn- und Materialpreissteigerungen, baulich bedingten Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlichen Nutzeranforderungen.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
<b>03 20</b>						
710 55-7	042	Brandschutzmaßnahmen bei der II. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Eichstätt <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	100,0	A B C	1.750,0 496,9 57,5
710 60-0	042	Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei in Ainring Anbau an Lehrsaaengebäude, Neubau einer Turnhalle, Errichtung einer Raumschießanlage und Sanierung der Außenanlagen - Planung - <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 300,0 Tsd. € zu Gunsten von Kap. 06 05 Tit. 729 22.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.500,0	A	5.150,0
<u>710 65-5</u>	042	I. Bereitschaftspolizeiabteilung München Erneuerung der IuK-Verkabelung einschließlich baulicher und elektrotechnischer Ertüchtigung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	500,0	A	
725 01-5	042	Polizeiunterkunft Königsbrunn Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	3.000,0	A B C	150,0 394,9 556,3

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
16.05.2013	8.850,0	826,2	5.423,8	<p>Die Brandschutz- und Brandmeldeanlagen bei der II. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei entsprechen nicht mehr den Bestimmungen und müssen daher erneuert bzw. ergänzt werden. Im Einzelnen handelt es sich um die Schaffung notwendiger Rettungswege, den Einbau notwendiger Brandschutz- und Rauchschutzabschlüsse in den Treppenhäusern und Fluren, die Ertüchtigung der Decken der notwendigen Flure, die Montage von erforderlichen Rauchabzügen, die Nachrüstung von Oberlichtern in VDS-Klasse sowie sämtliche zugehörige Anschluss-, Verputz- und Anstricharbeiten. Des Weiteren sind enthalten die Ausstattung der Gebäude mit automatischen und Druckknopfbrandmeldern, Sirenen, Verkabelung auf und unter Putz sowie die Aufschaltung zur Leitstelle. Die veranschlagten Beträge dienen der Weiterführung der Maßnahme. Die Gesamtkosten wurden am 10.07.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p>
-	-	-	-	<p>- Beim Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei in Ainring besteht Bedarf an zusätzlichen Lehrsälen. Die Turnhalle für das polizeiliche Einsatztraining und die Raumschießanlage entsprechen nicht mehr den Anforderungen und sollen durch Neubauten ersetzt werden. Die Baukosten werden überschlägig auf rd. 13,7 Mio. € geschätzt.</p>
-	-	-	-	<p>- Die luK-Verkabelung bei der I. Bereitschaftspolizeiabteilung in München entspricht weder den konzeptionellen Anforderungen der Polizei aus dem luK-Infrastrukturkonzept ISK3.3 TK noch der aktuell gültigen Richtlinie BayITR-16 in Bezug auf VoIP-fähige und USV-gestützte Kommunikationsnetze. Demnach ist die Verkabelung nur mit wesentlichen Einschränkungen für die zukünftige IP-basierte Sprachtelefonie (VoIP) geeignet.</p>
02.05.2016	12.400,0	1.018,3		<p>- Die Gebäude der V. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Königsbrunn wurden zwischen den Jahren 1971 und 1983 fertig gestellt. Um die Bausubstanz zu erhalten und insbesondere die Unterkunftsgebäude dem heutigen Standard anzupassen, sind in dieser Liegenschaft mehrere Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erforderlich. Gemäß einer Grobkostenschätzung des Bauamts belaufen sich die Gesamtkosten auf rd. 90 Mio. €. Als 1. Teilbaumaßnahme hat der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags am 13.07.2016 den Neubau einer Raumschießanlage genehmigt. Die 2. Teilbaumaßnahme beinhaltet ein Zentrales Gebäude für Lehrer, Ausbildungsbeamte und Verwaltung. Die Teilkosten dafür werden überschlägig auf 12,5 Mio. € geschätzt.</p>

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<b>03 20</b>						
730 01-8	042	Polizeiunterkunft Nürnberg Neu-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen bei der Polizeiunterkunft einschl. Errichtung einer Raumschießanlage - z. T. Planung -	1.200,0	500,0	A B C	5.000,0 9.244,1 2.612,1
730 05-4	042	Kanalsanierung bei der Bereitschaftspolizei in Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
740 10-5	042	Polizeiunterkunft Würzburg Umbau und Sanierung des Gebäudes Nr. 16	---	---	A B C	--- 465,1 2.790,0
740 15-0	042	Polizeiunterkunft Würzburg Sanierung der Abwasserkanäle und -leitungen sowie der Wasserversorgung	---	---	A B C	--- 456,4 446,4
<u>740 20-3</u>	042	Polizeiunterkunft Würzburg Schaffung von Räumen für das polizeiliche Einsatztraining - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	200,0	A	
<u>740 25-8</u>	042	III. Bereitschaftspolizeiabteilung Würzburg Erneuerung der luK-Verkabelung einschließlich baulicher und elektrotechnischer Ertüchtigung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	500,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
18.11.1996 19.06.2016	33.579,0	23.574,6	-	Die Gebäude der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung in Nürnberg wurden von Mitte der 1960er Jahre bis Ende der 1970er Jahre errichtet. Es sind Neu-, Um- und Sanierungsmaßnahmen erforderlich, die längerfristig in 5 Bauabschnitten durchgeführt werden sollen. Im Rahmen des abgeschlossenen 1. Bauabschnitts (8,675 Mio. €) wurden die Energiezentrale erneuert, schadhafte Dächer saniert, eine Raumschießanlage errichtet sowie die Kfz-Werkstätte vom Polizeipräsidium auf das Areal der Bereitschaftspolizei verlegt. Die Bewältigung der hohen Einstellungszahlen ab 2017 erfordert die Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten. Daher werden im 2. Bauabschnitt (23,67 Mio. €) zwei neue Unterkunftsgebäude mit einer Kfz-Unterstellhalle erstellt. Mit den veranschlagten Beträgen wird der 2. Bauabschnitt fortgeführt und abgerechnet. Die Teilkosten für den 2. Bauabschnitt wurden zuletzt am 15.05.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die bisherigen Gesamtkosten in Höhe von 32.345,0 Tsd. € erhöhen sich um 1.234,0 Tsd. € aufgrund baulich bedingten Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlichen Nutzeranforderungen. In den künftigen Bauabschnitten müssen die übrigen Gebäude der Polizeiunterkunft abschnittsweise neu errichtet oder saniert werden. Die Gesamtkosten aller 5 Bauabschnitte werden überschlägig auf rd. 113,0 Mio. € geschätzt.
12.02.2014	4.970,0	0,5	1.869,5	Die Entwässerungsanlagen bei der Bereitschaftspolizei in Nürnberg sind schadhaft und zudem hydraulisch überlastet. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz sind Entwässerungsanlagen jedoch so zu errichten und zu betreiben, dass sie den Regeln der Technik entsprechend dicht sind. Teilbereiche wurden bereits im Rahmen von kleinen Baumaßnahmen bzw. im Zuge anderer Baumaßnahmen saniert. Mit den veranschlagten Beträgen wird das ursprüngliche Mischsystem zu einem modifizierten Trennsystem umgestaltet. Dies bedeutet, dass wenig verunreinigtes Niederschlagswasser von Dachflächen, Parkplatz und Sportplatz vor Ort versickert wird und dadurch das Kanalsystem entlastet. Soweit notwendig, werden in Zukunft weitere Teilbereiche der Entwässerungsanlage zusammen mit anstehenden Hochbaumaßnahmen saniert. Die Gesamtkosten wurden am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
20.04.2009 16.05.2014	15.765,0	15.494,7	-	Die Baumaßnahme ist abgeschossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
13.04.2006 21.08.2010	6.970,0	6.833,0	-	Die Baumaßnahme ist abgeschossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-	-	- In Würzburg fehlen Räume für das polizeiliche Einsatztraining. Auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Würzburg sollen daher entsprechende Räume für die Nutzung durch die Landes- und Bereitschaftspolizei geschaffen werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die luK-Verkabelung bei der III. Bereitschaftspolizeiabteilung in Würzburg entspricht weder den konzeptionellen Anforderungen der Polizei aus dem luK-Infrastrukturkonzept ISK3.3 TK noch der aktuell gültigen Richtlinie Bay/ITR-16 in Bezug auf VoIP-fähige und USV-gestützte Kommunikationsnetze. Demnach ist die Verkabelung nur mit wesentlichen Einschränkungen für die zukünftige IP-basierte Sprachtelefonie (VoIP) geeignet.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
<b>03 20</b>						
745 07-5	042	Unterbringung von Einheiten der Bayer. Bereitschaftspolizei und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Polizei, in der BGS-Unterkunft in Nabburg Umbauten und Sanierungsmaßnahmen (einschl. Kanalsanierung) - z. T. Planung - <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die entsprechende Isteinnahme bei 03 20/342 01.</i> Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	---	200,0	A B C	200,0 68,2 104,5
745 15-5	042	Errichtung eines Fahrtrainingsübungsplatzes in Sulzbach-Rosenberg - Planung - Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	---	500,0	A	250,0
<b>Summe Kapitel 03 20</b>			8.200,0	17.600,0	A B C	19.000,0 15.992,2 9.624,8
<b>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 13.600,0</b>						
<b>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 12.000,0</b>						
<b>03 26</b>		<b>Feuerweherschulen</b>				
710 01-9	044	Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen bei der Staatl. Feuerweherschule Geretsried <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A B C	--- 2.366,6 381,3
710 05-5	044	Staatliche Feuerweherschule Geretsried Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen - Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
20.05.1998 15.05.2014	19.115,0	18.908,9	-	- Der ehemalige Standort des Bundesgrenzschutzes in Nabburg wurde seit 1998 in drei inzwischen abgeschlossenen Teilbaumaßnahmen saniert und umgebaut. Die 4. Teilbaumaßnahme, deren Kosten noch nicht festgesetzt sind, umfasst die Kanalsanierung sowie die Einzäunung des Areals. Da die benachbarte Bundesliegenschaft über die Liegenschaft der Bereitschaftspolizei entwässert wird, muss sich der Bund nach den bestehenden Verträgen an den Kosten der Kanalsanierung beteiligen.
-	-	-	-	- Die Bayer. Polizei ist aus Fürsorgegründen verpflichtet, für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ein Fahrtraining durchzuführen. Zur Deckung des Bedarfs im nordbayerischen Raum soll bei der VII. Bereitschaftspolizeiabteilung in Sulzbach-Rosenberg ein Übungsgelände für das Fahrtraining auf einem staatseigenen Grundstück geschaffen werden. Die Baukosten werden überschlägig auf rd. 3,9 Mio. € geschätzt.
11.11.1999 12.10.2015	27.348,6	23.045,8	-	- In zwei Teilbaumaßnahmen wurden bereits folgende Maßnahmen durchgeführt: Erweiterung und Umbau des Wirtschaftsgebäudes, Erweiterung und Aufstockung des Lehrsaalgebäudes, Errichtung Katastrophenschutzübungsgebäude sowie übergreifender technischer Anlagen und Außenanlagen, Neubau eines Umweltschutzgebäudes, Neubau von Maschinistenboxen, Sanierung der Heizzentrale der kleinen Übungshalle, Neubau einer Überdachung mit Lagerräumen, Neubau von Übungsgebäuden sowie übergreifende Maßnahmen. Diese Maßnahmen sind abgeschlossen. Die Teilbaumaßnahmen „Neubau einer Kfz-Halle, eines Seminar- und Sozialgebäudes“ und Neubau der Übungsobjekte „Lagerhaus mit Rampe“ bzw. „Wohn- und Geschäftshaus“ sind in Ausführung. Die Teilkosten wurden zuletzt am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Zum weiteren Ausbau der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried müssen insbesondere weitere Übungsobjekte errichtet, das Unterkunftsgebäude erweitert, das Wirtschaftsgebäude neu errichtet und der Lehrsaalbereich erweitert werden. Die Ausführung ist in Abschnitten vorgesehen. Die Teilkosten der einzelnen Abschnitte werden mit der Ausarbeitung der jeweiligen Teil-Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung -  
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<b>03 26</b>						
740 02-2	044	Neu- und Umbaumaßnahmen bei der Staatl. Feuerwehrschnle Würzburg <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	10.343,1
					C	8.154,3
740 05-9	044	Staatliche Feuerwehrschnle Würzburg Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
745 01-8	044	Erweiterung der Staatl. Feuerwehrschnle Regensburg <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	2.299,9
					C	792,1
745 05-4	044	Staatliche Feuerwehrschnle Regensburg Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen - Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
<b>Summe Kapitel 03 26</b>			-	-	A	-
					B	15.009,5
					C	9.327,7
<b>Summe Epl. 03A</b>			55.000,0	60.000,0	A	68.850,0
					B	76.039,9
					C	60.249,4
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	60.000,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	60.000,0			



Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
17.03.1998 05.07.2016	52.008,4	31.926,5	-	<p>Die festgesetzten Gesamtbaukosten von rd. 50,5 Mio. € gliedern sich in vier Teilbaumaßnahmen. Die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung eines Brandübungshauses) mit Kosten von 2.750.750 €, die 2. Teilbaumaßnahme (Neubau eines Wirtschafts- und Lehrsaalgebäudes) mit Kosten von 5.287.600 € und die 4. Teilbaumaßnahme (Neubau eines Bootshafens) mit genehmigten Kosten von 3.300.000 € sind abgeschlossen. Die 3. Teilbaumaßnahme (Sanierung und Umbau des bestehenden Gebäudes A) mit genehmigten Kosten von 8.470.000 € ist noch nicht begonnen. Die Maßnahme wurde zurückgestellt, weil aufgrund des Erwerbs einer Erweiterungsfläche das Gesamtareal der Feuerwehrschnule neu überplant werden musste. Die 5. Teilbaumaßnahme (Neubau einer Übungshalle, einer Fahrzeughalle, Erweiterung des Brandübungshauses und Errichtung einer Energiezentrale) mit Teilkosten von 30.650.000 € wird derzeit ausgeführt.</p> <p>Die bisherigen Gesamtkosten von 50.458,4 Tsd. € erhöhen sich um 1.550,0 Tsd. € aufgrund Lohn- und Materialpreisteigerungen, baulich bedingten Massen- und Ausführungsänderungen sowie zusätzlichen Nutzeranfordernissen.</p>
06.07.2016	10.600,0	-	6.000,0	<p>Zum weiteren Ausbau der Staatlichen Feuerwehrschnule Würzburg müssen insbesondere ein weiteres Unterkunftsgebäude mit Fahrzeughalle, weitere Übungsobjekte, ein Werkstattgebäude mit Schlauchtrockenturm, Lehrsäle und ein Verwaltungsgebäude errichtet werden. Die Teilkosten der einzelnen Abschnitte werden mit der Ausarbeitung der jeweiligen Teil-Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Die 1. Teilbaumaßnahme wurde am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags genehmigt.</p>
30.07.2001 11.01.2016	26.376,0	23.274,6	-	<p>Seit 2002 wurden verteilt auf drei Teilbaumaßnahmen bereits folgende Maßnahmen durchgeführt: Neubau eines Parkdecks, Errichtung der Zufahrten und Erschließung, Neubau eines Wohn- und Wirtschaftsgebäudes, Verlegung und Erneuerung der Heizungszentrale sowie Erneuerung der Außenanlagen, Umbau des Wohnturms, Umbau des Wirtschaftsgebäudes in Lehrsäle (Schulung Süd), Umbau Schulung West, Umbau der Eingangshalle und Neubau der Lkw-Garagen. Diese Maßnahmen sind abgeschlossen. Als 4. Teilbaumaßnahme werden Übungsbauten (Wohnhaus, Wohn- und Geschäftshaus, Schnellimbiss) auf der vorhandenen Übungsfläche errichtet, die Kfz-Halle 1, die Werkstätten und die Maschinistenboxen saniert sowie die ehemalige Prüf- und Versuchsstelle zu Übungsanlagen umgebaut. Die Teilkosten dafür in Höhe von 5.400,0 Tsd. € wurden am 10.07.2013 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die bisherigen Gesamtkosten von 25.426,0 Tsd. € erhöhen sich aufgrund von Lohn- und Materialpreisteigerungen sowie des zusätzlich notwendigen Ausbaus der vorhandenen Maschinistenboxen zu Ausbildungsräumen um 950,0 Tsd. € auf 26.376,0 Tsd. €.</p>
-	-	-	-	<p>Zum weiteren Ausbau der Staatlichen Feuerwehrschnule Regensburg sollen als erste Teilbaumaßnahme das Straßennetz und die Infrastruktur für das Erweiterungsgelände sowie ein Lärmschutzwall mit Übungstunnel, Fahrzeugunterstand und Tunnelwarte errichtet werden. Die Gesamtbaukosten dafür werden überschlägig auf rd. 2,8 Mio. € geschätzt. Als zweite Teilbaumaßnahme ist später noch die Errichtung weiterer Übungsbauten vorgesehen.</p>



## **Stellenplan**

für den Geschäftsbereich des

Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr  
- Allgemeine Innere Verwaltung -

**- Einzelplan 03A -**

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte des Ministeriums können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1	1
	Landespolizeipräsident, Landespolizeipräsidentin	B8	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentin	B6	6	6	6
	Inspekteur, Inspektorin der Bayerischen Polizei	B4	1	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	10	10	10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		20	20	20
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	19	19	19
	Branddirektoren, Branddirektorinnen	A15	1	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		23,50	25,50	25,50
	Studiendirektor, Studiendirektorin		1	1	1
	Brandoberräte, Brandoberrätinnen	A14	2	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		16	19	19
	Brandrat, Brandrätin	A13+AZ	1	1	1
	Regierungsrat, Regierungsrätin		1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	79	89	89
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	16,50	17,50	17,50
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	19	16	16
	Technischer Amtswann, Technische Amtswfrau		1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	8	7,50	7,50
	Bibliotheksinspektor, Bibliotheksinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		14	14	14
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		-	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	8,50	8,50	8,50
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	-	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	2	2	2
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	7	7	7
	Verwaltungsbetriebsobersekretär, Verwaltungsbetriebsobersekretärin		1	1	1
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	8	8	8
	Zusammen		271,50	284	284
	Zugang/Abgang			+12,50	-
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</b>				
	1) Bei Bedarf dürfen bis zu 8 Stellen der BesGr A 10 bis einschließlich B 3 der Kap. 03 01 und 03 61 gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 a.				
	<b>Leerstellen</b>				
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	A16	1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A</b> (Personal auf Stellen)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	neu für die IT-Sicherheit
Summe neu	+1	-	
<b>neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+3	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+8	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+13	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 03 61
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-0,50	-	Umsetzung nach 03 61
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 80
Summe Umsetzung	-2,50	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Branddirektoren, Branddirektorinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (RD)
Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (BrandD)
A14 Brandoberräte, Brandoberrätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (ORR)
Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (BrandOR)
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A9 Technische Inspektoren, Technische +AZ Inspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	8	8	8
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	12	12	12
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	6	6	6
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	3	3
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	5	5	5
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	-	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	3	3	3
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A4	1	1	1
	Zusammen Zugang/Abgang		46	47 +1	47 -
422 31	<b>Abgeordnete Beamte</b>	A16+AZ -A3	65	65	65
	Zusammen		65	65	65
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31:</b> 15 Stellen kw zum 31.12.2018 (Landesprojektgruppe Digitalfunk).				
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	29	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	36	37	37
	4 Stellen ku nach EGr 6 jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 7	E7	-	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	17	17	17
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	34,50	33,50	33,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	4	3	3
	Außertariflicher Arbeitnehmer, Außertarifliche Arbeitnehmerin Eine Stelle darf mit einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden, der der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr B3 vergütet wird. Die Stelle ist mit Ausscheiden des Stelleninhabers nach BesGr B3 (Ministerialrat) umgewandelt.		1	1	1
	Zusammen Zugang/Abgang		127,50	126,50 -1	126,50 -
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E2	1	1	1
	Zusammen		14	14	14
428 21	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Zusammen		4	4	4

<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+11,50	-	
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	+1	-	neu
Summe neu	+1	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+1	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		271,50	<b>284</b>	<b>284</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		127,50	<b>126,50</b>	<b>126,50</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		399	<b>410,50</b>	<b>410,50</b>
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	<b>4</b>	<b>4</b>
	<b>Personalsoll B</b>		4	<b>4</b>	<b>4</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		403	<b>414,50</b>	<b>414,50</b>





## Stellenplan

Titel	Bezeichnung				BesGr EGr	Stellenzahl																																																																													
						2016	2017	2018																																																																											
1	2				3	4	5	6																																																																											
	<p><i>Folgende (Plan-) Stellen sowie die entsprechenden Personalmittel erhalten den Vermerk „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2017/2018“:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th><i>Kapitel</i></th> <th><i>Titel</i></th> <th><i>BesGr EGr</i></th> <th><i>Stellenzahl</i></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td rowspan="3">03 01</td> <td rowspan="3">422 01</td> <td>A 15</td> <td>3,0</td> </tr> <tr> <td>A 14</td> <td>2,0</td> </tr> <tr> <td>A 13</td> <td>8,0</td> </tr> <tr> <td rowspan="10">03 06</td> <td rowspan="10">422 01</td> <td>R 2</td> <td>4,0</td> </tr> <tr> <td>R 1</td> <td>16,0</td> </tr> <tr> <td>A 12</td> <td>5,0</td> </tr> <tr> <td>A 11</td> <td>7,0</td> </tr> <tr> <td>A 10</td> <td>2,0</td> </tr> <tr> <td>A 9</td> <td>3,0</td> </tr> <tr> <td>A 8</td> <td>2,0</td> </tr> <tr> <td>A 7</td> <td>1,0</td> </tr> <tr> <td rowspan="2">428 01</td> <td>E 6</td> <td>17,0</td> </tr> <tr> <td>E 5</td> <td>5,0</td> </tr> <tr> <td rowspan="15">03 08</td> <td rowspan="15">422 01 a)</td> <td>A 15</td> <td>3,0</td> </tr> <tr> <td>A 14</td> <td>15,0</td> </tr> <tr> <td>A 13</td> <td>30,0</td> </tr> <tr> <td>A 12</td> <td>78,0</td> </tr> <tr> <td>A 11</td> <td>54,0</td> </tr> <tr> <td>A 10</td> <td>59,0</td> </tr> <tr> <td>A 9</td> <td>53,0</td> </tr> <tr> <td>A 8</td> <td>59,0</td> </tr> <tr> <td>A 7</td> <td>35,0</td> </tr> <tr> <td rowspan="3">422 01 i)</td> <td>A 12</td> <td>1,0</td> </tr> <tr> <td>A 10</td> <td>1,0</td> </tr> <tr> <td>A 7</td> <td>3,0</td> </tr> <tr> <td>428 01 h)</td> <td>E 11</td> <td>15,0</td> </tr> <tr> <td rowspan="5">428 01 i)</td> <td>E 10</td> <td>2,0</td> </tr> <tr> <td>E 9</td> <td>39,0</td> </tr> <tr> <td>E 8</td> <td>52,0</td> </tr> <tr> <td>E 6</td> <td>229,5</td> </tr> <tr> <td>E 5</td> <td>13,0</td> </tr> </tbody> </table>				<i>Kapitel</i>	<i>Titel</i>	<i>BesGr EGr</i>	<i>Stellenzahl</i>	03 01	422 01	A 15	3,0	A 14	2,0	A 13	8,0	03 06	422 01	R 2	4,0	R 1	16,0	A 12	5,0	A 11	7,0	A 10	2,0	A 9	3,0	A 8	2,0	A 7	1,0	428 01	E 6	17,0	E 5	5,0	03 08	422 01 a)	A 15	3,0	A 14	15,0	A 13	30,0	A 12	78,0	A 11	54,0	A 10	59,0	A 9	53,0	A 8	59,0	A 7	35,0	422 01 i)	A 12	1,0	A 10	1,0	A 7	3,0	428 01 h)	E 11	15,0	428 01 i)	E 10	2,0	E 9	39,0	E 8	52,0	E 6	229,5	E 5	13,0			
<i>Kapitel</i>	<i>Titel</i>	<i>BesGr EGr</i>	<i>Stellenzahl</i>																																																																																
03 01	422 01	A 15	3,0																																																																																
		A 14	2,0																																																																																
		A 13	8,0																																																																																
03 06	422 01	R 2	4,0																																																																																
		R 1	16,0																																																																																
		A 12	5,0																																																																																
		A 11	7,0																																																																																
		A 10	2,0																																																																																
		A 9	3,0																																																																																
		A 8	2,0																																																																																
		A 7	1,0																																																																																
		428 01	E 6	17,0																																																																															
			E 5	5,0																																																																															
03 08	422 01 a)	A 15	3,0																																																																																
		A 14	15,0																																																																																
		A 13	30,0																																																																																
		A 12	78,0																																																																																
		A 11	54,0																																																																																
		A 10	59,0																																																																																
		A 9	53,0																																																																																
		A 8	59,0																																																																																
		A 7	35,0																																																																																
		422 01 i)	A 12	1,0																																																																															
			A 10	1,0																																																																															
			A 7	3,0																																																																															
		428 01 h)	E 11	15,0																																																																															
		428 01 i)	E 10	2,0																																																																															
			E 9	39,0																																																																															
E 8	52,0																																																																																		
E 6	229,5																																																																																		
E 5	13,0																																																																																		

## Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung			BesGr EGr	Stellenzahl		
					2016	2017	2018
1	2			3	4	5	6
	<i>Kapitel</i>	<i>Titel</i>	<i>BesGr EGr</i>	<i>Stellenzahl</i>			
		428 11 b)	-	969,0			
		428 14	-	1.370,0			
03 15	422 01	A 14		8,0			
		A 13		5,0			
		A 12		6,0			
		A 11		11,0			
		A 10		17,0			
		A 9		15,0			
03 18	428 01	E 6		30,0			
		E 5		50,0			
	<i>Summe</i>			3.297,5			

03 03  
Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>TG</b>	<b>85 Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern</b>				
<b>422 85</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Leitender Polizeidirektor, Leitende Polizeidirektorin	A16	1	1	1
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	3	3	3
	Polizeioberberräte, Polizeioberberrätinnen	A14	5	5	5
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	12	15	15
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	27	37	37
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	16	20	20
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	7	11	11
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterin	A9+AZ	1	1	1
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	3	3	3
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin		1	1	1
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A7	1	1	1
	Zusammen		77	98	98
	Zugang/Abgang			+21	-
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 85 :</b>				
	1) Die bei TG 85 ausgewiesenen Planstellen sind verbindlich.				
	2) 10 Planstellen kw am 31.12.2020.				
	3) Die Planstellen können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.				
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 85	Planmäßige Beamte		77	98	98
	<b>Personalsoll B</b>		77	98	98
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		77	98	98

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll B</b> (Personal aus Mitteln)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 85 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	+3	-	neu, insbesondere für die Autorisierte Stelle
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+10	-	neu, insbesondere für die Autorisierte Stelle
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+4	-	neu, insbesondere für die Autorisierte Stelle
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+4	-	neu, insbesondere für die Autorisierte Stelle
Summe neu	+21	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+21	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter)</b>				
	<b>a) Verwaltungsgerichtshof</b>				
	Präsident, Präsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs	R8	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 8	R4	1	1	1
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	R3	20	20	20
	Richter, Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof <i>Auf bis zu 6 Stellen können Richter mit einer Zulage gem. Art. 56 Abs. 2 BayBesG verrechnet werden.</i>	R2	50,44	50,44	50,44
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3,50	4	4
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	-	-	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	0,50	1,50	1,50
	Verwaltungsbetriebsobersekretär, Verwaltungsbetriebsobersekretärin		1	1	1
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	3	3	3
	Zusammen		97,44	99,94	99,94
	Zugang/Abgang			+2,50	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter)</b>				
	<b>a) Verwaltungsgerichtshof):</b>				
	<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 06 Tit. 422 01.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>b) Landesadvokatur Bayern</b>				
	Generallandesanwalt, Generallandesanwältin	B6	1	1	1
	Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin	B3	1	1	1
	Oberlandesanwälte, Oberlandesanwältinnen	A16	8	8	8
	Oberlandesanwälte, Oberlandesanwältinnen	A15	2,50	2,50	2,50
	Landesanwälte, Landesanwältinnen	A14	1,50	1,50	1,50
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Zusammen		15	15	15
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte</b>				
	<b>b) Landesadvokatur Bayern):</b>				
	<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 06 Tit. 422 01.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter)</b>				
	<b>a) Verwaltungsgerichtshof</b>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Richter, Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	R2	3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2

## Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A</b> (Personal auf Stellen)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Verwaltungsgerichtshof)</b>			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+0,50	-	neu für die IT-Sicherheit
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+1	-	neu für den elektronischen Rechtsverkehr
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	neu für den elektronischen Rechtsverkehr
Summe neu	+2,50	-	
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 428 01 (a) Verwaltungsgerichtshof)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 9
<b>Titel 428 01 (b) Landesadvokatur Bayern)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3,40	-	kostenneutrale Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3,40	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>Absenkung</b>			
<b>Titel 428 01 (b) Landesadvokatur Bayern)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 8 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 9 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+2,50	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen Zusammen	A8	7	7	7
			15	15	15
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>b) Landesadvokatur Bayern</b>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Oberlandesadvokat, Oberlandesadvokatin	A16	1	1	1
	Oberlandesadvokat, Oberlandesadvokatin	A15	1	1	1
	Landesadvokat, Landesadvokatin	A14	1	1	1
	Zusammen		3	3	3
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>				
		A16+AZ -A3	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>a) Verwaltungsgerichtshof</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12	E12	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 <i>1 Stelle ku nach BesGr A 11 Regierungsamtmann mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E11	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 <i>1 Stelle ku nach BesGr A 10 Regierungsoberinspektor mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E10	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 <i>1 Stelle ku nach BesGr A 9 Regierungsinspektor mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E9	6	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	18	18	18
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	10
	Zusammen		44	44	44
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>b) Landesadvokatur Bayern</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	1,50	4,90	4,90
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3,40	-	-
	Zusammen		9,90	9,90	9,90
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>a) Verwaltungsgerichtshof</b>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3	3	3
	Zusammen		7	7	7
<b>428 11</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		2	2	2
	Zusammen		2	2	2



## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Zusammen		4	4	4
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof		97,44	99,94	99,94
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Landesanstalt Bayern		15	15	15
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungsgerichtshof		44	44	44
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Landesanstalt Bayern		9,90	9,90	9,90
	<b>Personalsoll A</b>		166,34	168,84	168,84
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2	2	2
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	<b>Personalsoll B</b>		6	6	6
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		172,34	174,84	174,84

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte (Richter)</b>				
	Präsidenten, Präsidentinnen der Verwaltungsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	R4	2	2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Verwaltungsgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	R3	4	4	4
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	-	-
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Verwaltungsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	R2+AZ	5	6	6
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Verwaltungsgerichten	R2	62	66	66
	Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	R1	142	154	154
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	5	5
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	11	14	15
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	12	19	18
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	9	11	11
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		-	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	6	9	9
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	3	7	7
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	7	11	11
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	8	8	8
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A5	1	1	1
	Zusammen Zugang/Abgang		278	321 +43	321 -
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</b>				
	1) Bei Bedarf dürfen die Stellen der Kap. 03 05, 03 06 und 03 08 in Anspruch genommen werden:				
	a) Zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig.				
	b) Bis zu 14 Stellen gegenseitig.				
	Dabei dürfen die Stellen der BesGr R1 auch mit planmäßigen Beamten der BesGr A13 - A15 besetzt werden.				
	2) 5 Stellen für Richter sind künftig einzusparen im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz (Entwicklung der Eingangszahlen, Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen).				
	3) Auf bis zu 13 Stellen der BesGr R1 und R2 können Richter der BesGr R1 bzw. R2 mit einer Zulage gem. Art. 56 Abs. 2 BayBesG verrechnet werden.				
	<b>Leerstellen</b>				
	Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	R1	5	5	5
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	7	7	7
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	5	5	5
	Zusammen		20	20	20

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))</b>			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+2	-	neu für den elektronischen Rechtsverkehr
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+3	-	neu für den elektronischen Rechtsverkehr
Summe neu	+5	-	
<b>neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))</b>			
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Verwaltungsgerichten	+4	-	neu (Zuwanderung und Integration)
R1 Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	+16	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+5	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	+7	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+2	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+3	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	neu (Zuwanderung und Integration)
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+17	-	neu (Zuwanderung und Integration)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+62	-	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))</b>			
R1 Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,30	-0,15	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,35	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-4,65	-0,15	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte (Richter)</b>				
		A16+AZ -A3	5	5	5
	Zusammen		5	5	5
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	6	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	15	13	13
	<i>1 Stelle ku nach BesGr A8 (Regierungshauptsekretär) mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	90,50	107,50	107,50
	<i>3,5 Stellen ku nach BesGr A7 (Regierungsoberssekretär) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	56,50	58,85	58,70
	<i>2 Stellen ku nach BesGr A6 (Regierungssekretär) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Zusammen		170	189,35	189,20
	Zugang/Abgang			+19,35	-0,15
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	6	6	6
	Zusammen		21	21	21
<b>428 11</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		5	5	5
	Zusammen		5	5	5
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		6	9	9
	Zusammen		6	9	9
	Zugang/Abgang			+3	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))</b>			
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	-	Umwandlung und Hebung von 428 01 EGr 5
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umwandlung und Hebung nach 422 01 BesGr A8
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))</b>			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A13
	-	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>Absenkung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))</b>			
R3 Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Verwaltungsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	-1	-	Absenkung nach BesGr R2+AZ im Vollzug des ku-Vermerks
R2 Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen +AZ der Verwaltungsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	+1	-	Absenkung von BesGr R3 im Vollzug des ku- Vermerks
Summe Absenkung	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+62,35	-0,15	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		278	321	321
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		170	189,35	189,20
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		448	510,35	510,20
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		5	5	5
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		6	9	9
	<b>Personalsoll B</b>		11	14	14
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		459	524,35	524,20

<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll B</b> (Personal aus Mitteln)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+3	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+3	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Statistik	B6	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Statistik	B3	1	1	1
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B2	2	2	2
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	27,20	27,20	27,20
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	20,20	19,20	19,20
	Bibliotheksrat, Bibliotheksrätin	A13	-	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		21,80	21,80	22,80
	Bibliotheksamtsrat, Bibliotheksamtsrätin	A12	1	1	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		6,85	6,85	6,85
	Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin		-	-	1
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	27,34	19,34	15,34
	Technische Amtswänner, Technische Amtswfrauen		4,60	7,60	11,60
	Bibliotheksoberspektor, Bibliotheksoberspektorin	A10	-	1	1
	Regierungsoberspektoren, Regierungsoberspektorinnen		1,62	0,62	0,62
	Technische Oberspektoren, Technische Oberspektorinnen		6,08	3,08	3,08
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	2	2	2
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	8,50	8	8
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	2	2	3
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	4	4	4
	Zusammen		144,19	135,69	137,69
	Zugang/Abgang			-8,50	+2
	<b>Leerstellen</b>				
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	3	3
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	4	4	4
	Regierungsoberspektoren, Regierungsoberspektorinnen	A10	5	5	5
	Regierungssekretär, Regierungssekretärin	A6	1	1	1
	Zusammen		15	15	15
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte</b>				
		A16+AZ -A3	4	4	4
	Zusammen		4	4	4
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	4	4	4
	1 Stelle ku nach A13 (Regierungsrat) mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	28	29,05	29,05
	3 Stellen ku nach A11 (Regierungsamtswmann) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	19,47	25,42	25,42
	1 Stelle ku nach BesGr A 10 ROI mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	77,48	75,98	75,98



Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,20	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,14	-0,59	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,25	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-13,59	-0,59	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 03 08
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 21
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A10 (StOI)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-2 -0,50	-	Umsetzung nach 06 21 Umsetzung nach 03 08
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 21 / 428 30
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,50	-	Umsetzung nach 06 21
Summe Umsetzung	-10	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Bibliotheksräte, Bibliotheksrätinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A13 (RR)
Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (BibIR)
	+2	+1	Umwandlung von 428 01 EGr 13
A12 Bibliotheksamtsräte, Bibliotheksamtsrätinnen	-	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A12 (TAR)
Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-	+1	Umwandlung von 422 01 BesGr A12 (BibIAR)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-3	-4	Umwandlung nach 422 01 BesGr A11 (TA)
	-3	-	Umwandlung nach 428 01 EGr 11
	-1	-	Umwandlung nach 428 01 EGr 11

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	45,65	<b>40,65</b>	<b>40,65</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	194,15	<b>186,95</b>	<b>184,95</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	16,97	<b>11,83</b>	<b>11,24</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	5,25	<b>2</b>	<b>2</b>
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		2	<b>2</b>	<b>2</b>
	Zusammen		403,97	<b>388,88</b>	<b>386,29</b>
	Zugang/Abgang			<b>-15,09</b>	<b>-2,59</b>
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	<b>2</b>	<b>2</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	<b>1</b>	<b>1</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3	<b>3</b>	<b>3</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	5	<b>5</b>	<b>5</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	10	<b>10</b>	<b>10</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	7	<b>7</b>	<b>7</b>
	Zusammen		28	<b>28</b>	<b>28</b>
<b>428 11</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		25,25	<b>24,75</b>	<b>24,75</b>
	Zusammen		25,25	<b>24,75</b>	<b>24,75</b>
	Zugang/Abgang			<b>-0,50</b>	<b>-</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11:</b>				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 19,75 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				
<b>428 13</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		40	<b>40</b>	<b>40</b>
	Zusammen		40	<b>40</b>	<b>40</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 13:</b>				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen bis zu 36 Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
<b>428 16</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik nach Fürth)</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		70	<b>81,85</b>	<b>111,85</b>
	Zusammen		70	<b>81,85</b>	<b>111,85</b>
	Zugang/Abgang			<b>+11,85</b>	<b>+30</b>
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 16 :</b>				
	<i>1) Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 81,85 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird. Ab 2018 erhöht sich die Zahl auf 111,85 Stellen. Alle Stellen sowie die entsprechenden Ausgabemittel sind kw zum 31.12.2019; die Möglichkeit unbefristete Arbeitsverträge abzuschließen, entfällt zu diesem Zeitpunkt.</i>				

<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+3	+4	Umwandlung von 422 01 BesGr A11 (RA)
A10 Bibliotheksoberinspektoren, Bibliotheksoberinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A10 (ROI)
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10 (BibIOI)
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1 -	- +1	Umwandlung von 428 01 EGr 10 Umwandlung von 428 01 EGr 6
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	+1	Umwandlung und kostenneutrale Hebung von 428 01 EGr 6
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A11 (RA)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A11 (RA)
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10 (ROI)
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-1	Umwandlung und kostenneutrale Hebung nach 428 01 EGr 13
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A7 (ROS)
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenneutrale Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>Absenkung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,95	-	Absenkung nach EGr 10 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,95	-	Absenkung von EGr 11 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>			
	-23,59	-0,59	
<b>Personalsoll B (Personal aus Mitteln)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (ASD)

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 16	2) Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Stellen des Titels 428 16 in andere Verwaltungen umzusetzen und ihnen aus dem Ansatz die entsprechenden Verstärkungsmittel zuzuweisen. Die Ausgaben sind bei der aufnehmenden Verwaltung bei Titel 428 16 rechnermäßig nachzuweisen. Auf hiernach sich ergebende außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. Die Möglichkeit unbefristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, geht dabei auf die aufnehmende Verwaltung über. Die umgesetzten Stellen erhalten jeweils den Vermerk „Stelle sowie die entsprechenden Ausgabemittel kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens jedoch nach dem Ablauf von drei Jahren. Die Dreijahres-Frist beginnt mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die Umsetzung erfolgt.“				
<b>TG</b>	<b>94 Sonstige Statistiken, Erhebungen und Zählungen</b>				
<b>428 94</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)</b>				
	Aushilfskräfte		100	100	103
	Zusammen		100	100	103
	Zugang/Abgang			-	+3
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 94:</b> Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 92,5 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.				
<b>TG</b>	<b>99 Kosten der Datenverarbeitung</b>				
<b>428 99</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)</b>				
	Aushilfskräfte		11	10	10
	Zusammen		11	10	10
	Zugang/Abgang			-1	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 99:</b> Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Titel 428 16 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik nach Fürth))</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+20	+30	neu zur Schaffung von personellen Doppelstrukturen aufgrund der Verlagerung nach Fürth
<b>Titel 428 94 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte))</b> Aushilfskräfte	-	+3	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+20,50	+33	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 21
<b>Titel 428 16 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik nach Fürth))</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7,15 -1	- -	Umsetzung nach 03 08 Umsetzung nach 06 21
<b>Titel 428 99 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte))</b> Aushilfskräfte	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 21 / 428 11
Summe Umsetzung	-10,15	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+10,35	+33	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		144,19	<b>135,69</b>	<b>137,69</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		403,97	<b>388,88</b>	<b>386,29</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		548,16	<b>524,57</b>	<b>523,98</b>
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		25,25	<b>24,75</b>	<b>24,75</b>
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)		40	<b>40</b>	<b>40</b>
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik nach Fürth)		70	<b>81,85</b>	<b>111,85</b>
428 94	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		100	<b>100</b>	<b>103</b>
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		11	<b>10</b>	<b>10</b>
	<b>Personalsoll B</b>		246,25	<b>256,60</b>	<b>289,60</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		794,41	<b>781,17</b>	<b>813,58</b>



## Vorbemerkungen zum Stellenplan des Kap. 03 08 (Regierungen)

### A) Haushaltsvermerke

Die bei den Kapiteln 03 08, 03 66, 03 73, 05 10, 06 30, 07 10, 12 30, 12 31, 12 32 und 14 30 ausgebrachten Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 HG Stellenbindung besteht, dürfen für die Dauer von bis zu zwei Jahren, in jedem Fall jedoch bis zum Inkrafttreten des nächsten Doppelhaushalts, ausnahmsweise gegenseitig in Anspruch genommen werden. Für Stellen, die nicht der Bewirtschaftung der Regierungen unterliegen, entscheidet das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Einvernehmen mit den Ressorts.

### B) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2017

Titel	Wertig- keit	AIV	Verkehr	Bau	Schule	Landesentw.
		03 08	03 66	03 73	05 10	06 30
422 01	B8	1,00	-	-	-	-
	B7	6,00	-	-	-	-
	B4	1,00	-	-	-	-
	B3	6,00	-	-	-	-
	B2	29,00	-	7,00	7,00	-
	A16	57,00	-	35,00	45,00	4,00
	A15+AZ	-	-	-	31,00	-
	A15	171,00	-	82,00	26,00	13,00
	A14+AZ	-	-	-	17,00	-
	A14	102,00	2,00	13,00	-	19,00
	A13+AZ	19,00	-	-	-	-
	A13	198,25	2,00	1,00	-	16,00
	A12	440,65	-	-	-	-
	A11	437,50	-	-	-	-
	A10	183,12	-	-	-	-
	A9+AZ	24,00	-	-	-	-
	A9	244,00	-	-	-	-
	A8	202,00	-	-	-	-
	A7	84,00	-	-	-	-
	A6	82,00	-	-	-	-
A5	9,00	-	-	-	-	
A4	-	-	-	-	-	
	Summe	2.296,52	4,00	138,00	126,00	52,00
428 01	E15Ü	-	-	-	-	-
	E15	-	1,00	1,00	-	-
	E14	-	1,00	6,00	-	-
	E13Ü	-	-	-	-	-
	E13	2,00	-	3,00	-	-
	E12	50,25	-	-	-	-
	E11	104,00	-	-	-	-
	E10	49,50	-	-	-	-
	E9	286,99	-	-	-	-
	E8	149,66	-	-	-	-
	E7	2,00	-	-	-	-
	E6	583,60	-	-	-	-
	E5	203,05	-	-	-	-
	E4	5,00	-	-	-	-
	E3	6,24	-	-	-	-
	E2Ü	-	-	-	-	-
E2	-	-	-	-	-	
E1	-	-	-	-	-	
---	28,00	-	-	-	-	
	Summe	1.470,29	2,00	10,00	-	-
428 11	Arbeitn.	1.366,50	-	-	-	-
428 14	Arbeitn.	1.370,00	-	-	-	-
428 16	Arbeitn.	7,15	-	-	-	-
428 21	Arbeitn.	-	-	-	-	-
TG 51		13,00	-	-	-	-
TG 52	Arbeitn.	-	6,00	-	-	-
	Summe	2.756,65	6,00	-	-	-
<b>Gesamtsumme</b>		<b>6.523,46</b>	<b>12,00</b>	<b>148,00</b>	<b>126,00</b>	<b>52,00</b>



Titel	Wertigkeit	Wirtschaft	Veterinärw.	Umwelt	GewA	Gesundh.	Summe
		07 10	12 30	12 31	12 32	14 30	
422 01	B8	-	-	-	-	-	1,00
	B7	-	-	-	-	-	6,00
	B4	-	-	-	-	-	1,00
	B3	-	-	-	-	-	6,00
	B2	-	-	-	1,00	-	44,00
	A16	11,00	7,00	23,00	9,00	8,00	199,00
	A15+AZ	-	-	-	-	-	31,00
	A15	41,00	11,00	60,00	36,00	13,00	453,00
	A14+AZ	-	-	-	-	-	17,00
	A14	18,25	9,00	34,55	44,00	39,50	281,30
	A13+AZ	-	-	-	8,00	-	27,00
	A13	-	-	2,00	58,00	-	277,25
	A12	-	-	-	80,00	-	520,65
	A11	-	-	-	93,00	-	530,50
	A10	-	-	-	18,00	-	201,12
	A9+AZ	-	-	-	31,00	-	55,00
	A9	-	-	-	20,00	-	264,00
	A8	-	-	-	-	-	202,00
	A7	-	-	-	-	-	84,00
	A6	-	-	-	-	-	82,00
A5	-	-	-	-	-	9,00	
A4	-	-	-	-	-	-	
	<b>Summe</b>	<b>70,25</b>	<b>27,00</b>	<b>119,55</b>	<b>398,00</b>	<b>60,50</b>	<b>3.291,82</b>
428 01	E15Ü	-	-	-	-	-	-
	E15	-	-	-	3,00	-	5,00
	E14	1,00	-	-	-	-	8,00
	E13Ü	-	-	-	-	-	-
	E13	-	-	-	-	-	5,00
	E12	-	-	-	-	-	50,25
	E11	-	-	-	-	-	104,00
	E10	-	-	-	3,00	-	52,50
	E9	-	-	-	10,00	-	296,99
	E8	-	-	-	-	-	149,66
	E7	-	-	-	-	-	2,00
	E6	-	-	-	-	-	583,60
	E5	-	-	-	-	-	203,05
	E4	-	-	-	-	-	5,00
	E3	-	-	-	-	-	6,24
	E2Ü	-	-	-	-	-	-
	E2	-	-	-	-	-	-
	E1	-	-	-	-	-	-
---	-	-	-	-	-	28,00	
	<b>Summe</b>	<b>1,00</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>16,00</b>	<b>-</b>	<b>1.499,29</b>
428 11	Arbeitn.	-	-	-	-	-	1.366,50
428 14	Arbeitn.	-	-	-	-	-	1.370,00
428 16	Arbeitn.	-	-	-	-	-	7,15
428 21	Arbeitn.	-	-	-	-	-	-
TG 51		-	-	-	-	-	13,00
TG 52	Arbeitn.	-	-	-	-	-	6,00
	<b>Summe</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>2.762,65</b>
<b>Gesamtsumme</b>		<b>71,25</b>	<b>27,00</b>	<b>119,55</b>	<b>414,00</b>	<b>60,50</b>	<b>7.553,76</b>

03 08	AIV	Regierungen - Allgemeine Innere Verwaltung
03 66	Verkehr	Verkehrswesen
03 73	Bau	Bereich Planung und Bau
05 10	Schule	Schulaufsicht bei den Regierungen
06 30	Landesentw.	Bereich Landesentwicklung bei den Regierungen
07 10	Wirtschaft	Bereich Wirtschaft bei den Regierungen
12 30	Veterinärw.	Veterinärwesen bei den Regierungen
12 31	Umwelt	Bereich Umwelt bei den Regierungen
12 32	GewA	Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen
14 30	Gesundh.	Bereich Gesundheit bei den Regierungen

## C) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2018

Titel	Wertigkeit	AIV	Verkehr	Bau	Schule	Landesentw.
		03 08	03 66	03 73	05 10	06 30
422 01	B8	1,00	-	-	-	-
	B7	6,00	-	-	-	-
	B4	1,00	-	-	-	-
	B3	6,00	-	-	-	-
	B2	29,00	-	7,00	7,00	-
	A16	57,00	-	35,00	45,00	4,00
	A15+AZ	-	-	-	31,00	-
	A15	171,00	-	82,00	26,00	13,00
	A14+AZ	-	-	-	17,00	-
	A14	102,00	2,00	13,00	-	19,00
	A13+AZ	19,00	-	-	-	-
	A13	198,25	2,00	1,00	-	16,00
	A12	440,65	-	-	-	-
	A11	437,50	-	-	-	-
	A10	183,12	-	-	-	-
	A9+AZ	24,00	-	-	-	-
	A9	244,00	-	-	-	-
	A8	202,00	-	-	-	-
	A7	84,00	-	-	-	-
	A6	82,00	-	-	-	-
A5	9,00	-	-	-	-	
A4	-	-	-	-	-	
	Summe	2.296,52	4,00	138,00	126,00	52,00
428 01	E15Ü	-	-	-	-	-
	E15	-	1,00	1,00	-	-
	E14	-	1,00	6,00	-	-
	E13Ü	-	-	-	-	-
	E13	2,00	-	3,00	-	-
	E12	50,25	-	-	-	-
	E11	104,00	-	-	-	-
	E10	49,50	-	-	-	-
	E9	286,99	-	-	-	-
	E8	149,66	-	-	-	-
	E7	2,00	-	-	-	-
	E6	583,60	-	-	-	-
	E5	203,05	-	-	-	-
	E4	5,00	-	-	-	-
	E3	6,24	-	-	-	-
	E2Ü	-	-	-	-	-
	E2	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	
---	28,00	-	-	-	-	
	Summe	1.470,29	2,00	10,00	-	-
428 11	Arbeitn.	1.366,50	-	-	-	-
428 14	Arbeitn.	1.370,00	-	-	-	-
428 16	Arbeitn.	7,15	-	-	-	-
428 21	Arbeitn.	-	-	-	-	-
TG 51		13,00	-	-	-	-
TG 52	Arbeitn.	-	6,00	-	-	-
	Summe	2.756,65	6,00	-	-	-
<b>Gesamtsumme</b>		<b>6.523,46</b>	<b>12,00</b>	<b>148,00</b>	<b>126,00</b>	<b>52,00</b>

Titel	Wertigkeit	Wirtschaft	Veterinärw.	Umwelt	GewA	Gesundh.	Summe
		07 10	12 30	12 31	12 32	14 30	
422 01	B8	-	-	-	-	-	1,00
	B7	-	-	-	-	-	6,00
	B4	-	-	-	-	-	1,00
	B3	-	-	-	-	-	6,00
	B2	-	-	-	1,00	-	44,00
	A16	11,00	7,00	23,00	9,00	8,00	199,00
	A15+AZ	-	-	-	-	-	31,00
	A15	41,00	11,00	60,00	36,00	13,00	453,00
	A14+AZ	-	-	-	-	-	17,00
	A14	18,25	9,00	34,55	44,00	39,50	281,30
	A13+AZ	-	-	-	8,00	-	27,00
	A13	-	-	2,00	58,00	-	277,25
	A12	-	-	-	80,00	-	520,65
	A11	-	-	-	93,00	-	530,50
	A10	-	-	-	18,00	-	201,12
	A9+AZ	-	-	-	31,00	-	55,00
	A9	-	-	-	20,00	-	264,00
	A8	-	-	-	-	-	202,00
	A7	-	-	-	-	-	84,00
	A6	-	-	-	-	-	82,00
A5	-	-	-	-	-	9,00	
A4	-	-	-	-	-	-	
	Summe	70,25	27,00	119,55	398,00	60,50	3.291,82
428 01	E15Ü	-	-	-	-	-	-
	E15	-	-	-	3,00	-	5,00
	E14	1,00	-	-	-	-	8,00
	E13Ü	-	-	-	-	-	-
	E13	-	-	-	-	-	5,00
	E12	-	-	-	-	-	50,25
	E11	-	-	-	-	-	104,00
	E10	-	-	-	3,00	-	52,50
	E9	-	-	-	10,00	-	296,99
	E8	-	-	-	-	-	149,66
	E7	-	-	-	-	-	2,00
	E6	-	-	-	-	-	583,60
	E5	-	-	-	-	-	203,05
	E4	-	-	-	-	-	5,00
	E3	-	-	-	-	-	6,24
	E2Ü	-	-	-	-	-	-
	E2	-	-	-	-	-	-
	E1	-	-	-	-	-	-
	---	-	-	-	-	-	28,00
	Summe	1,00	-	-	16,00	-	1.499,29
428 11	Arbeitn.	-	-	-	-	-	1.366,50
428 14	Arbeitn.	-	-	-	-	-	1.370,00
428 16	Arbeitn.	-	-	-	-	-	7,15
428 21	Arbeitn.	-	-	-	-	-	-
TG 51		-	-	-	-	-	13,00
TG 52	Arbeitn.	-	-	-	-	-	6,00
	Summe	-	-	-	-	-	2.762,65
<b>Gesamtsumme</b>		<b>71,25</b>	<b>27,00</b>	<b>119,55</b>	<b>414,00</b>	<b>60,50</b>	<b>7.553,76</b>

03 08	AIV	Regierungen - Allgemeine Innere Verwaltung
03 66	Verkehr	Verkehrswesen
03 73	Bau	Bereich Planung und Bau
05 10	Schule	Schulaufsicht bei den Regierungen
06 30	Landesentw.	Bereich Landesentwicklung bei den Regierungen
07 10	Wirtschaft	Bereich Wirtschaft bei den Regierungen
12 30	Veterinärw.	Veterinärwesen bei den Regierungen
12 31	Umwelt	Bereich Umwelt bei den Regierungen
12 32	GewA	Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen
14 30	Gesundh.	Bereich Gesundheit bei den Regierungen

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>a) Verwaltung allgemein</b>				
	Regierungspräsident, Regierungspräsidentin von Oberbayern	B8	1	1	1
	Regierungspräsidenten, Regierungspräsidentinnen	B7	6	6	6
	Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin	B4	1	1	1
	Regierungsvizepräsidenten, Regierungsvizepräsidentinnen als Stellvertreter oder Stellvertreterinnen von in der Besoldungsgruppe B7 eingestuftem Regierungspräsidenten oder Regierungspräsidentinnen	B3	6	6	6
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B2	29	29	29
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	57	57	57
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	170	171	171
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	77	101	101
	<i>Bei Bedarf dürfen für Aufgaben der Landesadvokatur 0,5 Stellen der BesGr A14 (Landesanwälte) des Kap. 03 05 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Oberstudienrat, Oberstudienrätin		1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	96,25	128,25	128,25
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	252	357,40	357,40
	<i>2 Stellen kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>				
	Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin		1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	304	370	370
	<i>1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>				
	Technischer Amtmann, Technische Amtfrau		-	0,50	0,50
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	105,50	162,50	162,50
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	24	24	24
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	180,80	240	240
	<i>1) 5,5 Stellen kw zum 31.12.2019 (Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm)</i>				
	<i>2) Die von den Kap. 05 12, 05 15, 05 18 und 15 01 umgesetzten und umgewandelten Stellenanteile von insgesamt 1,70 Stellen der BesGr A 9 sind mit Beendigung des Projekts eAkte wieder wie folgt umgesetzt und umgewandelt nach</i>				
	<i>a) Kap. 05 12 Tit. 428 02 in eine 0,21 Stelle der EGr 9 (Lehrkräfte für franz. Wahlunterricht),</i>				
	<i>b) Kap. 05 15 Tit. 422 01 in eine 0,25 Stelle der BesGr A 10 (Fachlehrer),</i>				
	<i>c) Kap. 05 18 Tit. 422 01 in eine 0,16 Stelle der BesGr A 10 (Fachlehrer),</i>				
	<i>d) Kap. 15 01 Tit. 422 01 in eine 1,00 Stelle der BesGr A 8 (RHS),</i>				
	<i>e) Kap. 15 01 Tit. 428 01 in eine 0,16 Stelle der EGr 5</i>				
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	135	194	194
	Technischer Hauptsekretär, Technische Hauptsekretärin		1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	39	74	74
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		7	7	7
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	7	7	7

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein</b>			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	-	neu für das Planfeststellungsverfahren
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	neu für die IT-Sicherheit
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+0,50	-	neu für die IT-Sicherheit
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	neu für die Luftsicherheit
Summe neu	+4,50	-	
<b>neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein</b>			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+3	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+15	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+30	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+78	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+54	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+59	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+53	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+59	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+35	-	neu (Zuwanderung und Integration)
<b>Titel 422 01 (i) Personal Unterbringungsverwaltung)</b>			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+3	-	neu (Zuwanderung und Integration)
<b>Titel 428 01 (h) Fachpersonal Sozialverwaltung)</b>			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	-	neu (Zuwanderung und Integration)
<b>Titel 428 01 (i) Personal Unterbringungsverwaltung)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	neu (Zuwanderung und Integration)
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+39	-	neu (Zuwanderung und Integration)
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+52	-	neu (Zuwanderung und Integration)
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+229,50	-	neu (Zuwanderung und Integration)

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		77	65	65
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin		1	1	1
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A5	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen		7	7	7
	Zusammen		1.587,55	2.014,65	2.014,65
	Zugang/Abgang			+427,10	-
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>				
	<b>a) Verwaltung allgemein:</b>				
	1) Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden:				
	a) die Stellen der BesGr A 16 mit A 9 für Kap. 03 01;				
	b) die Stellen der BesGr A 16 mit A 3 bei den				
	Kap. 03 08 und 03 09 zum Zwecke des Stellentausches				
	gegenseitig; ferner bis zu 15 Stellen der BesGr A 16 mit				
	A 13, bis zu 30 der BesGr A 13 mit A 9 und bis zu 50				
	Stellen der BesGr A 9 mit A 6 des Tit. 422 01 bei den				
	Kap. 03 08 und 03 09 gegenseitig;				
	c) bis zu 45 Stellen der BesGr A 16 mit A 13 aus Kap. 03 08				
	Tit. 422 01 für die Kap. 03 73, 03 75 und 03 80;				
	d) vgl. Vermerke bei den Kap. 03 05, 03 06, 03 10 und 03 26.				
	2) Für Aufgaben der Bezirke (Art. 35a Abs. 1 BezO) werden verwendet:				
	14 Stellen der BesGr A15 bis B2 und 26 Stellen bis BesGr A14.				
422 01	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>b) Fachpersonal für den Brand- und Katastrophenschutz</b>				
	Brandräte, Brandrätinnen	A13+AZ	2	2	2
	Brandräte, Brandrätinnen	A13	2	2	2
	Brandamtsräte, Brandamtsrätinnen	A12	5	5	5
	Brandamt Männer, Brandamt Frauen	A11	5	5	5
	1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem				
	ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht				
	ingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der				
	Frist weg.				
	Brandoberinspektor, Brandoberinspektorin	A10	1	1	1
	Zusammen		15	15	15
422 01	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr</b>				
	Bauräte, Baurätinnen	A13+AZ	11	11	11
	Bauräte, Baurätinnen	A13	36	35	35
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	36,25	37,25	37,25
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	A11	13	13	13
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	3,25	3,25	3,25
	Zusammen		99,50	99,50	99,50
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>				
	<b>c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr:</b>				
	Bei Bedarf dürfen bis zu 15 Stellen der BesGr A 13 mit A 10				
	des Tit. 422 01 bei den Kap. 03 08, 03 71, 03 75 und 03 80				
	zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig in Anspruch				
	genommen werden.				
422 01	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung</b>				
	Bergrat, Bergrätin	A13	1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	2	2	2
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	A11	7	-	-
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen		7	8	8

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+13	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+741,50	-	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-12	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
<b>Titel 422 01 (k) Stellen, die aufgrund Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz (kommunale Wahlbeamte) als bewilligt gelten)</b>			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
<b>Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,25	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-17	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3,76	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
<b>Titel 428 01 (e) Fachpersonal Landesentwicklung)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
<b>Titel 428 01 (g) Fachpersonal Umweltfragen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,60	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,40	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
Summe Einsparung	-47,01	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 01
	-1	-	Umsetzung nach 06 14

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	3	3	3
	Zusammen		20	14	14
	Zugang/Abgang			-6	-
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>e) Fachpersonal Landesentwicklung</b>				
	Technischer Rat, Technische Rätin	A13	1	1	1
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	16	16	16
	Zusammen		17	17	17
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz</b>				
	Sozialräte, Sozialrätinnen	A13	6	6	6
	Technischer Rat, Technische Rätin		1	1	1
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A12	1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		3	3	3
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	2	2	2
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	11,37	11,37	11,37
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A8	5	5	5
	Zusammen		29,37	29,37	29,37
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz): Bei Bedarf dürfen die Stellen bei den Kap. 03 08 Tit. 422 01 f, h und Kap. 03 09 Tit. 422 01 c, e gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>g) Fachpersonal Umweltfragen</b>				
	Bauräte, Baurätinnen	A13+AZ	6	6	6
	Bauräte, Baurätinnen	A13	19	19	19
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	32	32	32
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	17	17	17
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	A10	1	1	1
	Zusammen		75	75	75
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>h) Fachpersonal Sozialverwaltung</b>				
	Sozialräte, Sozialrätinnen	A13	3	3	3
	Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	A11	5	5	5
	Zusammen		8	8	8
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte h) Fachpersonal Sozialverwaltung): Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>i) Personal Unterbringungsverwaltung</b>				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	1	2	2
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	-	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	2	4	4
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	3	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	1	3	3



Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 21
	+1	-	Umsetzung von 06 14
	+1	-	Umsetzung von 03 07
	+5	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	Umsetzung von 03 07
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-0,60	-	Umsetzung nach 06 21
	+8	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	+5	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	+7	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-3	-	Umsetzung nach 06 21
	+1	-	Umsetzung von 03 07
	+1	-	Umsetzung von 03 08 / 422 01 d
	+5	-	Umsetzung von 03 08 / 422 01d
	+5	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	+4	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	+7	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-3	-	Umsetzung nach 06 21
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 05 15 / 422 01 BesGr A10
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-3	-	Umsetzung nach 06 21
	+0,70	-	Umsetzung von 07 01 (Kooperationsvereinbarung e-Akte)
	+0,50	-	Umsetzung von 03 07
	+6	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 428 11b im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
<b>Titel 422 01 (c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr)</b>			
A13 Bauräte, Baurätinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 66
<b>Titel 422 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung)</b>			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	Umsetzung nach 03 08 / 422 01 a
	-5	-	Umsetzung nach 03 08 / 422 01a
<b>Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,50	-	Umsetzung nach 03 08 / 428 01 d
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 21
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 21 / 422 01 BesGr A10
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4,10	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 21 / 422 01 BesGr A13

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	9	9	9
	Zusammen		19	24	24
	Zugang/Abgang			+5	-
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>k) Stellen, die aufgrund Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz (kommunale Wahlbeamte) als bewilligt gelten</b>				
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
<b>422 01</b>	<b>a) Regierungen allgemein</b>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	4	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	10	10	10
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	33	33	33
	Baurat, Baurätin	A13	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		36	36	36
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	3	3
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	57	57	57
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen		5	5	5
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	39	39	39
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		2	2	2
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		3	3	3
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	4	4	4
	Sozialinspektor, Sozialinspektorin		1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	32,40	32,40	32,40
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	41	41	41
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	16	16	16
	Zusammen		290,40	290,40	290,40
<b>422 01</b>	<b>b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer</b>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B2	5	5	5
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	13	13	13
	Technische Räte, Technische Rätinnen		12	12	12
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	37	36	33
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		14	13	12
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	24	22	21
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Zusammen		107	103	98
	Zugang/Abgang			-4	-5
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer) (Leerstellen):</b>				
	<i>Leerstellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Leerstelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08 / 428 01c
<b>Titel 428 01 (c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08 / 428 01a
<b>Titel 428 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung)</b>			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,50	-	Umsetzung von 03 08 / 428 01 a
Summe Umsetzung	+35,50	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung und Absenkung von 428 01 EGr 15
<b>Titel 422 01 (c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr)</b>			
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01c EGr 12
<b>Titel 422 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung)</b>			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A11 (TA)
Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A11 (RA)
<b>Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
E15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung und Absenkung nach 422 01 BesGr A14
<b>Titel 428 01 (c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr)</b>			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01c BesGr A12 (TAR)
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 12
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 13
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,50	-	kostenneutrale Hebung von EGr 11
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,50	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 12
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit</b>				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	0,36	<b>0,36</b>	<b>0,36</b>
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	-	<b>0,15</b>	<b>0,15</b>
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	0,03	<b>0,03</b>	<b>0,03</b>
	Zusammen		0,39	<b>0,54</b>	<b>0,54</b>
	Zugang/Abgang			<b>+0,15</b>	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):</b> <i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.</i>				
	<b>Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle</b>				
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	1	<b>1</b>	<b>1</b>
	Zusammen		1	<b>1</b>	<b>1</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle):</b> <i>Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.</i>				
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte</b>				
	<b>a) Regierungen allgemein</b>				
		A16+AZ -A3	21	<b>21</b>	<b>21</b>
	Zusammen		21	<b>21</b>	<b>21</b>
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>a) Verwaltung allgemein</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E13	-	<b>1</b>	<b>1</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	9	<b>9</b>	<b>9</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	53	<b>48,50</b>	<b>48,50</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	36,50	<b>34,50</b>	<b>34,50</b>
	<i>2 Stellen sind mit Ausscheiden der Stelleninhaber umgesetzt nach 05 15/422 01 und umgewandelt in Planstellen für Fachlehrer, Fachlehrerinnen der BesGr A 10</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	239,84	<b>231,49</b>	<b>231,49</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	74,66	<b>75,66</b>	<b>75,66</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	2	<b>2</b>	<b>2</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	341,10	<b>341,60</b>	<b>341,60</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	202,55	<b>185,05</b>	<b>185,05</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	4	<b>5</b>	<b>5</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	11	<b>6,24</b>	<b>6,24</b>
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		28	<b>28</b>	<b>28</b>
	Zusammen		1.002,65	<b>968,04</b>	<b>968,04</b>
	Zugang/Abgang			<b>-34,61</b>	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b> <b>a) Verwaltung allgemein):</b> <i>Für Aufgaben der Bezirke (Art. 35a Abs. 1 BezO) werden verwendet: 6 Stellen der EGr 13 bis 9 und 17 Stellen der EGr 9 bis 3.</i>				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
<b>Titel 422 01 (i) Personal Unterbringungsverwaltung)</b>			
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A7 kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Absenkung</b>			
<b>Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 8 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 9 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Absenkung nach EGr 5 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 4 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	Absenkung von EGr 6 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 5 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+734,49	-	
<b>Personalsoll B (Personal aus Mitteln) neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 428 11 (b) Personal Unterbringungsverwaltung)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+969	-	neu (Zuwanderung und Integration)
<b>Titel 428 14 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1.370	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+2.339	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E13	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	9,50	8,50	8,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	20	20	20
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	1,50	0,50	0,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5	E5	1	1	1
	Zusammen		46	44	44
	Zugang/Abgang			-2	-
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	6	7,50	7,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	8	8	8
	Zusammen		14	15,50	15,50
	Zugang/Abgang			+1,50	-
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>e) Fachpersonal Landesentwicklung</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	11,50	7,50	7,50
	Zusammen		19,50	15,50	15,50
	Zugang/Abgang			-4	-
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	8	8	8
	Zusammen		8	8	8
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>g) Fachpersonal Umweltfragen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12	E12	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 7	E7	0,60	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E6	0,40	-	-
		Zusammen		11	9
	Zugang/Abgang			-2	-
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	<b>h) Fachpersonal Sozialverwaltung</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	16,25	16,25	16,25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	7,50	22,50	22,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	4	4	4
	Zusammen		27,75	42,75	42,75
	Zugang/Abgang			+15	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 428 11 (b) Personal Unterbringungsverwaltung)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-12	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
Summe Einsparung	-12	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 428 11 (b) Personal Unterbringungsverwaltung)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A14 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-8	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A12 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-5	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A11 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-6	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A9 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A8 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-5	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A12 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-4	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A11 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-7	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A12 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
	-7	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01a BesGr A11 im Vollzug des Art. 6 Abs. 13 HG 2015/2016
<b>Titel 428 16 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (von 03 07/428 16 umgesetzte Stellen - Landesamtes für Statistik))</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+7,15	-	Umsetzung von 03 07
Summe Umsetzung	-41,85	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+2.285,15	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>h) Fachpersonal Sozialverwaltung):</b> <i>Bei Bedarf dürfen die Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei den Kap. 03 08 Tit. 428 01 h und 03 09 Tit. 428 01 b gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>i) Personal Unterbringungsverwaltung</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	1	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	-	39	39
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	15	67	67
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	12	241,50	241,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	4	17	17
	Zusammen Zugang/Abgang		32	367,50 +335,50	367,50 -
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	37	37	37
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	29	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	58	58	58
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	51	51	51
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 3	E3	1	1	1
	Zusammen		184	184	184
<b>428 11</b>	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>a) Regierungen allgemein</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		19,50	19,50	19,50
	Zusammen		19,50	19,50	19,50
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>a) Regierungen allgemein):</b> <i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 13,5 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
<b>428 11</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>b) Personal Unterbringungsverwaltung</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		439	1.347	1.347
	Zusammen Zugang/Abgang		439	1.347 +908	1.347 -
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>b) Personal Unterbringungsverwaltung):</b> <i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				



Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer)</b>			
A12    Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-3	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-1	-1	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A11    Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-2	-1	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-4	-5	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-4	-5	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A11    Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+0,15	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+0,15	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+0,15	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
428 14	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	1.370	1.370
	Zusammen		-	1.370	1.370
	Zugang/Abgang			+1.370	-
428 16	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	(von 03 07/428 16 umgesetzte Stellen - Landesamt für Statistik) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	7,15	7,15
	Zusammen		-	7,15	7,15
	Zugang/Abgang			+7,15	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 16:</b> 7,15 Stellen sowie die korrespondierenden Ausgabemittel kw zum 31.12.2019.				
TG	<b>51 Prüfungsämter bei den Hochschulen zur Durchführung der Prüfungen nach der Approbationsordnung für Ärzte im Auftrag der Regierung von Oberbayern</b>				
422 51	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	1	1	1
	Zusammen		5	5	5
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 51:</b> Die bei TG 51 ausgewiesenen Stellen sind verbindlich.				
428 51	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E9	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	7	7	7
	Zusammen		8	8	8
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 51:</b> Die bei TG 51 ausgewiesenen Stellen sind verbindlich.				



## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Verwaltung allgemein		1.587,55	2.014,65	2.014,65
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Fachpersonal für den Brand- und Katastrophenschutz		15	15	15
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr		99,50	99,50	99,50
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung		20	14	14
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Fachpersonal Landesentwicklung		17	17	17
422 01	Planmäßige Beamte				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz		29,37	29,37	29,37
422 01	Planmäßige Beamte				
	g) Fachpersonal Umweltfragen		75	75	75
422 01	Planmäßige Beamte				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung		8	8	8
422 01	Planmäßige Beamte				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung		19	24	24
422 01	Planmäßige Beamte				
	k) Stellen, die aufgrund Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz (kommunale Wahlbeamte) als bewilligt gelten		1	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltung allgemein		1.002,65	968,04	968,04
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	c) Fachpersonal Planung, Bau und Verkehr		46	44	44
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung		14	15,50	15,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	e) Fachpersonal Landesentwicklung		19,50	15,50	15,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz		8	8	8
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	g) Fachpersonal Umweltfragen		11	9	9
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung		27,75	42,75	42,75
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung		32	367,50	367,50
	<b>Personalsoll A</b>				
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		3.032,32	3.766,81	3.766,81

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		19,50	19,50	19,50
	a) Regierungen allgemein				
428 11	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		439	1.347	1.347
	b) Personal Unterbringungsverwaltung				
428 14	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	1.370	1.370
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	7,15	7,15
	(von 03 07/428 16 umgesetzte Stellen - Landesamt für Statistik)				
422 51	Planmäßige Beamte		5	5	5
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		8	8	8
	<b>Personalsoll B</b>		471,50	2.756,65	2.756,65
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		3.503,82	6.523,46	6.523,46
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,39	0,54	0,54
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		1	1	1

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<i>Die bei den Titeln 422 01a und 422 01b ausgebrachten Stellen und die bei den Titeln 422 01d und 422 01e ausgebrachten Stellen dürfen ausnahmsweise jeweils gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes</b>				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	5	7	7
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	55	58	58
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	163	158	158
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	211,33	211,33	211,33
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	485	494	494
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen <i>2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>	A11	613	607	607
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	257	254	254
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	45	45	45
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	336	371	371
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	254	247	247
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	168	171	171
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	169	170	170
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		10	10	10
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A5	14	5,01	5,01
	Zusammen		2.785,33	2.808,34	2.808,34
	Zugang/Abgang			+23,01	-
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte</b>				
	<b>a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes):</b>				
	1) Vgl. Vermerke bei Kap. 03 08 Tit. 422 01.				
	2) Bei Bedarf dürfen bis zu 27 Stellen des Kap. 03 18 (Landespolizei) Tit. 422 01 in Anspruch genommen werden.				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>b) Technische Beamte der Umweltverwaltung</b>				
	Bauberräte, Bauberrätinnen	A14	4	4	4
	Bauräte, Baurätinnen	A13+AZ	6	6	6
	Bauräte, Baurätinnen	A13	53	58	58
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	175	170	170
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	A11	92	93	93
	Hauptflussmeister, Hauptflussmeisterinnen	A10	11	11	11
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		40	40	40
	Oberflussmeister, Oberflussmeisterinnen	A9	23	30	30
	Flussmeister, Flussmeisterinnen	A8	4	4	4
	Zusammen		408	416	416
	Zugang/Abgang			+8	-
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung</b>				
	Sozialräte, Sozialrätinnen	A13	20	22	22
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	A12	85	83	83

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)</b>			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	neu für die Integration Bleibeberechtigter
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+5	-	neu für die Integration Bleibeberechtigter
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+8	-	neu für die Integration Bleibeberechtigter
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+10	-	neu für die Integration Bleibeberechtigter
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+25	-	neu für die Integration Bleibeberechtigter
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+10	-	neu für die Integration Bleibeberechtigter
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+12	-	neu für die Integration Bleibeberechtigter
Summe neu	+71	-	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)</b>			
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-4	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
A5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1,99	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014
	-6	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015
<b>Titel 422 01 (k) Stellen, die aufgrund Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz (kommunale Wahlbeamte) als bewilligt gelten)</b>			
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-12,99	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)</b>			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 09 / 422 01g BesGr A13 (BR)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-4	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 09 / 422 01g BesGr A12 (TAR)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-6	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 09 / 422 01g BesGr A11 (TA)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-13	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 09 / 422 01g BesGr A10 (TOI)
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-7	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung nach 03 09 / 422 01g BesGr A10 (TOI)
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung nach 03 09 / 422 01g BesGr A11 (TA)
	-4	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung nach 03 09 / 422 01g BesGr A10 (TOI)

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Sozialamtänner, Sozialamtfrauen	A11	82	<b>80,80</b>	<b>80,80</b>
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen <i>Die Stellen dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden</i>	A10	54	<b>55,20</b>	<b>55,20</b>
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden</i>	A9	57	<b>57</b>	<b>57</b>
	Zusammen		298	<b>298</b>	<b>298</b>
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung):</b> <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung</b>				
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	-	<b>10</b>	<b>10</b>
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9+AZ	2	-	-
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9	13	<b>24</b>	<b>24</b>
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A8	55	<b>36</b>	<b>36</b>
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A7	15	<b>15</b>	<b>15</b>
	Zusammen		85	<b>85</b>	<b>85</b>
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz</b>				
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	9	<b>9</b>	<b>9</b>
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	24	<b>20</b>	<b>20</b>
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9+AZ	4	-	-
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9	89	<b>102</b>	<b>102</b>
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A8	129	<b>124</b>	<b>124</b>
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A7	69	<b>69</b>	<b>69</b>
	Zusammen		324	<b>324</b>	<b>324</b>
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz):</b> 1) Bei Bedarf dürfen bis zu 20 Stellen des Kap. 03 18 (Landespolizei) Tit. 422 01 in Anspruch genommen werden. 2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>f) Beamte für den Hygienekontrolldienst</b>				
	Hygieneamtänner, Hygieneamtfrauen	A11	4	<b>4</b>	<b>4</b>
	Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen	A10	5	<b>11</b>	<b>11</b>
	Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	A9+AZ	4	-	-
	Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	A9	55	<b>58</b>	<b>58</b>
	Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	A8	80	<b>75</b>	<b>75</b>
	Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	A7	49	<b>49</b>	<b>49</b>
	Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	A6	7	<b>7</b>	<b>7</b>
	Zusammen		204	<b>204</b>	<b>204</b>
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>g) Technische Beamte der örtlichen Gutachterausschüsse</b>				
	Baurat, Baurätin	A13	-	<b>1</b>	<b>1</b>
	Technische Amträte, Technische Amträtinnen	A12	-	<b>4</b>	<b>4</b>
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	-	<b>7</b>	<b>7</b>



Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Titel 422 01 (d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung)</b>			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+8	-	Umsetzung von 03 09 / 422 01e
A9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-8	-	Umsetzung nach 03 09 / 422 01e
<b>Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)</b>			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-8	-	Umsetzung nach 03 09 / 422 01d
A9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+8	-	Umsetzung von 03 09 / 422 01e
<b>Titel 422 01 (g) Technische Beamte der örtlichen Gutachterausschüsse)</b>			
A13 Bauräte, Baurätinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 09 / 422 01a BesGr A13 (RR)
A12 Technische Amträte, Technische Amträtinnen	+4	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 09 / 422 01a BesGr A12 (RAR)
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+6	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 09 / 422 01a BesGr A11 (RA)
	+1	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung von 03 09 / 422 01a BesGr A7 (ROS)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+13	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 09 / 422 01a BesGr A10 (ROI)
	+4	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung von 03 09 / 422 01a BesGr A7 (ROS)
	+7	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung von 03 09 / 422 01a BesGr A8 (RHS)
Summe Umsetzung	-	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung)</b>			
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 11
A9 Oberflusmeister, Oberflusmeisterinnen	+6	-	Umwandlung und Hebung von 428 01f EGr 8
	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 9
<b>Titel 428 01 (f) Technisches Personal der Umweltverwaltung)</b>			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A11 (TA)
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9 (OFIM)
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-	Umwandlung und Hebung nach 422 01b BesGr A9 (OFIM)
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 422 01 (d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung)</b>			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A9+AZ

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	-	24	24
	Zusammen		-	36	36
	Zugang/Abgang			+36	-
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>k) Stellen, die aufgrund Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz (kommunale Wahlbeamte) als bewilligt gelten</b>				
	Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin	A12	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	-	2	2
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	24	29	29
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	18	18	18
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	5	5	5
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	A11	93	93	93
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	141	141	141
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	25	25	25
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	41	41	41
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	43	43	43
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	38	38	38
	Zusammen		428	435	435
	Zugang/Abgang			+7	-
	<b>Ersatzstellen für Altersteilzeit</b>				
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	A10	0,40	0,40	0,40
	Hygienesekretär, Hygienesekretärin	A6	1	-	-
	Zusammen		1,40	0,40	0,40
	Zugang/Abgang			-1	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit):</b>				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Sätze 1 und 3 HG.</i>				
	<b>Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit</b>				
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerin	A11	0,53	0,53	0,53
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A8	0,25	0,25	0,25
	Zusammen		0,78	0,78	0,78
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):</b>				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.</i>				
<b>422 21</b>	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A9	421	421	421
	<i>6 Stellen sind für den Einstellungsbedarf des Staatsministeriums für Bildung, Kultus, Wissenschaft und Kunst bestimmt. Hiervon können bis zu 2 Stellen für die Einstellung von Verwaltungsinformatikern bei Kap. 05 01 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A6	221	221	221
	Zusammen		642	642	642

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A9 Technische Inspektoren, Technische +AZ Inspektorinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A10
<b>Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)</b>			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Technische Inspektoren, Technische +AZ Inspektorinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)</b>			
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A5
A5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6
<b>Titel 422 01 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung)</b>			
A13 Bauräte, Baurätinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
<b>Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)</b>			
A13 Sozialräte, Sozialrätinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
<b>Titel 422 01 (d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung)</b>			
A9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+19	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	-19	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 21	<p><b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:</b> Bei Bedarf dürfen die Stellen auch für die Kap. 03 06, 03 07, 03 08, 03 09 und 03 26 in Anspruch genommen werden. Für die Dauer der Ausbildung dürfen je 3 Stellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektoranwälter) mit je einem Zeitarbeitnehmer der EGr 9 und je 3 Stellen der BesGr A 6 (Regierungssekretäranwälter) mit je einem Zeitarbeitnehmer bis zur EGr 6 besetzt werden, soweit die laufbahnrechtlichen Regelungen die Ausbildung in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis vorsehen. Gleiches gilt für ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis, das nach den laufbahnrechtlichen Regelungen Voraussetzung für die Übernahme in den Vorbereitungsdienst ist und diesem unmittelbar vorausgeht.</p> <p><b>Leerstellen</b> Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwälterinnen Regierungssekretäranwälter, Regierungssekretäranwälterinnen Zusammen</p>				
422 31	<p><b>Abgeordnete Beamte</b> a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes  Zusammen</p> <p><b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes):</b> 4 Stellen für Abordnungen von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern zum Erwerb von Berufserfahrung gemäß Art. 14 Abs. 2 Nr. 2 BayFHVRG.</p>	A9 A6 A16+AZ -A3	60 20 8 8	60 20 8 8	60 20 8 8
422 31	<p><b>Abgeordnete Beamte</b> b) Technische Beamte der Umweltverwaltung  Zusammen</p>	A16+AZ -A3	5 5	5 5	5 5
427 41	<p><b>Praktikanten</b>  Zusammen</p>		10 10	10 10	10 10
428 01	<p><b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> a) <b>Verwaltungspersonal allgemein</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5 Zusammen</p>	E6 E5	2 1 3	2 1 3	2 1 3
428 01	<p><b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> b) <b>Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Zusammen</p> <p><b>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> b) <b>Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen):</b> 1) Die Stellen für Sozialarbeiter(innen) dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden. 2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 428 01 h.</p>	E9	41 41	41 41	41 41

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)</b>			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Technische Inspektoren, Technische +AZ Inspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
<b>Titel 422 01 (f) Beamte für den Hygienekontrolldienst)</b>			
A10 Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Hygieneinspektoren, +AZ Hygieneinspektorinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A9 Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
<b>Titel 428 01 (f) Technisches Personal der Umweltverwaltung)</b>			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr 11
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 12
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Absenkung</b>			
<b>Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)</b>			
A11 Sozialamtänner, Sozialamtfrauen	-1,20	-	Absenkung nach BesGr A10 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+1,20	-	Absenkung von BesGr A11 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+58,01	-	
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	neu

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	186,81	<b>186,81</b>	<b>186,81</b>
	Zusammen		186,81	<b>186,81</b>	<b>186,81</b>
	<i>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen):</i> 1) Vgl. Vermerke bei Titel 422 01c BesGr A9 und A10 und bei Titel 428 01b. 2) Die Stellen dürfen auch mit Technischen Assistenten und Technischen Assistentinnen besetzt werden.				
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>f) Technisches Personal der Umweltverwaltung</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	2	<b>5</b>	<b>5</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 6 Stellen mit Freiwerden ku nach BesGr A 11 (Technischer Amtmann, Technische Amtfrau)	E11	19	<b>15</b>	<b>15</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 5 Stellen mit Freiwerden ku nach BesGr A 10 (Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin)	E10	6	<b>6</b>	<b>6</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	25	<b>24</b>	<b>24</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	6	-	-
	Zusammen		58	<b>50</b>	<b>50</b>
	Zugang/Abgang			<b>-8</b>	<b>-</b>
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> <b>Leerstellen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	<b>1</b>	<b>1</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	13	<b>13</b>	<b>13</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	3	<b>3</b>	<b>3</b>
	Zusammen		17	<b>17</b>	<b>17</b>
428 11	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3	<b>3</b>	<b>3</b>
	Zusammen		3	<b>3</b>	<b>3</b>

<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+5	-	neu
Summe neu	+7	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+7	-	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT</b>			
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A6 Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-1	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes		2.785,33	<b>2.808,34</b>	<b>2.808,34</b>
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Technische Beamte der Umweltverwaltung		408	<b>416</b>	<b>416</b>
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung		298	<b>298</b>	<b>298</b>
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung		85	<b>85</b>	<b>85</b>
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz		324	<b>324</b>	<b>324</b>
422 01	Planmäßige Beamte				
	f) Beamte für den Hygienekontrolldienst		204	<b>204</b>	<b>204</b>
422 01	Planmäßige Beamte				
	g) Technische Beamte der örtlichen Gutachterausschüsse		-	<b>36</b>	<b>36</b>
422 01	Planmäßige Beamte				
	k) Stellen, die aufgrund Art. 6 Abs. 5 Haushaltsgesetz (kommunale Wahlbeamte) als bewilligt gelten		1	-	-
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		642	<b>642</b>	<b>642</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungspersonal allgemein		3	<b>3</b>	<b>3</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen		41	<b>41</b>	<b>41</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen		186,81	<b>186,81</b>	<b>186,81</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	f) Technisches Personal der Umweltverwaltung		58	<b>50</b>	<b>50</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		5.036,14	<b>5.094,15</b>	<b>5.094,15</b>
	Ferner:				
427 41	Praktikanten		10	<b>10</b>	<b>10</b>
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3	<b>3</b>	<b>3</b>
	<b>Personalsoll B</b>		13	<b>13</b>	<b>13</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		5.049,14	<b>5.107,15</b>	<b>5.107,15</b>
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,78	<b>0,78</b>	<b>0,78</b>
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		1,40	<b>0,40</b>	<b>0,40</b>



## Erläuterungen zu Kap. 03 09

Stellen der Landratsämter			2016	2017	2018
<b>I. Verwaltung allgemein</b>					
1.	03 09	Beamte, Beamtinnen	2.785,33	2.808,34	2.808,34
2.	03 09	Beamte, Beamtinnen (Gutachterausschüsse)		36,00	36,00
3.	03 09	Beamte, Beamtinnen (Art. 6 Abs. 5 HG)	1,00		
4.	03 09	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	3,00	3,00	3,00
5.	03 09	Sonstige Hilfsleistungen (Arbeitnehmer)	3,00	3,00	3,00
			<b>2.792,33</b>	<b>2.850,34</b>	<b>2.850,34</b>
<b>II. Gesundheitsverwaltung (ohne Landgerichtsärzte)</b>					
1.	14 40	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	258,50	343,50	343,50
2.	03 09	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	298,00	298,00	298,00
3.	14 40	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen (Titel 428 01)	15,00	15,00	15,00
4.	03 09	Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen	41,00	41,00	41,00
5.	03 09	Hygienekontrolleure, Hygienekontrolleurinnen	204,00	204,00	204,00
6.	03 09	Sozialmedizinische Assistenten und Assistentinnen	186,81	186,81	186,81
7.	14 40	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen (Titel 428 21)	1,00	1,00	1,00
8.	14 40	Sonstige Hilfsleistungen (Arbeitnehmer)	3,00	3,00	3,00
			<b>1.007,31</b>	<b>1.092,31</b>	<b>1.092,31</b>
<b>III. Veterinärverwaltung</b>					
1.	12 41	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	285,00	285,00	285,00
2.	12 41	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	2,00	2,00	2,00
3.	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	85,00	85,00	85,00
4.	12 41	Grenzkontrollstellen	2,00	2,00	2,00
			<b>374,00</b>	<b>374,00</b>	<b>374,00</b>
<b>IV. Umweltverwaltung</b>					
1.	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	408,00	416,00	416,00
2.	03 09	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	58,00	50,00	50,00
3.	12 42	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	17,00	17,00	17,00
			<b>483,00</b>	<b>483,00</b>	<b>483,00</b>
<b>V. Verbraucherschutz</b>					
	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	324,00	324,00	324,00
			<b>324,00</b>	<b>324,00</b>	<b>324,00</b>
<b>Gesamtsumme</b>			<b>4.980,64</b>	<b>5.123,65</b>	<b>5.123,65</b>

Ferner:

<b>VI. Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Praktikanten</b>					
1.	03 09	Anwärter, Anwärterinnen	642,00	642,00	642,00
2.	03 09	Praktikanten, Praktikantinnen	10,00	10,00	10,00
			<b>652,00</b>	<b>652,00</b>	<b>652,00</b>
<b>VII. Gerichtsärztliche Dienste</b>					
	14 40	Beamte, Beamtinnen	37,00	32,00	32,00
			<b>37,00</b>	<b>32,00</b>	<b>32,00</b>
<b>Insgesamt</b>			<b>5.669,64</b>	<b>5.807,65</b>	<b>5.807,65</b>



## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Datenschutzaufsicht	B3	1	1	1
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	3	3
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	3	3
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	-	2	2
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	6	6	6
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	-	1	1
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	1	-	-
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A8	1	1	1
	Zusammen		14	18	18
	Zugang/Abgang			+4	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:</b> <i>Bei Bedarf dürfen die Stellen der BesGr A 15 mit A 6 bei den Kap. 03 08 und 03 10 zum Zwecke des Stellentauschs gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	-	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	-	2	2
	Zusammen		-	4	4
	Zugang/Abgang			+4	-
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 14 <i>1 Stelle ku nach BesGr A14 (Oberregierungsrat) mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E14	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E6	1	1	1
	Zusammen		2	2	2
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		14	18	18
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2	2	2
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		16	20	20
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		16	20	20

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A</b> (Personal auf Stellen)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	neu für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	neu für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+2	-	neu für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
Summe neu	+4	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+4	-	
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	-	neu
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	-	neu
Summe neu	+4	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+4	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte des Landesamts für Verfassungsschutz können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an das Landesamt für Verfassungsschutz abgeordnet werden.</i>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz	B6	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz	B3	1	1	1
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	4	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	13	14	14
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	17	31	31
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	33	42	42
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	81	100	100
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	A11	59	80	80
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	60	78	78
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	15	19	19
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	57	76	76
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	18,20	20,50	20,50
	Zusammen		359,20	466,50	466,50
	Zugang/Abgang			+107,30	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:</b> <i>Die Stellen der BesGr A 9 bis A 13 der Kap. 03 15 und 03 18 können bei Bedarf ausnahmsweise gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
	<b>Leerstellen</b>				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	A11	4	4	4
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	7	7	7
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	3	3	3
	Zusammen		17	17	17
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte</b>				
		A16+AZ -A3	8	8	8
	Zusammen		8	8	8
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	35	35	35
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	34,90	34,90	34,90
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	8,48	8,48	8,48
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	neu, insbesondere für die Cybersicherheit
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+5	-	neu, insbesondere für die Cybersicherheit
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+2	-	neu, insbesondere für die Cybersicherheit
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+2	-	neu, insbesondere für die Cybersicherheit
Summe neu	+10	-	
<b>neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+6	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+8	-	neu (Zuwanderung und Integration)
	+4	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
	+5	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+12	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+6	-	neu (Zuwanderung und Integration)
	+3	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+11	-	neu (Zuwanderung und Integration)
	+17	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	+3	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+4	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+15	-	neu (Zuwanderung und Integration)
	+2	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+97	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+0,30	-	Umsetzung von 06 15
Summe Umsetzung	+0,30	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		2	2	2
	Zusammen		85,38	85,38	85,38
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01:</b> 7 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden. Diese Verpflichtung kann bei Bedarf auf die Kapitel 03 17 bis 03 21 übertragen werden.				
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3	3	3
	Zusammen		15	15	15
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		359,20	466,50	466,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		85,38	85,38	85,38
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
			444,58	551,88	551,88
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>				
			444,58	551,88	551,88



Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Regierungsinpektoren, +AZ Regierungsinpektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Regierungsinpektoren, Regierungsinpektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	<b>+107,30</b>	<b>-</b>	



## 1. Übersicht über die Stellen der Polizei in den Jahren 2017/2018

Haushaltstitel	Landes- kriminalamt Kap. 03 17		Landes- polizei Kap. 03 18		Bereitschafts- polizei Kap. 03 20		Polizeiver- waltungsamt Kap. 03 21		Gesamtsumme	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018
<b>422 01 (pl. Beamte)</b>	1.173,00	1.173,00	27.475,56	27.475,56	3.615,50	4.115,50	291,00	291,00	32.555,06	33.055,06
<b>422 21 (Beamte a.W.)</b>	-	-	59,00	59,00	4.301,00	4.201,00	-	-	4.360,00	4.260,00
<b>428 01 (Arbeitnehmer)</b>	355,10	355,10	3.684,13	3.684,13	789,00	789,00	177,00	177,00	5.005,23	5.005,23
<b>428 21 (Arbeitnehmer)</b>	1,00	1,00	46,00	46,00	2,00	2,00	-	-	49,00	49,00
<b>Summe</b>	<b>1.529,10</b>	<b>1.529,10</b>	<b>31.264,69</b>	<b>31.264,69</b>	<b>8.707,50</b>	<b>9.107,50</b>	<b>468,00</b>	<b>468,00</b>	<b>41.969,29</b>	<b>42.369,29</b>

## 2. Stellenhebungen für Polizeibeamte (Titel 422 01)

Kap.	Anzahl		Summe
	2017	2018	
<b>03 17 Landes kriminalamt</b>	24	-	24
<b>03 18 Landespolizei</b>	252	-	252
<b>03 20 Bereitschaftspolizei</b>	15	-	15
<b>03 21 Polizeiverwaltungsamt</b>	3	-	3
<b>Summe</b>	<b>294</b>	<b>-</b>	<b>294</b>

Enthalten sind auch die Stellenhebungen im Rahmen des Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016.

## 3. Haushaltsvermerke für die Kap 03 17 - 03 21

<sup>1</sup>Die bei den Kap. 03 17 - 03 21 ausgebrachten Planstellen bis BesGr A 16 + AZ dürfen bei der Ausführung des Stellenplans je Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung zu einer Summe zusammengefasst und für die genannten Kapitel gemeinsam bewirtschaftet werden. <sup>2</sup>Die Summe der genannten Planstellen eines jeden Kapitels darf hierbei jedoch nur ausnahmsweise um bis zu 900 Stellen überschritten werden. <sup>3</sup>Die bei den Kap. 03 17 - 03 21 ausgebrachten Stellen für Arbeitnehmer Tit. 428 01 dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden. <sup>5</sup>Ferner gilt für die Stellenbewirtschaftung folgendes:

1. Offenstehende besetzbare Stellen der BesGr A 7 und A 8 dürfen vorübergehend mit Polizeivollzugsbeamten in Ausbildung besetzt werden.
2. Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Kap. 03 17 bis 03 21 können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 oder 6 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.
3. Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Kap. 03 17 bis 03 21 können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des § 1 BayZuIV (Lehrzulage) und des § 6 BayZuIV (Nachprüferzulage) erfüllen.

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin des Landeskriminalamts	B6	1	1	1
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin des Landeskriminalamts	B3	1	1	1
	Leitende Kriminaldirektoren, Leitende Kriminaldirektorinnen	A16	12	12	12
	Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen	A15	37	41	41
	Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	A14	55	65	65
	Kriminalräte, Kriminalrätinnen	A13	128	135	135
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A12	199	221	221
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A11	294	337	337
	Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	A10	198	212	212
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	A9+AZ	45	51	51
	Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	A9	90	92	92
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A8	2	5	5
	Zusammen		1.062	1.173	1.173
	Zugang/Abgang			+111	-
	<b>Leerstellen</b>				
	Kriminaloberrat, Kriminaloberrätin	A14	1	1	1
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A12	1	3	3
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A11	6	9	9
	Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	A10	5	5	5
	Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	A9	9	9	9
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A8	4	4	4
	Zusammen		26	31	31
	Zugang/Abgang			+5	-
	<b>Ersatzstellen für Altersteilzeit</b>				
	Kriminalräte, Kriminalrätinnen	A13	1,80	1,40	1,40
	Zusammen		1,80	1,40	1,40
	Zugang/Abgang			-0,40	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit):</b> <i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Sätze 1 und 3 HG.</i>				
<b>422 21</b>	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>		-	-	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:</b> <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21.</i>				
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte</b>				
		A16+AZ -A3	7	7	7
	Zusammen		7	7	7
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 15	E15	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü	E13Ü	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	10	10	10

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A14 Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	+1	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+2	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+8 +2	- -	neu, insbesondere für IT-Spezialisten neu, insbesondere für IT-Spezialisten
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	+22 +1	- -	neu, insbesondere für IT-Spezialisten neu, insbesondere für IT-Spezialisten
Summe neu	+6 +42	- -	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
<b>neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A14 Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	+7	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A13 Kriminalräte, Kriminalrätinnen	+5	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+9	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+5	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	+4	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	+3	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A9 Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	+4	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A8 Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	+3	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+40	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A15 (PD)
A13 Kriminalräte, Kriminalrätinnen	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A13 (PR)
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+8	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A12 (PHK)
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+10	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A11 (PHK)
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	+5	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A10 (POK)
A9 Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	+3	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A9 (PK)

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	19	19	19
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	8	12	12
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	90,50	88,50	88,50
	<i>10 Stellen ku nach BesGr A8 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	<i>4 Stellen ku nach BesGr A9 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	8,30	10,30	10,30
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	152	148,30	148,30
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	31	31	31
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 4	E4	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	3	3	3
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		5	4	4
	Zusammen		355,80	355,10	355,10
	Zugang/Abgang			-0,70	-
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	4	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	9	9	9
	Zusammen		21	23	23
	Zugang/Abgang			+2	-
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		1	1	1
	Zusammen		1	1	1
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		1.062	1.173	1.173
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		355,80	355,10	355,10
	<b>Personalsoll A</b>		1.417,80	1.528,10	1.528,10
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		1	1	1
	<b>Personalsoll B</b>		1	1	1
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		1.418,80	1.529,10	1.529,10
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		1,80	1,40	1,40

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b> Krafffahrer, Krafffahrerinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 18
Summe Umsetzung	+28	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b> E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,30	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03 (Art. 6c HG)
Summe Umwandlung	+0,30	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Kriminalräte, Kriminalrätinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 7
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+110,30	-	

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+2	-	neu
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+3	-	neu
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	neu
Summe neu	+7	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+7	-	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT</b>			
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Kriminalräte, Kriminalrätinnen	-0,40	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-0,40	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-0,40	-	





## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin des Polizeipräsidiiums München	B6	1	1	1
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin des Polizeipräsidiiums Mittelfranken	B5	1	1	1
	Polizeipräsidenten, Polizeipräsidentinnen der Polizeipräsidiien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken	B4	8	8	8
	Polizeivizepräsidenten, Polizeivizepräsidentinnen der Polizeipräsidiien Mittelfranken und München	B3	2	2	2
	Polizeivizepräsidenten, Polizeivizepräsidentinnen der Polizeipräsidiien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken	B2	8	8	8
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16+AZ	2	2	2
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	60	59	59
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	138	139	139
	Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	A14	192	199	199
	Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	A13+AZ	3	3	3
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	1.245,56	1.263,56	1.263,56
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	2.986	3.071	3.071
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	4.769	4.806	4.806
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	4.334	4.439	4.439
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	2.130	2.196	2.196
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	6.341	6.356	6.356
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	4.517,50	4.555	4.555
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		4	4	4
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	339	350	350
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		2	2	2
	Polizeisekretäre, Polizeisekretärinnen	A6	7	7	7
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A5	1	1	1
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A4	1	1	1
	Zusammen		27.094,06	27.475,56	27.475,56
	Zugang/Abgang			+381,50	-
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :</b>				
	1) Bei Bedarf dürfen bis zu 47 Stellen für Kap. 03 09 in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 15 Titel 422 01.				
	<b>Leerstellen</b>				
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	3	3	3
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	5	5	5
	Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	A14	11	11	11
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	5	5	5
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	23	28	28
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	64	69	69
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	58	61	61
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	15	30	30
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	337	337	337

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	+5	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
	+8	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+12	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
	+11	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+22	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
	+24	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+15	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
	+17	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
Summe neu	+114	-	
<b>neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	+3	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+29	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+30	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+42	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	+51	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+99	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+39	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	+12	-	neu (Terrorismusbekämpfung und Prävention)
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+30	-	neu (Zuwanderung und Integration)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+50	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+385	-	
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,04	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,01	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Krafffahrer, Krafffahrerinnen	-0,89	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-0,94	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	183	183	183
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	16	16	16
	Zusammen		720	748	748
	Zugang/Abgang			+28	-
	<b>Ersatzstellen für Altersteilzeit</b>				
	Polizeimeister, Polizeimeisterin	A7	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
	<b>Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit</b>				
	Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin	A12	0,96	0,88	0,88
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	0,86	1,11	1,11
	Polizeioberkommissar, Polizeioberkommissarin	A10	0,91	0,65	0,65
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterin	A9+AZ	0,30	-	-
	Polizeikommissar, Polizeikommissarin	A9	0,88	0,78	0,78
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterin	A8	-	0,13	0,13
	Zusammen		3,91	3,55	3,55
	Zugang/Abgang			-0,36	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):</b> <i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.</i>				
422 21	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>				
	Polizeiinspektoranwärter, Polizeiinspektoranwärterinnen	A9	44	44	44
	Polizeisekretäranwärter, Polizeisekretäranwärterinnen	A6	15	15	15
	Zusammen		59	59	59
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:</b> <i>Die Stellen dürfen für die Kap. 03 17, 03 20 und 03 21 bei Bedarf in Anspruch genommen werden.</i>				
428 01	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü	E13Ü	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	14	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	35	39	39
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	374,25	368,75	368,75
	<i>10,5 Stellen ku nach BesGr A8 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	<i>4,5 Stellen ku nach BesGr A9 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	194,25	207,95	207,95
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	65,80	54,80	54,80
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	1.050	1.082,50	1.082,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	1.563,91	1.600,41	1.600,41
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	69,30	74,56	74,56
	<i>Bei Bedarf können bis zu 10 Stellen mit Kraftfahrern besetzt werden.</i>				
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	202,01	202,05	202,05	
Auszubildende			7	7	7

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A16 Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 21 / 422 01 BesGr A16
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 17 / 422 01 BesGr A15 (KD)
A14 Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 21 / 422 01 BesGr A14
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 17 / 422 01 BesGr A13 (KR)
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-8	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 17 / 422 01 BesGr A12 (KHK)
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 21
	-10	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 17 / 422 01 BesGr A11 (KHK)
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 21
	-5	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 17 / 422 01 BesGr A10 (KOK)
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 21
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-3	-	Umsetzung nach 03 21
	-3	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 17 / 422 01 BesGr A9 (KK)
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	-3	-	Umsetzung nach 03 21
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 21
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Kraffahrer, Kraffahrerinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 21
	+1	-	Umsetzung von 03 17
Summe Umsetzung	-41	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+2	-	Umwandlung von 428 01 EGr 9
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+1,50	-	Umwandlung und Absenkung von 428 01 EGr 9
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9
	-1,50	-	Umwandlung und Absenkung nach 422 01 BesGr A8
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,05	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03 (Art. 6c HG)
Summe Umwandlung	+0,05	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		16	16,11	16,11
	Zusammen Zugang/Abgang		3.608,52	3.684,13 +75,61	3.684,13 -
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 :</b>				
	1) 68 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden.				
	2) Das Staatsministerium des Innern wird im Rahmen der Erprobung und Umsetzung neuer Organisationsstrukturen ermächtigt, im Doppelhaushalt 2017/2018 Stellen der EGr 3 - 6 kostenneutral in bis zu 14,3 Stellen der EGr 8 umzuwandeln.				
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	23	25	25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	184	184	184
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	3	3	3
	Zusammen Zugang/Abgang		215	219 +4	219 -
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		46	46	46
	Zusammen		46	46	46
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		27.094,06	27.475,56	27.475,56
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		59	59	59
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.608,52	3.684,13	3.684,13
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		30.761,58	31.218,69	31.218,69
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		46	46	46
	<b>Personalsoll B</b>		46	46	46
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		30.807,58	31.264,69	31.264,69
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		3,91	3,55	3,55
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		1	-	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+8,50	-	kostenneutrale Hebung von EGr 6
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,20	-	kostenneutrale Hebung von EGr 4
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-8,50	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,20	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Polizeioberberräte, Polizeioberberrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	+14	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-14	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+55	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-55	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+27	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-27	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+64	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	-64	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+80	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-80	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+9	-	kostenwirksame Hebung von EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-9	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+8	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Absenkung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 7 im Vollzug des Art. 6g HG
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-	Absenkung nach EGr 6 im Vollzug des Art. 6g HG
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 8 im Vollzug des Art. 6g HG
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+6	-	Absenkung von EGr 7 im Vollzug des Art. 6g HG

## Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5,50	-	Absenkung nach EGr 4 im Vollzug des Art. 6g HG Absenkung von EGr 5 im Vollzug des Art. 6g HG
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5,50	-	
Summe Absenkung	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+457,11	-	
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+5	-	neu
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+5	-	neu
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+3	-	neu
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	+15	-	neu
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	neu
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	neu
Summe neu	+32	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	+32	-	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT</b>			
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-1	-	
<b>ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+0,25	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+0,13	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+0,38	-	



<b>Erläuterungen</b>			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Einsparung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-0,08	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-0,26	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	-0,30	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-0,10	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-0,74	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-0,36	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin der Bereitschaftspolizei	B4	1	1	1
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei	B2	1	1	1
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	11	11	11
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	34	38	38
	Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	A14	18	18	18
	Polizeirealschuloberlehrer, Polizeirealschuloberlehrerinnen	A13+AZ	11	11	11
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	91	91	91
	Polizeirealschullehrer, Polizeirealschullehrerinnen		15	15	15
	<i>1 Stelle kann mit Arbeitnehmern in EGr 13 besetzt werden</i>				
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	248	248	248
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	490	494	494
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	420	420	420
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	171	180	180
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	759	751,50	751,50
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	905	905	905
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	430	430	930
	<i>a) 500 Stellen in der Zeit zwischen dem 01.01.2018 und dem 31.08.2018 nur in Unterbesetzung mit Polizeivollzugsbeamten in Ausbildung.</i>				
	<i>b) 500 Planstellen sind zum 01.09.2018 nach 03 18/422 01 umgesetzt.</i>				
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A6	1	1	1
	Zusammen		3.606	3.615,50	4.115,50
	Zugang/Abgang			+9,50	+500
	<b>Leerstellen</b>				
	Polizeidirektor, Polizeidirektorin	A15	1	1	1
	Polizeioberrat, Polizeioberrätin	A14	1	1	1
	Polizeirealschullehrer, Polizeirealschullehrerin	A13	1	1	1
	Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin	A12	1	1	1
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	4	4	4
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	5	5	5
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	8	8	8
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	40	40	40
	Zusammen		61	61	61
	<b>Ersatzstellen für Altersteilzeit</b>				
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	50	50	50
	Zusammen		50	50	50
<b>422 21</b>	<b>Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung</b>				
	Polizeikommissaranwärter, Polizeikommissaranwärterinnen, Polizeiüberwachtmeister, Polizeiüberwachtmeisterinnen	A5,A9	370	370	370

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	+4	-	neu, insbesondere für den Ärztlichen Dienst
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+1	-	neu, insbesondere für den Ärztlichen Dienst
	+1	-	neu, insbesondere für den Ärztlichen Dienst
<b>Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)</b>			
A5,A7 Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen	+130	-	neu für den Nachersatz
	+300	-	neu
	-	+100	neu für den Nachersatz
	-	+300	neu für den Nachersatz
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	neu, insbesondere für den Ärztlichen Dienst
Summe neu	+440	+400	
<b>neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)</b>			
<b>Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)</b>			
A5,A7 Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen	+500	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+500	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+3,50	-	Umwandlung von 428 01 EGr 9
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-	+500	Umwandlung von 422 21 BesGr A5,A7
<b>Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)</b>			
A5,A7 Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen	-	-500	Umwandlung nach 422 01 BesGr A7

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 21	Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen <i>a. 170 Stellen kw am 01.03.2017,            170 Stellen kw am 01.09.2017,            250 Stellen kw am 01.03.2018,            250 Stellen kw am 01.09.2018,            125 Stellen kw am 01.03.2019,            125 Stellen kw am 01.09.2019,            40 Stellen kw am 01.03.2020,            140 Stellen kw am 01.09.2020,            365 Stellen kw am 01.03.2021,            65 Stellen kw am 01.09.2021.</i> <i>b. 589 Stellen ku in 364 Planstellen der BesGr A 7 (Polizei-            meister, Polizeimeisterin) am 31.12.2023.</i> Zusammen Zugang/Abgang	A5,A7	3.001	<b>3.931</b>	<b>3.831</b>
			3.371	<b>4.301 +930</b>	<b>4.201 -100</b>
	<b>Allgemeine Vermerke zu Titel 422 21 :</b> 1) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21. 2) Die Stellen dürfen bei Bedarf für die Kap. 03 17 und 03 18 in Anspruch genommen werden. 3) Die Stellen dürfen auch mit Polizeisekretäranwärttern, Polizeisekretäranwärterinnen besetzt werden, die wegen Polizeidienstunfähigkeit das Beamtenverhältnis auf Widerruf fortsetzen.				
	<b>Leerstellen</b> Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen Zusammen	A5,A7	35	<b>35</b>	<b>35</b>
			35	<b>35</b>	<b>35</b>
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte</b>	A16+AZ -A3	5	<b>5</b>	<b>5</b>
	Zusammen		5	<b>5</b>	<b>5</b>
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	<b>1</b>	<b>1</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	-	<b>1</b>	<b>1</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	98,50	<b>97</b>	<b>97</b>
	<i>10 Stellen ku nach BesGr A8 mit Ausscheiden der Stelleninhaber            47,5 Stellen ku nach BesGr A9 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	17	<b>15</b>	<b>15</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	113	<b>115</b>	<b>115</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	158,50	<b>167,50</b>	<b>167,50</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	146,50	<b>138,50</b>	<b>138,50</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	16	<b>16</b>	<b>16</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	186,50	<b>186,50</b>	<b>186,50</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2Ü	E2Ü	7	<b>7</b>	<b>7</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	10,50	<b>10,50</b>	<b>10,50</b>
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr KR 7a	KR7a	8	<b>8</b>	<b>8</b>
	Auszubildende		21	<b>21</b>	<b>21</b>
	Krauffahrer, Krauffahrerinnen		5	<b>5</b>	<b>5</b>
	Zusammen Zugang/Abgang		788,50	<b>789 +0,50</b>	<b>789 -</b>

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3,50	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+11	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-11	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr 6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+8	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+940	+400	
<b>Personalsoll B (Personal aus Mitteln)</b>			
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umsetzung von 10 20
Summe Umsetzung	+2	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+2	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 01					
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E9	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	11	11	11
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr KR 7a	KR7a	1	1	1
	Zusammen		31	31	31
<b>428 21</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	2	2
	<i>Zwei Stellen sowie die entsprechenden Ausgabemittel kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber, spätestens jedoch mit Ablauf des 31.12.2021 (vgl. Vermerk zu 10 20/428 21)</i>				
	Zusammen		-	2	2
	Zugang/Abgang			+2	-
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		3.606	3.615,50	4.115,50
422 21	Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung		3.371	4.301	4.201
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		788,50	789	789
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		7.765,50	8.705,50	9.105,50
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	2	2
	<b>Personalsoll B</b>		-	2	2
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		7.765,50	8.707,50	9.107,50
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		50	50	50



## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Präsident, Präsidentin des Polizeiverwaltungsamts	B3	1	1	1
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	1	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	4	4
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	20	20	20
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	25	25	25
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	45	48	48
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	34	36	36
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	34	36	36
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	66	67	67
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	29	32	32
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	14	15	15
	Polizeisekretäre, Polizeisekretärinnen	A6	2	2	2
	Zusammen		277	291	291
	Zugang/Abgang			+14	-
	<b>Leerstellen</b>				
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	3	3	3
	Zusammen		3	3	3
<b>422 21</b>	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>		-	-	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:</i> <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21.</i>				
<b>422 31</b>	<b>Abgeordnete Beamte</b>				
		A16+AZ -A3	4	4	4
	Zusammen		4	4	4
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	24	26	26
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	9	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	65	67	67
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	73	71	71
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 3	E3	1	1	1
	Zusammen		176	177	177
	Zugang/Abgang			+1	-
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	10
	Zusammen		18	18	18



Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+1	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
	+1	-	neu, insbesondere für IT-Spezialisten
Summe neu	+2	-	
<b>Umsetzung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A16
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 18 / 422 01 BesGr A14
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+1	-	Umsetzung von 03 18
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+1	-	Umsetzung von 03 18
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	+1	-	Umsetzung von 03 18
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+3	-	Umsetzung von 03 18
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+3	-	Umsetzung von 03 18
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	+1	-	Umsetzung von 03 18
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 03 18
Summe Umsetzung	+13	-	
<b>kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		277	<b>291</b>	<b>291</b>
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		176	<b>177</b>	<b>177</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		453	<b>468</b>	<b>468</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		453	<b>468</b>	<b>468</b>

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+15	-	

**03 24**  
**Rettungsdienst und Katastrophenschutz**
**Stellenplan**

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Technische Räte, Technische Rätinnen	A13	-	<b>2</b>	<b>2</b>
	Technischer Amtmann, Technische Amtfrau	A11	-	<b>0,50</b>	<b>0,50</b>
	Zusammen		-	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>
	Zugang/Abgang			<b>+2,50</b>	<b>-</b>
<b>TG 80</b>	<b>Ärztliche Leiter Rettungsdienst</b>				
<b>428 80</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	<b>3,75</b>	<b>3,75</b>
	Zusammen		-	<b>3,75</b>	<b>3,75</b>
	Zugang/Abgang			<b>+3,75</b>	<b>-</b>
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		-	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		-	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>
	Ferner:				
428 80	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	<b>3,75</b>	<b>3,75</b>
	<b>Personalsoll B</b>		-	<b>3,75</b>	<b>3,75</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		-	<b>6,25</b>	<b>6,25</b>

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A</b> (Personal auf Stellen)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A13 Technische Räte, Technische Rätinnen	+2	-	neu für die IT-Sicherheit
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+0,50	-	neu für die IT-Sicherheit
Summe neu	+2,50	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+2,50	-	
<b>Personalsoll B</b> (Personal aus Mitteln)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 428 80 (Arbeitnehmer und     Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3,75	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Geschäftsstellen der Ärztlichen Bezirksbeauftragten Rettungsdienst)
Summe neu	+3,75	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+3,75	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<p>1) Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Staatlichen Feuerweherschulen können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.</p> <p>2) Aus den Ansätzen der Titel 428 01, 428 11 und 428 21 kann den nach den Vorschriften des TV-L beschäftigten Lehrkräften an den Staatlichen Feuerweherschulen eine Zulage in entsprechender Anwendung des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BayBesG gezahlt werden.</p> <p>3) Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Staatlichen Feuerweherschulen können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des § 1 BayZuV i.V.m. Art. 51 Abs.1 Nr. 1 BayBesG (Lehrzulage) erfüllen.</p>				
<b>422 01</b>	<b>Planmäßige Beamte</b>				
	Leitende Branddirektoren, Leitende Branddirektorinnen	A16	2	2	2
	Branddirektor, Branddirektorin	A15	1	1	1
	Brandoberräte, Brandoberrätinnen	A14	9	9	9
	Brandräte, Brandrätinnen	A13	5	5	5
	Brandamtsräte, Brandamtsrätinnen	A12	11	13	13
	Brandamt Männer, Brandamt Frauen	A11	35	36,50	36,50
	Brandoberinspektoren, Brandoberinspektorinnen	A10	2	7	7
	Brandinspektoren, Brandinspektorinnen	A9+AZ	3	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		2	2	2
	Brandinspektoren, Brandinspektorinnen	A9	27	30	30
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin		1	1	1
	Oberbrandmeister, Oberbrandmeisterinnen	A8	4	4	4
	Zusammen		102	110,50	110,50
	Zugang/Abgang			+8,50	-
	<b>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:</b> <i>Bei Bedarf dürfen bis zu 6 Stellen der BesGr A15 mit A6 der Kap. 03 26 Tit. 422 01 und Kap. 03 08 Tit. 422 01 zum Zwecke des Stellentauschs gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
<b>422 21</b>	<b>Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdiens</b>				
	Brandreferendare, Brandreferendarinnen	A13	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
<b>428 01</b>	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	<i>1 Stelle ku nach BesGr A11 (Brandamt Mann) mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	22	18	18
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	6	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	8,50	9,50	9,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	4,50	4,50	4,50

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll A (Personal auf Stellen)</b>			
<b>neu</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A12 Brandamtsräte, Brandamtsrätinnen	+1	-	neu für Stabsfunktion
	+1	-	neu für die Lehr- und Lernmittelstelle
A11 Brandamtmänner, Brandamtfrauen	+0,50	-	neu für die IT-Sicherheit
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu für eine Servicestelle
Summe neu	+3,50	-	
<b>Umwandlung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A10 Brandoberinspektoren, Brandoberinspektorinnen	+3	-	Umwandlung von 428 01 EGr 10
	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 10
A9 Brandinspektoren, Brandinspektorinnen	+2	-	Umwandlung von 428 01 EGr 9
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9
Summe Umwandlung	-	-	
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A11 Brandamtmänner, Brandamtfrauen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A9+AZ
A10 Brandoberinspektoren, Brandoberinspektorinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Brandinspektoren, Brandinspektorinnen +AZ	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A10
	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A11
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>Absenkung</b>			
<b>Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)</b>			
A9 Brandinspektoren, Brandinspektorinnen +AZ	-1	-	Absenkung nach BesGr A9
A9 Brandinspektoren, Brandinspektorinnen	+1	-	Absenkung von BesGr A9+AZ
Summe Absenkung	-	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll A</b>	+3,50	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2 Auszubildende	E2	0,75 2	0,75 2	0,75 2
	Zusammen Zugang/Abgang		50,75	45,75 -5	45,75 -
	<b>Leerstellen</b>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E9	-	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E6	1	-	-
	Zusammen		2	2	2
428 11	<b>Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		1	1	1
	Zusammen		1	1	1
428 21	<b>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</b> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Auszubildende		35 2	40,50 2	40,50 2
	Zusammen Zugang/Abgang		37	42,50 +5,50	42,50 -
	<b>Gesamtübersicht</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		102	110,50	110,50
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		2	2	2
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		50,75	45,75	45,75
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		154,75	158,25	158,25
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		1	1	1
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		37	42,50	42,50
	<b>Personalsoll B</b>		38	43,50	43,50
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		192,75	201,75	201,75



Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
<b>Personalsoll B</b> (Personal aus Mitteln)			
<b>neu</b>			
<b>Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,50	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel neu für das Gebäudemanagement neu für Küchenhilfen
	+1	-	
	+2	-	
Summe neu	+5,50	-	
<b>Zu- und Abgang Personalsoll B</b>	+5,50	-	
<b>LEERSTELLEN</b>			
<b>kostenneutrale Hebung</b>			
<b>Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)</b>			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 6 kostenneutrale Hebung nach EGr 9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
<b>Zu- und Abgänge insgesamt</b>	-	-	

## Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<b>Gesamtübersicht Einzelplan 03A</b>				
422 01	Planmäßige Beamte		39.297,14	<b>40.476,05</b>	<b>40.978,05</b>
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		4.074	<b>5.004</b>	<b>4.904</b>
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		7.272,03	<b>7.648,09</b>	<b>7.645,35</b>
	<b>Personalsoll A</b> (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		50.643,17	<b>53.128,14</b>	<b>53.527,40</b>
	Ferner:				
422 51	Planmäßige Beamte		5	<b>5</b>	<b>5</b>
422 85	Planmäßige Beamte		77	<b>98</b>	<b>98</b>
427 41	Praktikanten		10	<b>10</b>	<b>10</b>
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		494,75	<b>1.402,25</b>	<b>1.402,25</b>
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)		40	<b>40</b>	<b>40</b>
428 14	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	<b>1.370</b>	<b>1.370</b>
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik nach Fürth)		70	<b>89</b>	<b>119</b>
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		98	<b>108,50</b>	<b>108,50</b>
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		8	<b>8</b>	<b>8</b>
428 80	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	<b>3,75</b>	<b>3,75</b>
428 94	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		100	<b>100</b>	<b>103</b>
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		11	<b>10</b>	<b>10</b>
	<b>Personalsoll B</b> (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		913,75	<b>3.244,50</b>	<b>3.277,50</b>
	<b>Gesamtsumme Personalsoll A + B</b>		51.556,92	<b>56.372,64</b>	<b>56.804,90</b>
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		5,08	<b>4,87</b>	<b>4,87</b>
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		54,20	<b>51,80</b>	<b>51,80</b>
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		1	<b>1</b>	<b>1</b>